



Über Aussperrung, Streik und § 116 S. 10/11

Arbeiterkampf

Jg. 15, Nr. 265, 18. 12. 85 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM C 21734 E
Förderpreis DM 5,-



**Es ist ein gutes Gefühl,
wenn aus Leistung Erfolg wird.
Deutsche Bank**

Flick macht Kasse Deutsche Bank Superstar

Wenn rungsamher die Korken knallen, wird in einer „logischen Sekunde“ zwischen Silvester-Mitternacht und Neujahr der größte Industrie-Verkauf in der Geschichte dieser Republik und aller ihrer Vorläuferinnen juristisch perfekt gemacht. Friedrich Karl Flick schiebt sein Imperium mitsamt 43.000 Arbeitern und Angestellten über den Tisch der Deutschen Bank und kassiert dafür innerhalb eines halben Jahres rund 5 Milliarden in bar. „Um das Flick-Vermögen anzuhäufen, mußte ein Bundesbürger etwa 100 Jahre lang jede Woche sechs Richtige im Lotto haben.“ (Spiegel, Nr. 50/1985).

Der reichste Mann der Republik, von Beruf Erbe, versichert die Budrus-Gruppe (Stahl und Handel), die Gruppe Dynamit Nobel (Chemie und Sprengstoffe), die Gruppe Feldmühle (Papier und Bauelemente), 15% an der Panzerschmiede Krauss-Mafel, 10% an Daimler-Benz und 28% am US-Gemischwaren-Konzern W.R. Grace & Co.

FKF behält 86% an der Versicherungs-Holding der Deutschen Industrie, die der größte bundesdeut-

sche Industrie-Versicherer ist, und als „Perle“ unter den Versicherungs-Aktien angesehen wird. Über diese Versicherungs-Holding wird Flick auch weiterhin die (51%) Mehrheit am Gerling-Konzern, ebenfalls Versicherungen, halten.

Flick behält seine für 20 Millionen Mark bei einer holländischen Spezialwerft gebaute Yacht „Diana II“, die 30-Zimmer-Villa „Neue Hohenburg“ in Düsseldorf-Meerbusch, eine geräumige Immobilie in Seeshaupt am Starnberger See, den Hof Sauersberg bei Bad Tölz, das idyllische Haus Gröneck in Wildbad Kreuth, ein Jaghaus in Roitenmann in der Steiermark, ein Schloß bei Paris, eine Villa an der Côte d'Azur und ein Penthouse in New York, sein Flugzeug, seine Autos.

Bei dieser Aufzählung fehlt noch ein bescheidenes Anwesen in der Münchener Pienzenauerstraße: „Das Haus erinnert an ein Refugium aus einem James-Bond-Film. Die 600 Quadratmeter Wohnfläche sind mit drei Dächern und Panzerfenstern geschützt, die nötfalls einem Trommelfeuer aus NATO-Gewehren standhalten können.“

Aus dem Inhalt

Grüner Ausstieg
Angetreten, die bundesdeutsche Politik um eine oppositionelle Kraft zu bereichern, die Radikalität einmal nicht mit zahlenmäßiger Bedeutungslosigkeit entgelten muß, sind die Grünen innerhalb weniger Jahre zur Alternativbäckerei für ganz kleine Brötchen abgestiegen. Für den programmatisch gewollten „Ausstieg“ fehlt die Massenbasis. — Kommentar „Vergeßt die Grünen“ Seite 14

Grüner Einstieg
„Den gefährlichen Realo-Quatsch kann man nur kritisieren, wenn man den albernsten Fundi-Quatsch abstreift. Mit ihrer Gewaltlosigkeit und ihrer Verweigerung, mit ihrem (verbalen) Rigorismus und Moralismus reproduzieren die Fundamentalisten nur die andere Seite des realspontanistischen Weltbildes.“ — Ein gehässiges Pamphlet aus Anlaß des Einstiegs der Hessen-Grünen Seite 15

Mechtersheimer
„Du brauchst keine Energie aufzuwenden, um eine ideale Bundeswehrstruktur zu schaffen, du mußt diesen Mistkrum Stück für Stück abhaken und nicht eine neue phantastische Verteidigungsstruktur aufbauen.“ Wir publizieren Auszüge einer Rede von Alfred Mechtersheimer über NATO-Austritt, alternative Verteidigung und SDI-Kampagne. Seite 19

NATO
Der NATO geht es nächsten entschieden an den Kragen. Wir dokumentieren die „Politische Plattform für den Antinuklearen Widerstand“ aus dem NATO-Kongreß. Seite 22

SPD-Wirtschaftsprogramm
Der Entwurf eines neuen sozialdemokratischen Wirtschaftsprogramms — „Wege in die Industriegesellschaft von morgen“ — setzt an, wo Kanzler Schmidt dereinst aufgehört hat und läßt kaum Unterschiede zur „Wende“-Politik Kohls erkennen. Seite 17

Antisemitismus
Gegen die Aufführung von Fassbinders „Der Müll, die Stadt und der Tod“ protestierten auch israelische Palamentarier. Wir sprachen mit dem sozialdemokratischen Knesset-Abgeordneten Prof. Schwach Weis. Seite 42

Denk mal
Einen tiefen Einblick in das Bundestagsinnenleben aller Parteien vermittelt das Protokoll einer interfraktionellen Sitzung von Vertretern der CSU, CDU, FDP, SPD und der Grünen mit Kanzler Kohl über die Errichtung eines Totendenkmals am Rhein. Seite 41

Nicaragua
Über den mühsamen und langwierigen Weg der nicaraguanischen Frauen unter den Bedingungen des Kriegszustandes und in einer machistischen Gesellschaft ihre Betätigung zu erkämpfen ein Bericht Seite 31

Nordirland
Erstmals einigten sich London und Dublin auf eine gemeinsame Nordirland-Strategie. Während alle Welt das Ende des Krieges in Irland nahe sieht, bereiten sich die Loyalisten auf eine neue Runde Bürgerkrieg vor. Und die Regierung in Dublin und London planen den „großen militärischen Schlag“ gegen die radikalrepublikanische Bewegung. Seite 29

Plutoniumschieberei in Hanau

Internes Bundestagsprotokoll enthüllt

Und wieder einmal merkt es niemand. Nicht an irgendeinem Tag hat kürzlich in Hessen ein Spion den Minister schwur auf Gesetz und Verfassung geleistet, sondern an einem Jahrestag. Am 12.12.1975 nämlich, genau 10 Jahre vor Joschkas Schwur, haben AL-KEM und RBU ihren Antrag auf Betriebsgenehmigung nach § 7 Atomgesetz eingereicht. Diese Genehmigung gibt es bis heute nicht. Beide Anlagen laufen seit 10 Jahren faktisch illegal und lediglich abgesichert durch eine Art „Übergangsduldung“ des Atomfizes in Wiesbaden und Bonn. (1)

Jahrelang konnten mithilfe defekturiger Machenschaften die Hanauer Atomfabriken perfekt vor jeder Öffentlichkeit abgeschottet werden, nicht obwohl, sondern gerade weil sie mit den Stoffen hantierten, aus denen die deutsche Atom Bombe entsteht. Das

uns vorliegende stenographische Protokoll einer nicht-öffentlichen Sitzung des Bundestag-Innenausschusses vom 22.5.1985 über die Hanauer Reaktor-Brennelemente Union (RBU) wirft ein Schlaglicht auf Zustände, die eine geradezu ideale Kulisse dafür bieten, mal hier, mal da Plutoniumabzweigungen vorzunehmen und dies hinter diversen Produktionsstufen zu verstecken. Er habe „selten eine Diskussion in diesem Ausschuß mit größerem und wachsenden Unbehagen zugehört wie dieser“, entrüstete sich selbst der hartgesottene altliberale Burkhard Hirsch und Teilnehmer der Ausschuß-Sitzung vom 22.5.85. (2)

Anders freilich die neuen Liberalen aus der Wiesbadener Landtagsgruppe,

Südafrika: Die Belagerten warten ...

... und hoffen auf die Erschöpfung des Widerstandes. Seit nunmehr einem Jahr halten die Kämpfe in Südafrika an. Tägliche Demonstrationen, Erschießungen, manchmal bewaffnete Aktionen des ANC, bestimmen mehr und mehr die Lage im ganzen Land. Einsatz der Armee und Polizei zur Eingrenzung der Revolte, und sog. Reformangebote bestimmen die Politik der Botha-Regierung. Dagegen entwickelt ein Teil des Widerstandes eine langfristige Strategie zur Erringung der Macht.

Die Proteste von Zehntausenden gegen die Erhängung des ANC-Mitgliedes B. Moliso Ende Oktober beantwortete die Regierung mit einer Ausweitung der Notstandsgesetzgebung. Polizisten und Armeesoldaten können seit Anfang November nicht mehr für ihr Tun gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden. Bis dato galt eine solche Regelung für die Regionen, in denen die Regierung den Belagerungszustand ausgerufen hatte, nunmehr haben Armee und Polizei freie Hand im ganzen Land.

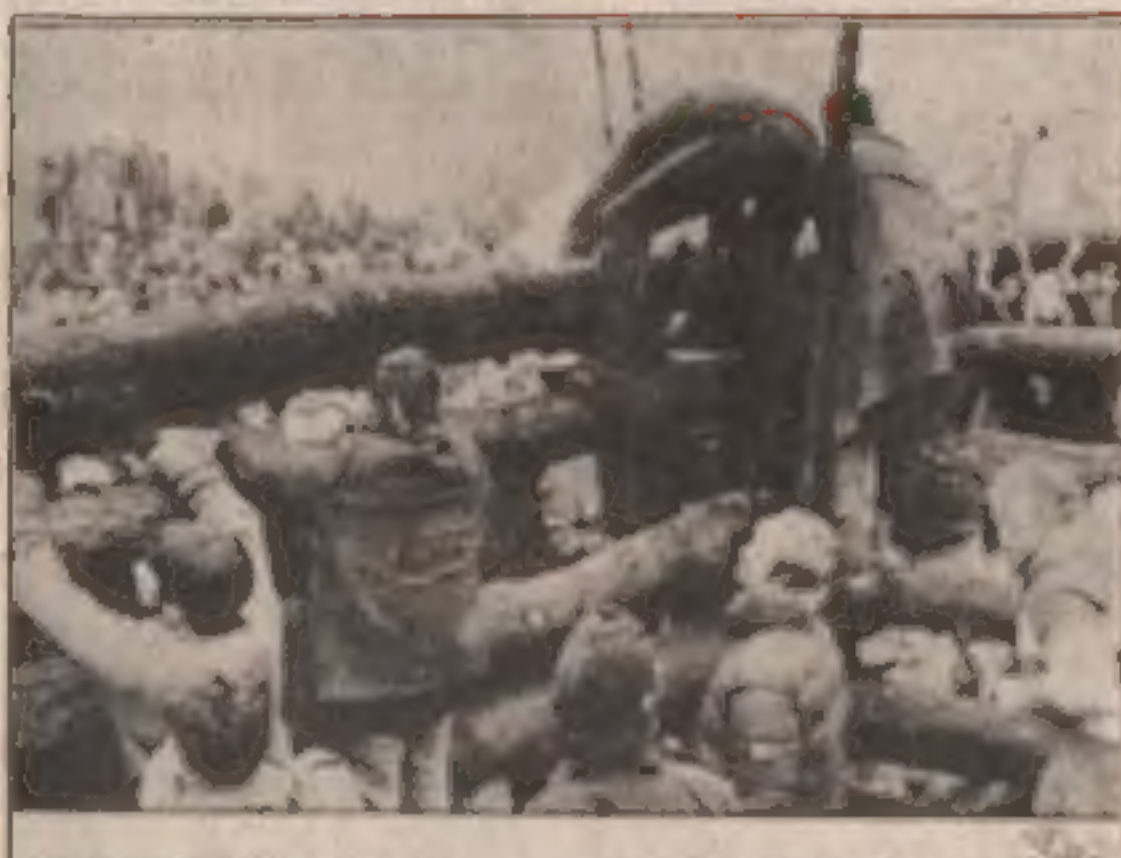
Gemäß einer weiteren Verordnung im Rahmen der Notstandsgesetze ist es Journalisten ab November verboten worden, ohne Spezialerlaubnis über Auseinandersetzungen zwischen dem Regime und der unterdrückten Bevölkerung zu berichten. Betroffen von dieser Regelung sind die rund 150 Auslandskorrespondenten, die sich gegenwärtig in Südafrika aufhalten. Botha begründete diese Maßnahme mit einer Drahtziehertheorie neuer Art: Die Anwesenheit von Kameraleuten und Reportern provoziere die Menschen zu Ausschreitungen gegen die Ordnungskräfte. „Die Regierung wirft namentlich ausländischen Fernsehcrew vor, in den Ghettos junge Schwarze mit Geld zu animieren, vor den Kameras nach Regieanweisung Gewaltakte zu begehen.“ (NZZ, 5.11.) Wenn Unruhe und Gewalt ausbrechen, so haben sich die Journalisten umgehend zu entfernen oder beim diensthabenden örtlichen Polizeikommandanten zu melden. Weiterhin dürfen sich in den Ge-

bieten, in denen der Belagerungszustand ausgerufen ist, nur Journalisten aufhalten, die bei der Polizeibehörde akkreditiert sind.

Dieser Erweiterung der Notstandsgesetzgebung ist zum einen zuzuschreiben, daß nur noch sehr selektiv über die Situation in der Rassistenrepublik berichtet wird. Zusammen mit der Einstellung der Presse, daß die Kämpfe der Völker nur selten große Schlagzeilen wert sind, führt dies dazu, daß die Berichterstattung über die unterdrückten Menschen in Südafrika zur Zeit in den Hintergrund tritt.

Grüner Parteitag:

Koalodurchmarsch ausgeblieben



Wackaredorf: Bauplatzbesetzung nach der Demonstration von 40.000

Wenig Substanz, aber Spektakuläres hatte der grüne Parteitag vom 13. — 15. Dezember zu bieten. Er begann am Freitag mit der Wackersdorf-Debatte. Soll der Parteitag ins 400 Kilometer entfernte Wackersdorf zur Demonstration fahren, ja oder nein? Was von einigen zunächst als Schachzug der Fundis gewertet wurde, um einer drohenden Abwahlniederlage der Vorständlerin Jutta Ditfurth zu entgehen (die als Niederlage des gesamten Nicht-Realo-Flügels der Grünen gewertet worden wäre), das traf auf überraschende Gegenliebe bei prominenten Realos wie z.B. Fischer. Man kann sogar Einigkeit unterstellen, die einen wollten den Parteitag nicht wegen der drohenden Niederlage, die anderen sahen mit der Nicht-Kandidatur ihrer Spitzenfrau Wälftraud Schoppe ihre Siegesstränge platzen. Also einigten sich im Bundesvorstand die Fundis Toni, Schmeißner, Ditfurth und der Realo Kbstede sowie die Halb-Realo Brigitte Berthold auf einen gemeinsamen Initiativantrag:

Fortsetzung von Seite 1

Grüner Parteitag:

Der Parteitag tagt nur am Freitag, am Samstag führt man nach Wackersdorf und am Sonntag fällt er aus. Der nächste sollte dann innerhalb von drei Monaten stattfinden. Gegner einer Fahrt nach Wackersdorf war daher nicht ein spezieller Flügel, sondern fanden sich in allen Strömungen wieder sowie bei der großen Zahl Parteibürokraten denen nichts wichtiger ist, als die Bewältigung der Tagesordnung. Doch dann kam alles ganz anders.

In mehreren Meinungsbildern gab es für nichts eine Mehrheit: Mit 40 gegen 60 Prozent unterlagen die fünf Bundesvorstände. Doch auch ein Antrag, den Parteitag fortzusetzen, weil es nicht auf grünen „Politourismus“ ankomme, sondern auf die Entwicklung dauerhaften Widerstands, wurde knapp abgelehnt. Noch deutlicher mit 30 gegen 70 unterlagen Westberliner Delegierte, die die Weiterführung des Parteitages und die Unterbrechung für eine Demonstration am Samstag in Offenburg beantragten. Erst als bayerische Grüne aus Nürnberg den Antrag zur Abstimmung stellten, den Parteitag für die Fahrt zur Demonstration am Samstag zu unterbrechen und am Sonntag fortzuführen, registrierte das Parteitagsskizzenbuch eine zweifelhafte Mehrheit. Doch so geschah es. Eine Entscheidung, die den Grünen reichlich Medien-Resonanz bescherte und eine zeitlang den Eindruck vermittelte, in Wackersdorf würde nur der grüne Parteitag demonstrieren wollen.

Stimmung also bei den Grünen. Stimmungsvoll kamen auch die zwei Drittel Delegierten, die nach Wackersdorf gefahren waren, zurück. Am Sonntag dann die zuvor von niemandem mehr geliebte Personaldebatte um den Rechenschaftsbericht des Bundesvorstands (siehe dazu in diesem AK Seite 13). Ein wenig Zündstoff war dieser Debatte bereits genommen. Die verschiedenen Anträge von Realos, die eine klare Aussage für ein Bündnis mit der SPD forderten, waren erwartungsgemäß mit 90 Prozent Zustimmung auf Nichtbefassung verjagt worden. Die Antragsteller selber hatten schon gar nicht mehr dafür gesprochen. Julia Dittfurth, noch ganz unter dem Eindruck von Wackersdorf, verteidigte offensiv ihre Kritik an den Ereignissen in Frankfurt, in deren Folge Günter Sare „ermordet“ wurde, wie sie eine Dokumentation betitelt hatte, bekannte sich als Staatsgegnerin und gegen das staatliche Gewaltmonopol und plädierte für verstärkte grüne Kampagnenpolitik. Lukas Beckmann appellierte, den hessischen Weg — ein „Markstein grüner Politik“ — trotz vieler berechtigter Kritik zu akzeptieren und wünschte den Hessen „viel Glück“. Beckmann kritisierte zwar die Abwahlanträge gegen den Bundesvorstand, stellte aber selbstkritisch dessen mangelnde Parteiloyalität fest und forderte mehr Einigkeit in der Partei im Hinblick auf kritisierte zwar die Abwahlanträge gegen den Bundesvorstand, stellte aber selbstkritisch dessen mangelnde Parteiloyalität fest und forderte mehr Einigkeit in der Partei im Hinblick auf

Stimmen wurde er abgelehnt. Damit war für die alte Vorstandsmehrheit das Eis gebrochen. Das Mißtrauen gegen

«Auf jeden Fall verlieren die Grünen ihre Berechtigung, wenn sie mit den Wölfen heulen und mit den Füchsen stehen. Sie müssen Opposition bleiben.» (Die Schriftstellerin Luise Rinser)

die beiden Sprecher Trampert und Beckmann wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Danach begann das Spiel mit persönlichen Erklärungen. U.a. stellte ein sichtlich enttäuschter Otto Schily die Frage an den Parteitag, was er jetzt machen solle, wo sein Platz in der Partei sei. Eine befriedigende Antwort erhielt er darauf nicht.

Für die Koalitions-Offensive war diese Abstimmung eine Niederlage. Während es in den Parlamenten und den Landesverbänden für ihre Position alles bestens läuft, waren die obersten Parteigremien für sie die letzte noch zu nehmende Bastion. Das ist in Offenburg gründlich schief gegangen. Schon vorher äußerte Schily gegenüber der FAZ (14.12.) dunkle Vorahnungen, weil die Überlegung, die prominente Realo-Frau Waltraud Schoppe gegen Julia Dittfurth zu stellen, an deren Verzicht auf die Kandidatur scheiterte. Zudem verstehen nicht alle Realo-Durchmarschierer die Taktik ihrer Oberen grünen-gemäß umzusetzen. Fischer z.B. hatte nicht von Abwahl gesprochen, sondern von notwendiger verstärkter Berücksichtigung der Realos in den Parteigremien. Die Stimmung auf diesem Parteitag war gegen Bestrafungen. Und solche Stimmungen haben bei den Grünen schon manche Überraschung bereitet.

Der Parteitag scheint mal wieder salomonisch entschieden zu haben. Knallen Otto Schily und einige Realos nicht durch (denkt an Hopfischek!), dann haben die Offenburger Beschlüsse tatsächlich integrative Wirkung. Sie binden den linken und fundamentalistischen Flügel — der sich inhaltlich und perspektivisch in den letzten Zeit vor

Außerdem auf dem Parteitag

Mit 80 gegen 20 % wurde die Gesetzesvorlage für ein „Bundesabstimmungsgesetz“ (Volksentscheid) angenommen. Eine Million stimmberechtigter Bürger sollen einen solchen Volksentscheid beantragen dürfen. Ausgenommen sind von diesem Verfahren die Grundrechte.

Für alle hauptamtlichen Stellen wurde eine 50 Prozent-Quotierung für Frauen beschlossen. Auf Antrag können zukünftig alle Frauen in Bundesparteiorganen Geld für Kinderbetreuung beantragen. Erweitert wurde dies „auch für Männer, die im Sinne des Antrages Frauen sind“. Ein Bundesfrauen-Referat wurde eingerichtet.

Mit 80 gegen 20 Prozent wurde ein Antrag gegen die Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz verabschiedet. Die Grünen fordern ein Verbot der Aussperrung und „unterstützen daher alle gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen bis hin zum politischen Streik“.

Mit großer Mehrheit wurde der Rücktritt des Zimmermann-Intimus Springer gefordert, der — wie im Tiedge-Spionage-Ausschuss bekannt wurde — dem Verfassungsschutz Untersuchungsaufträge über „linksextremistische Einflüsse“ bei den Grünen erteilt hat. Bezweifelt man allerdings, ob der VS damit „mißbraucht“ worden sei, wie Schily und Ströbele meinten. Wozu wird der denn sonst gebraucht?

allen orientierungslos gezeigt hat — wieder stärker an die Partei, schließlich hat er einen moralischen und personalpolitischen Sieg errungen. Und er nährt die Hoffnung bei den Linken, in der Politik der Partei sei noch alles offen und möglich. Realpolitik wurde bei den Grünen zeit ihres Bestehens nicht auf Parteitag genachtet. Also könnten beide Flügel zu Frieden sein. Ebermann/Trampert sind in ihrer Ansicht bestätigt, die Partei wolle den Bundesvorstand als fundamentales Gegengewicht (immer unterstellt, solche Entscheidungen fallen bewußt) und Schily, Fischer & Co können derweil in der Hoffnung auf und Orientierung am Wähler ihre Realpolitik weiterbetreiben.

Friedensbewegung: Gemeinsam an einen Atomraketen-Standort?

Aus den Schlagzeilen ist die Friedensbewegung allemal verschwunden, vielfach sogar aus den unteren Rubriken. Für Überraschungen ist aber gesorgt: Seit einiger Zeit wird in Bonn ernsthaft um eine gemeinsame Großaktion der Friedensbewegung für den Herbst 1986 gestritten.

Streit im KA

Austragungsort dieser Debatten ist das „alte“ Bündnis, das seinerzeit (bis zum Herbst 1984) zentrale Aktionen der Friedensbewegung organisierte. Das Gremium ist der Bonner „Koordinationsausschuss der Friedensbewegung“ (im weiteren KA), das sich 1984 nach den als „Mißerfolg“ eingeschätzten Aktionen eine längere Beratungspause — ohne Aktionen — verordnet hatte. Während der Debatte schienen lange Zeit die Differenzen unüberbrückbar, die Zeiten fraktioneller Sitzungen („Auszeiten“) häuften sich. Die Konstellation dabei waren und sind ungewöhnlich. Ausgestanden ist die Sache noch nicht. Die ursprünglich für den Dezember geplante bundesweite Aktionskonferenz mußte abgesagt werden, sie soll aber Anfang Februar (1) stattfinden. Bis dahin soll eine Einigung auf eine und ausschließlich eine gemeinsame Großaktion gefunden sein.

Auf der einen Seite des Streits stand das KoFAZ/DKP-Spektrum (2). Sie hätten gern einmal mehr eine zentrale Aktion in Bonn gehabt, um liebsten auch mit Parteienrednern (wie es der VVN-Sprecher erklärte) auf die man im Wahlkampf allerdings auch verzichten könne. Dem AK-Leser nicht unbekannt, sollte der Kampf gegen SDI im Mittelpunkt stehen, wobei der „Zusammenhang“ zu anderen Aufrüstungsmaßnahmen aber nicht „verloren“ gehen sollte (zumindest nicht in den Arbeitsmaterialien, wie es Gregor Witt in einem Artikel formuliert (1)). Aber gerade durch SDI werde ja die Gefährlichkeit der übrigen Aufrüstungsmaßnahmen erst richtig deutlich. Die Regierung in Bonn habe sich als „druckempfindlich“ gezeigt, was im Wahlkampf noch zunehmen werde. Die sowjetischen Moratoriumsvorschläge und Genf böten „zusätzliche Argumente“. Da müsse nun eine Aktion in Bonn hineinstoßen, an der sich „jeder“ beteiligen können müsse. (4)

Demo in Bonn ...

Seit einem halben Jahr lang kann man

Demo in Bonn ...

Seit einem halben Jahr lang kann man der DKP-Zeitung UZ entnehmen, daß nun „die Friedensbewegung“ sich zu einer Anti-SDI-Bewegung gemauert habe. In Hamburg sprach sich sogar das erste Landesparlament mit den Stimmen der SPD-Rechten gegen SDI aus, bloß die GAL mochte das nicht mitmachen, weil sie auf ihre Kritik an Eureka nicht verzichten möchte, wie man der UZ entnehmen. Das gemeinsame Friedensplenum war schon vorher gespalten worden. Nimmt man den Bonner KA als Maßstab, so ist die Propaganda der DKP eine schlichte Lüge, dort jedenfalls vertritt sie ganz allein diesen Kurs. Daran ändert auch nichts, daß zur letzten Sitzung ganz empört die Sprecher der Ruhrinitia-

ven angerast kamen, um den KA erst einmal beizubringen, was an „der Basis“ überhaupt gedacht würde, und wie abgehoben der KA es hatte wegen können, die Aktionskonferenz zu verschieben. Da aber die DKP auch die bisherigen Bündnisse unbedingt erhalten möchte, und sie allein als tatkräftiger Bündnispartner gegenüber der SPD nichts bewirken kann, ist sie immer für überraschende Kompromisse gut.

Auch die Jusos und andere Teilgliederungen der SPD hätten am liebsten eine Bonner Demo gehabt. Neben SDI hätten sie auch mehrere Schwerpunkte. Keineswegs möchten sie allein mit dem KoFAZ übrig bleiben. Da würden sie sich noch mehr aus den Friedensaktivitäten zurückziehen, zumal im kommenden Jahr der Wahlkampf zugunsten der SPD voransteht.

Eine ganz besondere Position nahmen die Grünen ein; die Bundes-AG



Do it again, Sam ... ? wollte unbedingt eine Aktion am vorgesehenen Cruise-Missile-Standort, Lukas Beckmann ebenfalls unbedingt eine Aktion am Pershing-Standort Mutlangen, wo er besonders engagiert ist.

Lukas Beckmann ebenfalls unbedingt eine Aktion am Pershing-Standort Mutlangen, wo er besonders engagiert ist.

... oder wo?

Am anderen Pol hatte sich ein bisher ungewöhnliches Bündnis herausgebildet: Sämtliche kirchliche Gruppen, die Gustav-Heinemann-Initiative, das Komitee für Grundrechte, der BBU, Gewaltfreie und der Bundeskongress Unabhängiger Friedensgruppen wandten sich gemeinsam gegen die „SDI“-Zuspitzung und gegen eine Orientierung auf Genf. Im Mittelpunkt müsse die Bedrohlichkeit durch den Gesamtaufrüstungskurs gestellt werden, dem einseitige Abrüstungsfordernisse entgegengestellt werden müssen. Gefordert wurde eine einseitige

trale Großaktion an einem Stationierungsort im Herbst 1986, wo auch Platz für Aktionen des zivilen Ungehorsams sein müsse. Man wolle keine prominenten Parteienredner, sondern müsse sich mit seinen Forderungen in den Wahlkampf einmischen. Konkret wurde eine Aktion im Hunsrück vorgeschlagen, wo die nächste Regierung mit als erste Tat 1987 die Cruise-missiles-Stationierung zu vollziehen hat.

Dort werde außerdem der Ausbau der Militarisierung insgesamt deutlich. Hier liege auch ein positives Votum der dortigen Friedensinitiativen für eine solche Aktion vor. Komme eine entsprechende Einigung nicht zustande, sei keine Einheit in diesem Gremium mehr möglich.

Das rief natürlich hellste Empörung über diese „ultimativen“ Töne hervor, dieser Vorschlag „grenze erhebliche Teile“ aus; es sei völlig unmöglich, das zu organisieren; ob er überhaupt schon mal etwas organisiert habe, wollte der Ruhr-Gast vom BUF-Sprecher wissen. Jedenfalls wurde das ganze wieder einmal als Anschlag auf die derzeit phantastische Breite der Friedensbewegung (die sich z.B. in Umfragen zum SDI-Programm zeigte) gewertet, wo viele doch gerade dabei seien, jetzt zur Friedensbewegung zu stoßen. Doch nach einer längeren „Auszeit“ hatte sich das Blatt gewendet. Man wolle auf keinen Fall nach Hasselbach, aber eine zentrale Aktion im Pershing-Ort Mutlangen (für zivilen Ungehorsam) und eine Großdemo in Heilbronn (Ort des Pershing-Unfalls), da sei man bereit. Ein echter Kompromiß also: eine Stadtaktion in der Nähe eines Standort.

Dort stehen zwar schon die Raketen, aber die müssen ja auch weg. Vor Ort angefragt hatte man allerdings nicht.

Ein Teil des Blocks der Hasselbach-Befürworter wollte bereits auf dieses Angebot einschwenken, andere witterten darin schlicht faule Logik. Denn, wenn man nun doch an einem Stationierungsort demonstrieren könne, warum dann in keinem Fall in Wöschheim/Hasselbach? Also noch mal Diskussion, noch einmal eine Fülle von „Auszeiten“ und nun soll erst eine erneute KA-Sitzung im Januar eine endgültige Klärung bringen, ob ein Pershing-Ort im Süden oder der geplante Cruise-Missiles Standort sich durchsetzt. Das Meinungsbild im KA ging vorerst mit 13 zu 8 (2 Enthaltungen) für den Hunsrück aus.

III (1) Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 1./2. Februar 86 in Bonn, Ort: Gesamtschule Bonn-Beuel, Siegburger Str. 321, Anmeldungen beim KA-Büro in 53 Bonn 1, Dorotheenstr. 20, Tel: 0228/692904

Teilnahmegebühr DM 10,- 5 DM + Porto für einen Reader (2) KoFAZ = Komitee für Abrüstung und Zusammenarbeit (3) in „antimilitarismus-information“ 12/85 (4) die Positionsaussagen sind dem KA-Rundbrief Nr. 6 zu entnehmen

Impressum: Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktions/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift: Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abdruck, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, B.L. 2 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 4.000 Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abnehmers, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Abnehmer mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Ein Teil der Auflage enthält: Heftchen des Kinderhauses e.V. und des Bundeslandes Gegenwind.



Demonstration auf dem grünen Parteitag

Fortsetzung von Seite 1

Den Kampf in die weißen Städte getragen

In seiner Neujahrtsbotschaft Anfang 1984 stellte der ANC-Präsident Oliver Tambo dem Widerstand die Aufgabe, Südafrika unregierbar zu machen. Heute ist die Rassistrepublik nur noch durch den massiven Einsatz von Polizei und Armee unter Kontrolle zu halten, täglich werden mehrere nicht-weiße Menschen erschossen oder in Polizeigewalt umgebracht. Die Gesamtzahl der Verhaftungen seit Verhängung des Ausnahmezustandes stieg über die 12.000. Im Oktober und November kam es erstmals in den weißen Stadtzentren von Johannesburg und Kapstadt zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Protestierenden. Die Regionen um die Städte gelten für Weiße als „unsicher“, und die Polizei rät jedem, der sich dorthin begibt, auch im Auto Sturzhelme zu tragen. In Soweto kursieren Flugblätter mit der Parole „In die Stadt! In die Stadt!“ Das Rassenregime setzt mittlerweile Hubschrauber gegen die Demonstrationen ein, und läßt aus Maschinengewehren Gummigeschosse verschießen. Alltäglich ist der gezielte Todesschuß mit Schrotflinten, Berichten, nach denen man sich in der südafrikanischen Republik bewegen kann, ohne vom Aufstand gegen die weiße Herrschaft etwas zu bemerken, entsprechen heute nicht mehr der Realität.

Erstmals tauchen auch einzelne Weiße in den Polizeireportagen auf, die wegen irgendwelcher Proteste gegen das Regime verhaftet werden. 60 weiße Hochschulschüler solidarisierten sich mit dem Boykott von schwarzen Studenten, die gegen die Rassendiskriminierung an der Universität protestierten. Die Gruppe von Weißen, die Kriegsdienstverweigerer unterstützen, veranstaltete eine kleine Kampagne mit dem Motto „Truppen raus aus den Townships“, deren Höhepunkt in Kapstadt eine Veranstaltung mit ca. 4000 vornehmlich Weißen war. Ein Ereignis für die weiße Opposition ohne Beispiel in ihrer Geschichte. Bezeichnend für die Haltung der weißen Bevölkerung ist, daß solche doch sehr kleinen und zumeist Außerungen weißen Protestes gegen die Rassenherrschaft das einzig berichtenswerte aus dem weißen Lager ist. Die große Mehrheit der Weißen sieht nach wie vor an der Seite von Botha, und dies nicht nur bildlich gesprochen. Gewehr bei Fuß. Bei den Nachwahlen Anfang November mußte die Regierung Botha Stimmenverluste hinnehmen. Dies war Ausdruck der Kritik der weißen Wählerschaft an Bothas sog. Reformpolitik. Stimmengewinne konnte die rechtsextreme bis faschistische Partei des A.

Südafrika:
Die Belagerten warten ...

ment“. Diese Bewegung wurde zusammen von der Progressiven Liberalen Partei und dem Vorsitzenden der Inkatha-Bewegung, O. Buthelezi, ins Leben gerufen. Ziel dieser Bewegung ist, eine Grundlage für Verhandlungen zur Schlichtung der gegenwärtigen Situation in Südafrika zu legen. Ein derartiges Vorgehen wird jedoch von der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) und dem ANC abgelehnt. Der Sekretär der UDF, Morobe, klassifizierte die Ziele des Convention Movement als Versuche, in Muzorewa-Buthelezi-Manier eine Machtteilung von oben zu erreichen. Dies sei nicht nur ein Akt von Opportunismus sondern auch von Hoffnungslosigkeit. Morobe erklärte weiter: „Großindustrie und die Interessen, die Reagan und Thatcher repräsentieren, wissen um die Bewegungslosigkeit der (südafrikanischen) Regierung und ihre Unfähigkeit den Widerstand in Schach zu halten. Sie wissen, daß das Regime die Menschen nicht zufriedenstellen kann (...), und so versuchen sie Wege zu finden, populäre Wünsche aufzunehmen, die die Rahmenbedingungen des kapitalistischen Systems nicht erschüttern. Sie bemerken richtigerweise, daß es eine enge Verbindung zwischen Unterdrückung durch Apartheid und klassenmäßiger Ausbeutung gibt, und sie versuchen nun beides voneinander zu trennen und so den Preis für die Befreiung zu reduzieren.“ (AfricaAsia, Dez. 85)

O. Buthelezi, Präsident der mehrere zehntausend schwarze Mitglieder zählenden Inkatha-Bewegung, wird mehr und mehr zum Kollaborateur, der von den Machthabern nicht gerufen wird. Gegenüber dem ANC, der UDF und allen anderen Strömungen des Widerstands grenzt Buthelezi sich radikal ab. Nach wie vor ist er Prediger von Gewaltfreiheit, was ihn aber nicht davon abhält, seine Partei in militante Auseinandersetzungen mit dem nicht-weißen Teil der Bevölkerung zu ziehen. Andererseits bieten die Rassenisten einem Politiker wie Buthelezi keine Ebene der Macht- oder Gesprächsbeteiligung an, von der aus er einem nennenswerten Teil der nicht-weißen Bevölkerung deutlich machen könnte, daß sich etwas an der Machtverteilung in Südafrika geändert hätte. Auch die letzten Gesprächsrunden von Botha mit mehreren „Homeland“-Chiefs mußte Buthelezi ausschlagen, wollte er nicht zum Harlekin der sog. Reformpolitik Bothas werden.

des Todesurteils gegen B. Moloise geurteilt wurde. An dieser Konferenz nahmen alle Staaten des ehemaligen britischen Kolonialreiches teil, also Kanada, Australien, Indien, auch Grenada, und der Frontstaat Zimbabwe. Am Tage der Erhängung B. Moloises wurde M. Thatcher von den meisten Teilnehmern der Konferenz bestürmt, nun endlich den Bann gegen das Rassenregime zu verhängen.

Gerade in dieser sehr emotionsgeladenen Atmosphäre blieb die britische Regierungsschöpfung bei der bisherigen Politik, Sanktionen im Prinzip abzulehnen. Die Commonwealth-Konferenz verabschiedete daraufhin eine Resolution, die den Konflikt zwischen Großbritannien einerseits und den anwesenden afrikanischen Staaten andererseits verurteilte. Die Konferenz setzte eine Kommission ein, die sowohl den Dialog mit der Botha-Regierung suchen soll, um auf Veränderungen der Apartheid-Politik zu drängen, als auch eventuelle Fortschritte im Abbau der Apartheid beobachtet. Nach einem



Oktober 1985: Auseinandersetzungen auf der Hauptgeschäftsstraße in Kapstadt

halben Jahr will man und frau dann weitersehen.

Deutlich wurde auf dieser Konferenz, daß sich auch beispielsweise die indische und zimbabwische Regierung auf solche objektiv proimperialistische Linien einlassen und dadurch an eine solche Politik gebunden sind. Erwartungen, daß die südafrikanische Opposition durch solcherart Staatenbündnisse eine nennenswerte Unterstützung erhalte, erweisen sich immer wieder als Illusion.

In Südafrika selber führte die nun

Illusion. In Südafrika selber führte die nun schon über ein Jahr anhaltende Revolte der nicht-weißen Bevölkerung bei einigen gesellschaftlichen Gruppen zu der Erkenntnis, daß es nun an der Zeit sei, das Gespräch mit den führenden Organisationen des Widerstandes zu suchen. Neben der Gesprächsrunde zwischen ANC und einigen südafrikanischen Großkapitalisten fanden Kontakte zwischen einigen Kirchenfraktionen und dem Widerstand statt. Weiterhin wurde von einer südafrikanischen Zeitung ein Interview mit dem ANC-Präsidenten O. Tambo veröffentlicht. Die Kapstädter Zeitung Cape Times verstand damit gegen eine gesetzliche Bestimmung des Rassenregimes, nach dem die Nennung des ANC und Veröffentlichungen über diese gebaute Organisation strikt verboten sind. In diesem Interview relativiert O. Tambo zunächst Mutmaßungen über den Einfluß der südafrikanischen KP im ANC; über das Verhältnis zur Sowjetunion sagte Tambo: „Von den westlichen Staaten, die uns unterstützen, erhalten wir keine Waffen. In den sozialistischen Ländern dagegen bekommen wir die Waffen. Darum gehen wir dahin — um das zu bekommen, was man uns anderswo vorenthält. Das ist alles.“

Insgesamt richtet sich dies Interview an die Weißen, die bereit sind über eine Veränderung der Apartheid-Politik nachzudenken. Heikler Punkt für diese Leute ist natürlich das Verhältnis zwischen den Rassen. „Nach unserem Programm gehört Südafrika allen seinen Bewohnern. Alle Menschen, die Südafrika als ihre Heimat betrachten, sind uns willkommen. Raum hat das Land genug. Wir sehen die Weißen ja nicht in erster Linie als Weiße, sondern als Landsleute.“ Zu Rolle eines möglichen Dialogs mit dem Rassenregime führte Tambo aus: „Die Möglichkeit eines Waffenstillstandes ist immer da. Er wäre leicht, sehr leicht zu erreichen, wenn wir zum Beispiel mit Verhandlungen beginnen würden.“ Als Vorbedingungen für solche Verhandlungen nennt er die Freilassung der politischen

Führer des Widerstandes, die Aufhebung des Notstandes, Abzug von Polizei und Armee aus den Townships und die Aufhebung des Bannes gegen den ANC. Solange dies nicht der Fall ist, wird der ANC fortfahren mit seiner Politik, einer Verbindung aus politischen und bewaffneten Aktionen. („Zeit“, 13.12.85)

Für uns ist schon interessant, daß es die gleiche Handvoll Punkte sind, die Tambo hier anführt, die auch in der gegenwärtigen Diskussion in der BRD eine zentrale Rolle spielen: Das Verhältnis des ANC zur KP Südafrikas, zur Sowjetunion, zur Rassenfrage und seine Position zur bewaffneten Gewalt und einem potentiellen Dialog mit dem Rassenregime.

Anderer Schwerpunkt setzt ein Interview mit Joe Slovo, das ebenfalls im Herbst dieses Jahres geführt wurde. Joe Slovo ist Mitglied der Führung der Südafrikanischen KP und des Exekutivkomitees des ANC. Nach seiner Einschätzung ist der Kampf in ein neues Stadium getreten, und „wenn wir als



Oktober 1985: Auseinandersetzungen auf der Hauptgeschäftsstraße in Kapstadt

revolutionäre Bewegung diesen kritischen, sozusagen historischen Moment richtig nutzen, liegt die Machtergreifung durch das Volk im Bereich des Möglichen.“ Grundlage für eine solche Einschätzung ist die weitere Entwicklung an drei strategischen Punkten: Zum einen gibt es eine tiefe Krise der herrschenden Strukturen. Zweitens sind die Unterdrückten bereit den Kampf zu führen und drittens gibt es eine Organisation, die die Führung im Kampf übernehmen kann. „Bis jetzt sind diese Bedingungen ... noch nicht

Kampf übernehmen kann. „Bis jetzt sind diese Bedingungen ... noch nicht voll ausgereift, doch es fehlt nicht viel dazu, daß sich erstmalig alle drei miteinander verketten. In der Tat, das Regime steckt in einer tiefen ökonomischen Krise. Die herrschende Klasse ist gespalten, wie nie zuvor durch Konflikte zerrissen. ... Ein wichtiger Ausdruck der zunehmenden Energie des Volkes ist, daß sich organisierte Aktionen mit spontanen Aufständen verbinden und die Massen selbst neue Kampfformen finden.“

Neben dem Erstarken der legalen Massenorganisationen wie z.B. UDF ist für Slovo das Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung unter den afrikanischen Werktätigen. Darüber hinaus „bewährt sich (die Gewerkschaftsbewegung) immer mehr als eine Kraft, die im Kampf für die nationale Befreiung eine sehr wichtige Rolle spielen kann.“ Die SAKP ist nach ihrem Verständnis ein Teil der breiten Befreiungsfront, an dessen Spitze der ANC steht, und die auf eine nationaldemokratische Revolution orientiert.

International hat sich nach Slovo die Situation zugunsten des Widerstandes in Südafrika verändert. Die Proteste in den USA gegen das Apartheid-Regime spielen dabei eine zentrale Rolle. In den USA glaubt man „immer weniger daran, daß die Botha-Regierung imstande ist, die Positionen des USA-Monopolkapitals und des USA-Imperialismus zu schützen und Südafrika im westlichen Bündnis, im kapitalistischen System überhaupt, zu halten. Unseres Erachtens lassen die Wandlungen in der herrschenden Klasse der USA hinsichtlich ihrer Haltung zur Apartheidfrage, unter anderem erkennen, daß die Möglichkeiten größer geworden sind, einen wirksamen Kampf gegen das südafrikanische Regime zu organisieren.“ (Probleme des Friedens und des Sozialismus, 10/85)

Chronik des Jahres 1985

18. Februar: Bei der verunglückten Umsiedlung des Squatter-Camps Crossroads (Kapstadt) werden 18 Afrikaner von Polizei und Militär getötet, 230 verwundet.

26. Februar: Die ANC-Mitglieder S. Nkomo und L. Panyu werden zum Tode verurteilt.

21. März: 25 Jahre nach dem Massaker von Sharpeville tötet in Polizeikommando auf den Tag genau 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Trauerzuges in Langla bei Uitenhage.

22. März: Für ein Jahr werden alle Küngebungen zu Schul- und Universitätskollaten verboten; wenige Tage später werden für drei Monate alle Versammlungen der UDF und von 28 weiteren Organisationen der Schwarzen in 18 Bezirken der Kapprovinz verboten.

13. April: 6.000 nehmen an der Beisetzung der Opfer vom Massaker von Langla teil.

12./25. April: In zwei Hochverratsprozessen wird gegen 14 bzw. 16 schwarze Politiker Anklage erhoben.

29. April: Bombenanschlag des ANC auf zwei Verwaltungen von Goldbergbaugewerkschaften.

4./5. Mai: Sipko Mushi und Andries Radixela werden in Polizeigewalt umgebracht. — Sipho Hashe und zwei weitere UDF-Politiker „verschwinden“ unter ungeklärten Umständen.

14. Mai: ANC-Anschlag auf Apartheidverwaltungsstellen.

14. Juni: Ein südafrikanisches Kommando überfällt Botswana Hauptstadt Gaborone und ermordet mindestens 12 Personen.

21. - 26. Juni: ANC-Anschläge bei Durban, in East London, Johannesburg und Umtata (transkei).

29. Juni: Von der Inkatha-Partei wird eine militante Organisation mobilisiert, genannt „Impi“.

Ende Juni/Anfang Juli: Die Leichname der vier verschleppten UDF-Politiker aus Cradock bzw. Oudshoorn werden gefunden. — Ein Konsumentenboykott gegen die Geschäfte weißer Inhaber beginnt.

21. Juli: Verhängung des Ausnahmezustandes. Das South African Institute of Race Relations schätzt, daß seit Jahresbeginn an die 300 Personen bei den Protestaktionen getötet wurden. — An der Beisetzung der vier ermordeten UDF-Politiker nehmen über 50.000 Menschen teil.

31. Juli: In den vom Ausnahmezustand betroffenen Bezirken werden überdies öffentliche Beisetzungsfeste verboten.

Anfang August: Victoria Mxenge, Anwalt in einem der Hochverratsprozesse (gegen 16 UDF-Führer) und Witwe des 1982 ermordeten Rechtsanwalts G. Mxenge, wird ermordet. 30.000 Personen nehmen an ihrer Beisetzung teil. Provokateure und Inkatha-Angehörige entfachen in den Townships um Durban blutige Auseinandersetzungen zwischen Afrikanern und ansässigen Indern, denen über 70 Menschen zum Opfer fallen.

15. August: Die mit großer Spannung erwartete „programmatische Rede“ Präsident Bothas beweis den Willen der Rassenisten, an der Apartheidpolitik festzuhalten.

23. August: In Soweto werden über 800 Kinder festgenommen; das jüngste ist acht Jahre alt.

24. August: Insgesamt 25 Gewerkschaften der Afrikaner beschließen ihre Vereinigung zu einem Verband auf einer Konferenz im November.

27./28. August: Solidaritätskundgebungen für N. Mandela in Kapstadt geplant. Pastor Borsak als einer der Aufreiter wird verhaftet. Zehntausende demonstrieren trotz Verbot und massiver Polizei- und Militäreinsätze.

31. August: Der Schülerverband COSAS wird verboten.

7. September: An der Beisetzung für 18 Opfer der Polizei in Duncan Village bei East London nehmen über 80.000 Personen teil. Demonstrative Bekehrnisse zum ANC während der Beisetzung.

18. Oktober: Benjamin Moloise wird trotz internationaler Proteste hingerichtet, mit ihm ein weiterer ungenannter Mann.

20. Oktober: Die Commonwealth-Konferenz lehnt Sanktionen gegen Südafrika ab.

September/Oktober: Es findet ein Treffen zwischen südafrikanischen Großindustriellen und ANC-Vertretern in Sambia statt. Desgleichen zwischen der Progressiven Liberalen Partei und dem ANC.

Anfang November: Erweiterung des Notstandes; Polizei und Militär können für ihre Vergehen prinzipiell nicht mehr vor Gericht gestellt werden; Einschränkung der Bewegungsmöglichkeiten für ausländische Korrespondenten; Informationsverbot über Auseinandersetzungen zwischen Militär/Polizei und dem Widerstand.

13. November: Verurteilung von sechs Schwarzen zum Tode wegen Tötung eines Bürgermeisters in Sharpeville 1984. Grundurteil gegen die Liquidation von Kollaborateuren mit dem Rassenregime.

Quelle: ISSA, Nr. 6 1985, div. Tagespresse



Dezember 1985: 45.000 demonstrieren auf einer Trauerkundgebung für 13 von der Polizei getötete Schwarze in Mamelodi (Pretoria)

Treunricht verzeihen, die den Wahlkampf mit der Versicherung führte, gegen die Schwarzen mit größerer Härte vorzugehen. Diese Strömung erhielt in einer Region Zulu, in der zum einen die höchste Arbeitslosenquote unter Weißen besteht, und überwiegend afrikanischsprachige Weiße leben,

Bisher kein Platz zwischen den Fronten

Zwischen den weißen Rassenisten und den Forderungen des Widerstands, zwischen Reaktion und Revolte ist nach wie vor kein Raum für Personen oder politische Strömungen, die eine kontrollierte Ablösung des Rassenregimes gewährleisten könnten. Jüngster Versuch eine solche Gruppierung zwischen den Stühlen zu errichten ist die Gründung des „Convention Move-

has werden.

Diese letzte Gesprächsrunde der Regierung Botha mit schwarzen Führern, die eine friedliche Lösung des Konflikts suchen, beweist, daß auch nach einem Jahr aufkeimender Revolte in Südafrika das Regime keineswegs gewillt ist, irgendwelche Machtbeteiligungen anzubieten.

Der lange Weg des Widerstands

Die Sanktionsmaßnahmen der Metropolen gegen die Rassenrepublik sind bekanntlich äußerst begrenzt. Ende Oktober wurde diese Linie der Unterstützung des Rassenregimes sowohl von der Regierung der BRD als auch der USA bestätigt. Der Zufall der Geschichte wollte nun, daß die Commonwealth-Konferenz tagte, während um die Verhinderung der Vollstreckung

Ann. Völkischer Beobachter 1941, 20

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Übernahme der AEG durch die Daimler-Benz AG — die Genehmigung durch das Kartellamt steht noch aus — möchte ich in Ergänzung des Artikels "Daimler/AEG: BRD-Konzern bereit für Handels- und Weltkrieg" in AK 264 (S. 24), einige Aspekte nachtragen, die die Rolle und Politik der Deutschen Bank und somit die Hintergründe dieser Fusion betreffen.

Ohne die Deutsche Bank läuft nämlich bei Daimler — und nicht nur dort — gar nichts. Die Bank ist mit rund 28,1% bedeutendster Großaktionär, gefolgt von der Mercedes-Automobil-Holding AG mit 25,23%, an der die Deutsche Bank auch noch indirekt und direkt beteiligt ist. (Zahlenangaben aus: Die Großen 500, Nr. 95 vom 27.8.85) Nach Insiderangaben kommt die größte Bank im Lande auf fast 40% bei Daimler, bezieht man das Stimmrecht mit ein, das die Deutsche Bank für Aktien ausübt, die Daimler-Aktien bei ihr im Safe deponiert haben (sog. Depotstimmrecht).

Daß Vorstandsmitglieder von Banken, Versicherungen und Industriekonzernen in allen möglichen Aufsichtsräten vertreten sind und dort über die Unternehmenspolitik bestimmen, gehört mehr oder minder zum Allgemeinut. Das personelle Engagement der Deutschen Bank bei der Daimler-Benz AG aber ist einmalig: Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates ist der entnazifizierte Nestor des bundesdeutschen Bankwesens Hermann J. Abs. Abs ist hauptamtlich Ehrenvorsitzender der Deutschen Bank. Den Aufsichtsrats-Vorsitz bei Daimler nimmt Dr. Wilfried Guth ein, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank. Und der Dritte im Bunde ist Dr. Alfred Herrhausen, der zwar nur „einfaches“ AR-Mitglied bei Daimler ist, dafür aber sein Gewicht als Vorstandssprecher der Deutschen Bank auf die Waagschale legen kann. (Daimler-Benz AG, Die Großen 500) (1)

Von der Daimler-Benz AG zur BRD-AG?

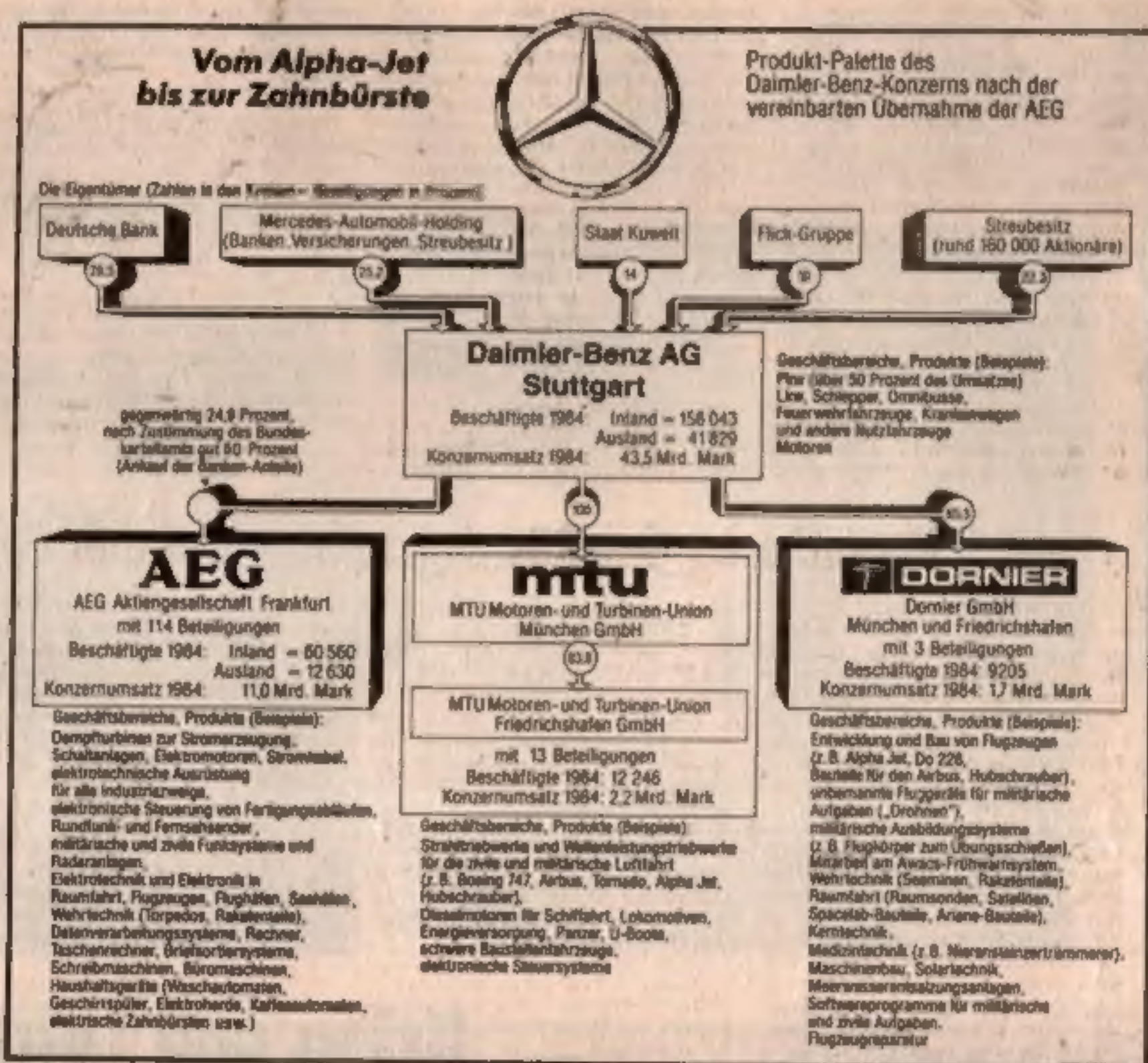
Vor diesem Hintergrund mag zunächst verwundern, daß in der öffentlichen Diskussion die Rolle und Politik der Deutschen Bank bei diesem Deal völlig unberücksichtigt sind. Das hat in erster Linie ideologische Gründe. Denn die grundgesetzlich verankerte Ideologie der Marktwirtschaft geht natürlich bei diesem Coup baden. Die Konzentration des Kapitals und der Einfluß der Banken auf diesen Prozeß sind Tabuthemen.

Auch leise Zweifel sind nicht erlaubt, zumal wenn sie von denen kommen, die in ihrer Funktion als Hüter des freien Marktes, des Wettbewerbs etc. auftreten sollen. So wurden die „harten Vorwürfe“ — Originalität „Handelsblatt“ — des Kartellamtspräsidenten Karitz, „die deutschen Banken seien die heimlichen Drahtzieher der zu beobachtenden Fusionswelle“, flugs vom Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Herrhausen, und dem Commerzbank-Chef Seipp zurückgewiesen. Beide sind übrigens im Daimler-Aufsichtsrat vertreten.

Doch das Dementi geriet zur Bestätigung: „In den Fusionsfällen, an denen die Deutsche Bank beteiligt gewesen sei, habe man das Kriterium der Wettbewerbsförderung erfüllt. Außerdem sei zu beobachten, daß eine oligopolistische Konkurrenz härter sein könnte als eine atomistische.“ (Handelsblatt, 29./30.11.85) Daß multinationale Konzerne im (internationalen) Konkurrenzkampf härter auftreten können als kleinere Unternehmenseinheiten, was hier gesagt wird, mag unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise zutreffen. Damit ist aber die aktive Rolle der Banken in dem Konzentrations- und Monopolisierungsprozeß nicht widerlegt. Im Gegenteil, Deutsche Bank Vorstandssprecher Herrhausen zeigt gleich die dimension auf: „Diese Vorgänge seien nicht nur unter binnenwirtschaftlichen Aspekten, sondern im weltwirtschaftlichen Gefüge zu sehen. Internationale Firmen wie BMW oder Daimler müßten ihre Unternehmensziele auf die weltwirtschaftlichen Perspektiven ausrichten.“ (s.o.) Das Ziel ist also eindeutig Marktherrschaft.

Da wäre es nur konsequent, eine etw. „BRD Aktiengesellschaft“ zusammenzuschneiden. Von der Richtung her ist das gar nicht so abwegig. Denn das jüngste Kind der Deutschen Bank übertrifft an Gigantomane alles bisher dagewesene: Der neue multinationale Technik- und Rüstungskonzern Daimler/AEG/MTU/Dornier bringt es bei fast 300.000 Beschäftigten auf etwa 70 Milliarden (Jahres-)Umsatz und wird somit unangefochten zur Nr. eins in der BRD; in der Welttrangliste nimmt er seinen Platz irgendwo zwi-

Daimler-Benz-Fusionen: Deutsche Bank schmiedet Großkonzern



9. 340) Als zu mächtig erwiesen sich die Finanzmagnaten, ihre Verbindungen und ihr Einfluß waren zu weitreichend — und ihre Flexibilität war erstaunlich.

Diese Eigenschaften haben sich bis heute beibehalten. Und so bleibt noch nachzutragen, daß die Deutsche Bank heutzutage nicht nur mit Dornier an der Spitze der Weltraumrüstung (SDI und BUREKA) steht, sondern über Mannesmann auch an der Spitze des Osthandels. In einer Zeit nach der ersten sogenannten Ölkrise, als die bürgerlichen Kommentatoren „Ausverkauf nationaler Interessen an die Ölscheichs“ schrien, hat die Deutsche Bank das Scheitern Kuweit sich mit rd. 14% an Daimler beteiligen lassen. Recycling von Petrodollars nannte man das vornehm. Und es dürfte ein geschickter Zug der Bank gewesen sein, um somit andere Transaktionen finanzieren zu können. Denn es war bekannt, daß die Kuwaitis nur eine Geldanlage suchten; im Aufsichtsrat der Daimler-Benz AG sind sie nicht einmal vertreten.

Schließlich ist auch die Integration von Sozialdemokraten für die Bankiers kein Widerspruch. Nach dem Tode des ehemaligen Daimler-Chefs Fritz soll die Deutsche Bank zwar verhindert haben, daß der Daimler-Finanzchef Edward Reuter, der wie sein Vater Ernst Reuter, ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin, Sozialdemokrat ist, die Nachfolge als Konzernchef antritt. (Spiegel Nr. 43/85) Aber dafür durfte Reuter junior mit dem Kauf von MTU, Dornier und AEG seine Talente voll entfalten — und wurde dafür belohnt, indem man ihn unlängst zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates von Dornier kürte. AR-Mitglied bei MTU und AEG ist er ohnehin schon. Wenn es der Wähler denn will, kann Reuter noch eine zweite Karriere starten: Er gilt als Wirtschaftsministerkandidat im Schattenkabinett des Johannes Rau.

Ha., Hamburg

Anmerkungen

1) Neben der Deutschen Bank drücken aber auch je ein Vertreter der beiden anderen konkurrierenden Großbanken, die Lederhosen bei den Aufsichtsräten bei Daimler. Es sind dies Dr. Wolfgang Röllert, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank AG und Dr. Walter Seipp, Vorstandsvorsitzender der Commerzbank AG. Ansonsten kommen da noch zum Dr. Friedrich Karl Focke, der Herr der Republik, Dr. Marcus Blich, Allianz-Vorstand und AR-Vorsitzender der Mercedes-Automobil-Holding AG, Dr. Nörger, Siemens-Vorstand, Dr. Roland Schelling, Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz und etliche Arbeitnehmer-Vertreter, (Daimler-Benz AG, Die Großen 500 Nr. 84 vom 6.9.84)

Blohm + Voss kauft HDW-Hamburg

In aller Stille haben Vertreter des Thyssen-Konzerns (Hauptanteilseigner von Blohm + Voss) und des Salzgitter-Konzerns (Hauptanteilseigner von HDW, zu hundert Prozent in Bundesbesitz) eine lang erwartete Entscheidung vorbereitet: Blohm + Voss kauft das Hamburger Werk HDW. Der Name HDW, einstmal der größte Arbeitgeber in Hamburg, wird damit endgültig aus dem Hamburger Hafen verschwinden und mit ihm erneut zunächst ca. 400 Arbeitsplätze, wobei Belegschaft und Betriebsrat bei HDW davon ausgehen, daß es damit sein Bestehen nicht haben wird.

Erst nach und nach schält sich heraus, daß der Hamburger Werften-Deal in einem doppeltem Zusammenhang steht: Zum einen ist damit ein weiterer Schritt vollzogen in dem seit 1972 planmäßig betriebenen Kapazitätsabbau der bundesdeutschen Schiffbau-Industrie. Zum anderen teilen die Konzerne Thyssen und Salzgitter ein bedeutsames Segment des Kriegsschiffbaus neu auf: Thyssen wird die Nummer eins im Bau großer Überwasserschiffe (Fregatten), während Salzgitter seine Führung im U-Boot-Bau stärkt. Das dürfte Konsequenzen haben für eine weitere stark im U-Boot-Bau engagiert.

Dieser Konzentrationsprozeß wird begleitet und befördert durch einen — von der bundesdeutschen Öffentlichkeit kaum registrierten — milliardenschweren Rüstungsschub. Die Bundeswehr erhält „außerplanmäßig“ zwei neue Fregatten F 122, 40 Tornado-Kampfflugzeuge und 250 Kampfpanser Leopard II. Weitere 400 Mio. Mark Steuergelder ermöglichen Blohm + Voss ein lang ersehntes Milliardengeschäft: den Bau von drei MEKO-Fregatten für NATO-Partner Portugal.

Die Tragödie der HDW-Belegschaft

Völlig überrascht wurden die Belegschaften von HDW Hamburg und Blohm + Voss am 19.11. von einer klammheimlich ausgehandelten Entscheidung: Blohm + Voss kauft das Hamburger HDW-Werk. Schon drei Tage später sollten die Aufsichtsräte den Deal beschließen. Bei HDW war jedem klar, was das bedeuten würde: die Angst um die Arbeitsplätze, das

Gespens der Arbeitslosigkeit, das die gebeutelte Belegschaft wie kaum eine andere seit mehr als einem Jahrzehnt begleitet. Kaum sechs Wochen vorher war das Werk — gegen den Widerstand der Arbeitnehmervertreter — in die „Selbstständigkeit“ entlassen worden. Aus der HDW Hamburg und Kiel AG war der Hamburger Teil abgekoppelt und in eine GmbH umgewandelt worden, so die Versprechungen des Vorstandes, nunmehr aus eigener Kraft ertragsorientiert wirtschaften sollte. Übriggeblieben waren von dem ehemals größten westdeutschen Werft-

betrieb ohnehin nur die Bereiche Schiffsreparatur und Maschinenbau mit ca. 2.150 Beschäftigten. Ein Blick hinüber zum großen Nachbarn Blohm + Voss macht deutlich, wo zuerst der Hebel angelegt werden würde: Auch B + V macht Schiffsreparaturen, und zwar mit Gewinn; auch B + V hat einen Maschinenbau, wenn auch mit einer anderen Produktpalette. Trotz der Ankündigung von B + V-Vorstandssprecher Budczies, daß HDW unter dem neuen Namen „Blohm + Voss Ros GmbH“ als eigenständiges Unternehmen weitergeführt werden soll, rechnen alle HDW-Kollegen, aber auch die B + V-Kollegen damit, daß die Tage des Standorts Ros gezählt sind. Auf die besorgte Nachfrage von B + V-Betriebsräten nach Auswirkungen auf die Arbeitsplätze bei B + V erhielten sie zwar die Antwort, daß sich dort im Wesentlichen nichts ändern sollte; jedoch weigerte sich der Vorstand, für das Jahr 1986 eine Beschäftigungsgarantie abzugeben.

Es lag nicht nur an der Kürze der verbleibenden Zeit, daß die Möglichkeiten zur Organisation von Widerstand auf objektive Grenzen stieß. Immerhin hatte man es jetzt sogar mit zwei mächtigen Gegnern zu tun; außerdem ist die HDW-Belegschaft nach der aufsehenerregenden Besetzung der Werft im September 1983, die die Entlassung von 1.340 Kollegen letztlich nicht verhindern konnte, stark geschwächt: ca. 90% der gewerkschaftlichen Vertrauensleute waren unter den Entlassenen.

So richtete sich der Protest der Arbeitnehmer-Vertreter zunächst vor allem dagegen, daß Betriebsräte und Aufsichtsratsmitglieder erst drei Tage

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

vor den entscheidenden Abstimmungen informiert wurden, und das auch nur völlig unzureichend. In gemeinsamen Sitzungen von führenden Betriebsräten, Vertrauenskörper-Leitungen der beiden Betriebe sowie Bezirksleitung und Ortsverwaltung der IG Metall einigte man sich auf eine gemeinsame Linie für die am nächsten Tag anstehenden Aufsichtsratsitzungen. Tatsächlich wurde in beiden Sitzungen noch einmal der Aufschub der Abstimmung erreicht, wenn auch nur für eine knappe Woche.

Immerhin gelang es in dieser Woche, noch einen öffentlichen Wirkungsvollen Auftritt zu organisieren.

Am 27.11. wollten ca. 150 HDW-Kollegen, unter ihnen auch eine Reihe B + V-Vertrauensleute sowie der B + V-BK-Vorsitzende und der VK-Leiter, die gerade tagende Hamburger Bürgerschaft, das Landesparlament, mit ihrem Problem konfrontieren. Erschreckte Polizisten regelten sofort die Rathaussture ab, als die Kollegen auf dem Rathausplatz einige Transparente entrollten. Schließlich konnte unter Parteigenossen geregelt werden, daß die SPD einen Raum für eine improvisierte Pressekonferenz im Rathaus organisierte. Dem dazugekommenen Wirtschaftssenator Volker Lange und der Presse wurden Proteste klärungen gegen den Verkauf vorgetragen und insbesondere erneut die während der Besetzung entwickelte Forderung vorgetragen, daß die Stadt Hamburg sich mit einer Sperrminorität an HDW beteiligen sollte. Bürgermeister von Dohnanyi hatte während der Besetzung die Bereitschaft des Senats dazu erklärt, diesen Schritt aber an Bedingungen geknüpft, an deren Erfüllung nicht zu denken war. Die Kollegen forderten nun Einlösung dieses Versprechens. Der Senat sollte stattdessen, so die Kollegen, für die Verwirklichung eines Konzeptes einsetzen, das ebenfalls im Zusammenhang mit der Besetzung entstanden war. Die IG Metall hatte mit Vertretern der Behörde für Arbeit und Soziales den Plan einer „Gesellschaft für Energie- und Umwelttechnik“ entwickelt, die auf dem HDW-Gelände gegründet werden und durch kommunale Aufträge zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen sollte. Freilich war dieser Plan seinerzeit von Langes Wirtschaftsbehörde rundweg abgelehnt worden. Von den ganzen vorgeschlagenen Produkten, die insbesondere der Energieinsparung und dem Umweltschutz dienen sollten, fand lediglich das einzige aus dem Rahmen der „ökologischen Modernisierung“ (SPD-Motto) fallende Projekt eines Mini-Kugelhaufen-Atomreaktors Langes Zustimmung.

So ließ er auch diesmal die Kollegen kalt abblitzen. Die neuen Anteilseigner wollten Hamburg auf keinen Fall hereinnehmen; der Hamburger Senat wie-

So ließ er auch diesmal die Kollegen kalt abblitzen. Die neuen Anteilseigner wollten Hamburg auf keinen Fall hereinnehmen; der Hamburger Senat wiederum knüpfte seinerseits seine Beteiligung daran, daß der Bund nicht aus seiner Verantwortung entlassen werde. Der Bund als Alleininhaber des Salzgitter-Konzerns trat aber gerade als fest entschlossener Verkäufer in diesem Handel auf, hatte er sich doch schon lange darum bemüht, den lästigen Hamburger Standort loszuwerden. Bevor der Senator wieder abräuschte, gab ihm HDW-VK-Sprecher Kühnle noch mit auf den Weg: „Wenn HDW dann also sterben soll, dann werden wir doch nicht leise sterben.“ Diese Worte bringen die Kampfperspektive ziemlich genau auf den Punkt.

Die Werftvorstände hatten ihrerseits die knappe Woche genutzt. Es war ihnen gelungen, in den Reihen der IG Metall eine Spaltungslinie aufzubauen. Mit der Drohung, anderenfalls den Handelsschiffneubau im Kieler Werk zu schließen, erpreßten sie von den dortigen Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat, daß diese dem Verkauf zustimmten; lediglich die Hamburger sowie die IGM-Vertreter stimmten dagegen.

Nur eine Woche danach ließ B + V-Chef Budczies auf der Betriebsversammlung der neuen „Ross GmbH“ keine Illusionen aufkommen: vierhundert Entlassungen seien der nächste Schritt. Weil die Belegschaft total überaltert sei, werde den Beschäftigten über 55 Jahre, die im Genuß des tariflichen Kündigungsschutzes sind, ein bis zum 28. Februar 1986 befristetes „lukratives Angebot“ gemacht, wenn sie „freiwillig“ ausscheiden. Mit diesem Mittel hatte Budczies schon einen Teil der ca. 2.000 Entlassungen bei B + V recht geräuschlos abgewickelt. So wird denn die HDW-Belegschaft, die 1988 nach der Fusion mit der ehemals größten Werft der Welt, Deutsche Werft Hamburg-Finkenwerder, stolze 22.000 Beschäftigte umfalle, immer weiter dezimiert.

Umsetzung eines langfristigen Plans

„Tod auf Raten“, nannten die Werftarbeiter den nunmehr seit 15 Jahren anhaltenden Prozeß des Ausblutens. Der Zusammenschluß der Howaldt-Werke mit der Deutschen Werft hatte von Anfang an das Ziel, planvoll Kapazitäten zu vernichten. Konsequenz wurde insbesondere auf der ehemaligen DW jegliche Investition vermieden und nur noch rausgepumpt. Das Werk Finkenwerder wurde 1973 endgültig geschlossen.

Die sozialliberale Brandt/Scheel-Regierung hatte bald nach ihrem Amtsantritt eine Werft-Enquete in Auftrag gegeben, mit deren Veröffentlichung der Kapazitätenabbau und die Vernichtung ganzer Standorte systematisiert wurde. Für Hamburg sah das Gutachten vor, den Schiffneubau gänzlich aufzugeben. „Arbeitsplätze (sollten) im Hamburger Schiffbau nur insoweit erhalten werden, als dies zur Sicherung seiner komplementären (= ergänzenden) Funktion gegenüber dem Hafen und der Schifffahrt notwendig ist.“ (Werftenquete, S. 109). Lediglich

Auf der Werftenkonferenz 1983 nannte Hamburgs Bürgermeister von Dohnanyi als strategische Aufgaben der bundesdeutschen Werftindustrie neben der Gewährleistung der Versorgungssicherheit noch ein zweites Ziel: die Festigung der Voraussetzungen zur Durchführung des „Verteidigungsauftrages“. Blohm + Voss hatte die 1975 heftig einsetzende Krise auf dem Weltmarkt für Großschiffe mit einem verstärkten Engagement im Kriegsschiffbau beantwortet. Zunächst war es das Fregattenbauprogramm der Bundesmarine, von dem vor allem der Bremer Vulkan, HDW-Kiel und auch B + V mit dem Auftrag über jeweils zwei Schiffe des Typs F 122 profitierten.

1977 zog B + V einen bemerkenswerten Auftrag an Land: das durch Olausen zeitweilig reich gewordene Nigeria bestellte eine Fregatte des völlig neuen Typs MEKO 360. Auf diesen Verkaufserfolg hatte sich B + V lange sorgfältig vorbereitet. „Bereits 1969 hatte die Werft damit begonnen, ein System zum Bau von Kriegsschiffen zu entwickeln: mit Hilfe der Bundesmarine wurde es innerhalb von sieben Jahren bis zur Produktionsreife vorangetrieben. Dieses System der sog. Funktionseinheiten ist insofern neuartig, als alle Waffenarten und ein Teil der Elektronik in standardisierten Containern untergebracht sind. Diese Technik verkürzt nicht nur die Bauzeit um bis zu 25 Prozent, sondern ermöglicht auch das Auswechseln beschädigter oder veralteter Waffenanlagen innerhalb weniger Stunden. Alle nach diesem System gebauten Kriegsschiffe tragen in ihrer Typenbezeichnung das Kürzel „MEKO“, was für „Mehrzweckkombination“ steht.“ (ziti. a. „Hamburg kriegsbereit“, Broschüre der Hamburger Friedenskoordination, 1985).

Auch für diesen Auftrag war ein enges Zusammenspiel mit der Politik erforderlich. Spielten die Exportbeschränkungen für Rüstungsgüter, die die Bundesregierung 1971 beschlossen hatte, im Kriegsschiffbau ohnehin nie eine Rolle, so gab es aber noch ein echtes Hindernis, das politisch aus dem Weg geräumt werden mußte. Die Nigeria-Fregatte überschritt mit ihren 3.600 t Wasserverdrängung die Grenze, die der Bundesrepublik in den Verträgen der Westeuropäischen Union (WEU) aus dem Jahr 1954 gesetzt worden war. Lediglich 3.000 t waren zulässig. Rechtzeitig vor Ablieferung des Schiffes sorgte die Schmidt/Genscher-Regierung dafür, daß diese Bestimmung 1980 aufgehoben wurde.

Mit der Hereinnahme eines weiteren MEKO-Auftrags setzten B + V ein Jahr nach Unterzeichnung des Nigeriaauftrags erneut Maßstäbe. Die argentinischen Militärdiktatoren bestellten vier MEKO 360-Fregatten sowie sechs kleinere MEKO 140-Korvetten. Letztere sollten in Argentinien mit von B + V geliefertem Material gebaut werden. Damit angelte sich die Werft den größten Rüstungsexportauftrag in der Geschichte der Bundesrepublik. Wert: ca. 2 Mrd. Mark.

Vielleicht von noch größerer strategischer Bedeutung für das Unternehmen war der Auftrag über vier Fregatten MEKO 200 für die Türkei. Auch wenn Generalunternehmer B + V nur eines der Schiffe selbst baut (Stapellauf war November 1985) und die anderen bei HDW in Kiel (1) und in der Türkei (2) entstehen, so war der Auftrag für B + V aus politischen Gründen außerordentlich wichtig. Immerhin war es doch der erste Verkaufserfolg inner-

der Bau von Spezialschiffen mit sehr hohem technischen Standard sollte noch eine gewisse Zukunft haben, so wie der Bau von Offshore-Geräten. Diese Orientierung wurde zielstrebig verfolgt. Zeitweilig gegenläufige Tendenzen wie der Tanker-Boom bis 1975 änderten nichts an der verfolgten Politik. Klar war auch, daß in Hamburg nur eine Großwerft übrig bleiben würde. „Aus der Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Werften erscheint eine Übernahme der HDW-Werke auf privater Ebene durch Blohm + Voss realistisch als eine Fusion.“ Diese Zukunftsperspektive erwartete die damalige Leitung der KB-Betriebszellen HDW und Blohm + Voss in einem Artikel im AK 26, im März 1973. Sie hat sich nunmehr bestätigt. Wichtige Schritte des Werftkapitals auf diesem Wege waren die Schließung des HDW-Werks Reihersstieg 1981 sowie die Aufgabe des Schiffneubaus im Werk Ross mit der Entlassung von 1.340 Kollegen im Jahr 1983. Auslöser für die eindrucksvolle Werftbesetzung. Auch B + V hat sich aus dem Handelsschiffneubau verabschiedet; 1978 wurde das letzte Handelsschiff abgeheftet. Übrig bleibt nur

noch die Zusammenfassung der verbliebenen Reparaturkapazität auf dem B + V-Gelände und damit die Aufgabe des Standorts Ross. Dabei ist es von untergeordneter Bedeutung, ob der HDW-Maschinenbau mit seinem relativ geringen Platzbedarf und den modernen Anlagen auf dem Gelände verbleibt oder ob er auch eines Tages nach Steinwerder überiedelt. 1983 wurde bekannt, daß im Rahmen des Hamburger Hafen-Entwicklungsplanes ein Entwurf existiert, in dem das Werk Ross nicht mehr auflacht, ebenso wenig wie das benachbarte MAN-Werk, das mittlerweile noch ganze 250 Menschen beschäftigt.

Dieses planmäßige „Gesundungs-schrumpfen“ der Werftindustrie, das ebenso an den anderen Standorten in Kiel, Bremen und Bremerhaven sowie in Emden vollzogen wurde und nach wie vor nicht abgeschlossen ist, wurde begleitet von einem unaufhörlichen Strom öffentlicher Gelder aus Bonn und aus den Töpfen der beteiligten norddeutschen Küstenländer. In keine bundesdeutsche Branche sind seit dem Wiederaufbau so viele Steuermilliarden geflossen wie in die Werftindustrie. Der gesamte Vorgang der Ver-

nichtung von ca. 45.000 Arbeitsplätzen auf den Werften erfolgte in enger Absprache mit den verantwortlichen Politikern in Bonn und an der Küste. Allein im Zeitraum von 1975 bis 1983 stellten sie 6 Milliarden Mark zur Verfügung. Diese Gelder flossen mitnichten zur Sicherung von Arbeitsplätzen, sondern waren ausschließlich an einer optimalen Kapitalverwertung der Anteilseigner orientiert. Einher ging eine enorme Produktivitätssteigerung auf den Werften (siehe Grafiken). Der IG Metall-Arbeitskreis Alternative Fertigung bei B + V bemerkte dazu in einer Broschüre vom April 1985: „1979 erwirtschafteten 80.000 Beschäftigte auf den Werften einen Gesamtumsatz von 3,6 Mrd. Mark, 1983 kam es mit 46.500 zu einem Rekordumsatz von über 8,5 Mrd. Mark.“

Im Rekordjahr 1983 beschlossen Werftbosse und die Ministerpräsidenten der Küstenländer, weitere 9.000 Arbeitsplätze zu vernichten. Diese Vorgabe ist inzwischen übererfüllt; seither sind bereits 13.000 Arbeitsplätze zerschlagen worden.

Neuordnung des Rüstungssektors auf den Großwerften

halb der NATO. Damit kann sich B + V mit einigem Recht die Hoffnung machen, das MEKO-System als Standard der NATO-Mittelmeeerflotte durchzusetzen.

Möglich wurde dieser Auftrag nur durch massive Finanzhilfe aus Bonner Steuermitteln. Eine Zeitlang schien das Geschäft an der Finanzschwäche der türkischen Militärdiktatur zu scheitern; eine Auslandsschuld von ca. 60 Mrd. Dollar bedeutete praktisch die Zahlungsunfähigkeit. Die Bundesregierung sprang mit (zweifelslos abzuschreibenden) Bürgschaften von etwa 500 Mio. Mark bei.

Es bedarf eigentlich kaum einer Erwähnung, daß die Freigabe der Steuergelder jeweils mit der Begründung abgelehnt wurde, Arbeitsplätze auf den notleidenden Werften zu sichern. Aber auch bei B + V sank die Zahl der Beschäftigten ständig weiter, namentlich im Schiffbau. Da die Fregatten zwar einen sehr hohen Aufwand an Konstruktionsstunden erfordern, aber vergleichsweise wenig Fertigungsstunden, ist der Beschäftigungseffekt ungewöhnlich gering. Der Arbeitskreis Alternative Fertigung stellte in einer vergleichenden Berechnung fest, daß mit dem gleichen Aufwand an öffentlichen Geldern etwa fünfmal mehr Beschäftigung auf den Werften hätte gesichert werden können, wenn das Geld in den zivilen Schiffbau geflossen wäre, als gerade in den Fregattenbau. Das Arbeitsplatzargument dient im Munde der Politiker und Werftbosse ausschließlich zur Täuschung der Öffentlichkeit. Der B + V-Schiffbau steht nach dem Stapellauf der Türkei-Fregatte, wenn nicht noch kurzfristig neue Offshore-Aufträge hereinkommen, vor einem langen Zeitraum Kurzarbeit mit praktisch Null Beschäftigung und möglicherweise neuen Entlassungen.

Ein Geleitzug kommt in Fahrt

Kurz vor seinem Rücktritt in diesem Jahr überraschte der Bremer Bürger-

meister Hans Koschnik (SPD) die Öffentlichkeit damit, daß er als Oppositionspolitiker der Bonner Regierungskoalition bei einem heftig umstrittenen Gesetzesvorhaben die notwendige Mehrheit sicherte. Um den von Verteidigungsminister Wörner (CDU) entworfenen „Beförderungssatz“ in der Bundeswehr abzubauen, wollte er einen gesetzlichen Weg schaffen, um 1.200 hohen Offizieren „jenseits der Knackigkeitsgrenze“ (gemeint war damit 45 Jahre und älter) den vorzeitigen Ruhestand nebst hohen Abfindungssummen zu ermöglichen. Die Industrie riß sich alsbald um diese wohldisziplinierte Garde von Führungskräften, und im Verteidigungsministerium liefen in kurzer Zeit dreimal so viele Ruhestands-Anträge ein, als Wörners Planungen vorsahen. Der Gesetzesentwurf passierte mit der Mehrheit der Regierungsparteien den Bundestag. Im Bundesrat brauchte Wörner jedoch mindestens eine Stimme eines SPD-regierten Bundeslands.

Koschnik sprang in die Bresche. Das Ratschreiben um Koschniks ungewöhnlichen Schritt hielt nicht lange an. Fast zeitgleich wurde in Bonn bekannt, daß die Bundesmarine zwei weitere Fregatten F 122 in Auftrag geben werde, obwohl die Marine-Planungen eine Neubeschaffung von Fregatten erst für die 90er Jahre vorsah. Wie zu hören war, hatte die Marine in ihrem Haushalt noch genügend nicht abgeflossene Gelder entdeckt, die den vorgezogenen Auftrag ermöglichen. Und da traditionell auch Heer und Luftwaffe nicht darben sollen, wenn die Marine be-

ren gelaufene Fertigung von 1.800 Wannen und Türen läuft im kommenden Jahr aus.

Doch zurück zum Kriegsschiffbau. Obschon nie offiziell bestätigt, zweifelt in Bonn niemand an einem Zusammenhang zwischen dem Abstimmungsverhalten Koschniks und der Tatsache, daß eine der beiden Fregatten beim Bremer Vulkan gebaut wird; die zweite wird auf die neben B + V kleinere Thyssenwerft Nordseewerke Emden vergeben, also nach Niedersachsen. Ebenfalls zu den Geflogenheiten der Vergabe Bonner Flotten-Rüstungsgelder gehört, daß alle vier Küstenländer was abkriegen. In dieser Situation konnte B + V ein Geschäft durchbringen, das an lange Zeit schier unlösbar Finanzproblemen zu scheitern drohte.

NATO-Mitglied Portugal hatte großes Interesse an drei MEKO-Fregatten bekundet, um sie im Atlantik im Gebiet der Azoren einzusetzen. Diese Aufgabe bestritt Portugal bislang mit Korvetten, die ebenfalls bei B + V sowie auf der spanischen Bazan-Werft gebaut worden waren. Sie gelten in NATO-Kreisen als ungeeignet, waren sie doch seinerzeit von Portugal für den Kolonialkrieg in den inzwischen befreiten afrikanischen Kolonien bestellt worden.

Portugal ist ebenso wenig wie die Türkei aus eigener Kraft in der Lage, eine derartige Aufrüstung zu finanzieren (Auftragswert: 1,95 Mrd. Mark für drei Schiffe). Von Anfang an war klar, daß der Auftrag ohne Bonner Gelder in dreistelliger Millionenhöhe nicht zustandekommen würde. Noch vor wenigen Monaten war Außenminister Genscher nicht eben freundlich verabschiedet worden, nachdem er in Lissabon einen 40-Millionen-Scheck Bonner Militärhilfe überreicht, die Forderung nach einer 500 Millionen-Beteiligung am Fregattenbau aber rundweg abgelehnt hatte.

Inzwischen ist der MEKO-Vorstoß in den Atlantik praktisch perfekt, noch

Fortsetzung nächste Seite



Werftarbeiter protestieren im Rathaus gegen den Verkauf. Von links: HDW-BK Pilgrim, Wirtschaftssenator Lange, HDW-BK Köhnle, B + V-BK Tappenberg. Zu welchem der Herren aber gehört der finstere Bodyguard im Hintergrund?

Fortsetzung von vorheriger Seite

In diesem Monat sollen die letzten Unterschriften geleistet werden. Am 8.11. meldet das „Hamburger Abendblatt“ die Bewilligung von 394 Mio. Mark Militärhilfe, auch die Amerikaner, die Waffensysteme liefern sollen, haben ebenso wie Portugal noch etwas zugelegt. Ähnlich wie beim Türkei-Auftrag ist B + V Generalunternehmer und baut mindestens ein Schiff; ein zweites kommt von HDW aus Kiel. Gegenwärtig ist noch unklar, wo das dritte Schiff gebaut wird. So bekommen auch Hamburg und Schleswig-Holstein ihre Fregatten, und alles ist in Eile.

Für Blohm + Voss bedeutet dieser Auftrag eine immense Stärkung seiner Position auf dem Fregattenmarkt und unterstreicht den „Hamburger Führungsanspruch NATO-weit. Dabei ist die Stellung auch bisher schon anders als bei den anderen B + V-Vorstandsmitgliedern. Dr. Budzies ist Vorsitzender des Verwaltungsrats der nur wenig bekannten MTG Marine-Technik GmbH mit Sitz in Hamburg. In dieser Braintrust-Firma, an der alle Kriegsschiffbauer sowie die Elektronik-Industrie beteiligt sind, hecken 150 hochqualifizierte Ingenieure immer neue Schreckensbilder für die Seekriegsführung. Hier wurden u.a. auch wesentliche Entwicklungsarbeiten für die F 122 geleistet.

Als nächstes Großprojekt steht für die MTG die Entwicklung einer standardisierten NATO-Fregatte für die neunziger Jahre an. Auf deutscher Seite nimmt die MTG die Rolle der Führungsfirma in einem Konsortium ein, das insgesamt sieben NATO-Länder und 130 Firmen umfaßt. Sitz der „Internationalen Schiffstudien-Gesellschaft mbH“ (ISS) wird Hamburg sein. Federführend bei der Entwicklung der Fregatte 90: B + V-Vorstandsmitglied Dr. Rohkamm, Leiter des Marine-Schiffbaus.

Kooperationsvertrag zwischen HDW Kiel und Blohm + Voss

Der Monat November hatte noch eine Meldung zu bieten, die für die Werften von Bedeutung ist. Zwischen Kiel und Hamburg wurde ein Vertrag geschlossen, der, so schält sich langsam heraus, die zukünftigen Marktverhältnisse im Kriegsschiffbau zwischen den Konzern Thyssen und Salzgitter regelt. Danach, so meldete die „taz“ am 28. und Hamburg wurde ein Vertrag geschlossen, der, so schält sich langsam heraus, die zukünftigen Marktverhältnisse im Kriegsschiffbau zwischen den Konzern Thyssen und Salzgitter regelt. Danach, so meldete die „taz“ am 28. und 30.11. unter Berufung auf „gut informierte Kreise“, soll Thyssen via Blohm + Voss die unumstrittene Führung des Fregattenmarktes übernehmen, während Salzgitter via HDW Kiel, das gerade 150 Mio. Mark in den Bau einer neuen U-Boot-Fabrik investiert, „wesentliche Auftragskapazitäten“ („taz“) von dem bislang einzigen Mitbewerber im U-Bootbau, den Thyssen Nordseewerften in Emden erhält. Die „taz“ zitiert den Betriebsratsvorsitzenden der Emdener Werft, Walter Oehl: „Es gibt Anzeichen dafür, daß nach den Wahlen die Bude dichtgemacht wird.“ In Emden stehen 2.100 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Geburts-hilfe soll beim Abschluß des Kooperationsvertrages die Bundesregierung mit ihrer Portugal-Militärhilfe gespielt haben.

Nach Meinung von Frank Teichmüller, IG Metall-Bezirkssekretär und Mitglied im Aufsichtsrat der HDW, haben die Portugal-Millionen aber auch für den nötigen Druck aus Bonn gesorgt, die Blohm + Voss-Bosse zu dem Kauf des Hamburger HDW-Werks zu bewegen. Bis zum weitgehenden Abschluß der „Sanierung“ der staatseigenen Nachbarwerft auf Kosten von Steuergeldern hatten sich die Thyssen-Leute nie sehr für eine Übernahme des Betriebes erwärmen können. Die Übernahme der HDW-Hamburg erscheint unter dem Lichte viel bedeutender machtpolitischer Veränderungen in der Branche fast als eine untergeordnete Dreingabe, als eine Vertragsbedingung, mit der quasi im Vorbeigehen ein altes, eher lästiges Problem seiner endgültigen Erledigung zugeführt wird. So, wie ein Autohändler, der eine Partie guter Gebrauchtwagen übernimmt und dabei auch mal 'ne alte Rostbeule akzeptieren muß.

Die „taz“ zitiert gewerkschaftliche Schätzungen, nach denen die Kooperation zwischen Blohm + Voss und HDW Kiel, zwischen Thyssen und Salzgitter, zwischen dem Privatkapital und dem Staatskonzern mindestens 1.000 weitere Arbeitsplätze auf den Hamburger Werften kosten wird, wobei noch nicht entschieden ist, ob es nur die HDWler oder auch Blohm + Voss-Kollegen treffen wird.

Merke also: Rüstung sichert Arbeitsplätze. Auch an der Küste. Ahoi!

Lufthansastreik:

Ein tarifpolitisches Desaster

BILD: „Es geht um ganze 75 Mark. Diesen Streik versteht keiner!“

Ruhnau: „Ein Arbeitskampf fñgt dem Unternehmen Schaden zu. Er steht in keinem Verhältnis zu der Forderung um die es geht.“

Was BILD ist, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Und Heinz Ruhnau? Vorstandsvorsitzender der Lufthansa, SPD- und IG Metall-Mitglied; früher Innenminister in Hamburg; davor Leiter des Hamburger IG Metall-Bezirks; später aufgestiegen zum Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, von wo aus er — mit Protektion seiner ÖTV-Kollegen bei der Lufthansa — in deren höchstes Management zum heutigen Job vorstieß. Alles in allem also ein gestandener sozialdemokratischer Gewerkschafter mit Traumkarriere, wie sie halt nur in einem Staatsunternehmen möglich ist. — BILD und Ruhnau haben einen gemeinsamen: Mögen tun sie die Arbeiter nicht, aber brauchen schon.

Den Stolz der „Lufthanseseiten“ verletzt

Was also haben die Kollegen bei der Lufthansa falsch gemacht? Wo hat die Gewerkschaft ÖTV versagt? Richtig, sie haben zu wenig gefordert. Z.B. 200 oder 300 Mark mehr, dann hätte BILD geschrieben: Das versteht jeder. Oder: Statt 1.800 Mark im Monat für angelernte Arbeiter, Köchen- und Putzpersonal sowie 18.000 im gleichen Zeitraum für Flugkapitäne, mindestens 3.000 Mark für alle, dann hätte Ruhnau gesagt, der Streik steht im Verhältnis zur Forderung.

Doch ging es um 75 Mark mehr? Die ÖTV sagt, ja, auch, aber es ging auch gegen die Wende in der Tarifpolitik der Lufthansa. Denn seit der Wende in Bonn ist das zu 81% in Bundesbesitz befindliche Luftfahrtunternehmen zwar nach wie vor vom sozialdemokratischen Filz in Vorstand und Gewerkschaft gelenkt, steht aber unter dem politischen Druck der neuen Bonner Mehrheit. Ruhnau hat damit keine Probleme, seine Gewerkschaftskollegen mit Kontakt zur Basis schon. Ruhnau sagt, „Neid und Mißgunst“ bringen die Lufthansa nicht voran. Oder anders gewendet: Auch bei uns gilt, „Leistung muß sich wieder lohnen“.

Deshalb sollte 1985 die betriebsübliche Gewinnbeteiligung nicht wie in den Vorjahren einheitlich ausbezahlt werden, sondern leistungsbezogen gestaffelt (in den letzten acht Jahren gab es im Schnitt 400 DM, 1984 allerdings 1.100 DM). Also bot der Vorstand 1985 an: 850 DM plus 6%, mindestens aber 960 DM für jeden. Da springen dann für den Flugkapitän schon mal bis zu 2.000 DM bei raus, doppelt so viel, wie beim Putzpersonal. Ist das nicht eine Tarifpolitik angemessen, die ihm zehnmal so viel Lohn ermöglicht?

Eigentlich ja, und ernstnehmen kann man vor diesem Hintergrund die ÖTV-Parole „Für eine gerechte Tarifpolitik“ wohl kaum, mit der die Forderung nach einheitlich 1.100 DM für alle begründet wurde.

Und doch gab es einen Streik, den der Geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV gar nicht gewollt hat. Warum? Nun, Ruhnau stellte auch fest: „Der Geist der Zusammenarbeit hat die Lufthansa stark gemacht.“ In der Tat, dieser betriebspartnerschaftliche Geist vom „Lufthanseseit“, abgesichert mit überdurchschnittlicher Bezahlung, sozialer Absicherung und Vergünstigungen wie z.B. die Gewinnbeteiligung hat die Situation bei der Lufthansa geprägt. Der sogenannte „Leistungsbezogene“ Lohn ist längst Wirklichkeit. Wenn Ruhnau dann zur Änderung eines Gewohnheitsrechts einheitlicher Gewinnausschüttung begründet, „die Leistung des einzelnen Mitarbeiters muß anerkannt werden“, dann verletzt er die in ihrem Stolz und Selbstbewußtsein, die bislang ohne Murren das Beste für „ihre“ Firma gegeben haben. Wenn dann noch so ein passant bekannt wird, daß die Vorstandsmitglieder sich einheitlich 40.000 DM Prämie genehmigt haben, Direktoren einheitlich 20.000 DM erhalten, Abteilungsleiter einheitlich 8.000, dann dürfen ja wohl für die große Masse einheitlich 1.100 DM nur recht sein. Diese zusätzliche Beleidigung scheint das „Geheimnis“ des Lufthansa-Streiks zu sein, an dem viele sich beteiligten, obwohl sie mit ihrer Forderung nach 1.100 DM für alle am Ende weniger ausgezahlt bekommen hätten, als beim Lufthansa-Angebot der Differenzierung. Also ging es gar nicht so sehr ums Geld, als vielmehr um die angegriffene Ehre der „Lufthanseseiten“.

Ein Streik, der nicht gewollt war

Ein Streik bei der Lufthansa ist kein einfaches Unterfangen. Etwa 6.000 der 34.000 Beschäftigten in den verschiedenen Werken sind Besserverdienende vom fliegenden Personal. Sie und die Cockpit-Besatzungen werden gewerkschaftlich durch die DAG oder die ständige Vereinigung Cockpit, die der DAG angeschlossen ist, vertreten. Die ÖTV hat etwa 10.000 Beschäftigte organisiert, die meisten bei den Arbeitern und Facharbeitern des Bodenpersonals und den Service-Diensten. Die Urabstimmung unter den ÖTV-Mitgliedern Ende Oktober brachte 82% Zustimmung zum Streik für die Forderung nach einheitlich 1.100 DM für alle. Doch die ÖTV rief nicht den Streik aus, sondern stellte der Lufthansa ein Verhandlungsumultimatum, das drei Tage nach der Urabstimmung zum Ergebnis hatte: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.025 DM. Den Verhandlungen vom Gewerkschaftsvorstand schied das genug. Aber man hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Basis spielte nicht mit. In Hamburg demonstrierten 1.200 Kollegen zur Versammlung ihrer Vertrauensleute und machten Druck, die Einheitsforderung nicht aufzugeben. Auf einer außeror-

dentlichen Betriebsversammlung mit 6.000 Beschäftigten am nächsten Tag wurden dann die Hamburger Mitglieder der Bundestarifkommission der ÖTV darauf verpflichtet, das Verhandlungsergebnis abzulehnen. Hamburg als größter Lufthansa-Betrieb und die ebenfalls konsequenten Frankfurter sorgten für eine mit 20 gegen 14 Stimmen erfolgte Ablehnung in der Kommission.

Dem ÖTV-Vorstand blieb keine andere Wahl, als den Streik mit Beginn am 11. November auszurufen. Der Lufthansa-Vorstand war gut vorbereitet. Sofort ließ er die Gewinnausschüttung überweisen: 850 DM plus 6%, mindestens 1.025 DM, das Geld war bereits am zweiten Streiktag auf den Konten. Eine täglich erscheinende, höchst professionell gemachte Streikbrecherzeitung, „Der Lufthanseseit“, wurde in hoher Auflage auf den Markt geworfen. Der ÖTV-Vorstand reagierte mit einer klammheimlichen Veränderung der Forderung: aus 1.100 DM für alle wurden 1.100 DM mindestens, wollte man sich doch nicht auch noch dem Vorwurf aussetzen, einigen Leuten wieder Geld wegzunehmen. Etwa 6.000 Beschäftigte rief die ÖTV insgesamt zum Streik auf. Der ökonomische Druck war kurzfristig kaum spürbar, da der Streik fast ausschließlich in den Bereichen Wartung, Überholung und Reparatur stattfand, erst eine längere Streikdauer hätte gravierende Auswirkungen auf den Flugverkehr haben können.

So konnte denn das bewährte Tarifritual ablaufen. Am vierten Streiktag tauchte Georg Leber als „Schlichter“ auf. Bis auf einen Vertreter aus dem Arbeitgeberverband saßen sich nur Sozialdemokraten am Verhandlungstisch gegenüber: Ruhnau (IGM) und Fröhe (ÖTV) vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der ÖTV vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV

Wochenendarbeitsmodell im Norden: Hurra, wir dürfen sonntags arbeiten!

Anfang des Jahres warb ein Kleinunternehmer aus Wahlstedt (Bad Segeberg) in einem lokalen Anzeigenblatt unter dem Motto: „Massenhafte Arbeit für DM 8,- je Stunde“. 300 Arbeitslose sollen sich gemeldet haben. Drei stellte er als Hilfsarbeiter ein. Die Aktion fand in den Medien der BRD ein breites Echo, so daß der Kleinunternehmer Hintz sich ermuntert sah, mit einer „beschäftigungspolitischen Offensive“ nachzuziehen. Mit von Lambsdorff und Hausmann abgekupferten Sprüchen wie „Tarifpolitik verhindert Arbeit“, setzte er sich für eine Öffnung der Tarifverträge nach unten ein.

Der Norden der Bundesrepublik scheint für solcherart „Beschäftigungspolitik“ das richtige Pflaster zu sein. Mit „Strukturproblemen“ kämpfend und gebeutelt von überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit gedeihen hier Modelle, die für die westdeutschen Kapitalisten richtungweisend sind.

So macht in letzter Zeit verstärkt die Wochenendarbeit von sich reden. Die Medien vermitteln zufriedene Gesichter: Stolz Fertigungsleiter, glückliche Wiederbeschäftigte, strahlende Betriebsräte. Nur die Behördenvertreter sind noch nicht mit dem ganzen Herzen dabei. Aber das kann sich unter dem Druck der „öffentlichen Meinung“ bald ändern.

Druck der „öffentlichen Meinung“ bald ändern.

Öffentliches Interesse an Hörschenwindeln?

Im August '84 wurden in der Mikrochip-Fertigung bei der Firma Valvo in Hamburg 55 Arbeiter neu eingestellt. Sie arbeiten samstags und sonntags im wöchentlichen Wechsel mal tags mal nachts, jeweils 12 Stunden pro Schicht. Werktags müssen sie außerdem alle 14 Tage für vier Stunden zur Arbeit. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit beträgt 26 Stunden. Dafür bekommen sie ca. 2.000 DM netto im Monat. Das Amt für Arbeitsschutz genehmigte den entsprechenden Antrag der Firma und gab grünes Licht für diese außergewöhnliche Arbeitszeit. Laut Arbeitszeitordnung (§ 28) können Ausnahmen von den geltenden Arbeitsschutzvorschriften zugelassen werden, „wenn sie im öffentlichen Interesse dringend nötig werden.“ Valvo begründete den Antrag mit den besonderen Bedingungen der Mikrochip-Produktion. Diese werden in staubarmen Räumen unter gleichmäßigen Temperaturbedingungen mit kostspieligen Diffusionsöfen hergestellt. Bei Unterbrechung der Produktion am Wochenende könne Valvo im internationalen Chip-Wettbewerb nicht mithalten, so Valvo-Werkleiter Loken im „Spiegel“.

Und da die Valvo-Stammbelegschaft vor der Wochenendarbeit durch Tarifvertrag geschützt ist, blieb den Kapitalisten eben nichts anderes übrig als neue Leute einzustellen.

Auch bei Polygramm in Hannover, dem größten CD-Platten-Hersteller der Welt, gibt es seit dem 13./14. April dieses Jahres Wochenendarbeit. Die Produktion läuft jetzt sonntags/sonntags rund um die Uhr. 350 Arbeitslose sollen eingestellt worden sein. Nur so hätte man der verstärkten Nachfrage nach CD-Platten nachkommen können.

Die Neueingestellten verdienen rund 90% des normalen Schichtnettolohns. Auch hier werden am Wochenende zwei Schichten à zwölf Stunden gearbeitet. Bei einem Stundenlohn von 15 DM macht das durch den steuerfreien Sonntagsarbeitszuschlag und den Zuschlag für Nachtarbeit zwischen 1.445 und 1.516 DM im Monat.

Im Beiersdorf-Werk Hamburg läuft seit dem 19. September des Jahres das dritte Modell der Wochenendarbeit. Um die 15 Millionen Mark teuren Maschinen, die Klebeband für Hörschenwindeln herstellen, besser auszulasten, arbeiten auch hier bisher 6 Kollegen (davon drei Neueingestellte) in zwei Wochenendschichten à zwölf Stunden. Alle 14 Tage arbeiten sie außerdem noch einmal acht Stun-

den an einem Werktag, so daß sich eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 28 Stunden ergibt. Eine Schicht am Sonnabend geht von 6-18 Uhr, die andere am Sonntag von 18 Uhr bis Montag früh um 6 Uhr.

Personalleiter Hein wies im „Hamburg-Journal“ des NDR stolz auf eine Kapazitätssteigerung von 40% hin. In der zwischen dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung von Beiersdorf Hamburg einvernehmlich ausgehandelten Betriebsvereinbarung, die zum 31.7.86 ohne Kündigung ausläuft, heißt es ausdrücklich: „Es besteht Einigkeit darüber, daß ... dieses Schichtmodell keine Verkürzung der 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich bedeutet.“

Das wäre ja auch noch schöner. Immerhin geht es den BDF-Kapitalisten neben einer effektiveren Anlagenutzung auch um niedrigere Lohnkosten. Denn bisher wurde die notwendige Mehrarbeit am Wochenende als Überstunden geschoben (zwei 12-Stunden-schichten). Beiersdorf hatte so einen wesentlich höheren Kostenaufwand durch Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeitszuschläge. So konnte ein Arbeiter bisher bei zwei 12er Schichten durchaus auf das Entgelt einer regulären 40-Stunden-Woche kommen. Die Kapitalisten sparen also die durch die Progression anfallenden Mehrausgaben an Steuern und Sozialabgaben.

Das volle Durchlaufen der Anlagen an sieben Tagen, wie vom Konzernbetriebsrat (I) gewünscht, ist bisher noch nicht realisiert worden, da es in den Hamburger Behörden gegenüber dem neuen Modell bei BDF auch noch kritische Stimmen zu geben scheint. Außerdem gibt es Probleme bei der Abstimmung mit den Gewerbeaufsichtsstärtern der anderen Bundesländer, denen das Hamburger Amt für Arbeitsschutz den Beiersdorf-Antrag vorsorglich zur Begutachtung zuschickte. Bisher hat jedoch nur ein Ministerium den Antrag befürwortet. Die restlichen acht lehnten ab. Die Antwort aus Schleswig-Holstein steht noch aus. Die letzte Entscheidung liegt bei Sozialsenator Ehlers (Hamburger Abendblatt, 14.10.85).

Daß 12-Stunden-Schichten in zwei Fällen (Valvo, Polygramm) überhaupt schon genehmigt wurden, liegt an § 5(3) der AZO, der eine weitere Verlängerung der Arbeitszeit um zwei Stunden über 10 Stunden hinaus dann zuläßt, wenn es sich bei diesen zwei Stunden um „Vor- und Abschlusarbeiten“ handelt.

Um der Wochenendarbeit in den beschriebenen Betrieben einen Signalcharakter zu geben, die Behörden auf Trab zu bringen und den nötigen Background für entsprechende gesetzliche Änderungen der AZO in Bonn zu schaffen, wurden die neuen Arbeitszeitmodelle in den Medien reichlich ausgewälzt. Nicht nur die „Bild-Zeitung“, das „Hamburger Abendblatt“ und das Fernsehen berichtete. Sogar in „Bunte“ und „Neue Revue“ ließ man die Wiederbeschäftigten von den Vorzügen der Sonntagsarbeit schwärmen.

Je teurer die Maschinen desto flexibler die Arbeitszeiten?

In der Bundesrepublik arbeitet heute bereits ein Viertel aller Erwerbstätigen am Samstag oder Sonntag. 40% der Beschäftigten in der Energiewirtschaft, bei der Wasserversorgung und im Bergbau, 38% in der Land- und Forstwirtschaft und in der Fischerei, 36% im Verkehrswesen und der Nachrichtenübermittlung, und 30% der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich arbeiten am Wochenende. Im verarbeitenden Gewerbe sind es bisher „nur“ 10,3%. Das soll jetzt anders werden.

Im August letzten Jahres verabschiedete das Bundeskabinett einen Entwurf für eine neue Arbeitszeitordnung, der die Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Schutzrechten auch im verarbeitenden Gewerbe leichter machen soll.

In dem Entwurf ist neben der Einschränkung des Frauenarbeitsschutzes, der Verlängerung der Arbeitszeiten in bestimmten Fällen über 10 Stunden hinaus auch ein breiter Katalog von Fällen aufgeführt, in denen die Sonn- und Feiertagsarbeit möglich sein soll. In einem Zusatzantrag des Bundesrates zum Regierungsentwurf heißt es außerdem, daß die Bundesregierung durch

Rechtsverordnung Sonn- und Feiertagsarbeit zulassen kann „... für den Betrieb von hochmechanisierten oder automatisierten Produktionsanlagen, bei denen infolge der Mechanisierung oder Automatisierung ein erheblicher Anteil wartender, steuernder und überwachender Tätigkeiten vorliegt.“

Außerdem will man — wie schon in den Tarifverträgen bei Metall und Druck 1984 und beim Beschäftigungsförderungsgesetz den Entscheidungsspielraum der „Tarifpartner“ auf Betriebs- und Branchenebene erweitern. Staatssekretär Vogt vom Bundesarbeitsministerium nennt das „Stärkung der Tarifautonomie“. So soll es nach dem neuen Entwurf möglich sein, daß in einem gesonderten Tarifvertrag, einer Betriebsvereinbarung, (wenn ein Tarifvertrag dies zuläßt oder Arbeitszeitfragen im Tarifvertrag nicht geregelt werden) oder in einem nicht tarifgebundenen Betrieb ohne Betriebsrat durch Einzelarbeitsvertrag, elf Ausnahmen schlechterer Regelungen zulassen, als sie das Gesetz vorschreibt. U.a.:

- Verlängerung der werktäglichen Arbeitszeit über 10 Stunden bei Arbeitsbereitschaft,
- Festlegung eines größeren Ausgleichszeitraums für Mehrarbeit,
- ohne Ausgleich 10-Stundentag an 60 Tagen im Jahr,
- Kürzung der Mindestruhezeit von 11 bis auf 9 Stunden usw.

Mit diesen Ausnahmeregelungen würde gleichzeitig das „Günstigkeits-

offneten Flexibilisierungsmöglichkeiten.

Reaktionen bei den Kollegen

Betriebsrat und Personalleiter von Beiersdorf behaupten in den Medien, daß die Reaktion der Kollegen/innen auf das neue Modell nur positiv seien. Guckt mensch sich jedoch die bisher veröffentlichten Äußerungen genauer an, so wird da nicht nur Positives berichtet. Auf die Frage, wie ihm die neue Wochenendarbeit gefalle, antwortete Herbert Hoff, ein durch die Stilllegung einer BP-Raffinerie arbeitslos gewordener Betriebschlosser: „Diese neue Wochenendarbeit gefällt mir sehr gut. Ich habe viel Freizeit dadurch. Sonst wäre ich eventuell arbeitslos, wenn ich diesen Job nicht gefunden hätte. Das einzige Problem ist, daß diese Nachtschicht noch ein bißchen hart für mich ist. Aber man gewöhnt sich dran.“ (Hamburg-Journal)

Helmut Willeben, seit 10 Jahren bei BDF, bekommt jetzt statt 2.300 nur noch 2.000 DM netto. Diese Lohnneinbuße gleicht seine Frau durch Reinmachearbeiten aus. Zur neuen Arbeitszeit meint er: „Erstens kommt das meiner Familie zugute und zweitens bin ich auch ausgeglichener und nicht mehr so nervös und schrei die Kinder auch nicht mehr so an.“ (Hamburg-Journal)

Hans-Joachim Oerthling arbeitete auch schon vorher bei Beiersdorf:

Wochenende arbeiten — den Rest frei 2 Tage-Woche bei

Wochenende arbeiten — den Rest frei 2 Tage-Woche bei Tesa: Noch 100 neue Jobs



prinzip“ gesetzlich beseitigt. Dieses sah vor, daß tarifliche Regelungen im allgemeinen nur besser sein dürfen als die gesetzlichen Bestimmungen.

Für die Beseitigung des „Günstigkeitsprinzips“ haben sich in der Vergangenheit besonders FDP-Politiker stark gemacht. So forderte im Frühjahr des Jahres Lambsdorff das „Recht auf Arbeit“ in einem „freien Marktzutritt bei freier Lohnbildung“. FDP-Generalsekretär Haussmann war noch weiter gegangen und hatte zeitlich befristete Arbeitsverträge für Arbeitslose zu Löhnen unter Tarif gefordert. Auch sollten Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit andere Löhne zahlen als Ballungsgebiete (FR 23.3., FAZ 16.4.85).

Das was jetzt bei Beiersdorf, Valvo und Polygramm läuft, kommt den FDP-Vorstellungen schon recht nahe.

Die immer teurer werdenden Produktionsanlagen verlangen eine intensivere Nutzung, was u.a. durch die Entkopplung von Arbeitszeit und Maschinenlaufzeit sowie die verstärkte Einführung von Teilzeitarbeit, Arbeit auf Abruf etc. erreicht werden soll. Der Konkurrenzkampf erfordert schnelle Reaktionen der Produktion auf Marktschwankungen. Flexible Arbeitszeiten sind hier für die Kapitalisten das ideale Instrument. Durch den Wegfall von Überstundenzuschlägen tragen sie außerdem zur Kostenersparnis bei und ermöglichen eine Leistungssteigerung der Arbeitskräfte (Krankheiten können in den Freizeitblöcken auskuriert werden).

Wie sehr den Kapitalisten die flexiblen Arbeitszeiten am Herzen liegen, zeigt eine jüngst veröffentlichte Umfrage von Gesamtmetall bei 5.000 Betrieben. 63% der Betriebe mit 87% aller Beschäftigten nutzen demnach mindestens eine der vom Tarifvertrag er-

„Ewig will ich am Wochenende nicht arbeiten ... Nach dem Sonnabenddienst schlafe ich normal“. Doch von Sonntag früh bis Montag nacht bleibe ich dann durchgehend wach. Die Zeit ist schon hart.“ (Hamburger Abendblatt 14.10.)

Ein weiteres Problem, das in den veröffentlichten Interviews nur angeschnitten wird, ist, daß man zwar viel Freizeit hat, diese aber nicht wie gewohnt mit Familie und Freunden/innen verbringen kann, da diese meist einen anderen Lebensrhythmus haben. Auch kulturelle und sportliche Aktivitäten konzentrieren sich am Wochenende, so daß die Wiederbeschäftigten davon abgeschnitten sind.

Daß die Flexibilisierungsmodelle der Kapitalisten bei den Kollegen/innen und Arbeitslosen trotz allem auf recht offene Ohren stoßen, liegt nicht nur an dem Druck der Arbeitslosigkeit, sondern auch daran, daß es für die Masse im Produktionsprozeß immer weniger Möglichkeiten zu einer sinnvollen Arbeit gibt, so daß das Bedürfnis der Lohnarbeit zu entfallen immer größer wird. Dementsprechend müßten in der Gewerkschaftspolitik Arbeitsformen und -inhalte viel stärker als bisher thematisiert werden.

Betriebsräte, Gewerkschaften und Wochenendarbeit

Der Kampf um die Begrenzung des Arbeitstages und der Arbeitswoche ist so alt wie die Gewerkschaften selbst. Trotzdem scheinen dies viele Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre vergessen zu haben bzw. zu meinen, daß in wirtschaftlichen Krisen andere Gesetze gelten. Daß es im DGB-Grundsatzprogramm von 1981 heißt, „Nacht- und Schichtarbeit, Wochen-

end- und Feiertagsarbeit sowie Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten sind auf das unabdingbare Maß zu beschränken und so zu gestalten, daß die betroffenen Arbeitnehmer am gesellschaftlichen und politischen Leben teilnehmen können“, spielt in der gewerkschaftlichen Praxis keine entscheidende Rolle. Weiter heißt es, „Nachtarbeit darf nur noch zugelassen werden, wenn sie aus technischen Gründen oder im öffentlichen Interesse notwendig ist“. Daß die Wochenendproduktion von Mikrochips, Disc-Platten und Hörschenwindeln im öffentlichen oder vielleicht besser: gesellschaftlichen Interesse liegt, kann ja wohl kaum behauptet werden.

Im Gegenteil: Eigentlich müßten die Gewerkschaften Produkte wie Mikrochips auf ihre gesellschaftliche Bedeutung hin abklopfen. Und die Gewerkschaften müßten sich fragen, ob sie sich nicht selbst das Wasser abgraben, wenn sie die Spaltung von Belegschaften in einen Kern und die „Randbeschäftigten“ zulassen.

Der Betriebsrat bei Beiersdorf in Hamburg setzt sich aus rechten IG-Chemikern und DAC-Leuten zusammen, die die linke Opposition im Betrieb und im Betriebsrat immer scharf bekämpft haben (u.a. mit dem Mittel der Gewerkschaftsausschlüsse). Der Betriebsratsvorsitzende Günter Käding ist Mitglied der Christlich Demokratischen Arbeitnehmer und Mitglied der IG Chemie. Im BDF-Hauskurier (Juni '85) darf der BDF-Betriebsrat das Arbeitszeitmodell nun der Belegschaft vorstellen und begründen, warum er sich dafür so engagiert hat. Um „Kapazitätsengpässe“ zu überwinden, habe es in der Vergangenheit ein erhebli-

vorstellen und begründen, warum er sich dafür so engagiert hat. Um „Kapazitätsengpässe“ zu überwinden, habe es in der Vergangenheit ein erhebliches Maß an Überstunden gegeben, unter dem „die Leistungsfähigkeit und die Gesundheit der Mitarbeiter leiden. Andererseits, steigt die Zahl der Arbeitslosen ständig. Jedem, der Verantwortung trägt, kann beides nicht gleichzeitig sein ... Im Mittelpunkt der Überlegungen des Betriebsrates stand die Überzeugung, daß es eine zusätzliche Belastung der Mitarbeiter im Dreischichtenbetrieb nicht geben darf und daß das arbeitsfreie Wochenende für diesen Personenkreis erhalten bleiben muß.“ Als Vorteil der Wochenendarbeit wird ausdrücklich die „erheblichen Kapazitätsgewinne für das Unternehmen pro Anlage“ genannt.

Doch damit nicht genug: „Überlegen müssen wir, ob es noch weitere Möglichkeiten bei BDF gibt, das geschilderte Schichtmodell einzuführen.“ Personalchef Hein meint diesbezüglich, daß, wenn man das Schichtmodell auf alle Beiersdorf-Betriebe ausdehnt, hundert neue Arbeitsplätze entstehen könnten.

Wolfgang Baumhöfer, von der BILD-Zeitung als hauptamtlicher IG-Chemiefunktionär der Verwaltungsstelle Hamburg zu dem Arbeitszeitmodell bei Beiersdorf befragt, meint: „Ich habe Verständnis für Betriebsräte, die zugunsten neuer Arbeitsplätze heute auf den arbeitsfreien Sonnabend verzichten, den die Gewerkschaften vor vielen Jahren erkämpft haben.“ (15.10.). Der Valvo-Betriebsrat Friedrich Pola — ebenfalls in der BILD-Zeitung: „Als Betriebsrat bin ich dafür und als Gewerkschafter dagegen.“ (16.10.).

Diese Äußerungen belegen auf erschreckende Art und Weise, wie sehr das sozialpartnerschaftliche und betriebsbasierte Denken unter dem Druck der Arbeitslosigkeit politische und gesellschaftliche Ziele verdrängt. Dies ist vor allem auch das Resultat einer Gewerkschaftspolitik, der die Marktwirtschaft und das Wohl des einzelnen Betriebes immer näherstanden als die gesellschaftlichen Utopien.

Einschränkend muß mensch vielleicht noch hinzufügen, daß sich die Kapitalisten bei ihren Modellen auch Betriebe ausgesucht haben, in denen es bekanntermaßen keine linken Bastionen (mehr) gibt. Bleibt zu hoffen, daß die Flexibilisierungsstrategie der Kapitalisten in anderen Betrieben nicht so sang- und klanglos über die Bühne geht.

B&G-Kommission

Literaturhinweise:

„Hauern und Pauern“, Arbeitsrecht nach der „Wende“, herausgegeben von der Arbeiterkammer Bremen, VSA-Verlag. Politische Berichte, extra 7.9.85. Gegen die Regierungsvorhaben zur Neufassung der Arbeitszeitordnung, herausgegeben vom BfW.

Kommentar Schwarz-rot-gold?

„Gibt diesen Systemveränderern der anderen Seite, die eine andere Republik wollen, keine Chance“, ruft Hans Mayr auf, „Demokratie sichern“ wird auf schwarz-rot-goldenen Plakaten gefordert. Die da so reden, sind keine Konservativen, die mal wieder das Gespenst kommunistischer Verschwörung strapazieren. Umgekehrt sind die gemeinten „Systemveränderer“ die heute Regierenden im Bund. Was da so in dieser fürchterlichen, nicht zu übersehenden Farbenkombination auf Plakatwänden prangt, ist das Totalbekenntnis der Nachkriegsgewerkschaften zur bürgerlichen Demokratie der Bundesrepublik und zur sozialen Marktwirtschaft, nicht zu vergessen. Schon in der Vergangenheit gehörte der DGB eher zu den Gralshütern dieses Systems. So kontrastiert denn dieser Teil der IGM-Kampagne mit den radikalen Parolen, die Gewerkschaftsfunktionäre heute auf Versammlungen und in den Betrieben ausgeben.

Ein Widerspruch? Nur auf den ersten Blick. Der unbestrittene Angriff der Bundesregierung auf einen Bestandteil demokratischen Rechts, die Notwendigkeit die Gewerkschaften in ihrem Widerstand zu unterstützen, sollte aber nicht gänzlich den Blick dafür verstellen, daß bei aller Mobilisierung und Politisierung von Teilen der Arbeiter im Rahmen dieser Auseinandersetzung im Zentrum gewerkschaftlichen Bemühens die etwas unzeitgemäße Trauer um den verlorengegangenen „sozialen Frieden“ alter Couleur (der neue ist bereits im Wachsen) steht. Man sollte nicht die sozialdemokratische Beileitmusik zur gewerkschaftlichen Kampagne überhören, die Willy

Brandt — schon ganz auf neues Regierungsprogramm eingestellt — mit seinem Angebot für einen „nationalen Solidarpakt“ machte. Schon sind wir wieder bei schwarz-rot-gold auf sozialdemokratisch.

Und der gewiesene Sozialdemokrat Franz Steinkühler steht nicht nur für radikale Sprüche, sondern auch für sozialpartnerschaftliches Geschick und den neuen sozialdemokratischen Konsens des Rappe/Steinkühler-Papiers. Neue Töne der IGM wie die von „der größten Herausforderung für die deutsche Gewerkschaftsbewegung“ seit 1945 sind, erstmalig genauso Agitation, wie Mayrs „fünf Minuten vor zwölf“. Und als Agitation muß man auch die Schwarzmalerei der IGM werten, nach der Änderung des § 116 gäbe es keine Möglichkeiten mehr, für Forderungen zu kämpfen, und „wir könnten jeden Gedanken an Einkommensverbesserungen aufgeben“. Also jetzt alle Kräfte konzentrieren und nicht nörgeln. So kann man auch das notwendige Nachdenken und die Diskussion um veränderte Gewerkschaftspolitik unter veränderten Bedingungen erschlagen. Das alleinige Beharren auf Status-quo-Positionen aus besseren Zeiten für die Sozialdemokratie läßt ahnen, was bevorsteht, wenn der derzeitige Rauch sich verzogen hat. Man wird zur Tagesordnung übergehen und sich mit der kapitalistischen Entwicklung modernisieren, dazu ist der sozialpartnerschaftliche Konsens zu tief verankert. Und Franz Steinkühler wird dabei sein.

Schwarz-rot-gold garantiert diese Kontinuität.
Hr.



Langer Gespräche Kurzer Sinn: Ein Anti-Gewerkschaftsgesetz

Was ist bloß in dieser Republik los? Da tauchen Flugblätter in nie gekannter Auflagenhöhe auf und bereiten auf den „Tag X“ vor; „Es ist fünf Minuten vor zwölf“, heißt es in Aufrufen, die öffentlich zum Widerstand gegen Regierungspläne auffordern; da demonstrieren Hunderttausende, viele rufen radikale Parolen, tragen Transparente mit ebensolchen, wie z.B. „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht“. Die Rede ist nicht von der Friedensbewegung, die Rede ist auch nicht von Aktionen gegen die WAA in Wackersdorf, die Rede ist von Aktionen der IG Metall gegen die Pläne zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes.

Die andere Seite: Seit dem Spitzengespräch vom 23. Juli dieses Jahres hatten sich die Beziehungen des DGB zur Bundesregierung verbessert. Im September wurde gar der „Soziale Dialog“ von Staat und Sozialpartnern aus der Taufe gehoben. Selbst die Aktionswoche des DGB im Oktober schien das Tauwetter nicht nachhaltig zu beeinflussen. Erst Mitte November dämmerte einigen im DGB, daß die Bundesregierung dabei war, die Gewerkschaften über Gesprächsbereitschaft vorzuführen. Letzte Zweifel beseitigte vor wenigen Tagen die Bundesregierung, indem sie den DGB gleich zweimal brüskierte. Statt wie vorgeben eine Einigung der Tarifpartner herbeizuführen, legte sie sich auf eine gesetzliche Änderung des § 116 AFG fest, was Minister Bangemann umgehend der Öffentlichkeit als Ergebnis präsentierte, noch bevor die Gesprächspartner davon informiert waren.

Für ein Späbchen ist er immer zu haben, der Norbert Blum. Die Interessen von Kapitalisten und Gewerkschaften gleichermaßen wollte er als neutraler Mittler auf den Punkt bringen. Lediglich die unterschiedlichen Interpretationen des § 116 habe er zugunsten einer eindeutigen Regelung beseitigen wollen. „Rechtsunsicherheit“ sei weder den Arbeitnehmern noch den Arbeitgebern zuzumuten. Doch dann verriet der Regierungsprolet mit einem Augenzwinkern, seine Position liege zwar zwischen den Standpunkten von Arbeitgebern und Gewerkschaften, aber „vielleicht näher bei den Gewerkschaften“. Esser — wenn er bei dieser Erklärung neben Blum gestanden — hätte zustimmend genickt, ganz ernsthaft.

Und wie beseitigt man Rechtsunsicherheit? Indem man der einen Seite, dem Kapital, die Unsicherheit nimmt, das eigene Mittel der „kalten“ Massenausperrung könne in seiner Wirkung deswegen beeinträchtigt werden, weil die Kosten der Aussperrung nicht in vollem Umfang auf eine streikende Gewerkschaft abzuwälzen sind, da der bisherige § 116 dem in engen Grenzen einen Riegel vorschleibt. Und indem man der anderen Seite, den Gewerkschaften, die Sicherheit gibt, daß jeder Streik, der sich nicht an die Spielregeln des Kapitals hält, teuer oder unbezahlbar wird. Man formuliert einfach ein neues Gesetz, wonach bei kalten Aussperrungen grundsätzlich dann kein Arbeitslosengeld gezahlt wird, wenn die gewerkschaftlichen „Hauptforderungen nach Art und Umfang annähernd gleich“ sind, und nicht wie bisher festgeschrieben, „nach Art und

Umfang gleiche Forderungen“ aufgestellt sind. Faktisch ist damit der „Franken-Erlass“ aus dem letzten Jahr legalisiert worden, der vor den Sozialgerichten als nicht rechtmäßig eingestuft wurde und über dessen letztinstanzliche Bewertung eine Entscheidung des Bundessozialgerichts aussteht.

Verhandlungsstrategien gescheitert

Lange Zeit haben die Gewerkschaften das Spiel „fruchtbarer Gespräche“ zwischen Regierung, Unternehmern und DGB zur Kompromißfindung bei der Änderung des Streikrechts mitgespielt, obwohl zu keinem Zeitpunkt sichtbar war, wo denn dieser Kompromiß liegen könnte. Die Bundesregierung hat den DGB dabei in eine erhebliche Zwickmühle bringen können. Abgeordnete aus CDU/CSU und FDP hatten den Auftrag der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände erstgenannt, den § 116 im Gesetz zu verändern und im Juli im Bundestag einen Gesetzentwurf zur „Neutralitätsicherung“ der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) eingebracht. Die Arbeitgeber hatten nämlich am Jahresende 1984 den Streik um die 35-Stundenwoche ausgewertet und gefordert: „Statt der bisher differenzierten Voraussetzungen für am Arbeitskampf beteiligte und nicht beteiligte Arbeitnehmer sollte ein generelles Ruhen der Ansprüche auf Arbeitslosengeld für beteiligte ebenso wie für mittelbar beteiligte Arbeitnehmer angeordnet werden.“ (BDA-Jahresbericht 1984) Also formulierten die folgamen Abgeord-

neten: „Ist die Arbeitslosigkeit durch Streik oder Aussperrung verursacht, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld nicht nur im regionalen Bereich des umkämpften Tarifvertrages, sondern darüber hinaus innerhalb des gesamten fachlichen Geltungsbereichs während der Dauer des Streiks oder der Aussperrung“. Mit dieser recht schnörkellosen Formulierung wäre tatsächlich eine eindeutige, ausnahmslose Regelung bei bundesweiten Aussperrungen entstanden. Dies so durchzusetzen, hätte eine enorme Verschärfung gegenüber den Gewerkschaften bedeutet.

Man mag spekulieren, ob das Ganze Teil einer geschickten Inszenierung war. Unstrittig ist, daß das Damoklesschwert einer harten gesetzlichen Neuregelung des § 116 der Bundesregierung überhaupt erst das Mittel von Vermittlungsgesprächen in die Hand gab, das in den folgenden Monaten exzessiv strapaziert wurde. Die harte Linie suggerierte öffentlich einen Verhandlungsspielraum, den es für die Gewerkschaften gar nicht gab. Zwei Ereignisse ermöglichten dem DGB bislang, dabei nicht unterzugehen. Einmal die Entscheidung der IG Metall in der ersten Novemberhälfte, nicht einseitig auf einen gütlichen Verhandlungsausgang zu hoffen, sondern schwerpunktmäßig über Mobilisierung in den Betrieben Druck auf die Bundesregierung auszuüben. Faktisch ist die IGM damit aus dem mühsamen DGB-Konsens ausgestiegen. Zum anderen half Wirtschaftsminister Bangemann nach, als er unprogrammiert vorzeitig ausplauderte, was ohnehin eine Sache war: Die Bundesregierung will ein neues Gesetz vor Weihnachten auf den Weg bringen, bei dem die Gewerkschaften das Nachsehen haben, er, Blum und die Minister Engelhard, Schäuble und Zimmermann hatten noch vor dem nächsten Dreiergespräch einen Entwurf formuliert. Man darf gern glauben, daß Bangemanns Vorstoß mit der CDU/CSU unabgesprochen war, schließlich konkurrieren die Koalitionspartner ja auch untereinander und die FDP hofft, daß ihre Gewerkschaftsfeindlichkeit vom Mittelstand mit entsprechender Zustimmung honoriert wird. Auf jeden Fall half er der IG Metall, Empörung zu mobilisieren.

Sozialausschüsse als Hoffnungsträger?

Das öffentliche Geschrei um Bangemanns Stillbruch war lauter, als die Empörung über die Gesetzesverschlei-

Fortsetzung nächste Seite

Setzt Beileitmusik zur gewerkschaftlichen Kampagne überhören, die Willy

Kommentar.
Hr.



Schwarz-rot-goldenes Transparent auf einer Hamburger IGM-Demonstration

Aussperrung verbieten!

Die BRD rühmt sich, das westliche Industrieland mit den wenigsten Streiks zu sein. Gleiches kann man nicht für die Aussperrungspraxis sagen, bei der die BRD in Europa führend ist, während die Aussperrung in vielen Ländern verboten ist oder die aussperrenden Unternehmen bei Aussperrungen weiter Lohn zahlen müssen. Die Änderung des § 116 hat ihre Bedeutung vor dem Hintergrund dieser ausgedehnten Aussperrungspraxis und der Tatsache, daß Aussperrungen in der Rechtsprechung seit 1953 als dem Streik gleichgestellt gelten. Mit Beginn stärkerer ökonomischer Krisen und zunehmender wirtschaftlicher Stagnation setzten Kapitalistenverbände verstärkt dieses Kampfmittel zur Brechung oder Senkung gewerkschaftlicher Forderungen ein.

Erstmals wurde 1963 in größerem Ausmaß die flächendeckende Aussperrung durch einen Arbeitgeberverband angewandt. Der damalige Gesamtmetallvorsitzende Schleyer ließ zur Abwehr der Lohnforderung der IG Metall in der Metallindustrie Baden-Württembergs 300.000 Metallarbeiter aussperrn.

Ebenfalls in Baden-Württemberg und wieder unter Schleyer wurden 1971 in der Lohntarifrunde 304.000 Metallarbeiter ausgesperrt.

1976 wurden im Lohnkampf der Druckindustrie bundesweit 58.000 Druckarbeiter ausgesperrt, fast viermal so viele, wie im Streik waren (16.000).

Ebenfalls in der Druckindustrie wurden 1978 nach dem Streik von

55.000 Druckern für eine Tarifvertrag „Neue Techniken“ 255.000 Drucker ausgesperrt.

Auch in der Metallindustrie Baden-Württembergs wurden 1978 beim Streik um einen neuen Lohnrahmentarifvertrag 177.000 Beschäftigte aus den Betrieben verbannt.

Ende 1978 wurden im Streik der Stahlarbeiter für die 35-Stundenwoche 41.000 ausgesperrt.

1984 wurden nach Streiks von 57.500 Metallern in Baden-Württemberg und Hessen für die 35-Stundenwoche 350.000 Beschäftigte bundesweit ausgesperrt.

Die Gewerkschaften haben bislang gezögert, eine offensive politische Kampagne zum Verbot der Aussperrung zu starten. Mehr halbherzig haben sie 1984 eine solche Gesetzesinitiative der Grünen im Bundestag unterstützt. Mit den Stimmen der SPD, die sich immer einem solchen Verbot verweigert hat, wurde der grüne Gesetzesentwurf in den Bundestagsausschuß verwiesen, wo er bis heute schmort. In Hamburg hat die regierende SPD mit den Stimmen sämtlicher Gewerkschaften in der Bürgerschaft einen Verbotsantrag der GAL abgelehnt. Bundesweit ist auf allen Ebenen eine politische Offensive für das Aussperrungsverbot notwendig. Am günstigsten sind die Bedingungen in Hessen, wo das Aussperrungsverbot nach wie vor in der Landesverfassung verankert ist (wenngleich aufgrund der Bundesrechtsprechung nicht rechtswirksam). Also auf, rot-grün, denn mal voran.



Fortsetzung von vorheriger Seite

nerlei. Insbesondere die christdemokratischen Gewerkschafter aus den Sozialunionen waren sauer. Hatte Bangemann ihnen doch ein Stück weit den Blues versaut, sich als die Reformer des Gesetzes zu präsentieren. Ihre Erfolge gegenüber den Hardlinern — kein Sperren des Arbeitslosengeldes bei Aussparungen in anderen Branchen, noch nicht näher definierter Nachweis eines Streiks als Ursache für Aussparungen — nehmen sich angesichts des Gesamtverlaufs des Gesetzgebungsprozesses nicht gerade glänzend aus. Nichtsdestotrotz wird in den Gewerkschaften viel Hoffnung auf Widersprüche bei der Bundestagsabgeordneten — aus viel Hoffnung auf Widersprüche bei der Bundestagsabgeordneten — aus den Sozialausschüssen gesetzt, die ja vielleicht doch noch das Gesetz verhindern könnten. Solcherlei Hoffnungen sind allerdings auf Sand gebaut. Nicht nur, daß Blum selber als unumstrittener Vorsitzender der Sozialausschüsse das Gesetz mitformuliert hat, auch ihr Sprecher in der Bundestagsfraktion — Müller — ließ in der Bundestagsdebatte keinen Zweifel an deren Loyalität gegenüber der Bundesregierung. Und niemand sollte ernsthaft annehmen, daß erstmals in der BRD-Geschichte eine Minderheit die eigene Regierung per Gegenstimme in die Gefahr des Scheiterns bringt. Vielmehr werden sich die „aufmunternden“ Sozialausschüsse eifrig bei der Beratung des Gesetzes in den Bundestagsausschüssen um einzelne Formulierungsverbesserungen bemühen, das wars dann auch schon.

Vor einem Generalstreik?

Hunderttausende konnten von den Gewerkschaften seit Anfang Dezember in kurzen Warnstreiks, verlängerten Betriebsversammlungen, Demonstrationen und Versammlungen mobilisiert werden. Wieder war es fast ausschließlich die IG Metall, die diese Mobilisierung betrieb. Die Protestwelle wird vor Weihnachten eher abebben und sich auf Funktionsversammlungen des DGB begrenzend zu den Regierungsberatungen reduzieren („Kampagne zur Aufklärung der Bundestagsabgeordneten“). Aus der IG Metall sind Überlegungen bekannt, für Mitte Januar eine erneute Mobilisierungs- und Streik-Kampagne vorzuzuplanen. Doch von der vereinfacht erhobenen Forderung nach Generalstreik sind die Gewerkschaften weit entfernt. Im Gegenteil, er wurde den Kontakten im DGB brechen. Bereits die derzeitigen IG-M-Aktionen, so gering in ihren Auswirkungen sie bislang auch sind, sind heftig umstritten, wenigstens nach außen hin gern Geschlossenheit im DGB demonstriert wird. Immerhin hat es sich bei den IG-M-Aktionen um politische Streiks gehandelt, die nach der BRD-Rechtsprechung verboten sind. Zur Wahrung dieses Konsenses hat die IG-M das letzte Dreiergespräch am 10.12. nicht planen lassen, man wolle, so Hans Mayr, einen letzten Versuch machen, den Konsens dazu zu beweisen, den Gesetzesentwurf vom Tisch zu nehmen.

Gründe für eine weitergehende Mobilisierung hätten die Gewerkschaften

allein. Allerdings muß man sich realistisch einschätzen, daß die Verhinderung des § 116 kaum realistisch erscheint. Dennoch kann die weitere Auseinandersetzung der Bundesregierung erhebliche Schwierigkeiten bereiten, die sie bislang aber nicht erkennbar von der Durchführung ihres Vorhabens abhalten. Nach den gesetzlichen Änderungen zur Flexibilisierung von Arbeitszeit und Beschäftigungsmöglichkeiten fordert das Kapital eine weitere nachhaltige Veränderung der politischen Bedingungen, im Tarifrecht, um dieses seinen Modernisierungsvorstellungen der Zukunft anzupassen. Die logische Folge der Gesetzesänderung wäre eine Dezentralisierung. Die logische Folge der Gesetzesänderung wäre eine Dezentralisierung.

gewerkschaftlicher Tarifpolitik, die Beförderung regionaler, und immer stärker betrieblicher Interessen und in der Folge die Gefahr der Herausbildung von Gewerkschaften, die mehr noch als bisher nicht Vertretung der sozial Schwächeren in der Gesellschaft wären, sondern tendenziell Vertretungen des neuen Facharbeiter- und Angestelltenstyps. Eine Entwicklung, für die heute schon Gewerkschaften wie die IG Chemie stehen, mit denen sich sowohl diese Bundesregierung, als auch das Kapital die Begegnung moderner Sozialpartnerschaft vorstellen können.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Das soll sich ändern: 'Annähernd gleiche Hauptforderungen'

Der § 116 AFG aus dem Jahre 1969 regelt die Verpflichtung der Bundesanstalt für Arbeit zur sogenannten „Neutralität“ bei Streiks und Aussparungen. Dort heißt es in Absatz 1:

„(1) Durch Gewährung von Arbeitslosengeld darf nicht in Arbeitskampfe eingegriffen werden.“ Dieser Absatz ist im Vorschlag der fünf Minister Blum, Bangemann, Engelhard, Schäuble und Zimmermann wörtlich übernommen worden, ebenso wie der Absatz 2:

„(2) Ist der Arbeitnehmer durch Beteiligung an einem inländischen Arbeitskampf arbeitslos geworden, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zur Beendigung des Arbeitskampfes.“ Als arbeitslos gilt man sowohl bei Beteiligung am Streik als auch an Oplert der Aussparung. Die entscheidenden Veränderungen enthält der Absatz 3, der in der neuen Fassung lautet soll:

„(3) Ist der Arbeitnehmer durch einen inländischen Arbeitskampf, an dem er nicht beteiligt ist, arbeitslos geworden, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zur Beendigung des Arbeitskampfes nur dann, wenn der Betrieb, in dem der Arbeitslose zuletzt beschäftigt war, 1. dem räumlichen und fachlichen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrags zuzuordnen ist, das umfaßt alle Beschäftigten einer vom Tarifvertrag betroffenen Branche im Bundesgebiet — und im räumlichen Geltungsbereich des Tarifvertrages, dem der Betrieb zuzuordnen ist, eine Forderung erhoben worden ist, die einer Hauptforderung des Arbeitskampfes nach Art und Umfang annähernd gleich ist.“

Maß der vorgeschlagenen Formulierung das Arbeitslosengeld ruhe „nur dann, wenn“ wird eine Ausnahme suggeriert. In Wahrheit bedeutet die Neuformulierung die Einführung der Nichtzahlung von Arbeitslosengeld als Regelfall und eine entscheidende Verschiebung gegenüber der bisherigen Regelung Absatz (3) und 2 heißt übersetzt: Zukünftig erhalten Ausge-

sparierte innerhalb des streikenden Tarifgebietes ebenso wenig Arbeitslosengeld wie ihre Kollegen aus der gleichen Branche im übrigen Bundesgebiet. Es sei denn, es handelt sich um so unterschiedliche Tarifbedingungen in den einzelnen Gebieten, daß diese sich nicht nach Art und Umfang nicht annähernd gleichen.

Der bislang noch gültige § 116 formuliert die Nichtzahlung an Aussparierte außerhalb des Tarifgebietes für den Fall, daß der Tarifkampf 1. auf die Änderung von Arbeitsbedingungen abzielt, die später auch im Aussparungsbetrieb Gültigkeit hatten und 2. die Gewerkschaft „nach Art und Umfang gleiche Forderungen“ in den Regionen außerhalb des Kampfgebietes aufstellt. Hat die Neutralitätsanordnung der BfA vom 22.3.1971 die Neuformulierung „annähernd gleich“ statt „gleiche Forderungen“ hat den Ausgangspunkt für das Vorgehen, die Bundesanstalt für Arbeit, erheblich erweitert. Dies ist um so bedeutsamer, als daß diese heute in ihren Verwaltungsgremien mehrheitlich auf Regierungskurs liegt. Entsprechend den Änderungen hat die geplante Neuformulierung die sogenannte „Neutralität“ der BfA nicht eindeutig geregelt, da auch die Formulierung „annähernd“ Ausgangspunkt für Streitigkeiten nach sich zieht und die Arbeitsgerichte beschäftigen wird. Allerdings mit dem erheblichen Unterschied, daß der Rechtswortlaut zugunsten derer, gegen die verändert wurde, die Aussparierten. Die bisherige Rechtsprechung ermöglichte den Gewerkschaften begrenzte Erfolge bei der Auslegung, was als gleiche Forderungen nach Art und Umfang anzusehen ist. Zukünftig könnte beispielsweise die BfA zu der Überzeugung kommen, wenn die Gewerkschaft in einem Tarifgebiet 5 % und in anderen 6 % mehr Lohn fordert, daß diese Hauptforderung annähernd gleich sei. Eben so könnte die Gewerkschaft sich gezwungen sehen, nicht mehr die 35 Stundenwoche für alle zu fordern, sondern unterschiedlich 37, 35 oder 33 Stunden. Wer will dabei ausschließen, daß nicht eine Regierungsmehrheit in der BfA trotz allem diese Forderungen für annähernd gleich hält? Den Gewerkschaften dürfte also noch viel Arbeit bleiben.

„Streik ist unsere einzige Waffe“

Am 14. November gab die IG Metall ihren Aufruf „Verteidigt unser Recht auf Streik!“ heraus. In der Folge begannen zahlreiche Informations- und Mobilisierungskampagnen mit Unterstützung von Funktionären. Betriebsversammlungen wurden zur Information über den § 116 genutzt. „Streik ist unsere einzige Waffe“ schrieb die „Metall“.

Am 20. November tagte in einer außerordentlichen Sitzung der Bundesvorstand des DGB. Er beschloß ebenfalls eine Informations- und Mobilisierungskampagne. Über betriebliche Aktionen, die nicht ausgeschlossen wurden, soll gegebenenfalls gesondert berichtet werden.

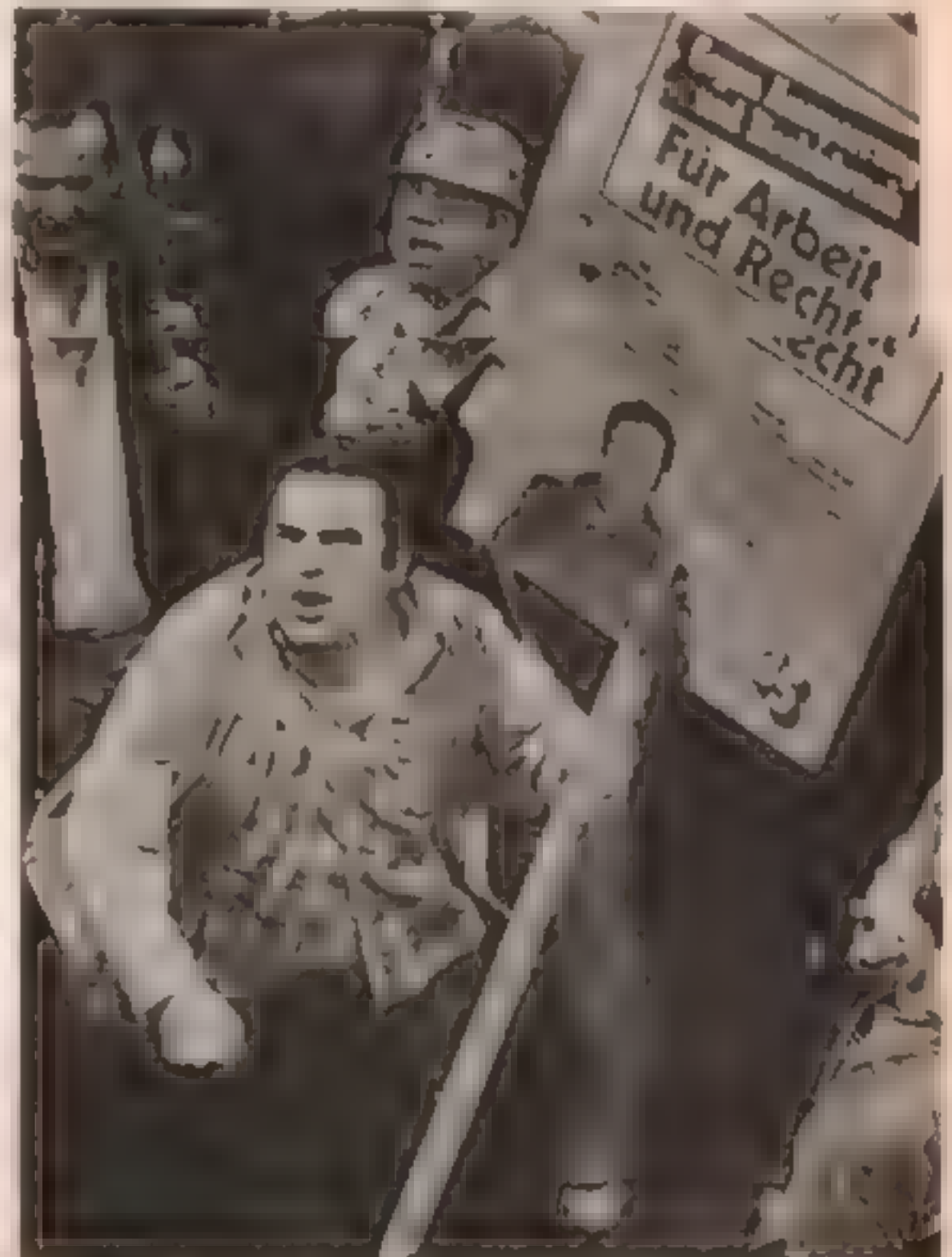
Vor den Gesprächen mit der Bundesregierung Dezentralisierung verstärkte die IGM ihre Mobilisierung. „Durch die Betriebe muß ein Ruck gehen. Aus den Betrieben müssen die Signale kommen“, schrieb der Gewerkschaftsvorsitzende Mayr. „Demonstrative Arbeitsniederlegungen“ kündigte er an. Die IGM-Funktionäre wurden aufgefordert: „Am Tag X müssen alle Betriebe stehen“ („Metall“-Extra, 25.11.). Besondere Kontrollen mit der Bundesregierung lösen sogenannte „Mahnwachen“ von Metallern vor Wohnungen von CDU-Abgeordneten oder CDU-Baros aus. Unvermeidlich natürlich wieder der Vorwurf aus der CDU, das erinnere an „finstere Kapitel der deutschen Vergangenheit“. Der IGM-Vorstand dross solche Aktionen ab.

Am 2. Dezember trafen bundesweit tausende in kurze Warnstreiks. Schwerpunkte waren Nordrhein-Westfalen und vor allem Baden-Württemberg mit ca. 40.000 Warnstreikern. Mehrere hundert Gewerk-

schaften demonstrieren in Bonn vor dem Bundestag. Auch an den nächsten beiden Tagen gab es einzelne Warnstreikaktionen. Vom „Tag X“ war noch nicht die Rede.

Das wurde schlagartig anders, als Wirtschaftsminister Haugem in die Gesetzespläne am 6. Dezember ausplauderte. Die IGM brachte am 7. ein Extrablatt mit dem Titel „Protest! Jetzt!“ heraus. In diesem Extrablatt wurde die Parole ausgegeben: „Am Dienstag, den 10.12., dem Tag des nächsten Dreiergesprächs, geht es los. Der IGM-Vorstand beschloß nach eingekampten, offensichtlich mit Rücksicht auf andere DGB-Führer, noch einmal zu diesen Gesprächen hinzugehen. An diesem Tag sind nach IGM-Angaben 450.000 Beschäftigte bundesweit in Warnstreiks getreten, politische Streiks, meist von kurzer Dauer, in einigen Fällen auch einen halben bis einen ganzen Tag, doch dürfen das eher Ausnahmen gewesen sein. 3.500 Gewerkschafter demonstrieren am Abend der Gespräche in Bonn vor dem Kanzleramt.

Es gab wenige Ausnahmen waren ausschließlich Beschäftigte aus Metallbetrieben an Aktionen während der Arbeitszeit beteiligt. In Dortmund streikten außer 15.000 Hoesch-Arbeitern am 12. Dezember auch Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst bei Bonn und Bussen. Am 10. Dezember dem vorausgesetzten Tag der Bonner Kabinenschlussessens will der DGB in Düsseldorf eine zentrale Protestveranstaltung durchführen. Die IGM plant mit Rücksicht auf die Weihnachtstferientage, die Schwerpunkt mobilisierung auf Mitte Januar zu konzentrieren. Der zentrale Warnstreiktag am 10. Dezember soll noch nicht der „Tag X“ gewesen sein.



Entsolidarisierung im DGB

Härtester Gegner konsequenter gewerkschaftlicher Maßnahmen gegen die Gesetzesänderung ist der IG-Chemievorsitzende Hermann Rappe. Rappe hatte scharf gegen ein Flugblatt der IGM protestiert, auf dem eine Demonstration die Parole trug: „Die Nazis haben die Gewerkschaften verboten. Diese Regierung will sie ausbluten“. Er sandte an alle Hauptämter der IG Chemie Funktionäre ein Rundschreiben, sich so lange nicht an Aktionen zu beteiligen, wie die IGM sich hiervon nicht abhält. Rappe spielte ständig die Bedeutung des Regierungsvorhabens herunter: „Für uns geht es beim Streikrecht zwar um Eingemachte, aber deshalb bricht nicht die Republik zusammen“ (BfD, 22.11.). Scharf distanzierte er sich von allen Forderungen nach Generalstreik. Und noch nach Bekanntwerden des fünf Minister Entwurfs erklärte er: „Ich setze auf den Bundeskanzler, der mit seiner Richtlinienkompetenz

klären muß, wo es langgeht“ (9.12.). Rappes rechte Kollegen aus der IG Bergbau haben sich auch mit der Änderung des § 116 befaßt und den Beschluß des DGB-Bundevorstands für eine Mobilisierungskampagne („betriebsliche Protestaktionen sind nicht auszuschließen“) auf seine Art umgewandelt. In der IG Bergbau Zeitung „einheit“ wird sich das auch zeigen. „Für die IGHE werden die Konsequenzen aus diesem Beschluß (Anm. des DGB) wie folgt gezogen: Die „einheit“ wird über die Zusammenhänge und Entwicklungen zum Thema § 116 AFG kontinuierlich informieren, die zukünftigen Konferenzen und Veranstaltungen der IGHE werden sich mit dem Thema beschäftigen: ergänzendes Referatennetz wird zur Verfügung gestellt, der DGB wird bei der Durchführung zentraler Veranstaltungen wie bisher durch die IGHE unterstützt“ („einheit“, 1.12.85). Hauptein, Kumpel

Plutoniumschieberei in Hanau

Fortsetzung von Seite 1

die des stenographischen Protokoll dieser Sitzung vom September 1985 kennen und nach Kräften ignorieren, um die Kampagne mit der SPD nicht zu gefährden. Das kann nur böse enden. Wer sich, wie derzeit die hessischen Grünen, in Sachen Hanau vor dem „Diskretionsbereich der Exekutive“ (O-Ton Sieger) verweigert, dem ist nur zuzurufen: Mitgefingern, mitgefingern! Und der wird bald, wie Sieger am 22.5.85 gegenüber dem atombombengehen CSU-Innenministerium ausrufen müssen: „Wir sind zur Zusammenarbeit verdammt, das ist ganz klar!“ (Protokoll, S. 94)

Mit 8-wöchiger Verspätung wurde Ende April 1985 eine Übersichtsrechnung der zugelassenen Plutoniummenge um 12 kg bei ALKEM festgelegt. Und wie es der Zufall so will, hat man dieses Plutonium „durch Umwidmung“ in der Buchführung (I-K, 33.4.) aus den Bilanzen prompt verschwinden lassen. Die daraufhin veranlaßte Untersuchung brachte Überraschendes zutage: O-Ton Sieger: „Im Zuge dieser Ermittlungen haben wir festgestellt, daß RBU mehrfach (!) die genehmigten Umgangsformen für plutoniumhaltige Brennelemente überschritten hat. Im Zuge dieser Diskussion ... entdecken wir dann — was für uns zunächst unfaßbar schien, das gestehe ich offen ein —, daß der von der Firma RBU ... eingereichte Sicherheitsbericht nicht deckungsgleich war mit der Geschäftstätigkeit der RBU ... Wir haben dann ... die Firma darauf aufmerksam gemacht, den Geschäftsführer Warrickoff (CDU-MdB, Ann., AK). Der Geschäftsführer hat uns gegenüber erklärt, daß dies kein Irrtum sei, sondern daß dies die Firma bewußt so gemacht habe. Er hat als Begründung die Theorie der „Schicksalsgemeinschaft“ angeführt, nämlich daß es sich bei ALKEM und NUKEM um identische Firmen handelt.“ (Protokoll, S. 8)

Tatsächlich hatten Warrickoff und Co. in dem für die Öffentlichkeit bestimmten Sicherheitsbericht genau den Firmenbereich verschwinden lassen, der mit den waffenfähigen Stoffen Plutonium und hochangereichertem Uran befaßt ist und — als Unterabteilung der RBU — im Plutoniumbunker der ALKEM längst produziert.

Überraschend war die Existenz dieser Geheimabteilung allerdings nur für die Öffentlichkeit — Landes- und Bundesregierung wußten hingegen Bescheid. „Unfaßbar“ für Sieger war allein der Umstand, daß die RBU ohne Absprache mit seinem Ministerium den Sicherheitsbericht gefälscht hat (3).

All dies kam ans Tageslicht, weil u.a. auch die RBU als Mitversucher der Plutoniumüberschreitung der ALKEM in Frage kam und ein RBU-Mitarbeiter auspackte. Originalton Thurnann, hess. Wirtschaftsministerium: „Im Rahmen der Mengenüberschreitung bei ALKEM haben wir Gespräche über die Frage geführt. Wie ist mit den Plutoniummengen der ALKEM, der Bundesverwahrung (4) und — das war uns allen bekannt — auch der RBU — 40 kg — im einzelnen umgegangen worden? Bei diesem Gespräch — es fand in meinem Zimmer am 24. April statt — hat ein Mitarbeiter der RBU erstmalig eine halbe Andeutung gemacht, daß dort etwas sei, was ihm persönlich Kopfzerbrechen bereite ...“ (Protokoll, S. 42)

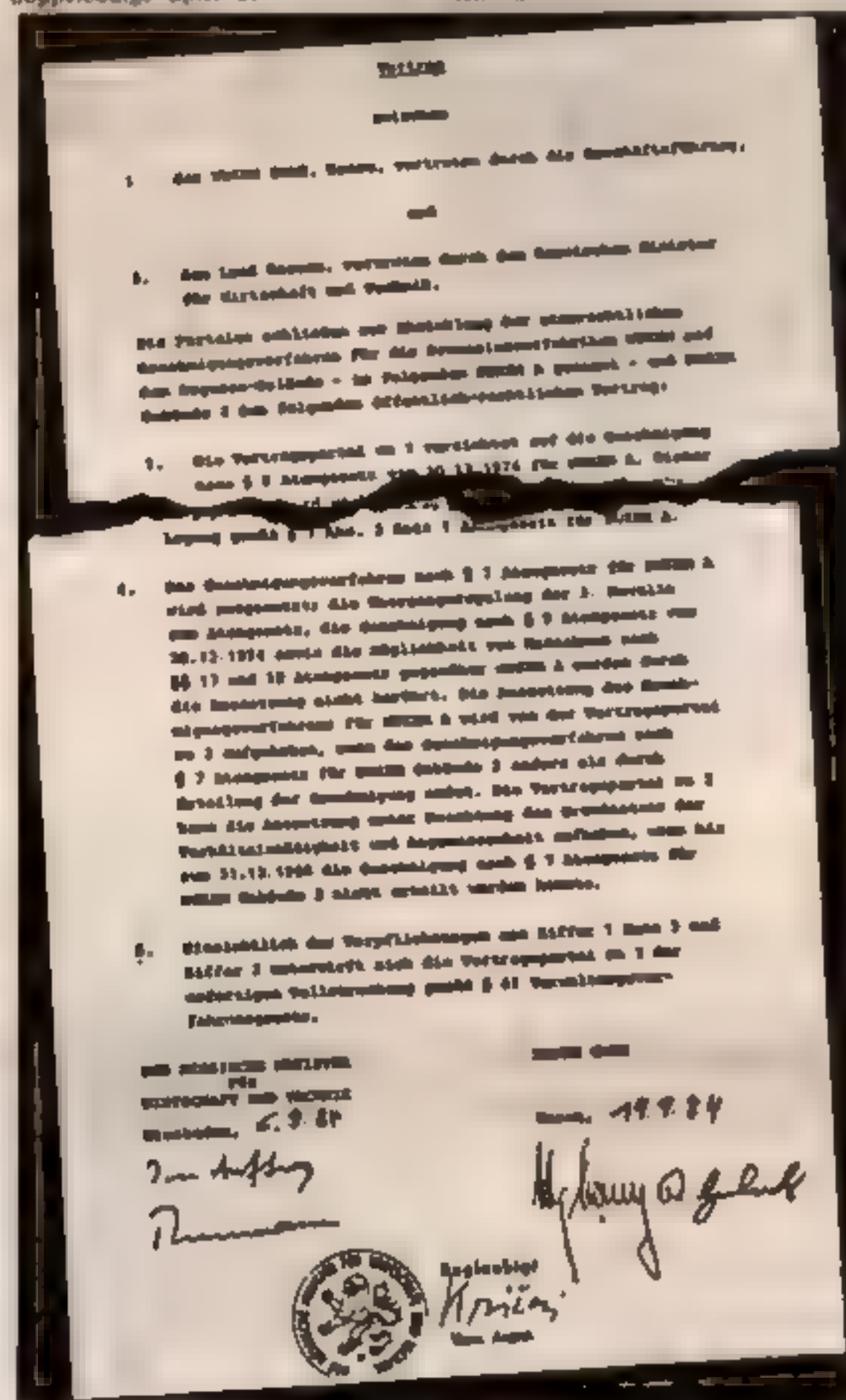
RBU — Ein Tarnverein?

Lange Zeit galt RBU im Unterschied zu NUKEM und ALKEM (vermutlich auch International) als die etwas harmlosere und zumindest nicht mit militärischen Ambitionen behaftete Anlage. Von außen ersichtlich war allein der Umgang mit leichtangereichertem, d.h. nicht-waffenfähigem Uran, dessen Jahresdurchsatz sich allerdings von derzeit 700 Tonnen auf 2.000 Tonnen aufstocken will, um zum weltweit größten Brennelementhersteller zu avancieren. Nach Lektüre des Protokolls der beantragten Innenausschusssitzung stellt sich die Sachlage folgendermaßen dar: NUKEM und ALKEM haben immer offen mit waffenfähigem Material gehandelt. RBU hat seit 10 Jahren heimlich mit waffenfähigem Material gearbeitet. Das Abfassen des für die Öffentlichkeit bestimmten Sicherheitsberichts, wie nach § 7 Atomgesetz seit 1976 vorgeschrieben, wurde von der RBU-Geschäftsführung fast 10 Jahre mit immer neuen Begründungen verzögert. Als dies nicht mehr möglich war, wurde der Sicherheitsbericht der RBU gefälscht — der heimliche Bereich der Plutoniumverarbeitung fiel heraus, angeblich, weil dies später im Sicherheitsbericht der ALKEM erscheinen sollte.

Zu seinem Erschauen — so Thurnann vor dem Innenausschuß — begründete die RBU-Geschäftsführung diesen „Korridor“ ihres Sicherheitsberichts wachstumsgemäß damit, „um in der Öffentlichkeit nicht mit dem Umgang mit Plutonium und hochangereichertem Uran — das mußte man und wollte man auch weiter durchführen —, in Verbindung gebracht zu werden.“ (Protokoll, S. 42) Dieses doppelbödige Spiel der RBU wurde

ausgeschloß drohte Sieger — provoziert von den Unionsparteien — die Vorlage und Dokumentation der RBU-Akte zum Genehmigungsverfahren an, die bisher dem „Diskretionsbereich der Exekutive“ unterlag und warnt gleichzeitig vor den „Konsequenzen, die sich in einem Gerichtsverfahren daraus ergeben, wenn wir wirklich gezwungen werden, mal alle Akten auf den Tisch zu legen.“ (Protokoll, S. 81)

Ein Anzeichen, das gewiß nicht zufällig besonders massiv von den SPD-Verbreitern im Innenausschuß (H. Schäfer, F. Duve usw.) zurückgewiesen wurde.



jahrelang und unter diversen hessischen Wirtschaftsmustern (Karry!) gedeckt.

Seit mindestens 1976 ist bei der Führungsriege der hessischen SPD RBU mit Plutonium (Pu) und hochangereichertem Uran (HAU) bekannt. 1978 wurde ihr eine entsprechende Produktion in den Räumen der ALKEM gestattet (zu einem Zeitpunkt also, als der erst 1980 eröffnete Bunker noch nicht existierte). 1979 wurde erstmals ein RBU-Sicherheitsbericht vorgelegt, der jedoch nicht genehmigungsreif war. Es folgten ab 1979 „alle sechs Wochen Statusgespräche über das Genehmigungsverfahren“ zwischen RBU und dem Land Hessen (so Sieger, lt. Protokoll, S. 24) bis schließlich Ende 1984 erstmals ein „auslegungsfähiger“ Sicherheitsbericht — diesmal jedoch unter Weglassung der Pu- und HAU-Bereiche (s.o.) vorgelegt wurde. (5) Der Fall RBU provoziert auch deshalb unser besonderes Interesse, weil die Akte über das langjährig vertögerte RBU-Genehmigungsverfahren zum Staatsgeheimnis erklärt wurden.

Am 1.11.84 begannen mit der Strafanklage der BI Hanau die staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen ALKEM und Mitarbeiter des hessischen Wirtschaftsministeriums. Im Februar 85 wies CSU-Zimmermann Sieger „mit Nachdruck“ darauf hin, „daß die Hanauer Staatsanwaltschaft die Akte über die umstrittenen Genehmigungsverfahren nicht zur Verfügung zu stellen. Das Innenministerium bezog sich dabei auf den Paragraphen 96 der Strafprozeßordnung, wonach eine Behörde die Herausgabe amtlicher Schriftstücke dann verweigern kann, wenn sie „das Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes gefährdet sieht.“ (FR, 7.4.85) Am 4.3.85 beschloß das Hanauer Amtsgericht eine Hausdurchsuchung im Wirtschaftsministerium Hessens.

Einen Tag darauf war bereits klar, daß innerhalb des Wirtschaftsministeriums „belastendes Aktenmaterial“ vorhanden war, (12.3.85) Am 22.5.85 vor dem Innen-

Internationale Kontrollen werden ausgeschaltet

Entgegen der üblichen Selbstdarstellung sollen die Hanauer Atomfirmen,

Entgegen der üblichen Selbstdarstellung gelten die Hanauer Atomfirmen, speziell die ALKEM, innerhalb der internationalen Atomenergie-Agentur (der Kontrollbehörde bzgl. Einhaltung des Atomwaffensperrenvertrags) als besonders störrische Partner. So gibt es bis heute keine ernsthaftige Anlagenbeschreibung für die Inspektoren der IAEA. (Dieses sog. „Facility Attachment“) ist die Grundlage jeder Inspektion.) In einem Papier der ALKEM

vom 11.8.85 wird eine Anlagenbeschreibung von Oktober 1980 als die derzeit gültige bezeichnet, was angesichts der mindestens 37 inzwischen vorgenommenen baulichen Veränderungen nur als Veranschlagung bewertet werden kann. In der gleichen Schrift wird im abigen unwandelbar zugewiesen, daß die traditionellen Sicherheitskonzepte bei ALKEM festgelegt seien und „Man sich vor der Dauerhaftigkeit von IAEA-Inspektoren und trotz ihrer nahezu unbegrenzten Zugänge zu allen wichtigen Teilen des Betriebes mit der merkwürdigen Situation konfrontiert, daß die IAEA zum Schluß kommt, daß das Ziel wichtiger Kontrollen nicht erreicht wurde und insbesondere das Ziel der vollständigen Entdeckung von Abweichungen nicht erreicht wurde.“ Um neue Konzepte vorzuschlagen, die eher eine Abwehrhaltung zugunsten des Betriebsablaufs beinhalten. (6) Daß die Bundesregierung beim internationalen Tauziehen zwischen IAEA, Euratom und der ALKEM um ein neues „Facility Attachment“ massiv engagiert ist, zeigt die Antwort des ALKEM-Geschäftsführers Stoß auf eine entsprechende Frage anlässlich der Anhörung über Proliferationsfragen im hessischen Landtag vom 15.6.84: „Ich möchte dazu nichts sagen. Ich kenne natürlich den Sachverhalt; aber ich möchte mich dazu ohne die Bundesregierung hier nicht äußern.“ (Protokoll, S. 110) Auch das IAEA-Statement für diese Anhörung erwähnt in diplomatischer Verpackung Anomalien und Diskrepanzen, die jedoch erläutert werden konnten. (7) Es ist also mit Sicherheit davon auszugehen, daß seitens des Auslandes die Aktivitäten im Hanauer Atomzentrum mit größter Aufmerksamkeit verfolgt werden; die „FAZ“ wußte am 6.3.85 zu berichten, daß dort „auch hohe Militärs beider Weltmächte“ zu den Besuchern gehören. Vor diesem Hintergrund liegt auf der Hand, welche spezielle Rolle RBU eingenommen haben könnte: Während sich die internationale Aufmerksamkeit auf die Hanauer Firmen konzentriert, die offen mit Waffensmaterial hantieren (ALKEM, NUKEM, HOBERG), dürfte die RBU mit ihrem vergleichsweise „sauberen“ Image viele Jahre lang das bessere Terrain für „krumme Dinge“ geboten haben, und es ist nicht als wahrscheinlich, daß es weniger um Atomgesetzeinterpretationen als vielmehr hierum geht, wenn Akten zurückgehalten werden, weil andernfalls „das Wohl des Bundes“ gefährdet sei.

Als Mitte Mai 85 Sieger vom Innenministerium verdonnert wurde, nur noch nach Absprache bzgl. RBU eine Anweisung zu erteilen, antwortete dieser postwendend mit der Frage, ob damit gemeint sei, „daß gegenüber der Firma RBU die Anklage des Besuchs internationaler Kontrollen zur Ermöglichung von deren Zutritt nicht mehr erfolgen soll.“ Ist das Überspitzung oder lediglich gute Aktienkenntnis?

Als Mitte Mai 85 Sieger vom Innenministerium verdonnert wurde, nur noch nach Absprache bzgl. RBU eine Anweisung zu erteilen, antwortete dieser postwendend mit der Frage, ob damit gemeint sei, „daß gegenüber der Firma RBU die Anklage des Besuchs internationaler Kontrollen zur Ermöglichung von deren Zutritt nicht mehr erfolgen soll.“ Ist das Überspitzung oder lediglich gute Aktienkenntnis?

Als Mitte Mai 85 Sieger vom Innenministerium verdonnert wurde, nur noch nach Absprache bzgl. RBU eine Anweisung zu erteilen, antwortete dieser postwendend mit der Frage, ob damit gemeint sei, „daß gegenüber der Firma RBU die Anklage des Besuchs internationaler Kontrollen zur Ermöglichung von deren Zutritt nicht mehr erfolgen soll.“ Ist das Überspitzung oder lediglich gute Aktienkenntnis?

Eine Atommafia namens SPD

Eine Atommafia namens SPD

Der politische Kern der Affäre RBU wird in dem stenographischen Protokoll der Innenausschusssitzung von Reuter (SPD-MdB aus Hanau) und Sieger auf den Punkt gebracht: Reuter: „Diese Sache hätte nicht das Licht der Welt erblicken müssen.“ Sieger: „Wir sind zur Zusammenarbeit verdammt, das ist ganz klar.“

40.000 auf dem Baugelände in Wackersdorf

Ein großer Mobilisierungserfolg wurde die Demonstration gegen den Rodungsbeginn auf dem Gelände der geplanten Wiederaufbereitungsanlage im bayerischen Wackersdorf am 14. Dezember. 40.000 Demonstranten aus dem ganzen Bundesgebiet folgten dem Aufruf zur seit langem von den Bürgerinitiativen und politischen Organisationen (Grüne, SPD) geplanten Aktion. Am Samstag nach Beginn der Rodungsarbeiten, so lautete die Einigung, sollte ein unübersehbares Zeichen des Widerstands gesetzt werden.

Vier Tage vorher hatte der bayerische Verwaltungsgerichtshof grünes Licht für den Beginn der Bauarbeiten gegeben. Umgehend wurde quasi demonstriert mit dem Fällen von zunächst 150 Bäumen begonnen. Bis zum Samstag kam es zu wiederholten Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten, die diese Arbeiten behindern wollten, mehrere sind verhaftet, aber nach kurzer Zeit wieder freigelassen worden. Bis dahin waren allerdings nur 300 Demonstranten beteiligt. Im Vorfeld der Samstagsdemonstration hatten Innenminister Hülsmeyer und der oberpfälzische Polizeipräsident Frier eine heftige öffent-

liche Kampagne zur Warnung vor Gewalttätigkeiten gestartet. Am Samstag selbst allerdings präsentierte sich die Polizei wider alles Erwarten ausgesprochen zurückhaltend (wenn auch massiv vor Ort versammelt).

Auf der Kundgebung in der Nähe des Bauplatzes sprachen u.a. der Landrat Schuster (SPD), die Sprecherin der BI Schwandorf, Erna Wellenhofer und der BUND-Vorsitzende Weinzierl. Im Anschluß an diese Kundgebung konnten die Demonstranten ungehindert auf das Rodungsgelände gehen. Den einzigen größeren Eingriff leistete sich die Polizei vor der Kundgebung in Nürnberg und Erlangen. Die dortigen Treffpunkte zur Bildung gemeinsamer PKW-Konvois wurden umzingelt. Die Demonstranten festgehalten, ihre PKWs durchsucht und alles an Werkzeug beschlagnahmt, was sich als Waffe bezeichnen ließ. Dieses Vorgehen erklärt sich wohl aus dem Verdacht der Polizei, daß sich hier insbesondere die Linken treffen würden. Wegen dieser Vorfälle verzögerte sich in Wackersdorf auch der Rodungsbeginn.

Auf dem Wackersdorfer Rodungsgelände im Taxöldener Forst begannen

Der weitzerzellt künstlich aufgeblähte Streik um Bundesanweisung, RBU Teilstillegung und Atomgesetz hatte nur einen feilen Kern. Die RBU hatte erstmals das hessische Wirtschaftsministerium nicht eingebunden, sondern gewaltsam Opposition Sieger. „Ich bitte auch das Bundesinnenministerium, einmal zu würdigen, daß dadurch, daß die Firma erklärt hat, dies (Vorgehen eines unvollständigen Sicherheitsberichts — AK) sei zu gewollt gewesen, und ausdrücklich zurückgewiesen hat, daß das ein Irrtum gewesen wäre, wie in diesen rechtlichen Zugzwang gekommen sind.“ (Protokoll, S. 75)

Diesen Mangel an Sensibilität mußte die RBU mit der Teilstillegung und dem plötzlichen Auffliegen eines 10 Jahre lang gemeinnützlich wohlhabenden Geheimnisses teuer bezahlen.

Solange hingegen die innerstaatliche Abstimmung über RBU, ALKEM, NUKEM und HOBERG funktioniert und nur die Öffentlichkeit ausgegrenzt ist, läuft die Maschine. Genau das bedeutet Atomstaat.

ms, Bonn

Anmerkungen.

(1) Die Hanauer Atombetriebe wurden ursprünglich nach § 9 Atomgesetz, d.h. unter Ausschluß der Öffentlichkeit, genehmigt. Diese Genehmigung ist seit dem 1.1.976 ausgelaufen. Bei der Atomgesetz-Änderung von 1976 regelte die Anlagen nachträglich einen Genehmigungsverfahren nach § 7 Atomgesetz unterzogen werden, und das bedeutet Öffentlichkeit der Genehmigung (wenn auch zur Frage verkommen) und Überprüfung der Erlaubnisse und Betriebsunterlagen. Für die Hanauer Atommafia, die z.T. schon im Faschismus das Uranmelier für Waffenzwecke lieferte (AK 232), wurde (relativ selten der registrierten SPD) eine Sonderbestimmung nachgeschaltet, wonach „die bisherigen Tätigkeiten bis zur rechtskräftigen Entscheidung über den Antrag nach § 7 des Atomgesetzes fortgeführt werden können, wenn bisher produzierte Hanauer Betriebe ohne atomrechtliche Genehmigung allein auf Grundlage dieser Übergangsregelung“.

(2) Aus Anlage 1 zu Protokoll 87 der Bundestage-Innenausschusssitzung vom 22.5.85 Punkt 1 der Tagesordnung. Untersuchung und Aussprache über die der Bundesanweisung unterliegenden atomrechtlichen Anordnungen des hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik vom 3.5.85, mit der der Firma Reuter-Brennelemente Union (RBU) die Assemblée von Brennelementen in den Räumen der Firma Alkem in Hanau unterstellt wurde.

(3) Weil was im Sicherheitsbericht nicht erwähnt wird, aufgrund der Übergangsregelung nach § 9 nicht betrieben werden darf, verfüge § 9 aber nicht auf § 5. Die Abklage der RBU, die allerdings nicht vollzogen und im Juni 85 wieder aufgehoben wurde. Ausführliche Darstellung in „ATOM“, Sommer 85.

(4) „Bundesverwahrung“ meint das unter strikter Geheimhaltung stehende Plutoniumdepot der Bundesregierung im Bunker der ALKEM. Zwischen dem Plutonium-Bundesdepot und den ALKEM-Plutoniumbeständen verläuft im Bunker lediglich eine gelbe Bodenmarkierung, was den Austausch in beliebiger Richtung fördert und Kontrollen unmöglich macht. SPD-MdB Reuter erklärte bzgl. des obenstehenden ALKEM-Plutoniums im Innenausschuß: „Bei der Alkem sind diese 6 kg (richtiger 12 kg, Ann.) AK nie aus dem Bereich des Bunkers herausgekommen. Bis lagen noch jenseits einer gelben Linie in dem Verborgenenbereich der Firma ALKEM. Damit wurde die Umgehungsfrage, die genehmigt war, überschritten. Das ist noch lange kein Beinbruch.“ (Protokoll, S. 70)

(5) Lfd. Nr. Thurnann II. Protokoll: „Die Firma RBU hat sich von allen Hanauer Firmen ...“

(6) Lfd. Nr. Thurnann II. Protokoll: „Die Firma RBU hat sich von allen Hanauer Firmen am schwersten getan, das war seit 1980 ersichtlich, und auch auf untergeordnetem einzuordnen. Die haben die ersten fünf Jahre überhaupt nicht eingeworben und sich dann eine weitere Frist von dreieinhalb Jahren einräumen lassen, um dies zu tun.“ (S. 38)

(7) A. KEM GmbH. Considerations about Safety of ALKEM's MOX Fuel Fabrication Plant 1985.

(8) To date there have been no anomalies or discrepancies which could not be satisfactorily resolved or explained.

Teile der Demonstranten eine fege Bautätigkeit. Zunächst wurden vier Blockbauten und Barrikaden auf den Zufahrtswegen errichtet. Auch dies ließ die beobachtende Staatsmacht zu, ebenso wie sie einen 1 KW mit Werkzeugen der gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration stattdessen die gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das hessische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demon

Allenthalben ist in der grünen Partei von einer „Koalo-Offensive“ vor ihrem Offenburger Bundesparteitag die Rede. Wir wollen ja der Parteitagshierarchie nicht vorziehen, aber vieles spricht dafür, daß diese Offensive auf dem Parteitag selber gar nicht so sehr spürbar wird. Der Reale-Kern hat sich offensichtlich darauf geeinigt, keinen Koalitionsbeschluß durchzusetzen zu wollen. Die von Koalitionsbefürwortern gestellten Anträge „Perspektive '87“ und „Die Dynamik wiedergewinnen“ (beide vorgeworfen im letzten AK) wird von ihm nicht gestützt, die Wahlsatzung zur Bundestagswahl soll nach der Niedersachsenwahl vom Juni 1986 fallen. So reduziert sich die „Spannung“ für Offenburg auf die Personalauswahl (Einsätze). Seine „einzige Erwartung“ sei, sagt Otto Schily in der FAZ (12.12.), „daß ein politisches Signal gesetzt wird“.

Mehrere Abwahlträge von grünen Realos wollen einmal die einseitige Beliebtheit Jutta Dittfurth abwählen, Rainer Trampert einen Dämpfer verpassen und Lukas Beckmann dahin befördern, wo er hingehört, in die rechte Mitte der Grünen, eine Position, die ihm allein die für die Partei unrepräsentativen Mehrheitsverhältnisse im derzeitigen Bundesvorstand verwehrt haben.

Doch auch die Personal-Spannung ist reduziert, seit Waltraud Schoppe aus vorgeblich „privaten Gründen“ nicht mehr gegen Jutta Dittfurth kandidiert, nachdem sie auch im SPIEGEL-Gespräch vom 9.12. noch als Realo-Alternative für den Vorstandsprechersposten präsentiert. Ein „Manko“, wie Schily meint, der — wie zuvor schon Minister Fischer öffentlich forderte — dennoch auf Stärkung des Realo-Flügels im Vorstand setzt (sechs Sitze werden neu besetzt).

Koalo-Opposition an der grünen Basis

Geradezu hektisch reagierte in den vergangenen Wochen die Opposition aus Fundis, Ökosozialisten und versprengten linken Strömungen auf die in allen Landesverbänden spürbare Offensive der Koalos.

In Bayern hatte sich anlässlich der Verabschiedung eines staatstragenden und marktwirtschaftlich orientierten Landtagswahlprogramms ein oppositioneller Kreis gebildet, der mit einer Protesterklärung an die Öffentlichkeit getreten war (Wortlaut im AK 264). Der Kreis mit dem schönen Namen „Trachtenverein“ stellt sich nach zwei Treffen auf eine längerfristige fraktionelle Arbeit innerhalb der Grünen ein und will zu diesem Zweck eine politische Plattform erarbeiten. Nach der Landesversammlung im Januar soll über den in der Resolution angedrohten Boykott des Landtagswahlkampfs (Wahltermin im Herbst 1986) entschieden werden. Die Mitunterzeichner der Protestresolution, Petra Kelly und Gert Bastian, haben sich bisher nicht und will zu diesem Zweck eine politische Plattform erarbeiten. Nach der Landesversammlung im Januar soll über den in der Resolution angedrohten Boykott des Landtagswahlkampfs (Wahltermin im Herbst 1986) entschieden werden. Die Mitunterzeichner der Protestresolution, Petra Kelly und Gert Bastian, haben sich bisher nicht

und will zu diesem Zweck eine politische Plattform erarbeiten. Nach der Landesversammlung im Januar soll über den in der Resolution angedrohten Boykott des Landtagswahlkampfs (Wahltermin im Herbst 1986) entschieden werden. Die Mitunterzeichner der Protestresolution, Petra Kelly und Gert Bastian, haben sich bisher nicht

In Baden-Württemberg, wo die Mehrheit der Koalitionsbefürworter bundesweit am eindeutigsten ist, fand am 16. und 17.11. ein zweites „Forum für Fundamentalisten, Linke, Ökosozialisten, Radikalfeministinnen“ statt. Beteiligt sind hier auch die Bundesvorstandsmitglieder Ulli Tost und Ali Schmeißner. Von Teilnehmern aus dem Kreis wurden für den Fall, daß sich der Koalitionskurs in der Partei durchsetzt, alle möglichen Protest- und Widerstandsaktionen erworfen: Boykott der Mitarbeit und der Beitragszahlung, Abkoppeln „linker“ Kreisverbände von der Partei, Wahlkampfboykott, Deutung mit ästhetischen Alternativen Listen, äußersteigende Parteiausritt und Aufbau einer bundesweiten AL! In Offenburg solle, falls die Koalos den Durchmarsch veruchten, eine Ausschlusssatzung und fraktionell beraten werden.

Am 5.12. haben sich auf einem landesweiten Treffen in Frankfurt grüne Koalitionsgegner/innen aus ganz Hessen, 33 Tage nach dem Koalitionsbeschluß von Neu Hamburg und 11 vor der Verabschiedung des ersten grünen Manifests, unter dem Namen „Linke in den Grünen“ — Forum der Radikalkoalitions/innen, Fundamentalist/innen, Ökosozialist/innen, Ökowan- chist/innen — innerhalb und außerhalb der Grünen gegründet. (Aus der Presse-Berichterstattung). Kontaktpersonen sind u.a. Manfred Zieran und Müll Jan Kühner. Nach einer Diskussion zum Thema „Parlamentarismus, Demokratie, Anarchie — welchen

Mit indirekter Zustimmung der Grünen: •
- SIAIRIAHN WEST
- HAI KU
- WASSERWERFER
Einsätze
- usw

Die Realos auf dem Marsch in den Arsch von Börner!

Wo die Not am größten ist Grüne Koalitionsgegner fraktionieren und konspirieren

„Staat wollen wir?“ sind drei weitere Veranstaltungen in Vorbereitung. Themen: „Utopie und Perspektiven grüner Politik“, „Wie bauen wir gesellschaftliche Gegenmacht auf?“ und „Wie befreien wir uns von Gewalt? (Gewaltmonopol des Staates/ Polizeistaat/ sozialer Widerstand)“. Hilfestellung bei der Aufarbeitung theoretischer Defizite in der Staatsfrage leisten Frankfurter Anarchos und Autonome. Zur Verbesserung der Kommunikation soll ein Informationsrundbrief herausgegeben werden. Bislang haben 180 grüne Mitglieder aus ganz Hessen zur Eintragung in entsprechende Listen ihr Interesse an fraktioneller Arbeit bekundet.

Koalo-Gegner aus der AL-Westberlin werten die letzte Mitgliederversammlung der AL als Protest gegen derzeitigen Mehrheitsstrend der Grünen. Zur Abstimmung stand die Frage, ob die AL ihren Namen zukünftig mit dem Zusatz „Die Grünen“ versieht. Als nach zwei Abstimmungen die für eine solche Satzungsänderung erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit nicht sichtbar war, wurde beim dritten Mal schriftlich abgestimmt. 259 Befürworter der Namensänderung stand eine Opposition von 139 Gegnern gegenüber. Das reichte nicht für die Namensänderung.

Reine Negativ-Koalition?

Auf Bundesebene ist der Zusammenschluß von Fundamentalisten und Ökosozialisten bisher kaum vorangekommen. Drei „Prominenten“-Treffen in Bonn bzw. Köln haben weder politisch noch in Bezug auf die in Offenburg aktuell einschlagende Taktik eine Einigung gebracht. So ist das gemeinsame Eintreten für die Wiederwahl von Jutta Dittfurth im Vorfeld von Offenburg in der Opposition nicht unumstritten geblieben. Ein „Ökologisches Manifest“ mit inhaltlichen Abgrenzungen von den Realos auf den Feldern der Wirtschaft-, Ökologie- und Friedenspolitik und mit deutlicher Abgrenzung zur SPD ist in Arbeit und soll Mitte Januar öffentlich gemacht werden.

Reine Negativ-Koalition?

Auf Bundesebene ist der Zusammenschluß von Fundamentalisten und Ökosozialisten bisher kaum vorangekommen. Drei „Prominenten“-Treffen in Bonn bzw. Köln haben weder politisch noch in Bezug auf die in Offenburg aktuell einschlagende Taktik eine Einigung gebracht. So ist das gemeinsame Eintreten für die Wiederwahl von Jutta Dittfurth im Vorfeld von Offenburg in der Opposition nicht unumstritten geblieben. Ein „Ökologisches Manifest“ mit inhaltlichen Abgrenzungen von den Realos auf den Feldern der Wirtschaft-, Ökologie- und Friedenspolitik und mit deutlicher Abgrenzung zur SPD ist in Arbeit und soll Mitte Januar öffentlich gemacht werden.

Noch deutlicher als auf Landesebene zeigt sich bei den Fraktionierungsversuchen auf Bundesebene, daß hier eine reine Negativkoalition gegen die alles niederwalzende Koalo-Übermacht („anti-hegemonistische Einheitsfront“) zusammengefunden hat. Zieran und Kühner sind ebenso mit von der Partie wie Ebermann und Reents, die erstere noch vor nicht allzu langer Zeit am liebsten aus der Grünen Partei ausgeschlossen hätten. So ist der linksgrüne Hamburger Kern im zerrissenen Thomas Ebermann zählt seine alten Kampfgefährten Jürgen Reents und Michael Stamm, den Erfinder der „bedingungslosen Tolerierung“, mittlerweile zu den Realos.

Andere, wie Anja Vollmer, wollen weniger die SPD-Frage als vielmehr Volkentscheid und Friedensvertrag zur innerparteilichen Grenzlinie machen. Michael Wendt von der AL Westberlin, jetzt Mitbeteiligter der Sammlungsbewegung gegen die Koalos, hat noch auf dem Hagenener Parteitag im Juni den damals bahnbrechenden Beschluß mitgetragen, der grüne Regierungsbeteiligung für sinnvoll und zulässig erklärte. So fangen die Schwengeln der „linken“ Fraktionbildung schon bei der Einladungs-

praxis an; wer ist noch halbwegs „zuverlässig“, bei wem muß man befürchten, daß er oder sie in aller nächster Zeit die Seite wechselt? Als Folge dieser Unsicherheit ist bei den „linken“ Grünen die Haupttendenz Konspiration.

Bundesvorstand: Getrennt marschieren...

Der Bundesvorstand, bislang „fundamentalistisches“ Gegengewicht gegen die „im Rampenlicht der Öffentlichkeit“ stehenden Wortführer der Koalos in Bundestag und Landesparlamenten, hat am 6.12. seinen Rechenschaftsbericht der Presse vorgestellt und zu den bevorstehenden Auseinandersetzungen Stellung bezogen. Die drei Sprecher (Rainer Trampert, Lukas Beckmann, Jutta Dittfurth), die im Konflikt mit den hessischen Grünen um die drohende Koalitionsbildung und die Behandlung des gewaltsamen Todes von Günter Sare ersichtlich geschlossen aufgetreten waren, gehen wieder ihre jeweils eigenen Wege. Gegen alle drei liegen Abwahlträge vor.

Jutta Dittfurth scheint aus der Sicht ihrer Mitstreiter schwer zu retten zu sein. Mit ihrem Fernsehkommentar am Abend der Landtagswahl im Saarland, die Niederlage der Grünen sei auf ihre „Anbiederung“ an die SPD zurückzuführen, hatte sie extrem danebengelegen. Zu dem zweiten ihre Abwahl begründenden Vorwurf, sie habe den hessischen Grünen Mitschuld am Tod von Günter Sare unterstellt, hat in ihrem persönlichen Rechenschaftsbericht inzwischen Stellung genommen. Zu nicht wiederholt sie das, was sie auf der Kundgebung am Tag nach dem

Führen, hatte sie extrem danebengelegen. Zu dem zweiten ihre Abwahl begründenden Vorwurf, sie habe den hessischen Grünen Mitschuld am Tod von Günter Sare unterstellt, hat in ihrem persönlichen Rechenschaftsbericht inzwischen Stellung genommen. Zunächst wiederholt sie das, was sie auf der Kundgebung am Tag nach dem Tod Günter Sares tatsächlich gesagt hat: „Ich bin verärgert darüber, daß der Wasserwerfer, der Günter Sare getötet hat, einer von denen sein kann, den die SPD mit Zustimmung der Grünen zum Landeshauswahl 1984 eingeschafft hat.“ In ihrem Rechenschaftsbericht fährt sie dann fort: „Das hat mit Schuld nichts zu tun und nichts mit moralischer Verantwortung für Günter Sares Tod. Ich bin allerdings der Meinung, daß ein Haushalt kein nacktes Zahlenwerk ist, sondern konkrete Auswirkungen auf das Leben der Menschen und auf unseren Alltag hat. Und in dem Sinn tragen Grüne, wo immer sie Haushalten zustimmen, nicht nur für die positiven Seiten eines Haushalts, z.B. Geld für Frauenhäuser, sondern auch die negativen Seiten Verantwortung, der sie sich nicht entziehen können.“

Den Vorwurf, als Bundesvorstandssprecherin nicht integrierend, sondern polarisierend gearbeitet zu haben, wendet sie gegen ihre Kritiker: „Ich muß zugeben, es ist mir nicht gelungen, Otto Schily zu integrieren, der sich in Baden-Württemberg auch eine Koalition mit der CDU vorstellen kann, oder Heinz Suhr, der als jahrelanger Pressesprecher nun der Bild-Zeitung ein Interview gibt, oder Joschka Fischer, der in Hessen nur eine Männerbünde einstellt und sich Frauen fast nur als Sekretarinnen loyal genug für seinen Koalitionskurs vorstellen kann.“

Rainer Trampert widmet sich in seinem Teil des Rechenschaftsberichts vor allem der SPD und ihrer „neuen Strategie zur Mitte und zur modernen Wirtschaftspartei“, die ein Bündnis mit den Grünen ausschließt, im Gegensatz für 1987 das „Elappenziel“ vorgebe, die Grünen aus dem Bundestag heraus-

zuhalten. Daraus folgt für Rainer Trampert: „Ich will nicht verhehlen, daß ich unter den heutigen Bedingungen für richtig halte, die Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit mit der SPD, so wie sie unter Rau ist, zu betonen. Diese Einstellung entspringt einer nüchternen Analyse und nicht irgendeinem Fundamentalismus aus Prinzip. Mir kommt es nicht darauf an, diese Sichtweise den Grünen aufzudrängen. Ich kann gut ertragen, wenn die Hoffnungen in eine Zusammenarbeit mit der SPD im Sinne einer Tolerierung unterschiedlich groß sind. Mir kommt es allerdings darauf an, daß unsere Bedingungen für eine Unterstützung der SPD nicht schrittweise demontiert werden. In der aktuellen Koalo-Offensive sehe ich die politisch-inhaltliche wie auch strukturelle oder kulturelle Anpassung der Grünen an eine nach rechts marschierende SPD.“

Zu dem Abwahlantrag gegen sich stellt Trampert klar, er habe nie — wie von den Antragstellern behauptet — Joschka Fischer einen „obskuren Polityp“ genannt. In Bezug auf Fischers Bemühungen um Konsens mit der Industrie sei aber „objektiv festzustellen, daß kein relevanter grüner Programmpunkt im Konsens mit der Hoechst AG

Zu dem Abwahlantrag gegen sich stellt Trampert klar, er habe nie — wie von den Antragstellern behauptet — Joschka Fischer einen „obskuren Polityp“ genannt. In Bezug auf Fischers Bemühungen um Konsens mit der Industrie sei aber „objektiv festzustellen, daß kein relevanter grüner Programmpunkt im Konsens mit der Hoechst AG

Zu dem Abwahlantrag gegen sich stellt Trampert klar, er habe nie — wie von den Antragstellern behauptet — Joschka Fischer einen „obskuren Polityp“ genannt. In Bezug auf Fischers Bemühungen um Konsens mit der Industrie sei aber „objektiv festzustellen, daß kein relevanter grüner Programmpunkt im Konsens mit der Hoechst AG

Einem anderen kleinen Weg offen-

„Ausgangspunkt war für mich die schwierige Situation der Grünen, gegenüber der SPD wieder in die Offensive zu kommen. Denn nichts scheint die SPD mehr als unsere erklärte Bereitschaft, bei substantiellen Änderungen

durchzusetzen wäre. Wenn der aber so festgelegt werden muß, dann gewinnt die Frage, wer das „Nichts“ am besten verkaufen kann, an Bedeutung. In diesem Sinnzusammenhang habe ich betont, daß ein Polittyp wie Joschka für besonders gut geeignet sei.“

Lukas Beckmann ist als dritter Bundesvorstandssprecher in seinem Rechenschaftsbericht auf Distanz zu seinen Kollegen gegangen: „Der Bundesvorstand selbst hat die Aufgaben der Integration der Gesamtpartei nur teilweise bestanden. Arbeitsprozesse gegen eigene Mitglieder, rechtswidrige Schuldenbewehrungen bei antiautoritären Wählergruppen (wie nach der Saarlandwahl) haben viele zu Recht verärgert.“ Diese „Selbstkritik“ richtet sich, das weiß jeder Parteitagdelegierte, gegen Rainer Trampert („Arbeitsprozesse gegen eigene Mitglieder“) und Jutta Dittfurth („willkürliche Schuldenbewehrungen“). Der kluge Mann baut vor, sich selbst muß auch Beckmanns Mandat vom Parteitag bestätigen werden. „Besonnenheit“ und Appelle zur Mäßigung im innerparteilichen Streit machen sich da immer gut.

Auf der vom grünen Bundesvorstand zur Vorstellung des Rechenschaftsberichts veranstalteten Pressekonferenz hat Lukas Beckmann sich noch deutlicher als besonnener Warner zu profilieren versucht und mit folgender Passage aus seiner Erklärung prompt Schlagzeilen gemacht: „Wir bewegen uns am Rande einer Spaltung, deren Ursache nicht in der Unvereinbarkeit der beiden politischen Flügel, sondern in der fehlenden Bereitschaft zum Dialog begründet liegt.“

Wenn Trampert darauf kontert, „der Streit in den Grünen ist nicht in einer mangelnden Dialogbereitschaft begründet; er wäre durch Gespräche nicht integrierbar“, dann ist das zweifelloso die Wahrheit. Aber „Stromungsübergreifende“ Zustimmung erhält er dafür wohl ebenso wenig wie für seine Aussage, die Grünen seien ein „Zweckbündnis“. Eine „lästrende Formulierung“, so Otto Schily, der sich laut FAZ bei dieser Bewertung „sehr zurückgenommen“ hat. Neu ist das Zweckbündnis bei Trampert auf jeden Fall (nicht man mal von der Anfangsphase seiner „Grünen-Mitgliedschaft“ ab, als er noch der Z-Fraktion angehörte). Bislang schwamm er und Ebermann nicht zuletzt in ihrem Buch „Zukunft der Grünen“, auf der Welle der Grünen aus einer „ganz neuen“, „ganz anderen“ Kraft, als alle bisher dagewesenen. Das scheint sich unter dem Eindruck der veränderten Kräfteverhältnisse in der Partei zu verändern; ja, Taktiker sind sie geblieben.

So wird's denn in Offenburg um die Machtposition im Bundesvorstand gehen, dessen derzeitige Zusammensetzung Thomas Ebermann für „eine bewußte Entscheidung“ der Partei hält, „weil prominente Realos in den Medien so stark bevorzugt wurden, wollten sie (Anm.: die Delegierten) ein Sprecher-Gremium haben, das gegensteuert. Das halte ich nach wie vor für richtig“, sagt der prominente Fundi im Medium „Spiegel“. Erfüllt sich seine Hoffnungen, kann sich das ganze Szenario und Trachten auf veränderte Punkteverhältnisse wieder um ein halbes Jahr verlängern.

So wird's denn in Offenburg um die Machtposition im Bundesvorstand gehen, dessen derzeitige Zusammensetzung Thomas Ebermann für „eine bewußte Entscheidung“ der Partei hält, „weil prominente Realos in den Medien so stark bevorzugt wurden, wollten sie (Anm.: die Delegierten) ein Sprecher-Gremium haben, das gegensteuert. Das halte ich nach wie vor für richtig“, sagt der prominente Fundi im Medium „Spiegel“. Erfüllt sich seine Hoffnungen, kann sich das ganze Szenario und Trachten auf veränderte Punkteverhältnisse wieder um ein halbes Jahr verlängern.

So wird's denn in Offenburg um die Machtposition im Bundesvorstand gehen, dessen derzeitige Zusammensetzung Thomas Ebermann für „eine bewußte Entscheidung“ der Partei hält, „weil prominente Realos in den Medien so stark bevorzugt wurden, wollten sie (Anm.: die Delegierten) ein Sprecher-Gremium haben, das gegensteuert. Das halte ich nach wie vor für richtig“, sagt der prominente Fundi im Medium „Spiegel“. Erfüllt sich seine Hoffnungen, kann sich das ganze Szenario und Trachten auf veränderte Punkteverhältnisse wieder um ein halbes Jahr verlängern.

'Kleine reformerische Wege' der Realpolitik

„Ich gehe kleine reformerische Wege“, beichtet Waltraud Schoppe im „Spiegel“. Zum Beispiel: In der Friedenspolitik: „Ich glaube, mit der SPD wäre allenfalls eine Einigung auf den Status quo möglich. Keine neuen Waffen dürfen nach Europa kommen, jetzt ist Schluß. In unserer Partei mußte dann ernsthaft diskutiert werden, ob das reicht“ (Spiegel, 9.12.). Dann diskutiert man ganz ernsthaft.

Einem anderen kleinen Weg offen-

Heinz Suhr: »Nie wieder BILD-Interview«

Heinz Suhr, Bundestagsabgeordneter der Grünen, hat einen Rückzieher gemacht — aber was für einen! Sein „Bild“-Interview, in dem er für seine Partei vier Ministerämter in einer grün-sozialdemokratischen Bundesregierung gefordert hat (vgl. AK 264), tut ihm jetzt leid. Nicht daß er meint, etwas falsch gemacht zu haben. Nur hat keiner sein Anliegen verstanden, auch seine Freunde nicht. Deshalb erklärt er es uns noch einmal.

„Ausgangspunkt war für mich die schwierige Situation der Grünen, gegenüber der SPD wieder in die Offensive zu kommen. Denn nichts scheint die SPD mehr als unsere erklärte Bereitschaft, bei substantiellen Änderungen

der Politik Verantwortung zu übernehmen“, d.h. Machtpositionen streben zu machen. () Daß diese Rechnung voll aufgegangen ist, zeigen die völlig wahren Reaktionen seitens der SPD. „Aber wie gesagt, daß er mit seinem gemalten Interview die SPD in eine tiefe Krise gestürzt hat, wollte bei den Grünen nicht und wahrhaftig, Heinz Suhr ist also nicht wieder da. Mir tut es leid, dieses Interview in der „Bild“-Zeitung, vor allem weil ich bei einigen (von „Bild“ persönlich betroffene) grünen Freundinnen auf ganz echtes Unverständnis und tiefe Verletzung gestoßen bin. Derwegen wird dies auch mein erstes und letztes „Bild“-Interview sein.“

VERGESST DIE GRÜNEN!

Der grünen Spitzenfrau Waltraud Schloppe mußfall das Fußvolk ihrer Partei Zeit abis, die Basis aufzulösen und sich eine neue zu wählen. „Ich be-
haupt, ein Großteil der grünen Mit-
glieder hat keine Ahnung, wie schlecht
es der Partei im Moment geht. Zu den
Anführern und Abgeordneten erscheinen
Mitarbeiter häufig sporadisch, sie mischen
sich ein mit einer Mischung aus mo-
mentanem auflockerndem Engagement
und Ziellosigkeit. Mein Gott, wenn
es die Grünen nicht gibt, geht man
eben mal wieder bei der Friedensgrup-
pe vorbei, oder soll es da nicht irgend-
wo eine Umweltschutzgruppe geben? Wenig-
sten für den historischen Versuch, den
die Grünen bedeuten.“

Gemeint ist W. Schloppe gehört zu
den ganz harten Realo-Koalitionen bei den
Ländern. Also zu denjenigen Grünen,
die sich in der historischen Rolle einer
Juniopartei der SPD wahrnehmen und
sich in dieser Einbildung unwohl füh-
len. Die Parteiethasie wird dabei von W.
Schloppe nur noch als lastiger, leider
nicht einfach abzuschüttelnder Stör-
faktor wahrgenommen. Denn die
Hauptbeschäftigung der Partei
Fußvolks besteht laut W. Schloppe dar-
in, sich über lächerliche, völlig abseits
ge Themen zu streiten, wie etwa über
das Schlachten von Lebewesen zum
Zwecke des Verzehrs. Den Rest der
Zeit verbringt das undankbare Fuß-
volk damit, seine hochtalentierten, ex-
perimentierfreudigen Realo-Funktionä-
re und Koalitionsabgeordneten in un-
solidarischer Weise „so richtig zur Sau
zu machen“. Wer medienwirksam auf-
zu treten versucht und nicht eigene Ge-
danken zu machen wagt, werde vom
Fußvolk „mißtrauisch bedacht“. „Es
steht schlecht um die Partei der Mecker-
er und Nörgler, der Felder und Fä-
serstüchler“, klagt W. Schloppe. Ge-
meint sind die Grünen. Unkonventio-
neller und kühner hat in diesem Land
sicher noch kein Politiker Sympathie-
werbung für die eigene Partei zu treiben
versucht. „Lass mich, daß da bei W.
Schloppe nur noch ein, grammatisch
„ja“ da gerade eingeht, Meckerer fol-
gen kann.“ Wenn es die Grünen nicht
mehr gibt, werden nicht nur einige der
grünen Identität nachweisen, sondern
auch darüber, für eine lange Zeit die
Möglichkeit einer einflussreichen linken
Alternative verspielt zu haben.“
 („Kommune“ 10/85)

Ähnliche Vorurteile vom Unter-
gang der Grünen plagten auch den
„Kommune“-Herausgeber Joscha
Schmieder, ehemals Vorsitzender des
legendären KBW „Experiment am
Ende, bevor es begonnen
hat“ („Kommune“ 11/85). „Was als
Versuch begonnen hat, die Parteien-
landschaft bundesweit aufzumischen,
ist fast nur noch ein Versuch, die Grün-
en dort präsent zu halten“. Mit ande-
ren Worten, viel erwarten sollte sich
nicht von den Grünen, sie
ist fast nur noch ein Versuch, die Grün-
en dort präsent zu halten“. Mit ande-
ren Worten, viel erwarten sollte sich
nicht von den Grünen, sie

und Gründer etwas revolutionär
Neues darstellen – nicht nur gegen-
über den etablierten Parteien, sondern
auch gegenüber den traditionellen
linken Politikformen. Inzwischen ist
die Partei zur Alternativbackerei für
ganz kleine Bröchen geworden.

Daß dies so kam, ergab sich aus dem
Zwang der Verhältnisse. Die schlaue
Idee, sich aus dem „linken Ghetto“
mit irgendwelchen Tricks befreien zu
können, also von den berüchtigten
Nullkommandos 50 Prozent auf acht
oder zehn Prozent zu kommen, ohne
dafür den Preis der inhaltlichen Selbst-
auflösung zahlen zu müssen, stieß ein-
mal wie ein Kartenhaus. Für den „Aus-
stieg“ den die Grünen programmatis-
sch wählten, fehlte die Massenbasis.
Besondere Wahlergebnisse gestateten
einige Jahre lang den angehenden
Selbstherrschern die Idee, daß die Grün-
en Partei ihres Programms wegen ge-
wählt, und nicht aus anderen, eher
„gespolitischen“ Gründen. Wenn man
Umfragen und Untersuchungen durch-
sieht, stoßt man konstant auf die Tai-
sache, daß 10% bis 20% der Grün-
wähler die Partei offenbar auf Grund
von Mißverständnissen gewählt haben,
da ihre Ansichten über Aufrüstung,
NATO, Gesellschaftspolitik konträr zu
den bekannten Positionen der Grünen
sind. Sie sind für die Raketen- Nach-
rüstung“, gegen die Friedensbewe-
gung, für Berufsverbote, für totale
Zuzugs-Sperre gegen die Kinder hier
arbeitender Ausländer, für eine rigide
Handhabung des § 218 und sogar für
Helmut Kohl als Kanzler. Außerdem
gibt es bei den Grün-Wählern anschei-
nend eine Mehrheit von mindestens
70%, die eigentlich nur eine etwas ver-
besserte SPD regieren sehen wollen
und die von den Grünen erwarten, daß
sie dafür die nötigen Voraussetzungen
schaffen. Ihre Stimme für die Grünen
ist als Denkzettel an die SPD gemeint,
vielleicht auch als Ausdruck des Wan-
sches nach ein bißchen Druck von
Links in Parlamenten und Regierun-
gen. Im Grunde sind es Leihstimmen
von der SPD

Von diesem Wahlerpotential geht
auf die Grüne Partei ein Handlungs-
druck zum Opportunismus aus, dem
sich nur entziehen kann, wer ein Ab-
fallen der Partei unter die kritischen
5% bewußt in Kauf nehmen mag. Wer
das tut, stellt jedoch die Geschäfts-
grundlage der Grünen in Frage, weil
die Partei überhaupt nur zum Zweck
der erfolgreichen Führung von Wahl-
kämpfen und der Anwesenheit in Pa-
lamenten, Stadträten, Bezirksver-
sammlungen und Unterausschüssen
existiert. Für eine Partei, die angeblich
„basisdemokratisch“ sein will, ist es
bemerkenswert, daß keine andere Par-
tei einen ähnlich hohen Prozentsatz ih-
rer Mitglieder und ihrer Aktivitäten
nur für den Parlamentsbetrieb auf al-

Weg gebracht hat, gibt man dem grün-
en Wahlerpotential, das in seiner gro-
ßen Mehrheit ohnehin rechts von der
Partei steht, den Rest. Die Wähler wer-
den sich nämlich fragen, ob für die
wiedererstandene Reformfähigkeit der
SPD die Grünen eigentlich noch nötig
sind, oder ob sie, zumindest in ihrem
herrschenden desolaten Zustand, da-
für nicht eine Belastung darstellen.

Im Übrigen ist bei einem Großteil
der Grün-Wähler die bekannte Schil-
zophrenie des Spielers zu vermuten:
Hierher verlangt er von den Grünen
Anpassung und Zugeständnisse, prak-
tisch die totale Niederwerfung unter die
SPD und die staatlichen Spielregeln.
Andererseits wird er es den Grünen
aber noch überlich über nehmen, wenn
sie endlich so geworden sind, wie er
selbst sie immer haben wollte, nämlich
„auch nicht besser als alle anderen“.

Es ist die Stunde der innerpartei-
lichen Opposition, die sich jetzt überall
zusammenfindet, radikale Statements
formuliert, weitreichende Boykott
und Ausstiegsdrohungen vorlegend in
Erwägung zieht und die auf Spitzene-
bene auch schon mal in Konspiration
und Intrigen miteinhalten versucht.
Praktisch herauskommen wird dabei
wohl nicht viel. Die Opposition bei den
Grünen ist bekanntermaßen nicht
mehr als eine Negativ-Koalition; sie
vermittelt sich also nicht über eigene
gemeinsame Inhalte, sondern nur über
die Ablehnung der Realo-Koali-
tion. In dieser Opposition befinden
sich die sogenannten Ökosozialisten,
von denen viele früher einmal im KB
oder danach in der Gruppe Z waren,
im Bündnis mit den Fundamentalisten,
die vor ein paar Jahren noch als
Linken-Fresser durch die Grüne Partei
litten und bei denen es zum Teil heute
noch fraglich ist, ob sie wirklich
Links von den Realo-Koalitionen sehen.
Speziell die Z-Leute unter den Öko-
sozialisten haben schon in der Vergan-
genheit eine Bündnispolitik betrieben,
die schluß sein sollte, aber erwiesener-
maßen kontraproduktiv wirkte. Das
bekannteste Beispiel war beim letzten
Bundesparteitag der Grünen, die
Schnapsfeier, eine Partnerschaft
zwischen dem profilierten und eigen-
lich besonnensten linken Grünen, Rai-
ner Trampert, und dem unterrechnen-
den Selbstdarsteller Bahro zu bilden,
dabei wurde es Bahro auch noch über-
lassen, das sonderbare Zweckbündnis
programmatisch in seiner Rede vorzu-
stellen. Das Beispiel ist typisch für die
Neigung führender linker Grünen, nur
noch von der Hand in den Mund zu le-
ben, sich ohne Perspektive und Kon-
zept irgendwie durchzuwurschteln.
Vorgestern Block mit Kelly, gestern
Block mit Schily und Fischer, heute
Block mit Vollmer, morgen vielleicht
mal Block mit Cohn-Bendit

Block mit Schily und Fischer, heute
Block mit Vollmer, morgen vielleicht
mal Block mit Cohn-Bendit

Opposition bei den Grünen ist vertane Zeit

Ein erheblicher Teil der auseinander-
fallenden Ökosozialisten ist inzwischen
praktisch auf Realo-Positionen über-
gegangen. Begründet wird das mit der
Furcht, man würde sonst in eine totale
Außensteuer Rolle geraten und man
müsse eine tendenziell auch einmal
mehrheitsfähige Kompromißlinie auf-
bauen. Ein Kuriosum von besonderem
Niveau ist der linksradikal formulierte
Vorschlag des früheren Hamburg-
Z Theoretikers Stamm, die Grünen
sollten statt einer Koalition bedin-
gungslos einen SPD-Reparaturschef
wählen und unterstützen, beispielswei-
se bei Abstimmungen über den Haus-
halt. Von der Praxis der Realo-Koalitions
unterschiedet sich dieser Vorschlag nur
dadurch, daß er offensichtlich schlechter
und unlogischer ist. Denn wenn
man die SPD sowieso bedingungslos
unterstützt, ist schwerlich plausibel,
daß man auf die Einschränkung durch
Minister, Staatssekretäre und andere
grüne Postenhalter im Staatsapparat
einfach verzichten will. Wenn man die
Kräfte schon schluckt, wird man doch
wohl noch mit einem Glaschen Cham-
pagner nachspülen dürfen.

Zu allen sonstigen Schwächen des
Oppositionsblocks bei den Grünen
kommt noch hinzu, daß die Realo-
Koalitionen in der Summe eindeutig die ge-
scheiterten, eindrucksvolleren Politik-
erinnen und Politiker haben. Allein der
Erfall, sich den Firmennamen Realos,
also Realpolitik, zu zulegen, zeugt
von unschlagbarer Cleverness der Ge-
genposition wurde von Anfang an die
unpopuläre Rolle des unpraktischen
Spinners zugewiesen, der auf machba-
re Reformen zugunsten radikaler Uto-
pien verzichtet. Die Anti-Realos haben



„Runter kommen sie immer“

iherselbst viel dazu getan, dieses Bild zu
bestätigen und einige besonders pikan-
te Details, wie etwa das Bündnis mit
Bahro, hinzuzufügen

Was nach dem Ende der Grünen
Partei als bleibende positive Ergebnisse
in der Bilanz zu verbuchen sein wird,
muß sich noch herausstellen. Mit völli-
ger Sicherheit haben die Grünen jeden-
falls den organisatorischen und dann
auch geistigen Niedergang und Verfall
der Neuen Linken zwar nicht ange-
fost, aber doch gewaltig vorange-
trieben. Die Linken haben bei diesem Vor-
gang keinen qualitativen Sprung nach
vorn gemacht, sondern viele haben
auch noch das vergessen, was sie ge-
lernt hatten. Tausende von Linken ha-
ben ihre Arbeitskraft und oft ihre ge-
samte Person eingebracht, um den grün-
en Parteiparat in Gang zu halten
und um eine weitestgehend sinnleere,
frustrierende Tätigkeit in Bezirks-
parlamenten, Kreisräten usw. zu lei-
sten

Man hat nach einer Abkürzung ge-

sucht, aber man ist auf langen Umwe-
gen schon wieder fast am Ausgangs-
punkt angelangt und hat nur Zeit ver-
loren. Daß dieses Experiment unter-
nommen wurde, soll trotzdem nicht
besserwisserisch abgewertet werden.
Die Argumente vieler Linker für diesen
Schritt waren erwägenswert und nich-
t a priori falsch. Daß wir mit unschönen
Bemerkungen skeptischen Einschätzung der
Grünen Parteipolitik Recht zu behal-
ten haben, beweist noch keineswegs,
daß wir in allen Phasen der Debatte
wirklich die besseren Argumente hat-
ten. Nur, es wäre nicht mehr zu ver-
treten, wenn nach fünf Jahren, die mit
der Arbeit für die Grüne Partei fehn-
vestiert wurden, jetzt zwei weitere Jah-
re drangegeben werden, um sich auch
noch experimentell davon zu überzeu-
gen, daß der Aufbau einer linken Op-
position in der Grünen Partei vertane
Zeit ist

Kl., Hamburg

Grüne Realpolitik auf dem flachen Land:

Grüne Realpolitik auf dem flachen Land: Der Winsener Bauskandal

„Die Grünen sind keine besseren Men-
schen. Irgendwann wird der erste grü-
ne Bestechungskandal aufzudecken, der
kommt“, sagt Eckhard Stritzmann,
wegrotierter grüner Bundestagsabge-
ordneter im Gespräch mit Sabine Stam-
mer („Von der Machbarkeit des Un-
möglichen“, Junfermann-Verlag).

In dem als „grüner Bauamtskan-
dal“ im Landkreis Harburg (Nieder-
sachsen) bekannt gewordenen Fall
kommunaler Realpolitik wurden – so
viel bekannt ist – keine Kueverts an
grüne Mandatsträger übergeben. Die
vier grünen Kreistagsangeordneten
haben auch ohne solche Zuwendungen
eine Politik betrieben, die „zu einem
moralischen Fetzenblatt für die CDU
verkommen“ sei, wie es in einer Stel-
lungnahme grüner Mitglieder aus Win-
sen heißt (zitiert in der Dokumentation
„Der grüne Bauamtskandal“, heraus-
gegeben von der GAL Harburg-Land).

Der dokumentierte Fall ist vor allem
in ländlichen Regionen in jedem Kom-
munalparlament, in dem grüne Abge-
ordnete sitzen, vorstellbar. Da er an-
schaulich belegt, daß die Integration
der Grünen nicht nur durch öffentliche
Bekennnisse zum Staatlichen Gewalt-
monopol vorantreiben geht, soll diese
schon etwas zurückliegende Geschichte
hier noch einmal nachzählt werden.

„Rechtswidrige Gefälligkeitsentscheidungen“?

Im Herbst 1984 legt die Bezirksre-
gierung Harburg dem niedersächsischen
Sozialminister das Ergebnis ihrer Ge-
schäftsprüfung beim Landkreis Har-

burg vor: „Die Geschäftsprüfung hat
ergeben, daß der Landkreis Harburg
seine Aufgabe als untere Bauaufsichts-
behörde unzureichend erfüllt. Die Be-
zirksregierung hat bei einer außeror-
dentlich hohen Anzahl von Vorjün-
gen fehlerhafte Entscheidungen festge-
stellt“ (dieses und alle weiteren Zitate
nach der von der GAL Harburg-Land
herausgegebenen Dokumentation
„Der grüne Bauamtskandal“). Stärk-
ster Vorwurf gegen das Kreisbauamt
Winsen: es seien auch „rechtswidrige
Gefälligkeitsentscheidungen“ getrof-
fen worden

Im Dezember informiert der Mini-
ster im Landtagsausschuß „Bau- und
Wohnungsweisen“; einen Monat später
wendet sich der grüne Landtagsabge-
ordnete Georg Frick an die Öffent-
lichkeit und fordert den Rücktritt des
Oberkreisdirektors im Landkreis. Am
5.2. benutzte der Kreisverband
Harburg-Land der Grünen seine vier
Kreistagsangeordneten, die Einsetzung
eines parlamentarischen Untersu-
chungsausschusses und die Abwahl des
Oberkreisdirektors zu beantragen. Die
grüne Kreistagsfraktion lehnt das ab,
da „der dem Bauamtskandal zugrun-
de liegende Sachverhalt noch nicht
klar“ sei. Fraktionsvorsitzender Thiel
nimmt die Kreisverwaltung in
Schulz, „Wir sind, entgegen unserem
Landtagsabgeordneten Georg Frick,
nicht der Ansicht, daß das Bauamt in
Winsen eine Institution ist, die das
Recht mit Füßen tritt und Gefälligkeits-
entscheidungen trifft, also durch und
durch korrupt ist.“ Das ist auch der

Fortsetzung nächste Seite

Jahrhundert-Unternehmen gescheitert

Daß die Grüne Partei in einer tiefen
Krise steckt, wird von niemandem
mehr bestritten. Längst schon wird die
Krise auch für den Sturz der Partei-
flügel instrumentalisiert. Man wirft sich
gegenseitig vor, die Partei zu zerstören
und ihre Zukunft zu vernichten. Ob
die Partei wenigstens die Bundestags-
wahl noch überlebt, ist bereits ein
Glücksspiel.

Zum Scheitern verurteilt ist nicht
bloß die eine oder die andere Variante
grüner Parteipolitik, sondern geschei-
tert ist jetzt schon das „Jahrhundert-
Unternehmen“, die bundesdeutsche
Politiklandschaft dauerhaft um eine op-
positionelle Kraft zu bereichern, die
endlich einmal Radikalität nicht mit
zahlenmäßiger Bedeutungslosigkeit be-
zahlen sollte. Die Grüne Partei sollte
nach Auskunft ihrer Gründungen

Fortsetzung von vorheriger Seite

Fischer im „Pflasterstrand“, es sei sinnlos, eine radikale oppositionelle Verweigerungshaltung in die Parliamente zu transportieren. Denn jene könne von den Bewegungen „draußen“ viel besser verkörpert werden. Eine Partei hingegen müsse den Weg des Kuhhandels gehen, um „Macht“ zu erringen. Das sei zwar eine neokonservative Denkweise, aber trotzdem einleuchtend. Etwas undeutlicher, aber ganz in diesem Sinn äußert sich auch Cohn-Bendit. Außerparlamentarische Bewegungen hätten ihre eigene Logik, sie könnten sich nur selbst vertreten, müßten autonom sein und jedwede parteipolitische Einmischung zurückweisen (was doppeldeutig ist: die Parteien sollen sich nicht in die Bewegungen einmischen, die Bewegungen aber auch nicht in die Parteipolitik). Das klingt radikal, ist aber konkret als Billigung der Grünen gemeint. Cohn-Bendit entschuldigt so ihr politisches Versagen in den Tagen nach Götter-Sars 1. und 2.

Allmählich sollten wir kapieren, daß dieses arbeitsteilige Verständnis überhaupt nicht neo, wohl aber konservativ ist, und zwar im getreulichen Sinne des Wortes: Bewahrend. Die Bewegungen — ob Umweltschützer, Pazifisten, Frauen oder Arbeiter — verweigern sich radikal der Macht, streben für sich auch keine Macht an, bleiben also bewußt (?) und freiwillig (?) machtlos. Die Parteien, Politiker und Lobbyisten, um diesen noblen Ausdruck mal zu gebrauchen, rangeln um die Macht und teilen sie unter sich auf, wie es ihrem Wesen entspricht. Die Macht bleibt da, wo sie hingehört — aber da ist sie ja schon! Diese Doppelstrategie ist ebenso wenig neu wie genial, sondern frei nach Opus Moito: Dienst ist Dienst, und Schnaps ist Schnaps.

Jetzt machen wir einen kleinen Trick, der in jedem Wörterbuch dieser unserer wunderbaren Sprache nachgeschlagen werden kann, und setzen an die Stelle des Wortes Macht das Wort Gewalt, weil nunmal, tatsächlich das eine da ist, wo das andere ist. Schon sind wir mittendrin in der herzerreißenden und verstandesverwechsellenden aktuellen grünen Debatte: gewaltfreie Bewegungen — staatliches Gewaltmonopol. Ein Widerspruch? Oder eine ganz und gar treffliche Beschreibung der herrschenden Verhältnisse, die halt so sind, daß die Polizei ihre Gummiknüppel durch doppelt so lange Harthölzer ersetzt, weil dadurch mehr Wirkung auf humanen Schädeln erzielt wird, während die Demonstranten das Tragen von Helmen als passive Bewaffnung zu unterlassen haben, damit diese Wirkung nicht beeinträchtigt wird.

Thomas Ebermann sagt in „Konkrete“, es ärgere ihn, daß sich Otto Schilly als Gewaltfreier bezeichnet, wo er doch für das staatliche Gewaltmonopol eintritt. Aber mit der Gewaltfreiheit ist es ein Kreuz. Mal ganz pragmatisch: Ein wirklicher Gewaltfreier (also nicht ein schlecht getarnter Staatsrealo) wird in einer Auseinandersetzung zwischen Polizisten und Demonstranten stets beide Seiten zum Einhalten auffordern. Seine Chance, bei den staatlichen Ordnungshütern Gehör zu finden, ist von Anfang an gleich Null. Seine Chance, die Demonstranten zu bewegen, daß sie von der garstigen Militanz ablassen, ist jedenfalls höher, heutzutage sogar beträchtlich höher Ergebnis...? Appelle zur Gewaltfreiheit bewegen in Polizeipräsidien, Innenministerien oder Konzerten bestenfalls die Mundwinkel zu einem breiten Grinsen. In den sozialen Bewegungen dagegen sind sie effektiv. Da reichen sich wirklich Menschen die Hände, da wird wirklich ein nettes „we shall overcome“ gemeinschaftlich angestimmt, und es werden wirklich Blümchen an Polizisten verteilt.

Immer Ärger mit dem Monopol

Keiner will es (keiner behauptet jedenfalls, es zu wollen), und doch kommt natürlich immer heraus: Je gewaltfreier die Opposition, desto monopolistischer die Gewalt beim Staat. Und umgekehrt: Je innerlicher die Staatsgewalt, desto passiver die Opposition. Nichts anderes sagt Otto Schilly, weshalb er für mich ein ehrenwerter Mann ist (weil es mit Verlaub schiefgeht, ob er es persönlich auch richtig findet oder nicht — es ist so). Gabe es nicht diese konfuse Sprachverwirrung, die das ökologische Denken mit sich bringt, wäre die Sache ganz einfach. Gewaltfreiheit kann jedenfalls nicht das sein, was diejenigen, die davon reden, dafür halten. Freiheit setzt ja nun doch irgendwo eine freie Entscheidung voraus, etwas zu tun oder zu lassen bzw. zwischen verschiedenen Alternativen zu wählen. Im Angesicht eines Wares

jedoch werden Demonstranten automatisch zu den friedfertigsten Wesen, weil ihnen gar nichts anderes übrig bleibt. Gewaltfreiheit könnte sinnvollerweise nur die Freiheit sein, Gegenwehr anzuwenden oder darauf zu verzichten, eine Entscheidung, die nur von einigermaßen ebenbürtigen Gegnern getroffen werden kann. Gewaltfreiheit bei Waffengleichheit — ja bitte (und dann beiderseitige Abströmung auf das niedrigste Niveau).

Man müßte uns zu, eine durch die Gewaltlosigkeit des Staates erzwungene Gewaltlosigkeit der Opposition für Freiheit zu halten und hat auch noch Erfolg damit. Das ist eine typische „Orwellische“ Manipulation. Alles wird zur Freiheit erklärt, weil und damit die Leute jede Ahnung davon verlieren, was Freiheit ist. Wundert es denn niemanden Freiheit ist nie — niemals! — eine Sache, die sich ohne Widerstände erreichen läßt, ... außer eben die sogenannte „Gewaltfreiheit“. Da sind alle dafür und am entscheidendsten diejenigen, die von der Gewalt überreichlich besitzen. Und, logischerweise ist es aus ihrer Sicht immer die Opposition, die gewaltlos bleiben muß. Also spricht das staatliche Gewaltmonopol. Und willst du nicht gewaltfrei sein, so schlag ich dir den Schädel ein.

Thomas Ebermann ist nicht deswegen so ärgerlich über Otto Schilly, weil dieser leicht zu widerlegen wäre, „rhetorisch“ sozusagen. Das würde den Genossen, wie man ihn kennt und schätzt, nur freuen. Der gute Thomas ist ein germaßen gereizt, weil der böse Otto dazu zwingt, zur revolutionären Position in der Staats- und Gewaltfrage zurückzufinden, wenn wir mit unserer eigenen Argumentation streng sind. Das wiederum ist verdammt anständig von Otto. Er bringt uns auf den Boden der Realisten zurück, indem er die Macht- und die Gewaltfrage so zusammenbringt, wie sie zusammengehören.

Den geneigten Leserinnen und Lesern dürfte wohl schon klar sein, worauf dieses gehässige Pamphlet mal wieder hinaus will: Daß man den gefährlichen Realo-Quatsch nur kritisieren kann, wenn man den alternativen Fundi-Quatsch abstreift. Mit ihrer Gewaltlosigkeit und ihrer Verweigerung, mit ihrem (verbalen) Rigorismus und Moralismus reproduzieren die FundamentalistInnen nur die andere Seite des realistischen Weltbilds: das neben den schmutzigen Händen selbstverständlich ein reines Gemüt vorsieht. Mögen sie untereinander noch so heftig rangeln, was für die Partei der Grünen vorteilhaft ist. Das ist so verständlich ein reines Gemüt vorsieht. Mögen sie untereinander noch so heftig rangeln, was für die Partei der Grünen Priorität haben soll: Der ganze Vorgang bleibt im Rahmen bürgerlicher Doppelmoral, ist bürgerliche Doppelmoral.

Wobei man ehrlicherweise noch hinzufügen muß: Die fundamentalistische Reproduktion ist eine schäbige Kopie des alten Sponti-Originals. Joschka Fischer und James Dean waren als unergründliche Anarcho-Rebellen („ich weiß nicht recht, wie mir geschieht, aber ich muß mich gegen Paps auflehnen, obwohl ich ihn eigentlich doch sehr liebe“) um Klassen besser als Manfred Zieran und Julia Dürforth als gemeinnützige Protestträger („Mein Apfel fällt nicht weit vom Stamm“).

Alles, was sich in den letzten zehn Jahren an dieser Szene verändert hat, ist, daß einige Rollen unbesezt wurden. Gespielt wird nach wie vor die gleiche Dramaturgie. In das große Verarmungsgeheul wegen der heuschreckenhaften kann nur einstimmen, wer, wie unser Bundeskanzler einmal trefflich formulierte, nicht über den Tellerrand der Geschichte hinausblickt. Daß politische Menschen, die in ihrer Jugend den wilden Revolver der Markierten, später zu biederen Regierungsmännern insabstinken, ist ein so uraltes, millionenfach durchgekaufter Stoff, daß es heute bestenfalls zur Komödie langt. Die typisch grüne, in diesem Fall mehr fundamentalistische Unverschämtheit liegt darin, das im Grunde gewöhnliche und langweilige Malheur als Welturaufführung auszuspielen, bloß weil es ihnen selbst passiert.



KEINE MACHT



FÜR NIEMAND



Der grüne Bluff

Der grüne Bluff

Das grüne Phänomen ist zuvorderst auch ein Phänomen des Bluffs. Es bleibt eine einmalige, unerreichte Leistung, wie die Grünen in ihrer Grönderzeit die Naturschutzliste unter dem Titel „Ökologie“ als absolut neue Jahreshandlung verkauften, die eine Jahrtausendbewegung begründeten sollte. Ganz Deutschland hielt inne. Speziell den Kommunisten wurde strenger Blicks verordnet: Das habt ihr nicht erkannt! Damit ist der Marxismus widerlegt! — Und reumütig senkten diese die Augen: Wir schämen uns ja so. Wir werden brave Schüler sein und fleißig lernen.

So lief das. Einfach fürchtbar. Heute sagen die gleichen Grünen mehrheitlich: War da noch was? Ach ja, die ökologischen Fragen des Lebens und Überlebens. Die werden wir natürlich nie vergessen. Da haben wir erstmal nichts erreicht, aber das ist normal. Vielleicht bei den nächsten Koalitionsverhandlungen, vielleicht auch später? Wichtig ist, daß unsere kleinen reformerischen Wege real sind und in die richtige Richtung gehen.

„Keine Wege“, sagt Waltraud Schoppe dem „Spiegel“. Da hat sie nach einer Umschreibung gesucht, weil „kleine Schritte“ so nach SPD klingt, und versehentlich was Goldrichtiges gefunden. Kleine Wege überbrücken kleine Entfernungen. Kleine Wege führen zu nahen Zielen. Weil sie nur kleine Schritte machen können, wählen sie lieber gleich die kleinen Wege zu kleinen Zielen. Waltrauds Ehrlichkeit hat die Traumnote rechtskommunall verdient. Warum aber sollten Linke in Treue fest zum grünen Programm stehen, das von den Ökologen selber nicht ernst genommen wird?

Im Vergleich zu anderen historischen Vorbildern verfaßt die Integration der Grünen weder besonders dramatisch noch besonders überraschend. Dieser Heimweg war wirklich nicht besonders lang. Wir hätten nicht gerade eines der bestgeschützten Geheimnisse, wenn wir verraten, daß ähnliche Sachverhalte aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, auch der des Kommunismus schmerzhaft bekannt sind, wovon allein die zahlreichen Begriffe zeugen, die unsers dafür parat hat, weil uns „Verrat“ immer schon so primitiv erschien. Opportunismus, Revisionismus, kapitalistischer Weg, Neue Bourgeoisie, Sozialimperialismus usw. So

was passiert vor jeder Revolution, nach jeder Revolution und erst recht bei Abwesenheit jeder Revolution. Am

was passiert vor jeder Revolution, nach jeder Revolution und erst recht bei Abwesenheit jeder Revolution. Am

Gerade weil es immer wieder passiert, und weil schon lange keiner mehr weiß, wie es abzustellen wäre — gerade deshalb haben die grünen Bluffer anfangs auch viele Kommunisten an der Achillesferse erwischt, als sie noch Basendemokratie, Rotation, Dezentralismus und Antistatlichkeit anzubieten schienen. Denn natürlich hat man als Kommunist ein schlechtes Gewissen — kaum jedoch wegen der Naturfrage, sondern wegen der Machtfrage und deren Behandlung durch allerhand Parteien und Bewegungen, mit denen man mindestens den Namen gemein hat. Dieses schlechte Gewissen war die Voraussetzung des grünen Durchmarsches gegen links oder aus heutiger Sicht: Die Basis dafür, sich von den Grünen her einlegen zu lassen.

Dies freimütig zuzugeben, fällt nicht mal besonders schwer, da es nicht das erste Mal ist, daß man in der Machtfrage betrogen wird, und wir diesmal eher zu den Opfern als zu den Tätern gehören. Etwas schwerer fällt das Eingeständnis, daß zwischen Linken, die in die Grünen hineingegangen sind und solchen, die draußen geblieben sind, hinsichtlich des Gebluffs Verdens höchstens ein gradueller Unterschied besteht. Sonst müßte man den Mut zur Grünen-kritischen Ungezogenheit, zu dem wir Linken allmählich zurückfinden, nicht als neue Entdeckung feiern. Richtig schwierig wird es da, wo ein bißchen weitergedacht und vielleicht erkannt wird, daß wir mit unserem spezifisch kommunistischen schlechten Gewissen nur selber fertig werden können. Aber ein beschämlicher Lern- und Aha-Effekt bleibt doch, daß diejenigen, die so mühsam verstaatlicht werden konnten, einst als prächtige Anarchisten glänzten. Es wäre dumm, jetzt gleichermäßen zu verfahren wie in der Regel mit uns verfahren wird, nämlich den Anarchismus kurzerhand über einen Leisten zu spannen und in die Pläne zu hauen. Aber um eines geht es schon: Tut bitte nicht länger so, als ob die Schwächen der menschlichen Kreatur dem Anarchismus wesensfremd seien. Natürlich allein, und sei es noch so süß, reicht nicht, um die Fragen zu beantworten, mit denen ihr genauso wie alle anderen Revolutionäre konfrontiert seid.

Bräuen wir also eine neue Partei, wirklich links, wirklich demokratisch, und die uns nie in sich läßt? Das wäre eine relevante Diskussion. Vorher aber muß etwas anderes geklärt werden. Wie nämlich die außerparlamentarische Opposition aus der ihr Gedachten (von den Realos zugedachten und von den Fundis angenommenen) Identität rauskommt, moralisch einwandfrei aber auf ewig machtlos zu bleiben. Warum sollte den Bewegungen verboten sein, was den Parteien erlaubt ist?

Da lachte die Dachtlatte

Weil das grüne Integrationsgeschehen in besonderer Weise in Hessen spielt, muß doch ein Wörtchen über die „machtvolle“ (sic) Bewegung gegen den Bau der Starbaf in West auf dem Frankfurter Flughafen verloren werden. Jene wuchs im Oktober/November '81 tatsächlich zum realen Machtfaktor im Lande (ohne diese Position auch nur in Teilbereichen auszuüben zu können). Viele ihrer Aktivistinnen und Aktivistinnen es jedoch unabhängig vom konkreten Zuwachs und folgenden Verlust an Macht und Einfluß generell ab, in der Politik, jedenfalls in der herkömmlichen oder gar Parteipolitik mitzumischen, weil Bürgerinitiativen etwas grundsätzlich anderes seien. Dafür hatten wir großen Verständnis, weil Parteien und Parlamente einen ja wirklich anlocken können und es irgendwo fortschrittlich ist, wenn andere Leute das auch finden. Bis wir die Entdeckung machten, daß es u.a. abgefeimte Politprofis waren, Jusos und Grüne, die sich geradezu als Gralhüter eines reinen und überparteilichen Bewegungsverständnisses aufführten.

Es gibt doch immer wieder verblüffende Dinge auf der Welt. Einige nicht ganz unmaßgebliche Kräfte in den Bürgerinitiativen hatten sich nämlich Gedanken darüber gemacht, daß eigentlich auch die Bewegung selber zu den Landtagswahlen antreten könnte. Das fürchteten die Jusos, also die SPD, mehr als die Kandidatur der Grünen. Diese wiederum vermuteten, daß es ihrem Parteaufbau schlecht bekäme, wenn die erwarteten Stimmen nicht von den Grünen, sondern von so einem Haufen, der nicht mal ein echt ökologisches Programm hatte, abgeholt werden würden. Da konnte man die Taktiker erleben, wie sie die Autonomie der Bewegung produzierten und ein

gleiches Programm hatte, abgelehnt werden würden. Da konnte man die Taktiker erleben, wie sie die Autonomie der Bewegung predigten, weil sie die Macht ihrer Partei mit niemandem teilen wollten. Diese Taktiker wurden bei den Grünen instruiert und dirigiert von Manfred Zieran und anderen selbstlosen Anpartei-Parteilägern. Sie wagten es, einem Alexander Schubart die Türen zuzuknallen, die sie einem Herbert Gruhl sperrangelweit offenklickten. Und schrien heute mit der Parole „Keine Macht für niemand“, um als „Linke in den Grünen“, wie das neueste Fundi-Büchlein lautet, durchzugehen? Ohne die Spur einer Erklärung für den Wechsel von „vorne“ — und ausdrücklich weder links noch rechts — auf den Flügel?

So nicht, Freunde. Für eine gelegentliche Notlüge hat man ja Verstand. Aber dieses Gespinnst ist es wert, zerrissen zu werden. Uns würde reichen, was wir auch den anderen Parteien wünschen: Keine Macht den Grünen!

Und alle Macht den Bewegungen der Unterdrückten, der Erniedrigten und Bedrängten, wie Rudi Dutschke zu sagen pflegte. Wie wir's anstellen könnten, weiß wohl keiner so recht. Aber dies ist die einzig relevante Diskussion. Das grüne Selbstverständnis von Fischer bis Zieran, das die herrschenden Verhältnisse einfach benimmt und beahlt, muß geradewegs umgedreht werden. Wie bekommen die progressiven Bewegungen Macht? Revolutionär oder mit kleinen Schritten, organisiert oder unorganisiert, allein oder in Koalition mit bürgerlichen Kräften, kompromisslos und integer oder mit Kuhhandel und schmutzigen Händen, außerhalb oder innerhalb der Institutionen oder mit eigenen ganz neuen usw. Darüber muß gestritten werden — zwischen denen, die die Prämisse teilen, daß es für die Unterdrückten nicht um Friehe, sondern um reale politische Macht geht. Wie kann umgekehrt die Macht denjenigen, die sie besitzen, ausüben und verwalten, entrisen werden, ohne zum tausendsten Mal ein paar Kleinbürgern oder auch verdienten Parteiführern die Karriere zu besorgen? Das Thema ist nicht gerade unbekannt. Aber so ist es halt mit den Moden. Sie sind unterhaltend, vertreiben die Zeit, und dann stellt man fest, daß man um die liegegebene Hausaufgaben doch nicht drumrumkommt.

Zum SPD-Wirtschaftsprogramm (Entwurf): 'Modell Deutschland' mit ökologischer Fassade

Seit dem 1. Oktober 1985 existiert ein zweiter Entwurf eines neuen sozialdemokratischen Wirtschaftsprogramms unter dem Titel „Weg in die Industriegesellschaft von morgen“. Es trägt die Handschrift vom wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Bundeslagsfraktion, Wolfgang Roth und soll nunmehr in der gesamten SPD diskutiert werden. Im Mai nächsten Jahres will die SPD einen wirtschaftspolitischen Kongress dazu abhalten, und später die endgültige Fassung dieses Programms verabschieden. Johannes Rau erklärte indes, er werde als Kanzlerkandidat ein eigenes wirtschaftspolitisches Wahlprogramm vorlegen. In ersten Reaktionen auf diesen Programmentwurf kam vor allem Kritik von den Jusos und linken Sozialdemokraten, die kein gutes Haar an dem über 100seitigen Diskussionspapier ließen. Zurecht — denn dieser Programmentwurf setzt dort an, wo Ex-Kanzler Helmut Schmidt einst aufgehört hat und führt die Kohlische „Wende“-Politik im wesentlichen fort. Und die grünen Koalitionsbefürworter mußten noch allerlei inhaltliche Verrenkungen vornehmen, wenn sie auf dieser Basis ihren „Umbau“ der „Industriegesellschaft“ bewerkstelligen wollen.

Zur Erinnerung: das „Modell Deutschland“ des Helmut Schmidt (1978)

Im Jahre 1976 trat der damalige SPD-Kanzler Schmidt die Wahlen mit dem Slogan „Modell Deutschland“ an. Mit diesem „Modell“ war damals ein Bruch, eine „Wende“ in der Politik der sozialliberalen Ära verbunden bzw. dieser vorausgegangen, denn nach der Krise 1974/75 schaltete die damalige Bundesregierung auf Austeritätspolitik um. Im Kern beinhaltete das Schmidt'sche „Modell Deutschland“, vor dem Hintergrund der extremen Exportorientierung des westdeutschen Kapitals (1), die Sicherung und den Ausbau der Weltmarktkonkurrenzfähigkeit als oberste Priorität der Wirtschaftspolitik, der sich alle anderen Ziele unterzuordnen hatten. Die nationale, restriktive Geldpolitik der Deutschen Bundesbank sorgte für eine Politik niedriger Inflationsraten, um diese

Stabilität als oberste Priorität der Wirtschaftspolitik, der sich alle anderen Ziele unterzuordnen hatten. Die monetäre, restriktive Geldpolitik der Deutschen Bundesbank sorgte für eine Politik niedriger Inflationsraten, um diese Konkurrenzfähigkeit von der Kostenseite her zu unterstützen. Diesem außenwirtschaftlichen Primat diente auch das 2. Haushaltsstrukturgesetz von 1975, mit dem die Haushaltskonsolidierung eingeleitet, infolge dessen die ersten drastischen Einschnitte in soziale Netze vollzogen und auf ein „defizit spending“ (staatliche Kreditaufnahme und Verschuldung zur Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen usw.) weitgehend verzichtet wurde (2). Dieses „Modell“ funktionierte nur deshalb so reibungslos, weil die Gewerkschaftsführung diese Politik voll unterstützte, sich starker Lohnzurückhaltung rühmte und mit dazu beitrug, daß zugunsten der Weltmarktorientierung des westdeutschen Kapitals die notwendige Ruhe im eigenen Haus herrschte. Kurzum: Nicht mehr Wachstum und Vollbeschäftigung wurden als wirtschaftliche Ziele ausgegeben, sondern Inflationsbekämpfung und außenwirtschaftliche Priorität.

An diesen Prämissen hält die jetzige konservative Regierung im Prinzip fest; sie verteidigt die Einschnitte im Sozialsystem und brachte sie im wesentlichen zu einem vorläufigen Abschluß, während sie die von den Sozialdemokraten bereits begonnene angebotsorientierte Politik konsequent fortsetzt, die „Ertragskraft der Unternehmen“ zu steigern, damit diese wieder um kräftig investieren, um die Weltmarktfähigkeit fortsetzen zu können.

Das Leitmotiv der SPD: „Internationalen Herausforderungen offensiv begegnen“!

Wer den sozialdemokratischen Programmentwurf aufmerksam durch

liest, wird sehr schnell den roten Fäden finden. Er besteht keineswegs im „ökologischen Umbau“ der westdeutschen Volkswirtschaft, sondern die „ökologische Erneuerung“ à la SPD ordnet sich deutlich unter die folgende Kernaussage unter: „Ökologische Erneuerung, Strukturpassung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen erfordern eine kräftige und dauerhafte Steigerung der Investitionstätigkeit des öffentlichen Sektors und noch mehr der Unternehmen ... Vielmehr kommt es darauf an, Kapital in weit größerem Maße als bisher in die Unternehmen zu lenken und so ihre Eigenkapitalausstattung zu verbessern.“

Den Umweltschutz sieht die SPD in ihrem Programmentwurf als einen „Motor für die technische Entwicklung mit langfristigen Wachstumschancen“ an, die „ökologische Erneuerung“ soll also den Kapitalisten dadurch schmackhaft gemacht werden, daß diese sie als einen internationalen

- neue Energietechniken, umweltfreundlich, versteht sich, zu entwickeln,
- neue Nah- und Fernverkehrssysteme auf den Markt bringen,
- die Städte „sozial und human“ zu gestalten,
- Probleme der Müll- und Abfallbeseitigung zu lösen,
- den Aufbau „eines modernen Kommunikations- und Informationsnetzes“ zu bewerkstelligen und
- den Aufbau „komplexer Büro- und Verwaltungsstrukturen“ zu beherrschen

Eine zentrale Rolle spielen dabei die Deutsche Bundespost, mit deren Hilfe der Aufbau eines „modernen Informations- und Kommunikationsnetzes“ erfolgen, neue technische Normen gesetzt und für die Mikroelektronik „nachhaltige Impulse“ ausgehen sollen.

Schwarz-Schilling läßt freundlich großen

Kräften anzusprechen, sieht die SPD darin, spekulatives Geldkapital in investives Kapital umzuwandeln. Die SPD hat erkannt, daß ein Kapitalist erst dann wieder in sein Unternehmen investiert, wenn die zu erwartenden Profite größer ausfallen, als die Spekulationen an den internationalen Finanzmärkten oder den Immobilienmärkten. Von da her fordert sie eine Änderung des geltenden Steuerrechts, eine Belastung von Kapital, das nicht investiv verwendet wird, um dadurch die Kapitalmassen in die Produktionsbereiche umzu lenken.

Abgesehen davon, wie es die SPD denn bewerkstelligen will, an die Besteuerung der Kapitalmassen der Konzerne im Ausland heranzukommen, sehen die Steuerpläne der SPD lediglich eine „Änderung der Besteuerungsstruktur“ vor, nicht jedoch eine Änderung der Steuerquote; es sollen alle „steuerlichen Hemmnisse“ beseitigt werden, damit mehr Sparkapital als Eigenkapital für investive Zwecke in die

festliche Ausgabenprogramme zur Behebung der Gesamtnachfrage haben nicht immer den höchstmöglichen Wirkungsgang zu erreichen vermocht“, heißt es da zur Frage von öffentlichen Beschäftigungsprogrammen.

Mit einigen Verrenkungen und nebulösen Formulierungen wird dann die künftige Aufgabe der Globalsteuerung wie folgt definiert: „In der Globalsteuerung muß jetzt die Verantwortung für mehr Arbeit im Vordergrund stehen, ohne daß das Ziel der Preisstabilität und des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts vernachlässigt wird“. Und mehr Beschäftigung sei auf Dauer nur zu erreichen, „wenn die Einkommenspolitik auf die Preise, die Ertragslage und die Geldpolitik auf Zinsen und Investitionen Rücksicht nimmt“. Im letzten Halbsatz wird dann also herausgelassen, worum es der SPD eigentlich geht, nämlich alles staatlich Mögliche zu tun, um die Investitionskraft der Unternehmen zu stärken, die dann angeblich zu mehr Beschäftigung führe. Eine „investitionsorientierte“ — keine beschäftigungsorientierte! — Geldpolitik sei geboten, die „Steigerung der Investitionsquote“ sei eine Voraussetzung, um „Arbeit zu schaffen und die ökologische Erneuerung zu verwirklichen“. Laut SPD-Programmtext komme es darauf an, für die Unternehmen investive Anreize bereitzustellen. Für diesen Zweck fordert die SPD

- eine Senkung der Realzinsen auf dem Kapitalmarkt,
- eine Stärkung und Umverteilung der steuerlichen Aufkommen in den Kommunen und Gemeinden „zum ökologischen Umbau der Gemeinden“,
- langfristig eine Wertschöpfungssteuer, mit der vor allem lohnintensive Produktionen steuerlich entlastet werden sollen,
- die Erlassung von spekulativen Gewinnen und deren stärkerer Besteuerung und umgekehrt die steuerliche Entlastung von Gewinnen, wenn sie für investive Zwecke verwendet werden,
- die steuerliche Begünstigung von umweltfreundlichen Produktionen und Produktionsverfahren und
- steuerliche und investive Begünstigungen insbesondere von Klein- und Mittelbetrieben.

Die auch bei den Sozialdemokraten heimisch gewordene neoliberale Logik, wonach Investitionen die Voraussetzung für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze sind, widerspricht der Realität. Das Bekenntnis der Sozialdemokratie, alles zu tun, um die exportorientierten Kapitale gut gerüstet in die Schlachten auf den Weltmärkten zu führen, heißt in der Konsequenz, den Weg der Modernisierung und damit

Realität. Das Bekenntnis der Sozialdemokratie, alles zu tun, um die exportorientierten Kapitale gut gerüstet in die Schlachten auf den Weltmärkten zu führen, heißt in der Konsequenz, den Weg der Modernisierung und damit der weiteren Senkung der Produktionskosten durch Automatisierung und weiterer Freisetzung von Arbeitskräften zu beschreiten. Wenn bereits heute rund 55% der Investitionen allein der Rationalisierung dienen, und wenn Wolfgang Roth (SPD) die Investitionsquote von derzeit 19,5% auf 25% anheben will, so wird klar, daß die SPD in ihrem Programm Dinge verspricht, die sich widersprechen: außenwirtschaftliche Prioritätensetzung wird die Arbeitslosigkeit noch weiter beschleunigen.

Den Wandel der Arbeit gestalten...

Die SPD weiß natürlich allzu gut, daß die offensive Begegnung mit den internationalen Herausforderungen immer weniger menschliche Arbeitskraft erfordert. Daher möchte die SPD „den Wandel der Arbeit und der Arbeitsgesellschaft mitgestalten“. Sie will sich dem Problem stellen, daß die Arbeitsintensität und -produktivität bei insgesamt weniger Arbeitszeit steigt, die Industriebeschäftigung zurückgehen wird und die Veränderungen in der materiellen Produktion neue Qualifikationsanforderungen nötig machen werden. Dem Problem, daß die Arbeitsproduktivität stärker steigt als der materielle Output, möchte die SPD durch Arbeitszeitverkürzungen beikommen. Dabei legt sie sich keineswegs auf das Ziel der Realisierung der 35 Stunden Woche fest, sondern spricht sich sehr allgemein „für freie, geordnete, langfristig geregelte Arbeitszeitverkürzungen, sei es bei der Wochenarbeitszeit, der Jahresarbeitszeit, der Lebens-

Fortsetzung nächste Seite



Wettbewerbs- und Wachstumsfaktor nutzen

Im Zentrum des Programmtextes der SPD steht die Sicherung und der Ausbau der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Es ist daher kein Wunder, wenn der Abschnitt „Politik für technischen und sozialen Wandel“ den größten Raum im Programmtext einnimmt.

Wettbewerbs- und Wachstumsfaktor nutzen

Im Zentrum des Programmtextes der SPD steht die Sicherung und der Ausbau der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Es ist daher kein Wunder, wenn der Abschnitt „Politik für technischen und sozialen Wandel“ den größten Raum im Programmtext einnimmt.

„Neue Techniken werden die Produktionsverhältnisse von Grund auf verändern und völlig neue Produkte hervorbringen“, schreiben die Sozialdemokraten. „Das Aufkommen neuer Konkurrenten auf den Weltmärkten wird die internationale Arbeitsteilung weiter verändern und unsere Volkswirtschaft unter Anpassungs- und Erneuerungsdruck setzen“, heißt es weiter. Da habe der Staat Mitverantwortung zu tragen, um „die Erneuerung der Wirtschaft in Bahnen zu bewegen, die Menschen und Natur zugute kommen“, denn zweifellos sieht die SPD „in den neuen Techniken große Chancen für mehr Wohlstand und Wohlfühlen der Menschen“.

Das sind alles Aussagen, die bereits nicht neu sind. Schon 1975 proklamierten die Sozialdemokraten Volker Hauff und Schirp die sozialdemokratische „Modernisierung der Volkswirtschaft“ (3). Im neuen Programmtext heißt es in diesem Sinne, daß „wie Sozialdemokraten die staatlichen Möglichkeiten nutzen und der japanischen und amerikanischen Herausforderung offensiv begegnen“ wollen.

Sowohl der Staat dürfte Einflußmöglichkeiten und diese Modernisierung der Volkswirtschaft habe beansprucht, gegen die Sozialdemokraten die Mobilisierung „aller finanziellen Kräfte“, und „das bei Arbeitnehmern, Managern, Wissenschaftlern und Technikern verfügbare gesellschaftliche Wissen“, um vor allem:

Das westdeutsche Kapital müsse, so die SPD, „in genügend Sektoren der technischen Entwicklung über Spitzen-Technologien verfügen und dadurch die Voraussetzungen schaffen, durch Kooperation oder durch Lizenznahme auf anderen Gebieten ein ausreichendes Spektrum wettbewerbsfähiger Produkte zu erschließen“, wobei drei „zentrale Probleme“ zu lösen seien, nämlich a) die Verknüpfung anspruchsvoller Mechanik und fortschrittlicher Elektronik (das betrifft vor allem die westdeutsche Maschinenbau- und Investitionsgüterindustrie, die weltweit führend ist), b) die „Beherrschung“ der Automatisierung im privaten wie öffentlichen Büro- und Verwaltungsbereich und c) die Entwicklung einer „umweltfreundlichen“ Chemie unter Einschluß der Biotechnologie.

Für diese drei Sektoren will die SPD den Forschungsbereich zugunsten der Kernenergie-Forschung ausbauen. Ganz in diesem Sinne fordert die SPD die Förderung von „Technologie- und Gründungsparks“, einen Ausbau des Risikofinanzierung, die Förderung von Jungunternehmen usw. — also alles Dinge, die unter der Regierung Kohl schon betrieben werden. Und keineswegs originell ist auch die Forderung nach technologischer Zusammenarbeit in der EG und nach der Realisierung eines „europäischen Binnenmarktes“, denn schließlich hängt „die Bereitschaft der Unternehmen, bei Forschung, Entwicklung und Investitionen Risiken einzugehen, entscheidend von den künftig erzielbaren Erträgen ab“.

SPD '85: „Wir brauchen den aktiven, selbstbewußten Unternehmer“

Einen zentralen Hebel, die westdeutschen Kapitalisten in ihren innovativen

Unternehmen fließen kann.

Ganz im Sinne der neo-liberalen Ökonomie fordert die SPD außerdem, den „Wettbewerb“ zu verschärfen, denn Wettbewerb wirke „der Verkrustung von Märkten“ entgegen. Zu diesem Zweck möchte die SPD marktbeherrschende Großkonzerne „entflechten“, Fusionen verhindern, die macht der Banken zurückdrängen. Wie sie das konkret durchsetzen will — dazu fehlt jegliche Aussage.

Zur Förderung der Klein- und Mittelbetriebe möchte die SPD diesen „eine steuerfreie Investitionsrücklage einräumen“ und die Gründung von Unternehmensbeteiligungsgesellschaften fördern, um den chronischen Kapitalmangel von Klein- und Mittelbetrieben zu beheben.

Insgesamt setzt die SPD bei ihrer „Modernisierung der Volkswirtschaft“ also auf die „aktiven, selbstbewußten Unternehmer“. Während die CDU im großen und ganzen allein auf die Kräfte des Marktes setzt, die Ertragskraft der Unternehmen zu stärken, möchte die SPD die Weltmarktoffensive des westdeutschen Kapitals durch die dargestellten staatlichen Maßnahmen bewußt fördern und vorantreiben — ganz im Sinne des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth.

Sozialdemokratische Globalsteuerung: Abschied von Beschäftigungsprogrammen

Wirtschaftliche Globalsteuerung hieß seit Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes von 1967, vier wirtschaftspolitische Ziele gleichzeitig zu behandeln: außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Preisstabilität, Wachstum und Vollbeschäftigung. Spätestens seit 1971 gelten nur noch die beiden erstgenannten Ziele. Der neue Programmtext der SPD zeigt, daß sie an dieser Austeritätspolitik im Kern festhalten will. „Of-

Fortsetzung von vorheriger Seite

Arbeitszeit oder der freien Arbeitszeit" aus.

Das Angebot an Teilzeit-Arbeitsplätzen müsse erhöht werden, wobei „alle Formen freier Arbeitszeiteinstellung in den arbeits- und sozialrechtlichen Schutz mit einbezogen werden“ müßten.

Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt, ja — aber in tarifvertraglich geordneten Verhältnissen, zu konkreteren Forderungen läßt sich die SPD in ihrem Programmtext nicht verleiten.

Der auch von der SPD prognostizierte weitere Arbeitsplatzabbau im Industriesektor soll zumindest teilweise durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze im privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereich kompensiert werden. Im privaten Dienstleistungsbereich möchte die SPD eine Reihe von Hemmnissen beseitigen, die darauf hinauslaufen, diese Dienstleistungen gemäß angebotsorientierter Politik billiger zu machen. Als ein Schritt in diesem Sinne sieht die SPD die Einführung eines Wertschöpfungsbeitrages an, um diesen Bereich vor allem steuerlich von den angeblich hohen Lohnkosten zu entlasten (4).

Die SPD fordert im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen (Gesundheit, soziale Dienste, Bildung usw.) zwar eine „Expansion“, plämiert allerdings diese Formel sogleich wieder zurück, denn diese „Expansion“ „beruht jedoch auf Schwierigkeiten“, da eine weitere Steigerung der Abgabenbelastung nicht vertretbar sei.

Da mit ist gesagt, daß die SPD auch weiterhin an einer restriktiven Haushaltspolitik festhalten will. Mehr Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst müssen also von anderswoher finanziert werden, wenn nämlich „die Einnahmen- bzw. Ausgabenstruktur der öffentlichen Hand und die Einkommensstrukturen im öffentlichen Dienst geändert werden“.

Konkret schlägt die SPD die Senkung höherer Einkommen („Anpassung der Akademikergehälter an die Einkommen anderer Gruppen mit höherwertiger Berufsausbildung“) vor, um die daraus frei werdenden Mittel für neue Arbeitsplätze zu mobilisieren.

Dies ist der übrige Teil des einzigen Hinweis im SPD-Haushaltsprogrammtext zum Thema Sozialabbau. An anderer Stelle heißt es nur, SPD und DGB wollen weiteren Einschnitten ins soziale Netz „mit äußerster Entschlossenheit“ entgegenstehen — aber an keiner Stelle tauchen Forderungen nach Rücknahme von sozialen Einschnitten auf. Eine soziale Reformpolitik wird es also mit der SPD in Zukunft nicht geben.

Korporative Einbindung der Arbeiterklasse in das außenwirtschaftliche Wachstumsmodell

Korporative Einbindung der Arbeiterklasse in das außenwirtschaftliche Wachstumsmodell

Es gehört zur Dialektik des „Modell Deutschland“, daß sich außenwirtschaftliche Orientierung und „Ruhe im Hinterland“ gegenseitig bedingen — ja mehr noch: daß die Gewerkschaftsführung und Teile der Arbeiterklasse, vor allem diejenigen, die in den exportorientierten Sektoren der westdeutschen Industrie arbeiten, dieses „Modell“ mittragen. Die beispiellos niedrigen Inflationsraten in der BRD seit Ende der sechziger Jahre, die Bereitschaft der Gewerkschaftsführung, Lohnsenkungen bewußt in Kauf zu nehmen, um die angebliche Wettbewerbsfähigkeit des westdeutschen Kapitals nicht zu gefährden, sind Ausdruck dieses klassenversöhnlichen Konsenses.

Es nimmt daher nicht Wunder, wenn im neuen SPD-Programmtext die Forderung nach mehr Mitbestimmung gar nicht als zumindest partielle „Gegenmacht“ aufgeführt wird, sondern allein im korporatistischen Sinne. Schon in der Einleitung wird die Mitbestimmung rein betriebswirtschaftlich wie folgt definiert: „Das Interesse der Arbeitnehmer an der Leistungsfähigkeit ihres Betriebes ist mindestens ebenso groß wie das der Kapitalgeber und die Mitbestimmung ermöglicht es, den Sachverstand der Mitarbeiter unmittelbar in die Unternehmensentscheidungen einzubringen“.

Die SPD erklärt es zum Ziel der Arbeiterbewegung, daß sich die Arbeiter von „Wirtschaftsuntertanen“ zu „gleichberechtigten Wirtschaftspartnern“ emanzipieren, dies entspreche ohnehin der „immanenten Logik“ der wirtschaftlichen Entwicklung selbst. Um die „Wirtschaftsdemokratie“ Marke SPD zu verwirklichen, schlägt sie folgende Maßnahmen vor: — Die Einrichtung von „Wirtschaftsräten“ in Bund, Ländern und Regionen mit beratender Funktion,

- Die Einrichtung von „Branchenausschüssen“ ausgerechnet in den von den Strukturveränderungen betroffenen Industriezweigen (Stahlindustrie) ebenfalls mit beratender Funktion,
- Sicherung der Mitbestimmung und deren Ausweitung auf alle Großunternehmen,
- bei der betrieblichen Mitbestimmung sollen die Betriebsräte „an der Planung, der Entscheidung und Einführung technischer Neuerungen beteiligen“. Der Mitbestimmungskatalog müsse z.B. bei der Einführung neuer Techniken und Verfahren erweitert werden, allerdings läßt der Programmtext eine Präzisierung offen,
- Arbeitnehmer sollen bei der Gestaltung ihrer eigenen Arbeitsplätze beteiligt werden.

Ökonomisches Herzstück neuer „Wirtschaftsdemokratie“ ist jedoch die Vermögensbildung, oder neomodischer ausgedrückt, die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen. Sie wird wiederum dem Gesichtspunkt untergeordnet, eine „stärkere Neubildung von Produktivkapital“ zu ermöglichen, also mehr Kapital für investive Zwecke zu mobilisieren. Die SPD tritt dabei für überbetriebliche Beteiligungen ein, um zu vermeiden, daß das Arbeiter- mit dem einzelnen Kapitalistenrisiko zusammenfällt.

Überbetriebliche Kapitalbeteiligungen der Arbeiter sollen staatlich gefördert und jeweils tariflich gesichert werden, das Vermögensbildungsgesetz für diese Anlageformen geöffnet werden. Die SPD fordert die Einrichtung von Kapitalgesellschaften, an denen sich dann die Arbeiter beteiligen können. Diese Sammelscheiben können auch gemeinsam von den Tarifvertragsparteien eingerichtet werden.

Daß Ziel ist wiederum die Mobilisierung von investivem Kapital, wobei in diesem Fall der Vermögensbildung ein Teil der erwartenden Lohnsteigerungen direkt an die Kapitalisten zurückfließt.

„Mitbestimmung, Mitwirkung und Teilhabe“ (SPD) haben also das Ziel einer weiteren konsensualen Einbindung der Arbeiter in das System des „Modell Deutschland“.

Wie die SPD die Arbeitslosigkeit bekämpfen will

Nicht nur Helmut Kohl, sondern auch die sozialdemokratischen Programmtexter betrachten die chronische Arbeitslosigkeit als eine „Herausforderung“, dem die SPD ein „Aktionsprogramm zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit“ entgegensetzen will.

Dieses „Aktionsprogramm“ setzt sich aus mehreren Elementen zusammen, nämlich 1. einem „Solidarpakt für mehr Arbeit“, einem „Sondervermögen Arbeit und Umwelt“, 3. mehr öffentlichen Investitionen und 4. einer „Qualifizierungsoffensive und mehr Ausbildungsstellen“.

Dieses „Aktionsprogramm“ setzt sich aus mehreren Elementen zusammen, nämlich 1. einem „Solidarpakt für mehr Arbeit“, einem „Sondervermögen Arbeit und Umwelt“, 3. mehr öffentlichen Investitionen und 4. einer „Qualifizierungsoffensive und mehr Ausbildungsstellen“.

Kernstück des „Solidarpaktes für mehr Arbeit“ sind staatliche Förderungsprogramme speziell zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, für junge arbeitslose Frauen und Langzeitarbeitslose bereitzustellen. Kapital, Staat und Gewerkschaften, die diesen „Solidarpakt“ abschließen sollen, werden aufgefordert, auch außerdem „auf ein Tempo der Arbeitszeitverkürzung zu einigen“, um den Arbeitsmarkt zu entlasten, die „Überstunden auf das absolut unvermeidbare Maß zu reduzieren“ und Teilzeit-Arbeitsangebote zu erweitern. Die Bundesbank solle hierzu durch eine entsprechende Geldpolitik die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit unterstützen. Konkreter wird die SPD dabei nicht. Wie sie auf dieser Grundlage ihre eintägigen Wahlversprechen, innerhalb von 2 Jahren jedem einjährig Arbeitslosen und innerhalb von 4 Jahren jedem halbjährig-Arbeitslosen einen Arbeitsplatz bzw. eine Bildungsmaßnahme anzubieten einlösen will, bleibt ihr Geheimnis.

Die zweite Maßnahme, das „Sondervermögen für Arbeit und Umwelt“, soll mittelfristig 400 000 neue Arbeitsplätze schaffen und das „qualitative Wachstum“ fördern. Das „Sondervermögen“ bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau stellt privaten und öffentlichen Unternehmen zinsgünstige Kredite für Umweltinvestitionen und „verlorene Zuschüsse“ für Umweltinvestitionen „von herausragender Bedeutung bereit und zwar in einem Zeitraum von 10 Jahren und einem jährlichen Umfang von ca. 18 Mrd. DM. Entscheidend ist die Finanzierung: sie wird in Form von Steuererhöhungen auf den Verbrauch von Mineralölprodukten, Erdgas und Strom „vergesellschaftet“, also letztendlich auf alle Teile der Bevölkerung abgewälzt.

Neben einer geforderten Erhöhung der Investitionsquote in den Gemeinden, um damit Muldeponien zu sanieren, das Wasser rein zu halten, Straßen zu bauen, Wohnungen instandzusetzen usw. — also neben der Förderung kommunaler Maßnahmen — möchte die SPD eine „Qualifizierungsoffensive“ und den Ausbau von Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen einleiten. Letztere zielen darauf ab, das große Heer der „Marginalisierten“ zu integrieren, zu befrieden und gleichzeitig zu disziplinieren.

Die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung werden von der SPD in ihrem Entwurf als „Instrument antizyklischer Beschäftigungspolitik“ verkauft und setzen nur das fort, was bereits die CDU praktiziert. Vor allem in den sozialen Diensten und im Umweltschutz möchte die SPD die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) wesentlich erweitern. Dabei sollen diese Maßnahmen „nicht nur“ bestmögliche Beschäftigungsmöglichkeiten bieten, sondern langfristig zu einem Instrument ausgebaut werden, das in ein Konzept zur Entwicklung der sozialen Dienste mündet.

Hier wird nur zaghaft angedeutet, daß die SPD offenbar die gleichen Ziele verfolgt wie die Konservativen, nämlich die Kostenreduktion bestimmter sozialer Dienste und deren „dezentrale“ Verlagerung in den ABM-Bereich. Unter der CDU in Westberlin läuft dieses Konzept bereits unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“, oder „Subsidarität“ ab, mit dem Ergebnis, daß zunehmend öffentliche Dienstleistungen abgebaut oder privatisiert werden.

Die SPD will die Zahl der ABM-Teilnehmer/innen von derzeit 80 000 auf 200 000 erhöhen und die Zahl der Teilnehmer/innen an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen von 20 000 auf eine halbe Million.

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen möchte die SPD die Löhne subventionieren; die privaten Unternehmen, die Langzeitarbeitslose bzw. schwer vermittelbare Arbeitslose mindestens zwei Jahre lang beschäftigen, werden für ein Jahr von allen Lohn-Nebenkosten (Sozialversicherungsbeiträge plus Lohnsteuer) befreit.

Finanziert werden sollen diese gesamten Maßnahmen (außer dem Programm „Sondervermögen“) teils durch Subventionen, teils durch Streichung von Steuerbegünstigungen bei Abschreibungsgesellschaften und darüber hinaus in Form einer Ergänzungsabgabe auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer der Besserverdienenden — wobei die „Besserverdienenden“ nicht näher definiert werden.

Das sozialdemokratische „Aktionsprogramm zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit“ stellt im Kern die bisher betriebene Politik nicht in Frage; der dick aufgetragene „Solidarpakt für mehr Arbeit“ besteht aus bloßen Appellen an die „Tarifpartner“; das „Sondervermögen für Arbeit und Umwelt“ setzt bewußt bei den investiven Förderungen an, deren Finanzierung sozialisiert wird und deren arbeitsplatzschaffende Wirkung zweifelhaft bleibt.

Folge dieser Maßnahmen für die Betroffenen wird sein, daß ein Teil der industriellen Reservarmee als äußerst billige, tariflich rechtlose und äußerst flexible Manövrierarmee zur Verfügung steht, denn die SPD fordert ausdrücklich nicht die tarifliche Bezahlung, rechtliche Absicherungen usw.

Die „ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft“

In der Öffentlichkeit hat die SPD schon mehrmals den Eindruck zu erwecken versucht, sie wolle Ökonomie und Ökologie miteinander versöhnen. Medienwirksam setzte sich die SPD in Szene, um mit Vokabeln aus dem großen Repertoire („Umbau“ unserer Industriegesellschaft) den Eindruck zu erwecken, daß die Probleme des Umweltschutzes bei den Sozialdemokraten in guten Händen liegen. Dies wird die SPD auch weiter n betreiben, um die Grünen möglichst „überflüssig“ (Brandt) zu machen.

„Umbauen“ möchte die SPD diese Gesellschaft in ihrem neuen Programmtext nur nicht mehr, sondern „ökologisch erneuern“.

Dabei läßt die SPD in ihrem Programmtext überhaupt keinen Zweifel daran, daß sie die „ökologische Erneuerung“ auf streng marktwirtschaftlicher Basis durchzuführen gedenkt, denn da heißt es: „Entsprechend dem Verursacherprinzip müssen die ökologischen Kosten der Herstellung und des Verbrauchs von Gütern und Dienstleistungen in Zukunft in den Preis dieser Güter und Dienstleistungen eingehen“.

Hier wird das Verursacherprinzip verballhornt: nicht diejenigen, die

umweltschädigende Produktion und Produkte zu verantworten haben, werden zur Kasse gebeten — sondern Umwelt hat ihren Preis, der auf die Konsumenten und Verbraucher abgewälzt wird. Statt Verursacherprinzip also Sozialisierung der Kosten.

Eine zweite Prämisse der „ökologischen Erneuerung“ à la SPD (Entwurf besteht in der eindeutigen Unterordnung der „ökologischen Erneuerung“ im Dienste der „Modernisierung der Volkswirtschaft“) ... „die Entfaltung der schöpferischen Kräfte einer Wettbewerbswirtschaft im Dienst der ökologischen Erneuerung müssen unser Ziel sein“, heißt es. Aufgabe des Staates müsse es sein, „ökonomische Anreize“ zu schaffen, „über gesetzliche Umwandlungen hinauszugehen und Innovationen zu entwickeln und durchzusetzen“.

Und weiter: „Umweltschutz ist ein Motor für die technische Entwicklung mit langfristigen Wachstumschancen. Durch die zugrunde Summerung unserer Umwelt wird unsere Wirtschaft ihren Vorsprung bei vielen Umwelttechnologien, umweltfreundlichen Produkten und Produktionsverfahren ausbauen und damit neue Absatzfelder auf den Weltmärkten gewinnen. So sind Anstrengungen zur Umweltschonung heute Wettbewerbsvorteile der Industrie, und vor allem zukunftssichere Arbeitsplätze von morgen“.

Das „umweltpolitische Sofortprogramm“ der SPD folgt der „Modernisierungs“-Prämisse und besteht aus dem bereits erwähnten „Sondervermögen Arbeit und Umwelt“, vage formulierten „Umweltgeboten und Umweltverboten“, „Umweltverträglichkeitsprüfungen“, Schadstoff- und Abwasserabgaben, einer Änderung des Umweltschadensrechts, dem Tempolimit, dem Ausbau der polizeilichen Apparate gegen die Umweltkriminalität, dem Wasserschutz und einer „Abfallwirtschaft“.

„Sondervermögen Arbeit und Umwelt“: Umweltsanierung zu Lasten der Bevölkerung

Es ist bereits dargestellt worden, wie das „Sondervermögen“ zustande kommen soll und wer es finanziert. Angewendet werden soll dieses „Sondervermögen“ dort, wo

es um „die Beseitigung ökologischer Notstände“ geht, „bei bestimmten Umweltbelastungen Verursacher nicht oder nicht mehr ermittelt bzw. belastet werden können“.

— „Die Anwendung des Verursacherprinzips zu unzumutbaren Belastungen für einzelne Regionen, kleinere und mittlere Unternehmen oder untere Einkommensgruppen führt“.

Die letzte beiden Punkte lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es handelt sich beim „Sondervermögen“ um nichts anderes als zusätzliche Subventionen, wobei mit dem Verursacherprinzip nur noch Schindluder betrieben wird. Wenn es dem Kapital nicht mehr „zumuten“ ist, dann sollen die Kosten der Umweltsanierung der gesamten Bevölkerung über Zuschläge bei Strom, Erdgas und Mineralölproduktion aufgebahrt werden.

Mit dem „Sondervermögen“ sollen außerdem kommunale Umweltinvestitionen „beschleunigt“ werden, ebenso die „Entwicklung und Einführung neuer umweltfreundlicher Produkte und Produktionsverfahren, die den Stand der Technik verbessern“.

Ausdrücklich bestätigt die SPD nochmals, daß sie dieses „Sondervermögen“ deshalb einführen will, um die Haushaltskonsolidierung nicht zu gefährden.

Einen Bittensatz führt die SPD in ihrem Programmtext auch in der Frage der Umweltau- und verbote auf, sie bleiben als staatliche Steuerungselemente unentbehrlich und dürfen nicht nur auf die Kontrolle der Umweltbelastungen abzielen. Die SPD möchte „über die Senkung von Zielwerten die Umweltgefährdungen stetig weiter herabsenken“. Umweltauflagen müßten die „technologische Entwicklung fördern“, wobei in Studienplänen „schrittweise strengere Werte festzulegen“ seien, damit die „Marktteilnehmer kalkulierbare Vorgaben“ erhalten.

Die „ökologische Erneuerung“ soll also, typisch sozialdemokratisch, Schritt für Schritt für Schritt „vorantreiben gehen, um die „Marktteilnehmer“, sprich Kapitalisten, zu überfordern.

Den in der Tat unbestreitbaren Widerspruch zwischen kapitalistischer Produktion und produzierten Waren einerseits und der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen als Folge dieser Produktionsweise andererseits löst die SPD zugunsten der Ökonomie,

nicht die an sich erforderlichen Grenzwerte für Luft, Wasser und Boden werden als Ziel vorgegeben, sondern umgekehrt: die umweltschädlichen Gewässer richten sich danach, ob sie die natürlichen Entwicklungen fördern bzw. den Kalkulationen der Unternehmen genehmigen.

Diese betriebswirtschaftlichen Prinzipien sollen auch im Bereich der von der SPD geforderten zusätzlichen Schadstoffabgabe gelten; die Abgabe soll so hoch angesetzt werden, daß es für die Verursacher lohnender ist, umweltschädigende Investitionen zu tätigen.

Fazit

Wirtschaftspolitische Themen werden im Bundeswahlkampf einen hohen Stellenwert haben. 1983 hat der kommunistische Aufschwung Wahlkampf nicht unerheblich zum CDU-Sieg beigetragen. Ob die SPD mit ihrem Programm die wirtschaftspolitische Kompetenz zurückzugewinnen kann, erscheint fraglich.

Gegenüber Reformvermutungen, den grünen Anhängern und den Linken dürfte es — wenn Programme im Wahlkampf überhaupt eine Rolle spielen — kaum integrativ wirken.

Gegenüber den Konservativen wirkt es nicht polarisierend. Beide „Volksparteien“ haben in den Grundrissen an der Priorität fest, den „Sachzwängen des Weltmarkts“ offensiv zu begegnen und dementsprechend die staatlichen Rahmenbedingungen zu setzen. Die SPD möchte die „Modernisierung der Volkswirtschaft“ — ökologisch aufgepöppelt, in den Folgen sozial abgeduldet, mit Einschnitten ins „soziale Netz“, teatralischer Geldpolitik und Haushaltskonsolidierung. Das Kapital soll mit Steuererleichterungen zu Investitionen ermuntert werden, Fast alles könnte auch Lothar Spal unter-schreiben.

Eine schärfere Polarisierung wäre nur zu erwarten, wenn das Kapital auf Grund der „Weltmarktzwänge“ auf eine härtere Gangart drängt und die neoklassischen, brutalen Konzepte der FDP und heute mancher Teile der CDU eindeutig favorisiert. Eine solche schärfere Option hält sich die Bourgeoisie offen. Gerade deshalb setzt sie für 1987 nach wie vor auf die CDU/FDP-Regierung. Derzeit jedoch wird in der Haupttendenz eine Modernisierungsstrategie betrieben, die den bestehenden „sozialen Frieden“ nicht aufkündigt. Damit ist der Spielraum für die SPD nicht groß.

Auch SPD und Gewerkschaften setzen wie schon unter Schmidt auf Weltmarktorientierung und Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft, statt mehr binnenwirtschaftlicher Nachfragesteuerung. Die im Verlaufe der siebziger Jahre aufgrund struktureller Veränderungen auf dem Weltmarkt erfolgte Internationalisierung der Waren- und Kapitalmärkte hat die Spielräume nationaler Wirtschaftspolitik zunehmend verengt. Der Zwang zu erhöhter Konkurrenzfähigkeit ist immanenter Bestandteil solcher Weltmarktorientierung. Stützen können sich die staatstragenden Parteien der BRD auf eine breite Zustimmung für diese Politik in der Bevölkerung und der Arbeiterklasse. Der DKH hat die Exportstrategien des Kapitals anders als Gewerkschaften in Frankreich oder Italien, die aufgrund geringerer Konkurrenzfähigkeit „ihrer“ kapitalen Importschranken fordern — voll mitgetragen, weil Teile seiner Klientel davon profitieren.

Der sozialdemokratische Wirtschaftsprgrammentwurf schwimmt bei seiner Exportorientierung auf dem Strom von Konservativen und Kapital.

D./ Westberlin

Anmerkungen

1) Die Bundesrepublik des BRD importiert im Vergleich zu anderen Ländern ein sehr hohes Ausmaß an Importen. Im Jahr 1983 betrug der Bruttoinlandsprodukt (BIP) 1975 1983 1984 1985 1986 1987 1988 1989 1990 1991 1992 1993 1994 1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020 2021 2022 2023 2024 2025 2026 2027 2028 2029 2030 2031 2032 2033 2034 2035 2036 2037 2038 2039 2040 2041 2042 2043 2044 2045 2046 2047 2048 2049 2050 2051 2052 2053 2054 2055 2056 2057 2058 2059 2060 2061 2062 2063 2064 2065 2066 2067 2068 2069 2070 2071 2072 2073 2074 2075 2076 2077 2078 2079 2080 2081 2082 2083 2084 2085 2086 2087 2088 2089 2090 2091 2092 2093 2094 2095 2096 2097 2098 2099 2100 2101 2102 2103 2104 2105 2106 2107 2108 2109 2110 2111 2112 2113 2114 2115 2116 2117 2118 2119 2120 2121 2122 2123 2124 2125 2126 2127 2128 2129 2130 2131 2132 2133 2134 2135 2136 2137 2138 2139 2140 2141 2142 2143 2144 2145 2146 2147 2148 2149 2150 2151 2152 2153 2154 2155 2156 2157 2158 2159 2160 2161 2162 2163 2164 2165 2166 2167 2168 2169 2170 2171 2172 2173 2174 2175 2176 2177 2178 2179 2180 2181 2182 2183 2184 2185 2186 2187 2188 2189 2190 2191 2192 2193 2194 2195 2196 2197 2198 2199 2200 2201 2202 2203 2204 2205 2206 2207 2208 2209 2210 2211 2212 2213 2214 2215 2216 2217 2218 2219 2220 2221 2222 2223 2224 2225 2226 2227 2228 2229 2230 2231 2232 2233 2234 2235 2236 2237 2238 2239 2240 2241 2242 2243 2244 2245 2246 2247 2248 2249 2250 2251 2252 2253 2254 2255 2256 2257 2258 2259 2260 2261 2262 2263 2264 2265 2266 2267 2268 2269 2270 2271 2272 2273 2274 2275 2276 2277 2278 2279 2280 2281 2282 2283 2284 2285 2286 2287 2288 2289 2290 2291 2292 2293 2294 2295 2296 2297 2298 2299 2300 2301 2302 2303 2304 2305 2306 2307 2308 2309 2310 2311 2312 2313 2314 2315 2316 2317 2318 2319 2320 2321 2322 2323 2324 2325 2326 2327 2328 2329 2330 2331 2332 2333 2334 2335 2336 2337 2338 2339 2340 2341 2342 2343 2344 2345 2346 2347 2348 2349 2350 2351 2352 2353 2354 2355 2356 2357 2358 2359 2360 2361 2362 2363 2364 2365 2366 2367 2368 2369 2370 2371 2372 2373 2374 2375 2376 2377 2378 2379 2380 2381 2382 2383 2384 2385 2386 2387 2388 2389 2390 2391 2392 2393 2394 2395 2396 2397 2398 2399 2400 2401 2402 2403 2404 2405 2406 2407 2408 2409 2410 2411 2412 2413 2414 2415 2416 2417 2418 2419 2420 2421 2422 2423 2424 2425 2426 2427 2428 2429 2430 2431 2432 2433 2434 2435 2436 2437 2438 2439 2440 2441 2442 2443 2444 2445 2446 2447 2448 2449 2450 2451 2452 2453 2454 2455 2456 2457 2458 2459 2460 2461 2462 2463 2464 2465 2466 2467 2468 2469 2470 2471 2472 2473 2474 2475 2476 2477 2478 2479 2480 2481 2482 2483 2484 2485 2486 2487 2488 2489 2490 2491 2492 2493 2494 2495 2496 2497 2498 2499 2500 2501 2502 2503 2504 2505 2506 2507 2508 2509 2510 2511 2512 2513 2514 2515 2516 2517 2518 2519 2520 2521 2522 2523 2524 2525 2526 2527 2528 2529 2530 2531 2532 2533 2534 2535 2536 2537 2538 2539 2540 2541 2542 2543 2544 2545 2546 2547 2548 2549 2550 2551 2552 2553 2554 2555 2556 2557 2558 2559 2560 2561 2562 2563 2564 2565 2566 2567 2568 2569 2570 2571 2572 2573 2574 2575 2576 2577 2578 2579 2580 2581 2582 2583 2584 2585 2586 2587 2588 2589 2590 2591 2592 2593 2594 2595 2596 2597 2598 2599 2600 2601 2602 2603 2604 2605 2606 2607 2608 2609 2610 2611 2612 2613 2614 2615 2616 2617 2618 2619 2620 2621 2622 2623 2624 2625 2626 2627 2628 2629 2630 2631 2632 2633 2634 2635 2636 2637 2638 2639 2640 2641 2642 2643 2644 2645 2646 2647 2648 2649 2650 2651 2652 2653 2654 2655 2656 2657 2658 2659 2660 2661 2662 2663 2664 2665 2666 2667 2668 2669 2670 2671 2672 2673 2674 2675 2676 2677 2678 2679 2680 2681 2682 2683 2684 2685 2686 2687 2688 2689 2690 2691 2692 2693 2694 2695 2696 2697 2698 2699 2700 2701 2702 2703 2704 2705 2706 2707 2708 2709 2710 2711 2712 2713 2714 2715 2716 2717 2718 2719 2720 2721 2722 2723 2724 2725 2726 2727 2728 2729 2730 2731 2732 2733 2734 2735 2736 2737 2738 2739 2740 2741 2742 2743 2744 2745 2746 2747 2748 2749 2750 2751 2752 2753 2754 2755 2756 2757 2758 2759 2760 2761 2762 2763 2764 2765 2766 2767 2768 2769 2770 2771 2772 2773 2774 2775 2776 2777 2778 2779 2780 2781 2782 2783 2784 2785 2786 2787 2788 2789 2790 2791 2792 2793 2794 2795 2796 2797 2798 2799 2800 2801 2802 2803 2804 2805 2806 2807 2808 2809 2810 2811 2812 2813 2814 2815 2816 2817 2818 2819 2820 2821 2822 2823 2824 2825 2826 2827 2828 2829 2830 2831 2832 2833 2834 2835 2836 2837 2838 2839 2840 2841 2842 2843 2844 2845 2846 2847 2848 2849 2850 2851 2852 2853 2854 2855 2856 2857 2858 2859 2860 2861 2862 2863 2864 2865 2866 2867 2868 2869 2870 2871 2872 2873 2874 2875 2876 2877 2878 2879 2880 2881 2882 2883 2884 2885 2886 2887 2888 2889 2890 2891 2892 2893 2894 2895 2896 2897 2898 2899 2900 2901 2902 2903 2904 2905 2906 2907 2908 2909 2910 2911 2912 2913 2914 2915 2916 2917 2918 2919 2920 2921 2922 2923 2924 2925 2926 2927 2928 2929 2930 2931 2932 2933 2934 2935 2936 2937 2938 2939 2940 2941 2942 2943 2944 2945 2946 2947 2948 2949 2950 2951 2952 2953 2954 2955 2956 2957 2958 2959 2960 2961 2962 2963 2964 2965 2966 2967 2968 2969 2970 2971 2972 2973 2974 2975 2976 2977 2978 2979 2980 2981 2982 2983 2984 2985 2986 2987 2988 2989 2990 2991 2992 2993 2994 2995 2996 2997 2998 2999 3000 3001 3002 3003 3004 3005 3006 3007 3008 3009 3010 3011 3012 3013 3014 3015 3016 3017 3018 3019 3020 3021 3022 3023 3024 3025 3026 3027 3028 3029 3030 3031 3032 3033 3034 3035 3036 3037 3038 3039 3040 3041 3042 3043 3044 3045 3046 3047 3048 3049 3050 3051 3052 3053 3054 3055 3056 3057 3058 3059 3060 3061 3062 3063 3064 3065 3066 3067 3068 3069 3070 3071 3072 3073 3074 3075 3076 307

»Ihr habt die naive Träumerei von der perfekten Defensivstruktur als Lösung des Friedensproblems«

Alfred Mechttersheimer über NATO-Austritt, 'alternative Verteidigung' und SDI-Kampagne

Alfred Mechttersheimer und Gert Bastian, der eine ehemaliger CSU-Wehrpolitiker und Oberstleutnant der Reserve, der andere ehemaliger Bundeswehr-General, zählen zu den ersten „Promis“ der jüngeren Friedensbewegung. Doch während es Bastian nie gelang, über seinen „militärischen Schatten“, zu springen, ging und geht Mechttersheimer in zunehmendem Maße auf Distanz zum Militärischen.

Mechttersheimer, ehemals selbst Protagonist „alternativer“ „Verteidigungsmodelle“, profiliert sich derweil als dezidiert Kritiker einer „Friedensmischung mit militärischen Mitteln“.

Was wir an Mechttersheimer so schätzen gelernt haben, ist, daß es sich bei ihm um einen ausgesprochen klugen, unorthodoxen, aufgeschlossenen Kopf handelt, immer bereit, seine Positionen mit der Realität zu konfrontieren und gegebenenfalls zu ändern bzw. weiter zu entwickeln. Eine Eigenschaft, die man bei dem „General“, der immer „der General“ blieb, bislang vermißt.

Während Bastian im Herbst 1984 gegen die Manöverbehinderungen durch einen Teil der Friedensbewegung polemisierte, erklärte sich Mechttersheimer mit dem umstrittenen Anliegen und den Akteuren solidarisch. Und Mechttersheimer zählt auch zu den ersten prominenten Unterstützern der Aktivitäten gegen den Weltwirtschaftsgipfel im Mai dieses Jahres.

Ein nicht unwesentlicher Teil der Auffassungen Mechttersheimers findet allerdings nicht unsere Zustimmung. Weder seine teilweise opportunistisch anmutende Herangehensweise zu die NATO-Frage (wo wir ihm allerdings Entwicklungsfähigkeit unterstellen), noch seine Vision von der „wiedervereinigten Kulturlation Europa“, die wir eher als etwas schrullig empfinden.

Und dennoch: Seine erfrischenden Ausführungen zur „alternativen Verteidigung“ haben uns schlicht vom Hocker gelassen. Vielleicht war dabei auch ein wenig Schadenfreude mit im Spiel, wurden doch die diesbezüglichen Erwartungen eines nicht unwesentlichen Teils seines Publikums enttäuscht. Aber gerade diese Bereitschaft, sich mit seiner „Klientel“ auch anzulegen, macht den Mann so sympathisch.

Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus einer Veranstaltung mit Mechttersheimer, die Mitte November in Dortmund über die Bühne ging. Die Wiedergabe konzentriert und beschränkt sich dabei auf seine Ausführungen zur „NATO-Frage“, zur „alternativen Verteidigung“ und zu SDI.

Mechttersheimer ist z.Zt. Leiter des Instituts für Friedenspolitik sowie ranghöchster Kriegsdienstverweigerer der BRD. Letzteres unterscheidet ihn wieder vom „General“, der erst kürzlich wieder unangenehm auffiel, als er der Bundeswehr — aus Anlaß ihres 30. Geburtstages — militärpolitische Legitimität und einen demokratischen Charakter attestierte.

we/dsm

Mechttersheimer: Ich habe an vielen Stellen erklärt, wie ich mir „Resourcierung“ vorstelle, es ist eine qualitative Souveränisierung, die sich dadurch auszeichnet, (...) daß auf gewisse Attribute von Staatlichkeit und hier insbesondere im Bereich von Rüstung verzichtet wird. Es geht z.B. darum, daß die von Ihnen erwähnten WEU-Beschränkungen, die aufgehoben worden sind, in Form eines freiwilligen Verzichts — dann eben nicht nur der BRD — sondern aller Staaten, die man sich in der Form einer multilateralen Friedensunion vorstellen könnte, derartige Verpflichtungen übernehmen. Wichtig ist dabei, daß das nicht als Diktat von außen zum Instrument von Herrschaft eines Staates über einen anderen gemacht wird, sondern daß das (...) als politischer Willensakt aus dem Land heraus selbst entsteht. Das heißt z.B. Verzicht auf Panzer, Verzicht auf Flugzeuge als erster Schritt, um diese neue Qualität von Souveränität sichtbar zu machen. (...) Um eine von den USA unabhängige Politik — z.B. auch gegenüber der Dritten Welt oder insbesondere im Bereich von Rüstung — machen zu können, wenn man das in Bonn will, braucht diese Politik einen Handlungsspielraum. Und dieser Handlungsspielraum ist nur im Zusammenhang mit Unabhängigkeit und Selbstbestimmungsrecht verwirklichtungsfähig, und nicht unter den Bedingungen von Diktat, Einpassung und Unterordnung. Sieberziehen allerdings ein grundsätzliches Dilemma, das sich jedem stellt, der alternative Politik vorschlägt, daß möglicherweise ein Schritt begonnen wird, der vom politischen Gegner aufgegriffen und in die Irre geführt wird. Das ist das Problem, wie es sich immer stellt. Sie haben nur eine Alternative dazu, nämlich alles so zu lassen wie es ist.

Mechttersheimer: Ich habe an vielen Stellen erklärt, wie ich mir „Resourcierung“ vorstelle, es ist eine qualitative Souveränisierung, die sich dadurch auszeichnet, (...) daß auf gewisse Attribute von Staatlichkeit und hier insbesondere im Bereich von Rüstung verzichtet wird. Es geht z.B. darum, daß die von Ihnen erwähnten WEU-Beschränkungen, die aufgehoben worden sind, in Form eines freiwilligen Verzichts — dann eben nicht nur der BRD — sondern aller Staaten, die man sich in der Form einer multilateralen Friedensunion vorstellen könnte, derartige Verpflichtungen übernehmen. Wichtig ist dabei, daß das nicht als Diktat von außen zum Instrument von Herrschaft eines Staates über einen anderen gemacht wird, sondern daß das (...) als politischer Willensakt aus dem Land heraus selbst entsteht. Das heißt z.B. Verzicht auf Panzer, Verzicht auf Flugzeuge als erster Schritt, um diese neue Qualität von Souveränität sichtbar zu machen. (...) Um eine von den USA unabhängige Politik — z.B. auch gegenüber der Dritten Welt oder insbesondere im Bereich von Rüstung — machen zu können, wenn man das in Bonn will, braucht diese Politik einen Handlungsspielraum. Und dieser Handlungsspielraum ist nur im Zusammenhang mit Unabhängigkeit und Selbstbestimmungsrecht verwirklichtungsfähig, und nicht unter den Bedingungen von Diktat, Einpassung und Unterordnung. Sieberziehen allerdings ein grundsätzliches Dilemma, das sich jedem stellt, der alternative Politik vorschlägt, daß möglicherweise ein Schritt begonnen wird, der vom politischen Gegner aufgegriffen und in die Irre geführt wird. Das ist das Problem, wie es sich immer stellt. Sie haben nur eine Alternative dazu, nämlich alles so zu lassen wie es ist.

NATO-Austritt

Zur Frage des NATO-Austritts, das habe ich immer wieder gesagt, wir wissen, die Militärstrukturen sind keine Instrumente des Friedens. Da kann an meiner Position überhaupt kein Zweifel sein, die Bundeswehr muss abgeschafft werden. Nur ist es ganz wichtig, sich daran zu erinnern, daß die SU, um Vorabend dieser Grunddatensammlung, aber die Westmächte, also Deutschland selbst, vorgeschlagen

hat, in Noten an die Westmächte, daß sie (die SU) und andere Staaten die

hat, in Noten an die Westmächte, daß sie (die SU) und andere Staaten, die dann später in den Warschauer Pakt gegangen sind bzw. gegangen wurden, Mitglieder der NATO werden. Das hört sich merkwürdig an, aber das ist eine interessante Perspektive und durchaus vereinbar mit dem Text des NATO-Vertrags. Man könnte nämlich aus dem NATO-Vertrag, ohne daß man ihn am Text ändern muß, ein Instrument kollektiver Sicherheit für den größten Teil Europas einschließlich Nordamerikas machen. Und nicht zwei Bündnisse, die kollektive Verteidigungsorganisationen sind. Eine ganz interessante Perspektive, deswegen muß man nicht mit aller politischen Energie — ich würde das als Verschwendung bezeichnen — gegen den NATO-Vertrag selbst vorgehen, der hat keinen automatischen militärischen Bestand zum Inhalt (...). Was schmerzt, was überaus ist, was Ausbeutung ist, das ist diese hohe Konzentration von militärischen Einrichtungen auf dem Gebiet der BRD. Wobei ich Ihnen zustimme, zu sagen, Abbau dieser Militärintegration, aber auch darüber hinaus. Wir haben sehr viele rein amerikanische Militäreinrichtungen auf dem Boden der BRD (...).

„Soziale“ und „alternative“ Verteidigung

Ich persönlich bin kein Anhänger der sozialen Verteidigung, weil ich grundsätzlich kein Anhänger der Suche nach perfekten Formen von Abwehr bin. Denn wer sich darauf vorbereitet — und das tun sie ja auch bei der sozialen Verteidigung — emotional, ideologisch, der braucht dazu immer einen angreifbaren Gegner. Im Übrigen geht es darum, den Waffeneinsatz zu verhindern, nicht darum, dort wo er geschieht, ihn möglichst schnell zu parieren. Ich glaube nicht, daß sich die USA durch eine soziale Verteidigung davon abhalten lassen würden, in die BRD einzumarschieren, wenn sie glaubt, dies tun zu müssen, um die BRD vor sowjetischer Intervention zu schützen. Man sollte die Sache auch mal so rum drehen (...).

Ich habe soziale Verteidigung als Poem des gewaltlosen Widerstands und um Minderheitsinteressen durchzusetzen — innerhalb eines jeden Staates —

für eine demokratische Selbstverständlichkeit, aber als Alternative zur Landesverteidigung, dafür kann ich mich nicht begeistern (...).

Ich bin der Auffassung, daß man Abrüstung betreiben soll, keine Umrüstung. Es geht darum, der Rüstung, die da ist, die Lebensbedingungen zu rauben. Wenn sie ein „Freeze“ im Verteidigungshaushalt machen, einen finanziellen „Freeze“, nehmen sie der Rüstung die Bedingungen, die sie braucht, um auf dem bisherigen Stand zu bleiben, da die Preissteigerungen im Bereich von Rüstung immer höher sind, als im sonstigen wirtschaftlichen Bereich. Man kann durchaus mit einer zehnprozentigen Reduktion an diese Rüstung herangehen, dann haben Sie diesen Prozeß in Gang gesetzt.

Die Frage, wie schnell das dann weitergeht, das kann man dann ja abhängig machen auch von Verhandlungen und den konkreten Konstellationen, so daß man wirklich reduziert, aber keine neuen Schleusen öffnet und beispielsweise mit defensiver Verteidigungsstruktur neue Strukturen, Konzentrationen entlang der Grenze aufbaut. Lesen Sie mal nach was der Oberstleutnant Hanning beispielsweise vorschlägt an Abwehrfähigkeit, der will nämlich diesen „Fleischwolf“ an der Grenze organisieren. Da wird mit so viel moderner, präziser Waffentechnologie in einem kleinen Streifen entlang der Grenze hineingefeuert, daß die Zerstörungen, die dort eintreten, sich nicht mehr grundsätzlich von den Zerstörungen durch Nuklearwaffen unterscheiden. Ich frage mich, wo da die neue Qualität ist (...). Ich warne davor, nur weil es konventionelle Waffen sind, zu sagen, derartige Defensivstrukturen sind wesentlich besser. Die haben natürlich den Vorteil, daß der Gegner sich herausgefordert fühlt, deswegen kann man dann ja auch auf Panzer verzichten (...).

In der SU findet das Konzept keine Zustimmung, weder für die eigene Seite, noch für die Seite der NATO. Man hat sehr früh schon sowjetische Denkmäler gesagt, „wir haben die Option eines schnellen Vormarsches auf das NATO-Gebiet“. Das weiß man, das wird geübt, das steht in all den Vor-

denen. Ich habe die Option eines schnellen Vormarsches auf das NATO-Gebiet“. Das weiß man, das wird geübt, das steht in all den Vorschriften. Die sowjetischen Divisionen, die neunzehnhundert in der DDR und die sechs NVA Divisionen, sind nicht ausgerichtet auf Verteidigung auf dem Gebiet der DDR. Sie sind vorbereitet, logistisch — wenn auch sehr unzulänglich — aber prinzipiell organisiert, so trainiert, nach vorne angreifen zu können: Panzerkrieg, Bewegungskrieg. Historisch verständlich, aufgrund dessen, was im Zweiten Weltkrieg passiert ist. Ich diskutiere die Frage von Angriff und Gegenangriff nicht, weil es dann immer ja Ideologie ist. Jeder wird von sich behaupten, daß sein Angriff Gegenangriff sei. Es kommt zum Krieg, und der beginnt dadurch, daß eine Militärkolonie der Amerikaner — die auf dem Weg nach Berlin ist — in Helmsdorf aufgehalten wird. Und dann gibt es einen Zwischenfall. Dann marschieren hier ein Panzer hin und dort schießt einer, ich weiß nicht, wo da der Angriff ist. Es gibt Kampf, Krieg. Das ist die wahrscheinlichste Form des Kriegsbeginns, nicht der schlagartige Überfall der einen Seite auf die andere. Das Überschreiten von Konflikten aus dem Nahen Osten auf diese militärisch vollgestopfte Region. (...) Ich will nur meine Skepsis gegenüber dieser wilden Begeisterung, wie sie merkwürdigerweise meine Kollegen von mir in der Friedensforschung neuerdings entwickeln, effektive Defensivstrukturen zu schaffen, zum Ausdruck bringen. Die MBB-Leute (Messerschmitt-Bölkow-Blom) sind mit dabei. Es gibt gemeinsame Arbeitsgruppen zwischen Friedensforschungkollegen und der Rüstungsindustrie. Die freuen sich natürlich über jede Verbesserung der Leistungsfähigkeit von Waffen — „fire and forget“ wie das heißt, dafür begeistern sich sogar Pazifisten, ich bin da immer wieder ganz erschüttert. Man begreift nicht, daß dasselbe Profitinteresse, derselbe Technologiewahn, auch der sogenannten defensiven Rüstungskomponente innewohnt. Wer eine defensive Bundeswehr schaffen will und nicht die Amerikaner aus dem Land rauschmeißt, der sorgt nur dafür, daß diese amerikanischen Divisionen besser angreifen können, denn die brauchen unbedingt für Angriffsverbände Verteidigungswaffen, da sie mehr offene Flanken schützen müssen, als wenn sie eine Verteidigung auf einer Linie machen würden. Es wird oft übersehen, daß in Verbindung mit dem „Rogers-

Plan“ eine Bundeswehr durchaus noch defensiver stärker gerüstet sein kann, ohne daß sich dadurch irgendetwas verbessern würde, im Gegenteil, die Situation verschlimmert sich damit noch.

(...) Sicher, die nächste Panzergeneration kann man vergessen, muß man vergessen nach diesem Denken („Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ etc.). Weil sich in dieser Panzerwaffe alles mögliche eben akkumuliert, aber nicht irgendeine Form von Landesverteidigung. Sondern da akkumuliert sich Technologieinteresse, Rüstungsindustrielle Interessen, politische Interessen ... Wenn zu entscheiden ist — im nächsten Haushalt —, was macht man mit den Forderungen der Hardthöhe, dann kann man genau darüber reden, nach dem Maßstab, was ist politisch verträglich, was ist politisch unverträglich, Tornado ist politisch unverträglich, alle Nuklearkräfersysteme sind politisch unverträglich, bis du die aber alle weg hast, hast du zehn Jahre zu tun. Du brauchst keine Energie aufzuwenden, um eine ideale Bundeswehrstruktur zu schaffen, du mußt diesen Mistkram Stück für Stück — an der gefährlichsten Stelle beginnend — abhaken und nicht eine neue, phantastische Verteidigungsstruktur aufbauen.



Strategie des „zivilen Ungehorsams“

Strategie des „zivilen Ungehorsams“

Ich habe mich selbst an diesen Kampf-formen des zivilen Ungehorsams beteiligt, ich habe dies allerdings nicht getan in der Annahme, auf diese Weise die Stationierung der Pershing II zu verhindern zu können. Ich habe gewußt, daß die Reaktion der Herrschenden eine Beschleunigung des Aufrüstungsprozesses sein würde. Das ist ja auch eingetreten, die 108 Raketen stehen da, unpragmatisch waren dafür zwei Jahre vorgesehen. Wenn man Angst hat, da könnte doch noch was unicher werden, lautet die Reaktion, mit Härte dagegen. So machen dies die Herrschenden, wenn sie herausgefordert werden. Derartige Maßnahmen des Widerstands haben nur die Aufgabe, Bewußtwerdungsprozesse auszulösen, nicht die Raketen selbst zu verhindern, das geht auf diese Weise nicht. Wenn Sie grundsätzlich ja sagen zu diesem System und seinen Willensbildungsmechanismen, dann müssen Sie ja sagen zu der Veränderung über die Wahlen. Ich sage noch ja dazu, das ist der einzige Weg, der mir bleibt. Wie ich jedoch dies in zehn Jahren beurteile, wenn man immer wieder und wieder versucht dem Bürger klarzumachen, daß er über seinen Stimmzettel zumindest Voraussetzungen schaffen muß, daß da die Wende wirklich stattfindet (weg von der Konfrontation der Aufrüstungspolitik, weg von der europäischen Teilungspolitik), weiß ich noch nicht zu sagen. (...) Momentan sehe ich noch keinen Grund, aufzuhören mit der Hoffnung, daß sich eine politische Veränderung auch im politischen Stimmverhalten ausdrückt (...). Die Friedensbewegung muß — neben vielen anderen — auch Wahlenthaltung sein. Sie muß versuchen ihr Stimmpotential, das sie hat, möglichst geschlossen als Instrument in die Waagschale zu werfen.

SDI

Es ist richtig, daß hinter SDI massive ökonomische Interessen stehen, doch sind die mit SDI verbundenen ökonomischen Interessen der USA zumindest teilweise entgegen gerichtet zu denen der deutschen Industrie, japanischen Industrie, westeuropäischen Industrie.

Fortsetzung nächste Seite



Vorführung alternat. v. Bundeswehr Panzerabwehrwaffe Milan

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Young Bericht, der im Januar dieses Jahres vorgelegt wurde und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der US-Industrie zum Thema hat. Dabei wird festgestellt, daß sich dort erhebliche Lücken auftun, nur als kleine Illustration: Die USA bauen ja diesen „Stealth“-Bomben, der durch Radarstrahlen nicht mehr entdeckt werden können, da er diese absorbiert und nicht reflektiert. Er dazu benötigt man sehr fortschrittliche Werkstoffe, die USA brauchen diese für die Rüstung, aber die US-Industrie kann diese Werkstoffe selbst nicht mehr herstellen, die werden von Mitbewerbern geliefert. Das bedeutet, daß die USA in ihrem Rüstungstechnischen Anspruch Leistungen verlangt, die die eigene Industrie nicht mehr liefern kann. Hier soll SDI, durch die Kooperation mit anderen verbündeten Staaten, die Wettbewerbsfähigkeit der USA gegen die BRD, gegen Japan stärken. Der Verweis auf die ökonomische Relevanz ist ein Hinweis auf die tendenzielle Konfliktfähigkeit des Themas ()

Zwischenfrage: „Ich habe vom Ärztekongreß gehört, sie hätten gesagt, SDI wäre nicht mehr zu verhindern. Sind diese ökonomischen Widersprüche nicht vielleicht ein Ansatzpunkt, um SDI doch zu verhindern? Führt das nicht zu Resignation, wenn als einzige Meldung vom Ärztekongreß in den Medien 'überkommen, SDI sei nicht mehr zu verhindern'“

Die USA werden, weil SDI nicht nur ein ökonomisches, nicht nur ein militärisches, ist, ein patriotisches Programm, ist, von SDI nicht mehr heruntersinken. Das ist die massivste Machtkonzentration, die es in den USA bezüglich eines Großtechnologieprojektes gegeben hat. Das geht weit über „Manhattan“ (gemeint ist das A-Bomben-Projekt, Annm. weidm) hinaus. Ich kenne weitgehend die Struktur der Interessen, die hinter SDI stehen, und deswegen — ich kann ja nicht immer nur auf Effekt hin argumentieren — komme ich zu dem Ergebnis: SDI ist nicht zu verhindern. Was verhindert werden kann, und was Thema ist, ist die Form, wie sich die Verbündeten der USA zu SDI stellen. Und daran wird sich nämlich entscheiden, wie sich dieses SDI-Programm zu einem Instrument zur Vorherrschaft der USA eignet oder nicht. Denn nur mit den eigenen Ressourcen werden die eigentlichen Ziele — sozusagen Ressourcen, auch personelles Know-how aus der ganzen Welt in die USA zu locken — nicht so leicht zu erreichen sein. Deshalb hat es einen Sinn, wenn Naturwissenschaftler, wie dies jetzt immer wieder geschieht (), erklären, wir müssen bei SDI nicht mit () Wir müssen von nationaler Seite aus Verweigerungspolitik betreiben, aber wohl wissend, daß in den USA dieses Programm auf jeden Fall kommt.

() Es gibt keine Chance, einen absolut sicheren Schutz gegen strategische Offensivwaffen zu schaffen. Eine einzige Rakete mit Megatonnen-Sprengkraft auf das Regierungszentrum in Washington würde schon einen unakzeptablen Schaden anrichten, was es völlig ausreicht. Es ist völlig absurd, das in „Sicherheit“ zu schaffen. Zudem können sie nichts ausrichten gegen eine Plutoniumsprengkraft zu tragen mit einer Sprengkraft in Megatonnen-Größenordnung, die selbst

die „Tomahawk“ kann das machen, sogar mit MIRV neuerdings. Von da her gibt es überhaupt keine Chance, den Anspruch, den das Programm hat, militärisch in der Praxis einzulösen. Dies ist ja der Grund warum ich sage, darin kann nicht die Haupttriebkraft liegen für diese forcierte Entwicklung von SDI.

() Natürlich gelingt es auf diese Weise einen ohnehin vorhandenen Prozeß der Entschärfungsfähigkeit weiter voranzutreiben und mit einem sympathischen Mantelchen zu umdecken. Insbesondere deswegen, weil ja im Bereich der orbitalen Rüstung Offensivkomponenten geschaffen werden, als hervorragende Ergänzungen der neuen und bereits vorhandenen Angriffskapazitäten () Das Ganze verschiebt sich in Richtung Kriegsführungsfähigkeit, die natürlich immer auch den Schutz vor der Wirkung des Gegners braucht. Nur das Militärische ist sicherlich nicht so wichtig, weil das ganz schnell durch sowjetische Entwicklungen wieder entwertet werden kann. Deswegen überlegt man in den USA ja heute schon die Antworten auf die Gegenantworten der SU auf SDI, wieder einmal eine ganz schlimme Normalität des Rüstungswettlaufs. An der Grundthese, daß SDI vor allem ein ökonomisch motiviertes Unterfangen ist, möchte ich grundsätzlich nichts zurücknehmen. Die Nebenwirkungen sind enorm für diesen Bereich, sie sind es insbesondere deswegen — und das ist die eigentliche militärische Funktion von SDI —, um

deswegen — und das ist die eigentliche militärische Funktion von SDI —, um außerhalb der USA riskanter mit dem eigenen Potential und dem der Alliierten umgehen zu können, weil die Gefahr des Überschwärmens auf den US-Kontinent zwar nicht 100%ig verhindert wird, aber doch deutlich verringert wird mit jeder neuen Technologie von Abwehr. Insbesondere in der relativen Position zur Sowjetunion. Und das ist die große Gefahr und der Zusammenhang auch mit airland battle. Durch diese neue Kategorie von Rüstung wird sich die Kategorie der Rüstung — nicht nur in Europa, sondern überall auf der Welt — so erhöhen, daß wir bald noch mehr mit örtlichen Kriegen — z.B. im Golf — rechnen müssen.

Wenn die Bundesregierung sich so verhalten würde wie die dänische, die holländische und die norwegische, die ja alle schon nein gesagt haben zu SDI, würde überhaupt nichts passieren. Es gibt z.Zt. ohnehin nur zwei Regierungen, die da mitmachen, das sind die britische und die deutsche. Alle anderen NATO-Regierungen kümmern sich um SDI überhaupt nicht. Wieso soll dann die NATO kaputtgehen, wenn die Bundesregierung denn sagen würde: Washington würde dann sagen, dann macht halt nicht mit, dann machen wir mit Dornier einen Vertrag und es gibt kein Rechtsmittel, mit dem man Dornier zwingen könnte, sich nicht mit einer US-Firma im SDI-Projekt zu verbinden. Ich verstehe nicht, warum Sie so dezidiert sagen, daß dann irgendwas passieren würde, Sie kennen doch die Politik.

SDI, das haben die Amerikaner immer gesagt, ist ein nationales Programm () Die Bundesregierung wird keinen Pfennig ausgeben für SDI, was und das für Angst. Sagen wir doch nicht so viel auf SDI, im Sinne des, was wir hier verändern wollen, gibt SDI nicht so viel her. Das ist ein amerikanisches Arroganzprogramm. Das ist keine Sache, wo eine Rakete in der BRD stationiert werden mußte, dazu benötigte man die Zustimmung der Bundesregierung oder ergreift sie sich. Aber wir können sagen und machen was wir wollen, die machen dieses SDI-Programm.

NATO-Herbst 84 — Nachlese 85 oder Unterrichtsstunde in Klassenjustiz

Als ein um die Zukunft besorgter Bürger nahm ich im September '84 zu den Nato-Manöverübungen im Raum Hildesheim. Dort schloß ich mich mit einem Motorrad einem Autokonvoi an, und wir tuckerten über die Dörfer auf der Suche nach dem Manöver, das wohl wegen der Demonstration auf Sparflamme lief.

Nach einigen kurzen Stops und Blockierungen erreichten wir Emdingen, wo wir auch wieder eine kurze „Rast“ einlegten. Ich fuhr auf den Bürgersteig, um mir ein Flugblatt zu besorgen. In der Zwischenzeit fuhr unser Konvoi bereits weiter in Richtung Springe, allerdings stand auf der Gegenfahrbahn noch eine wartende Autolandschaft, weil die herbeigeeilte Polizei den Verkehr blockierte. Ich fuhr also durch die wartenden Autos auf meine freie Fahrbahnseite und wollte im Moment scherte vor mir einer der wartenden PKW aus und wollte an der Schlangenspitze vorbeifahren. So kam es, daß wir beide in die Augen gerieten.

Wir hatten beide angehalten, jedoch bevor wir uns irgendwie verständigen konnten, legte er den Gang ein und fuhr mich um das liegende Motorrad nach. Dem aufschreckenden Polizeibeamten erklärte ich, daß ich wohl auf eine Anzeige verzichten werde, da nichts passiert sei. Der PKW-Fahrer war mittlerweile sowieso weitergefahren, worauf der Polizist noch meinte: „Dann hat der ja eigentlich Fahrerflucht begangen!“

Bereits einen Monat später begann ich aus allen Wolken zu purzeln: Als erstes bekam ich einen Anordnungszeitel über ein Bußgeldverfahren gegen mich (von dem Später nie mehr die Rede war), da der Bußle nicht bei fest gestellt hatte, daß das Profil am Hinterrad abgefahren war. Schon da war mir klar, daß das gegen den Demonstranten gerichtet war und von höherer Stelle ging, denn sonst hätte der Buße an Ort und Stelle kassiert. Nachdem ich darauf nicht reagierte, bekam ich am 22.11.84 eine Anzeige wegen Nötigung im Straßenverkehr. Angezeigt hatte mich der PKW-Fahrer. Zu dem Zeitpunkt dachte ich noch, daß da nur etwas verwechselt worden sei. Eigentlich hatte ich aus den Erfahrungen von Brokdorf, Grohnde, Kalkar usw. es besser wissen müssen. Zum Glück nahm ich mir doch einen Anwalt.

Nachdem wir die Einstellung des Verfahrens gefordert hatten, bekam ich als erstes Angebot am 31.1.85 einen Strafbefehl über 330,- DM, denn ein Verfahren würde wesentlich teurer werden. Wir lehnten dankend ab und so kam es am 10. Mai 85 zum Prozeß im Amtsgericht Springe. Wie sich nun aber herausstellte, hatte der PKW-Fahrer nur „Anzeige gegen Unbekannt“ erstattet, da einige Demonstranten, als sie mir zu Hilfe eilten, sein Auto etwas verbeult hatten. Von höherer Stelle wurde dann nur anstelle von „Unbekannt“ mein Name eingesetzt, wohl um nur die Teilnahme an weiteren Demos zu vermeiden.

Im Prozeß waren nach meiner und der Aussage des PKW-Fahrers der Richter und der Staatsanwalt sich auffallend schnell einig, daß der Strafbefehl der Nötigung nicht aufrecht gehalten werden könnte und daß die Anhörung meiner fünf Zeugen nicht mehr notwendig sei. So blieb es denn auch allem dem Empfänger, nicht der Wahrheitsfindung, des Richters überlassen festzustellen, daß ich wenn schon keine Straftat so doch wenigstens eine Verkehrsordnungswidrigkeit

begangen habe und dafür müsse er mich zu 60,- DM Buße verurteilen. Er war noch so schöffelfreundlich, es unter 80,- DM zu machen, wegen der Punkte in Hildesheim. Ich wollte schon frohlocken, als mein Anwalt mich über einen hinterhältigen Verfahrensrückzug aufklärte.

Da die Verkehrsordnungswidrigkeit in Tateinheit mit dem Vorwurf der Straftat liegt, bleiben die Kosten eines angestrebten Strafverfahrens an mir hängen. Und wenn die Verurteilung in einem Strafverfahren unter 150,- DM liegt, ist noch nicht einmal eine Berufung möglich. Klassenjustiz wie sie lebt und leidet, was der Staatsanwalt durch gelegentliche Hetzreden noch untermauert. Bleibt anzumerken, daß das Landgericht Hannover unserer Kostenbeschwerde stattgegeben hat, da ihm wohl das Vorgehen seines Provinzgerichts etwas zu haarig erschien. Dennoch hat mich diese Lektion ca. 700,- DM gekostet.

Trotz alledem — bis zum nächsten Mal

U.S., Westberlin

Leserbrief, betr. AK 265 Aktionen zu 30 Jahren Bundeswehr

Betr.: AK Nr. 264, S. 9 Bericht „Lübeck“/Aktionen zum Bundeswehrgeburtsfest

Fuer Bericht ist falsch!

Die „örtlichen Autonomen“ waren das „Lübecker Friedensplenum“, bestehend aus mehreren Friedensgruppen, DKK, GEW, MLPD, AKAW (Arbeitskreis antiumperialistischer Widerstand) u.a.

Die geplante „kleine Aktion“ war die durchgeführte Demonstration, eine der größten Lübecks in den letzten Jahren.

Das „öffentliche Gelohnis“ war ein großer Zapfenspruch. Die „350 Leute“ waren nach Angabe der Polizei! 800-1000 Personen. (LN, 14.11.85)

Der „fröhliche Umzug“ war „ein

ohrenbetäubendes Lärm-Konzert mit Trillerpfeifen und Sirenen...“ das auch auf dem von etwa 3.500 Menschen besuchten Marktplatz deutlich zu hören war“ (LN 14.11.85)

Es war eine der größten und erfolgreichsten Demonstrationen bzw. Aktionen innerhalb der letzten Jahre für Lübeck.

Vielleicht sollten ihr das nächste Mal Leute aus Lübeck — und nicht aus Kiel — befragen, wenn ihr über Lübeck berichtet!

Z.B. Das Friedensplenum
2400 Lübeck
auf der Wallhalbinsel 27

Tobias
J.K., Lübeck

Anmerkung des betroffenen Autors:
Das waren noch Zeiten, als wir direkt aus Lübeck solche Ber. liefen. Aber auch so vielen Dank und Entschuldigung
HH

Abschiebung im Dienste der NATO

„Der Erteilung eines Fremdenpasses an einen Angehörigen eines NATO-Staates, der dadurch seiner Wehrpflicht im Heimatland entzogen wird, stehen in jedem Fall erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland entgegen.“ Mit dieser auf NATO-Verpflichtungen hinweisenden Abschiebungsandrohung begann die Stadt Celle jetzt ein neues Kapitel bundesdeutscher Ausländerpolitik.

Die Ausländerbehörde der niedersächsischen Stadt verwirft dem seit 1976 in Celle lebenden türkischen Staatsangehörigen Işhak Akkaya die Erteilung eines Fremdenpasses, Akkaya, der seit fast neun Jahren mit einer deutschen Lehrerin verheiratet ist, soll — so das gemeinsame Annahmen von Stadt Celle und türkischem Generalkonsulat — den Wehrdienst in der Türkei ableisten.

Işhak Akkaya reiste 1976 als Tourist in die BRD ein und erhielt nach seiner Heirat eine bis 1982 befristete Aufenthaltserlaubnis. Doch kaum hatten die faschistischen Genossen die Macht übernommen, wies auch für die Arbeitsmigranten und Asylbewerber in der BRD ein anderer, rauher Wind ohne Angabe von Gründen lud man Işhak Akkaya im April 1981 ins „Generalkonsulat der türkischen Republik“ in Hannover und nahm ihm gegen seinen Protest den Nationalpaß weg, um — wie die Stadt Celle heute schreibt, und Akkaya später auch erfuhr —, die Ableistung seines Wehrdienstes in der Türkei zu gewährleisten.

Die Stadt zeigte Verständnis für das Annahmen der faschistischen Junta, die Wehrpflicht auch gegenüber im Ausland lebenden Türken durchzusetzen, und lehnte Işhak Akkayas Antrag auf Erteilung eines Fremdenpasses, der ihm den weiteren Aufenthalt in der BRD gestatten würde, ab. Es schloß sich ein Streit vor dem Verwaltungsgericht an, der vor einem Jahr mit einem Vergleich endete, in dem die Stadt auf-

gefordert wurde, ihren ablehnenden Bescheid zurückzunehmen.

Jetzt meint die Stadt, ein Tuscheln sei offen geblieben, habe man sich doch im Vergleich nur verpflichtet, „nach dem neusten Stand der Dinge... neu zu entscheiden.“ Der „neue“ Bescheid war dann am 19. November wieder ein ablehnender.

Die Abschiebungsandrohung wird mit der „Beeinträchtigung erheblicher Belange der Bundesrepublik Deutschland“ begründet, wonach diese Belange bestehen, zeigt eine weitere Passage aus der Abschiebungsandrohung: „Diese Belange ergeben sich aus Art. 3 des Nordatlantikvertrages, wonach die Vertragsstaaten verpflichtet sind, ein zeln und gemeinsam durch ständige und wirksame Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung die eigene und gemeinsame Widerstandskraft gegen bewaffnete Angriffe zu erhalten und fortzuentwickeln. Die Interessen der Bundesrepublik Deutschland an der Fortdauer guter Beziehungen zu den Bündnispartnern und damit an der Erhaltung und Förderung der Kraft des Bündnisses sowie an der Vermeidung unerwünschter Gegenmaßnahmen und bedenklichen. Sie müssen auch in diesem Fall dem Ausmaß der Unterstützung des Bewerbers um einen Fremdenpaß geben.“

Der Ermessensspielraum, den die Ausländerbehörde auch in diesem Fall hatte, schrumpft bei Einbeziehung der „Sicherheitsinteressen“ des „freien“ Westens auf das Volumen eines Strohholzsackchens. Abschiebung im Dienste der NATO — anders läßt sich dieser Vorgang kaum beschreiben, der bislang wohl einmal in der BRD ist.

Bei „deutschverheirateten Ausländern“ wäre allerdings u.a. von einer Abschiebung abzusehen, wenn „die Rückkehr des Ausländers in seinen Heimatstaat wegen drohender Sanktionen für die Nichterfüllung der Wehrpflicht zu einer sehr langen Trennung der Familie führen würde, daß der Bestand der Ehe gefährdet wäre. Eine sol-

che Gefährdung ist dann zu bejahen, wenn ein Ausländer mit einer Verlängerung seines zweijährigen Grunddienstes auf vier bis fünf Jahre zu rechnen hat.“ Die Stadt Celle geht indes nicht davon aus, „daß die für Herrn Akkaya im ungünstigsten Fall zu erwartende Trennungsdauer von 3 Jahren und 6 Monaten (Wehrdienst und Freiheitsstrafe, d.V.) zu einer Gefährdung der Ehe führt“.

„Nicht zu berücksichtigen“ war bei ihrer Entscheidung, schreibt die Stadt Celle weiter, daß Işhak Akkaya seine Furcht vor politischer Verfolgung bei einer Rückkehr in die Türkei vorgebracht habe. Işhak Akkaya hat in Celle den kurdischen Arbeiterverein KKDK mit aufgebaut und war lange Zeit dessen Vorsitzender. Er hat sich nicht nur für die Interessen der jetzt in Celle lebenden türkischen und kurdischen Arbeitsemigranten und Asylbewerber engagiert, sondern hat sich auch für die Sache des von den türkischen Regierungen unterdrückten kurdischen Volkes eingesetzt. Letztlich wird in der Türkei mit Zuchthausstrafen verfolgt, und so ist zu befürchten, daß Işhak Akkaya bei einer Rückkehr in die Türkei, bevor er den Leopard II auch nur von außen sieht, im Knast landet. Die Stadt Celle antwortet auf diese Befürchtung nur lapidar, daß Işhak Akkaya nach wie vor die Möglichkeit habe, „die Furcht vor politischer Verfolgung in einem Asylverfahren... vorzubringen.“

In Celle hat sich ein Solidaritätskomitee gebildet, das die Rücknahme der Abschiebungsandrohung und die sofortige Erteilung eines Fremdenpasses fordert. Dem Komitee gehören an: die GRÜNEN, Junos, AWO, ASF, VVN-BdA, AI und KKDK; die lokale SPD hält sich zurück.

Die GRÜNEN in niedersächsischen Landtagen haben zu der Abschiebungsandrohung eine Anfrage an die Landesregierung gerichtet.

R., AK-Leser von Celle

Mehr Schule der Nation — weniger Schule

kaum hatte das Bundesverfassungsgericht erklärt, der Zivildienst könne ruhig länger dauern als der Wehrdienst, da stehen schon wieder neue Maßnahmen zur Ausweitung des Wehrdienstes im Raum. Der neueste Knüller ist die Verkürzung der Schul-„Dienst“-Zeit, damit die „Schule der Nation“, die Bundeswehrzeit, umlandsförmig ausgeweitet werden kann.

Ausweitung der Bundeswehr — ein Überblick

Bereits im Oktober 1984 (s. AK 261) hat die Bundesregierung ihren Fahrplan für die Ausweitung des Militärs — ausgelegt: Grundlage bildeten die Vorschläge der Langzeitkommission der Bundeswehr. Dann sind geplant:

- „finanzielle Anreize“ für Längerdienste
- Erhöhung des Freiwilligenanteils von 10 auf 12,8% (ab 1986)
- Verlängerung der Dienstzeit Freiwilliger von 7,4 auf 8,8 Jahre (im Durchschnitt)
- bis 1991 Abbau des „Verwendungsschlupfes“ der Verrentung älterer Offiziere (ab 45 Jahren) zugunsten der Beförderung junger Offiziere: Erhöhung des „Kernbestands“ von 84.000 auf 90.000 Mann bis 1995
- Ab 1989 werden die Tauglichkeitskriterien herabgesetzt, Freistellung vom Wehrdienst für den Zivildienst und Katastrophenschutz
- 1989 die Verlängerung der Wehrdienstzeit von 15 auf 18 Monate
- Erhöhung der Wehrübungspflicht um 15.000 bis zum Jahre 2000, gleichzeitige Erhöhung der Wehrübungen in Reservisten
- Nicht ausdrücklich erwähnt wird der Plan, die Bundeswehr ab 1995 eventuell durch 15.000 „freiwillige“ Frauen aufzuwecken.

Aktuelle Beschlüsse

Ende September gerieten sich FDP und CDU/CSU in die Haare, ob tatsächlich der Zivildienst grundsätzlich jeweils ein Drittel länger sein müsse als der Wehrdienst. Daß dies ein gleicher Dienst sei, wie es das Grundgesetz vorsieht, habe das Bundesverfassungsgericht nicht entschieden. Die FDP ist der Meinung, daß ab 1992 die Sache offen gerapelt werden müsse. Gleichzeitig vereinbart die Koalition eine Reduzierung der Verrentung der Offiziere (auch für Beamte und Anwälte) und den Ausbau der Wehrübungsplätze und zur Ausweitung Freiwilliger.

Ersatzdienste

- Neben der Verlängerung des Zivildienstes von erst 16 auf 20 und dann 24 Monate sind auch andere anerkannte „Ersatzdienste“ von Verschärfungen betroffen. Freistellungen sollen in Zukunft nur noch in „unzugänglichen Fällen“ zugelassen werden.
- Wer vorzeitig aus dem Polizei- oder Bundesgrenzschutz ausscheidet, wird wie die Zivil- und Katastrophenschutz einberufen (falls sie sich nicht vor dem 23. Lebensjahr verpflichtet haben).
 - Wer mit einem Auslandsdienst „das Zusammenleben der Völker fördern will“, kann freigestellt werden.
 - Der Ersatzdienst wird im Kriegsfall unbefristet sein.
 - Zeugen Jehovas dürfen ein „freies Arbeitsverhältnis“ anstelle des Zivildienstes eingehen, wenn es nicht länger 3 Jahre (bisher 2,5) dauert.

Verkürzung der Schule

Darzi fordert die CDU, das 13. Schuljahr an den Oberschulen zur Hälfte zu streichen, damit die Verlä-

ngerung der Wehrdienstzeit nicht gleich ein ganzes Studiensemester später kostet. Der Penner von der SPD (ehemaliger Staatssekretär des Kriegsministeriums) schloß sich dem Vorschlag an. Inzwischen wird der Vorschlag Bayerns und der CDU-regierten Landesregierungen favorisiert, der die Schulentlassung auf den 1. Juni und dann den Wehrpflichtigen am Schluß einen längeren „Urlaub“ ermöglichen soll, damit sie das Semester nicht verpassen müssen. (faz, 9.12.85)

Als Rosine wird das Entlassungsgeld für Wehr- und Zivildienstleistende von 1.000 auf 5.000 DM erhöht, was inzwischen vom Bundesrat angenommen wurde (am 29.11.85). (FR, 30.11.85)

Weitere Vorstöße

Abgelehnt hat der Bundesrat den Plan „die Wehrdienstausnahmen für Polizeivollzugsbeamte und die Freistellungsmöglichkeit für den Zivildienst und Katastrophenschutz auf ein einheitliches „Erkenntnis des Gesundheitszustands der Bevölkerung“ verbessert haben, so daß jetzt „medizinisch“ auch 81,9 statt 76,5% eines Jahrgangs tauglich sein werden. Außerdem wird ein Dienst für weniger Taugliche eingeführt („Ausbruch“ NR 22, Zeitung der SPD).

Für den Militärdienst von Frauen mahnt sich BVL-Präsidentin Zuckerkandl. Frauen würden „in einem kommenden Jahrzehnt ihren gleichberechtigten Anteil am Waffendienst, an der Gestaltung der nationalpolitischen Aufgabenstellung und an der Verantwortung für die Sicherheit der Nation übernehmen“. (FR, 25.11.85)

Mit Fortschreiten der gegen Bezahlung in ihrer Freizeit Reservisten ausbilden, die vor allem in Einberufung von Reservisten zu Wehrübungen und der Ausübung von militärischen Verbänden will die CDU/CSU sicherstellen, daß die Bundeswehr im Verteidigungsfall 1,34 Mio. qualifizierter Soldaten zur Verfügung hat. Die Bundeswehr-Kommando wird auf 1,2 Mio. entsprechend erhöht.

Proteste

„Es sei jetzt schon klar, daß der Wehrdienst im Jahr 2000 noch einmal um drei Monate verlängert werden müsse, wenn es bei der derzeitigen Bundeswehrstärke bleiben sollte“, erklärte Erwin Horn von der SPD (FR, 3.10.85). Wer es nicht im Kopf hat, der läßt länger dienen“, meinte v. Bulow.

Die Grünen hatten sich ausgedacht, daß man mit einem Wehr- und Zivildienst von 12 Monaten auskommen könne. Sie forderten zudem die Abschaffung der Gewissensprüfung, einen tatsächlichen „sozialen Friedensdienst“ und die Einstellung der Verfolgung von Totalverweigerern.

Die DFG-VK forderte die gleiche Dauer von Wehr- und Zivildienst (faz, 3.10.85).

Pastor Ulrich Fink als ständiges demokratisches Gewissen der Kriegsdienstverweigerer, erklärte, daß die allgemeine Argumentation zur Ausweitung des Zivildienstes nun absurd geworden sei, weil man beide Dienste verlängern habe. Er wiederholte seine Kritik an der Fortsetzung der Gewissensprüfung sowie der Verfolgung der Öffentlichkeits durch die ähnlichen Zahlen zu KDV-Anträgen. (Weser-Kurier, 10.10.85)

Am 22.10. fand in der staatlichen Zivildienstschule in Karlsruhe eine Protestaktion mit 100 Teilnehmern statt. (f, Badische Neueste Nachrichten“, 23.10.85)

Soweit, so wenig!

Antimilitaristische Göttingen



Niederlande: Polizei überfällt antimilitaristische Untersuchungsgruppe

Am 19. November — auf den Tag genau ein Jahr nach dem aufsehenerregenden Einbruch von Onkrut in das Utrechter Büro des militärischen Geheimdienstes „Contra Inlichtingendienst“, CID (1) — überfiel die „Groep Bijzondere Opdrachten“, eine Spezialeinheit der niederländischen Kripo, das antimilitaristische Dokumentationszentrum AMOK in Utrecht. In Anwesenheit des Staatsanwalts wurde das Dokumentationszentrum sowie die darüber gelegene Wohnung eines AMOK-Mitarbeiters durchsucht.

Ein halber Lastwagen voll Archivmaterial wurde beschlagnahmt. Ein AMOK-Mitarbeiter, Roger Vleugels, wurde verhaftet. Ein im Dokumentationszentrum anwesender Radio-Journalist, Anne Boermans, wurde vorübergehend festgenommen.

Der dem Durchsuchungs- und Halbfestnahme zugrunde liegende Verdacht lautete: „Einbruch und Diebstahl in Vereinigung, Hehlerei und Veröffentlichung bzw. Besitz von Staatsgeheimnissen“. Ein Polizeisprecher erklärte der Presse gegenüber, man habe heiße Informationen erhalten, daß bei AMOK geheime militärische Dokumente lagen. (2) Erst drei Tage später ließ die Polizei wissen, in den AMOK Regalen habe man Originaldokumente gefunden, die im April 1983 aus einem Kommando für Zivilverteidigung in Noordwijk gestohlen worden waren. (3)

Staatsgeheimnis?

AMOK erklärte, mit dem Einbruch nichts zu tun zu haben. Die Dokumente habe man im Mai dieses Jahres von einem anonymen Abnehmer erhalten. Es sei absurd, das Material nach der Veröffentlichung durch Onkrut, wogegen Polizei und Justiz übrigens nichts Schlimmes unternommen hätten (1), noch als „Staatsgeheimnisse“ zu bezeichnen. Herman Pieter Bakker, nicht-Schlichter, ein einmündiger (4) als Staatsgeheimnis zu bezeichnen. Herman Pieter Bakker, Schlichter, einer der Anwälte von AMOK, legte hinzu, die Anschuldigung der Hehlerei sei eine „unsinnige Konstruktion“, da Gewinnsucht überhaupt keine Rolle spiele.

Die liberale und sozialdemokratische Presse berichtete ausführlich und kritisch über die Polizei-Aktion („Vrij Nederland“: „Die niederländischen Geheimdienste füllen ihre Kartellkästen auf — Die politischen Gründe für den Überfall auf AMOK und die beunruhigenden Nebeneffekte“). Auch Radio und Fernsehen zeigten großes Interesse an der Affäre. Die rechten Medien verhielten sich — von wenigen Ausnahmen abgesehen — auffallend zurückhaltend.

Unter anderem durch die Verhöre von Roger Vleugels entstand der Eindruck, daß Polizei und Justiz vor allem auf der Suche nach den Tätern des CID-Einbruchs seien. CID-Materialien waren jedoch bei AMOK nicht gefunden worden.

Beschlagnahmt worden waren keineswegs nur die Noordwijker Dokumente, Das komplette Foto-Archiv von AMOK, Tausende von Zeitungsausschnitten, Protokolle von Parlamentsdebatten, Material über die künftige Cruise Missiles-Basis Wörsch, über sexuelle Gewalt in der Armee oder über Zivilverteidigung wurden ebenso eingekassiert wie Kassetten mit Interviews, Notizbücher, externe und interne Korrespondenzen, die komplette Buchhaltung sowie die Abonnentenliste von AMOK. Es ging um „Sicherheitskräfte“ also keineswegs nur darum, „geheime Dokumente“ sicherzustellen, sondern zumindest auch darum, sich einen genauen Einblick in die Arbeitsweise und das Kontaktfeld von AMOK zu verschaffen und die Arbeit der Gruppe zu sabotieren.

gung eines Presseorgans“ bedeute (5)

„Vergeltungsaktion“ von Onkrut

Die linken Zeitungen Bluff und Vredesaktiekant machten eine gemeinsame Zeitung über AMOK, die in recht großer Auflage vertrieben wurde. AMOK Sympathisanten/innen führten diverse geräuschvolle Protestaktionen vor dem Utrechter Polizeipräsidium durch, wo Roger Vleugels gefangen gehalten und verhört wurde und wo seit dem 1. Dezember eine Reihe weiterer Antimilitaristen/innen gefangen gehalten wurden.

„Als Vergeltung für den Überfall auf AMOK“ war Onkrut am 1. Dezember in IJsselstein (gut zehn Kilometer südwestlich von Utrecht) am helllichten Tag in einen bis dahin geheimen Bunker mit einem Radio-Notsender eingebrochen. Die 52 Besetzer/innen, die nach einer halben Stunde den Bunker wieder verließen, wurden sämtlich festgenommen. Noch unklar ist, ob bei dem Einbruch Dokumente oder anderes Material entwendet wurden. AMOK bekundete — unter anderem in einer Erklärung an die Staatsanwaltschaft — Solidarität mit den Festgenommenen und der Bunker-Besetzung.

Am 4. Dezember, also nach fünf zehntägiger U-Haft, wurde Roger Vleugels freigelassen. Wenige Stunden später wurde er ausführlich im Fernsehen interviewt.

Am 5. Dezember wurden auch die 52 festgenommenen Besetzer/innen des IJsselsteiner Notsenders freigelassen.

Härterer Kurs gegen die

Härterer Kurs gegen die Friedensbewegung?

Hintergrund der Operation gegen AMOK dürfte in erster Linie der auf Seiten des Staates wachsende Frust darüber sein, daß es bisher nicht gelungen ist, die Fäden der diversen Enthüllung-Raubzüge von Onkrut und mittlerweile auch von anderen Gruppen zu fassen.

Im Januar 1982 wurden zwei renommierte Amsterdamer Buchhändler, die staatsgefährdende Onkrut-Publikationen in ihren Schaufenstern liegen hatten, festgenommen und verhört. Wenige Tage später wurde die öffentliche Ausstellung der von Onkrut im Mai 1981 beim Provinzial Marktkommando Amsterdam abgeholten Geheimdokumente von der Kripo beschlagnahmt. Außer einer Welle von Protesten, extra Publizität für die Ausstellung (Onkrut hatte eine Kopie davon bereits gehalten) und einem sprunghaften Anstieg der Besucherzahlen hatte das Polizei-Eingreifen keine sichtbaren Ergebnisse (6). Im Juni 1982 wurden vier Mitglieder der Soldatengewerkschaft VVDM unter der Beschuldigung, Geheimdokumente entwendet zu haben, verhaftet. (7). Zu einem Prozeß kam es nicht. Die Verhafteten wurden einer nach dem anderen wieder freigelassen und bekamen zum Teil sogar eine finanzielle Entschädigung vom Staat.

Vor allem seit dem Onkrut-Einbruch beim militärischen Geheimdienst CID, im November vorigen Jahres, der von vornherein ein bis dahin ungekannt großes Interesse an der Antimilitaristischen Bewegung (AMOK) fand, mehren sich auf der Rechten die Stimmen für ein härteres Einschreiten. So wurde Justizminister Kortbeek

Fortsetzung nächste Seite

„Bisher ist die NATO für die Friedensbewegung weitgehend ein Tabu. Einzelne (Rüstungs-) Maßnahmen werden zwar teilweise vehement kritisiert, aber über das sie organisierte Bündnis wird grundsätzlich nicht gesprochen“. So beginnt die politische Plattform, für einen Kongreß „FRIEDEN MIT DER NATO?“, die wir in diesem AK dokumentieren. Auf Initiative des BUF (Bundeskongreß Unabhängiger Friedensgruppen) hat sich inzwischen ein Trägerkreis gebildet, der diesen Kongreß am 12./13. April 1986 in Köln durchführen will. Dem

Trägerkreis gehören bisher folgende Gruppen an: BUF, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Comisión Anti-OTAN Madrid, Demokratische Sozialisten (DS), Friedensliste, Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Grün-Alternative Liste Hamburg, GIM, Initiative: Kein Frieden mit der NATO/Raus aus der NATO, KB, KJD. Diese Gruppen haben gemeinsam diese Plattform und einen Aufruf verfaßt. Wie der Kongreß im einzelnen gestaltet werden soll und kann, wird in weiteren Vorbereitungssitzungen erarbeitet (die nächste findet am 15.12. statt). Unklar ist derzeit, wie weit es tatsächlich auch mit diesem Kongreß gelingen kann, andere Kräfte der Friedensbewegung mit in die Diskussion um die NATO-Frage einzubeziehen, was auch ein Ziel des Kongresses sein soll.

Die Bundes-AG der Grünen hat in einer ersten Stellungnahme eine Mitarbeit am Kongreß angekündigt, gleichzeitig aber gleich ein Stück Distanz zum Kongreß genommen, der für sie alles offen läßt (s. Kasten).

Politische Plattform für den Anti-NATO-Kongreß

Bisher ist die NATO für die Friedensbewegung weitgehend ein Tabu. Einzelne (Rüstungs-) Maßnahmen werden zwar teilweise vehement kritisiert, aber über das sie organisierte Bündnis wird grundsätzlich nicht gesprochen. Dies alles wäre und ist Grund genug, endlich eine öffentliche Diskussion um die NATO zu beginnen. Aber auch aus unversöhnlicher Einsicht: Die NATO ist die Notwendigkeit einer solchen Debatte ab. Diese Einschätzung ist im Grundsatz Konsens des Koordinationskreises und wird von uns auf dem Kongreß zur Diskussion gestellt.

Die NATO ist offensiv gegen die UdSSR. Mit Kriegsende erkannte die USA, daß in der UdSSR eine neue Weltmacht entstanden war, deren Existenz sie in ihrer Handlungsfähigkeit einschränkte. So war es von diesem Zeitpunkt an ihr Interesse, die SU als Weltmacht und damit deren Gesellschaftssystem zu beseitigen. Zu diesem Zweck wurde u.a. die NATO gegründet. Sie ist seither das wichtigste Instrument der US-Regierung zur weltweiten militärischen Absicherung ihrer Interessen.

Die NATO dient der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. In diesem Rahmen spielt vor allem die sogenannte Dritte Welt eine wichtige Rolle. Stärker werdendes Selbstbewußtsein der Völker und immer schwerer zu lösende Probleme (Schuldenkrise) bringen die NATO dazu, auch in der Dritten Welt immer öfter bis hin zu offenen Kriegen zu intervenieren, um ökonomische Interessen ihrer Mitglieder abzusichern. Dabei

zu, auch in der Dritten Welt immer öfter bis hin zu offenen Kriegen zu intervenieren, um ökonomische Interessen ihrer Mitglieder abzusichern. Dabei geht es um weltweite Sicherung und Ausbau von Absatzmärkten, Rohstoffquellen und billigen Arbeitskräften. Im Rahmen der NATO-Arbeitsteilung fällt diese Rolle meist — wenn auch längst nicht immer — den USA zu.

Die NATO sucht die strategische Überlegenheit. Seit in den fünfziger Jahren das atomare Paten entstand, ist die NATO stets bemüht gewesen, dieses zu durchbrechen. Atomkriegspläne der fünfziger und sechziger Jahre, Mehrfachsprengköpfe in den Siebzigern und aktuelle Umrüstung auf zielgenaue Waffen sind Ausdruck dafür. Die NATO ist für alle großen Aufrüstungsschübe der Vergangenheit verantwortlich. Diese Vorrüstung wurde mit der angeblichen „Bedrohung aus dem Osten“, frei erfundenen „Raketenglücken“ oder angeblich notwendigen „Nachrüstungen“ begründet. Tatsächlich war die NATO nie unterlegen.

Die NATO sucht Kriegsführungsfähigkeit auf allen Ebenen. Bei dieser Vorrüstung geht es heute nicht mehr um die „Zentralfront“ in Europa. Mit neuen Strategien (horizontale Eskalation), neuen militärischen Instrumenten (Schnellen Eingreiftruppen) und der Diskussion um die Ausweitung des Vertragsgebietes (u.a. Naher Osten) bereitet sich die NATO darauf vor, an verschiedenen Fronten und auf verschiedenen Eskalationsebenen gleichzeitig kämpfen zu können.

Die Bundeswehr — eine Armee für die Offensive gegen Osten. Die Bundeswehr ist von Anfang an in die NATO-Arbeitsteilung einbezogen. Die Entscheidung über eine westdeutsche Wiederbewaffnung war zwischen Adenauer Regierung, US-Führung und allen Wehrmachtsoffizieren schon vor 1940 (Himmeroder Denkschrift) gefallen. Dabei war das gemeinsame Interesse an der Revision der Kriegsergebnisse und der „Befreiung“ des Ostens maßgeblich. Dem diente auch die Integration der Bundeswehr als starker europäischer Territorialarmee in die NATO. Unabhängig davon, ob alle Militärs und Politiker dies tatsächlich selbst bewußt wollten, war damit die Bundeswehr eines der wesentlichen Elemente für einen möglichen Angriffskrieg der NATO gegen Osten. Ihre Rolle in einem solchen Krieg war immer als eine offensive gedacht. „Nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa sollte des Eisernen Vorhangs zu befreien“, war Aufgabe für eine westdeutsche Armee (Konrad Adenauer, 5.3.1952). „Die Verteidigung muß ... offensiv geführt werden. Das bedeutet, daß überall und von Beginn an angegriffen werden muß ...“ (Himmeroder Denkschrift 1950). „Vorwärtsverteidigung“ war schon die Strategie vor Gründung der Bundeswehr: Air-Land Battle 1950.

Die Bundeswehr auf dem Weg zur Atomstreitmacht. Um wirklich militärische Großmacht-

Die Bundeswehr — eine Armee zur Unterstützung von Interventionen. Trotz ökonomischer Konkurrenz und teilweise unterschiedlicher strategischer Vorstellungen: Im Rahmen der NATO-Arbeitsteilung bedeutet diese „Europäisierung“ keineswegs eine Schwächung, sondern vielmehr eine Stärkung der NATO-Länder insgesamt gegenüber Dritten. Neben den Zugang zu Atomwaffen verspricht sich die Bundesrepublik von einer solchen „Europäisierung“ auch den Ausbau eigener militärischer Handlungsmöglichkeiten in der Dritten Welt, z.B. über die Schaffung einer gemeinsamen westeuropäischen Schnellen Eingreiftruppe. Bereits heute ist die Bundeswehr z.B. durch das Wartime-Hot-Nation-Support-Abkommen in die US-Interventionsstrategie eingebunden und beteiligt sich mehrfach indirekt an französischen oder britischen Interventionen (Zaire 1978, Malweenkrieg 1981, Tschad).

Die Bundeswehr in der NATO — eine Partnerschaft zur inneren Disziplinierung. Der nationale Konsens über die Bundeswehr und NATO-Mitgliedschaft konnte erst über die Ideologie des Antikommunismus geschaffen werden. Bis heute dient die Ideologie auch nach innen zur Repression vielfältigster Art. Schon in sogenannten Friedenszeiten werden in der BRD Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei entsprechend aufgerüstet und über die

Betr.: Anti-NATO-Kongreß
Beschluß der BAG-Frieden der GRÜNEN vom 9.11.85

Betr.: Anti-NATO-Kongreß
Beschluß der BAG-Frieden der GRÜNEN vom 9.11.85

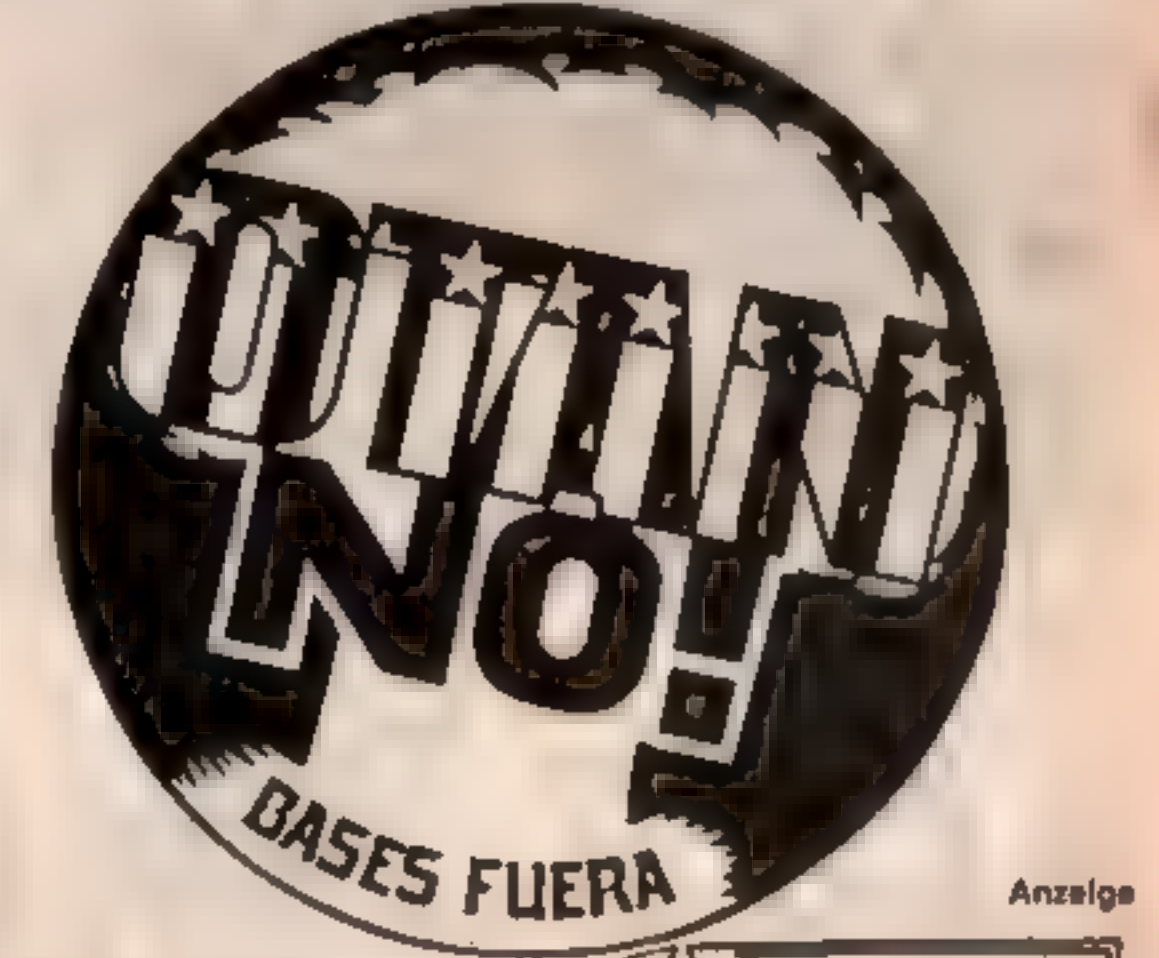
1. Die BAG hat eine offensive Diskussion über die NATO innerhalb der Friedensbewegung für sehr wichtig. Dies gilt ebenso für die Rolle der Bundesrepublik (und West-Europa) innerhalb der NATO.
2. Die vorliegende Plattform ist unserer Meinung nach nicht geeignet, diese Diskussion im Sinne einer blockübergreifenden Friedenspolitik konstruktiv voranzubringen und vor allem in politische Lager hineinzutragen, die bisher das Thema NATO umgangen haben. Die Plattform enthält keinen Ansatz, der über eine traditionell antimperialistische Position hinausgeht.
3. Die BAG wird die Plattform nicht unterschreiben. Falls die Unterschrift Bedingung ist, werden wir den Kon-

greß nicht politisch als Mitglied im Trägerkreis unterstützen.
4. Einzelne Mitglieder der GRÜNEN werden am Kongreß teilnehmen und auch im Vorfeld als Referenten/innen anbieten für Referate und Arbeitskreise, die inhaltlich auch über die Plattform hinausgehen. Es bleibt dem Trägerkreis frei, auf entsprechende Angebote einzugehen, oder aber diese abzulehnen.
5. Wir werden weiterhin als Beobachter an den Trägerkreissitzungen teilnehmen und Vorschläge für den Kongreß einbringen.
6. Generell bedauern wir, daß eine dringend notwendige Diskussion auf breiter Basis durch unnötige Grundsatzenentscheidungen erschwert wird.

zivil-militärische Zusammenarbeit) die zur Aufstandsbeämpfung (Notstandsgesetze) notwendige Infrastruktur entwickelt. So können gesellschaftliche Diskussionen um Alternativen immer wieder unterbunden und offensive außenpolitische Konzepte gerechtfertigt werden.

Die NATO ist nicht reformierbar. Die NATO kann in ihrem Charakter als Kriegsführungsbündnis nicht verändert werden. Eine Politik, die auf eine Veränderung der NATO hin zu einem „Friedensbündnis“ zielt, ist illusorisch. Schon immer wurden auch nur Diskussionen in diese Richtung über bundesinterne Disziplinierungsmechanismen im Keim erstickt. Auch die

politik betreiben zu können, fehlt der Bundeswehr der Zugang zu den Atomwaffen. Seit ihrem Bestehen wurde von BRD Politikern versucht, diesem Mangel abzuhelfen: Durch den Adenauer-Vorstoß zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr 1957, durch die Initiative für eine Multilaterale Atomstreitmacht (MLF) 1963 und die Zielsetzung einer westeuropäischen Atomstreitmacht. Bereits heute verfügt die BRD über die technischen Voraussetzungen zur Produktion von Atomwaffen. Aktuell spielt beim Streben der Bundeswehr nach atomarer Bewaffnung die Diskussion über die „Europäisierung“ (Westeuropäische Union, Europäische Verteidigungsinitiative, Eureka etc.) eine entscheidende Rolle.



Der Button der Bewegung: NATO Nein — Basen raus

SCHWARZER FADEN
Verteilungsschrift für außerparlamentarische Opposition

Entspannungspolitik stößt innerhalb der NATO an ihre Grenzen. Im Rahmen des Bündnisses wurde sogar die Entwicklung einer eigenständigen westeuropäischen „Sicherheitspolitik“ nur zu einer größeren Effektivität der NATO-Arbeitsteilung und damit weltweit zur Erhöhung der Kriegsgefahr führen.

Konsequente Friedenspolitik ist in und mit der NATO nicht durchsetzbar. Die Einbindung der BRD und der Bundeswehr in die NATO hat zentrale Bedeutung nicht für das Einheitsdenken.

Konsequente Friedenspolitik ist in und mit der NATO nicht durchsetzbar. Die Einbindung der BRD und der Bundeswehr in die NATO hat zentrale Bedeutung sowohl für das Fortbestehen dieses Bündnisses als auch für die „Sicherheitspolitik“ der BRD. Eine Diskussion sicherheitspolitischer Alternativen muß die Bündnisfrage einschließen.

Bei grundsätzlicher Zustimmung zu den hier vorgelegten Thesen gibt es immer noch unterschiedliche Einschätzungen über die notwendigen Konsequenzen und deren politische Durchsetzbarkeit. Gerade dies macht die angestrebte Diskussion so notwendig!

verabschiedet auf dem 2. Koordinationskreistreffen in Dortmund am 19. Oktober 1985

Dem Koordinationskreis Kongreß gehören an (Stand 19.10.85): Bundeskongress unabhängiger Friedensgruppen (BUF) / Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) / Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie / Grün-Alternative Liste Hamburg / „Kommunistische Jugend Deutschlands“ / Initiative „Kein Frieden mit der NATO“ — Raus aus der NATO“ / Kommunistischer Bund (KB) / Friedensliste / Gruppe Internationaler Marasmen (GIM) / Demokratische Sozialisten (DS) / Comisión Anti-OTAN Madrid

Koordinationskreis Kongreß „Frieden mit der NATO?“ c/o Bl F-Buro Am Schwarzen Meer 67 2800 Bremen 1

Thesen zum libertären Sozialismus

Thesen zum libertären Kommunalismus von Murray Bookchin

Was bleibt ... — kritische Gedanken zur Subkultur Punk oder Okobank? von Wolfgang Haug
Anarchismus und Mystik — gegen den regressiven Gebrauch eines neuen Naturverständnisses von Gerhard Kern
Unruhen im eurosozialistischen Griechenland — Eine Chronologie der Straßenkämpfe, eine Einschätzung der PASOK seitens des A-Zetelungs-Kollektive Arena aus Athen
Raus aus der NATO? — über die Rückzugseffekte der Friedensbewegung
Friedenspolitik der FAUD 1919-1933 — über den Umgang mit einer organisatorischen Minderheitsopposition von Ulrich Klein
Liebe und Anarchie — Filmbesprechung von Jörg Auberg
Im Inneren des Nats — 2 Bericht von einer Reise zu Genossen in russischen Kneipen von Winand Ehl
Außerdem: BTX, Toller Diskussion, Erstellung der Zeitschrift „Anarchie“ Carl Einstein, Reizrezeption, A. Szana, Einzelsnummer DM 5,- Abonnement DM 15,- / 4 Nummern Probeheft nur gegen Rückporto Postcheckkonto Stgt. F. Kammann Kontonummer 57463-703 Redaktion Schwarzer Faden Postfach 7031 Grafenau-1

Fortsetzung von vorheriger Seite

Alles im Parlament dazu aufgefordert, etwas gegen die Verbreitung der Ökontr-Publikationen zu unternehmen. Wirtschaftsminister Van Aardenne ließ in einem Fernseh-Interview wissen, er sei äußerst besorgt über die Unbekanntheit, mit der ein Großteil der Presse gestohlene Geheimdokumente publiziert. Anlaß für diese Erklärung war eine — auf Antrag der Opposition zustandegekommene — Parlamentarische Debatte über die neuen AKW-Pläne der Regierung, die durch einen Einbruch von AKW-Gegnern im Wirtschaftsministerium im Juni dieses Jahres entzündet worden waren.

Glaubten Justiz und Polizei tatsächlich, über eine Aktion gegen AMOK an die gesuchten Einbrecher heranzukommen? Oder sollte die Operation in erster Linie eine Warnung an die Adresse der demokratischen Presse darstellen? Der Überfall auf AMOK diente allem Anschein nach auch dazu, die Datenspeicher der Geheimdienste zu aktualisieren. Desweiteren kann die AMOK Affäre im Zusammenhang gesehen werden mit dem spürbar härteren Kurs gegen die (radikalen Teile der) Friedensbewegung seit dem endgültigen Stationierungsbeschluss vom 1. November. AMOK arbeitet mit bei der Initiative für Zivilen Ungehorsam und Nicht-Kooperation (BONK), ge-

hört zu den Organisatoren der „Alarm-Demonstration“ vom 26. Oktober dieses Jahres (8) und nimmt in diversen Zusammenhängen aktiv teil an der Debatte um die Frage „Wie geht's weiter mit der Friedensbewegung?“. Außerdem sammelte die Gruppe schon eine ganze Weile Informationen über den anstehenden Bau der Stationierungsanlage in Woensdrecht (in der aktuellen Diskussion eines der zentralen Widerstandsobjekte) (9). AMOK-Anwalt Jurrien Pen kommentierte in der radikaldemokratischen Vrij Nederland: „Der Übergriff auf AMOK ist eine politische Angelegenheit und zwar eine der schreck-

lichsten, die es in den letzten Jahren in der Niederlande gegeben hat“

Die Niederlande Kommission des KB grüßt die Genossinnen und Genossen von AMOK herzlich, wünscht ihnen alles Gute und Erfolg bei ihrer weiteren Arbeit und nimmt Solidaritätsbekundungen zur Weiterleitung an das Unterstützungskomitee gerne entgegen.

Niederlande-Kommission

1) s. AK 263, 8.9. Niederlande Antimilitaristen blauen Geheimdienst Dokumente, AK 259, 8.24. Ökontr-Beute — siehe Fortsetzung

2) vgl. Vrij Nederland, 30.11.1985 und De Volkskrant 20.11.1985
3) s. AK 243, 6.11.11. Wir sind gekommen, dem M. für den Krieg zu erklären — Ein Bericht aus der niederländischen Terrorzone (Dunkler Punkt Teil 3)
4) s. AK 243, 6.2.11. Niederlande Bond voor Dienstverlening aufgeführt
5) vgl. Vrij Nederland, 2.12.1985
6) s. AK 243, 6.2.11. Niederlande Bond voor Dienstverlening aufgeführt
7) s. AK 243, 6.2.11. Niederlande Bond voor Dienstverlening aufgeführt
8) s. AK 265, 8.11.11. Niederlande 3.24.11. h. mit Nein und dennoch ein Stationierungsbeschluss
9) vgl. AMOK, Antimilitarismus 1. Jahrgang, Dezember 1984

Der Nürnberger Prozeß

— Ein notwendiger Rückblick —

Am 20. November 1945 wurde im kriegszerstörten Nürnberg das Verfahren des Internationalen Militärtribunals (IMT) gegen die „Hauptkriegsverbrecher“ — besser bekannt unter dem Begriff „Nürnberger Prozeß“ — eröffnet. 18 führende Repräsentanten des Nazi-Reiches mußten sich wegen der vom „Dritten Reich“ innerhalb und außerhalb seiner Grenzen verübten Verbrechen vor einem von den Staaten der Anti-Hitler-Koalition eingesetzten internationalen Gerichtshof verantworten. Angeklagt waren aber nicht nur Politiker, Militärs und Wirtschaftsführer der Hitler-Diktatur, sondern auch mehrere Organisationen und Institutionen ihres Regimes sollten als verbrecherisch verurteilt werden.

Fast ein Jahr später, am 1. Oktober 1946, wurde das Urteil verkündet. Drei Angeklagte wurden freigesprochen, sieben zu Haftstrafen verurteilt, drei NS-Organisationen für verbrecherisch erklärt und zwölf Angeklagte zum Tod durch den Strang verurteilt, darunter einer in Abwesenheit.

Grundlage des Verfahrens war das im Rahmen der Londoner Vereinbarungen vom 8. August 1945 von den vier Mächten Frankreich, Sowjetunion, Großbritannien und den USA verabschiedete Statut des IMT, das sowohl die Tatbestände der internationalen Verbrechen, mit denen man die Leutaten der Nazis erlassen wollte (Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen gegen den Frieden) nebst entsprechenden Strafandrohungen als auch Vorschriften für das Verfahren enthielt.

Dieses Statut, der Ablauf des Prozesses und das Urteil bildeten von Beginn des Verfahrens an den Anlaß erregter Debatten unter Politikern und Juristen. Waren für die einen die „Nürnberger Prinzipien“ ein Markstein in der Entwicklung eines demokratischen Völkerrechts und wichtiger Maßstab für die weitere Verfolgung faschistischer Verbrechen, so stellte der Prozeß für die anderen nichts anderes als die juristisch verkleidete Rache der Sieger des 2. Weltkrieges dar, der einen Rückschritt des Völkerrechts bedeute und für die weitere Verfolgung von NS-Verbrechen keinerlei Konsequenzen habe.

Diese Auseinandersetzung durchzieht die völkerrechtliche Diskussion seit Kriegsende; Nürnberg ist heute nach wie vor aktuell, etwa was die rechtliche Beurteilung des NATO-Aufbaukurses (Stichwort Angriffskrieg) oder der Verbrechen des Apartheid-Regimes in Pretoria gegen die schwarzen Völker im südlichen Afrika (Verbrechen gegen die Menschlichkeit) angeht.

Gleiches gilt für den Bereich des innerstaatlichen Rechts. Der Skandal der „justiziellen Aufarbeitung des Vergangenheits“ in der Bundesrepublik, sprich die Privilegierung, Amnestierung und Rehabilitierung von Nazi-Verbrechern ist eine direkte Folge der Ablehnung des westdeutschen Staates, Nürnberger Grundsätze in das nationale Strafrecht zu übernehmen.

In der Öffentlichkeit war der Nürnberger Prozeß nach seiner Beendigung Grundsatz in das nationale Strafrecht zu übernehmen.

In der Öffentlichkeit war der Nürnberger Prozeß nach seiner Beendigung sehr schnell kein Thema mehr. Er fiel der im Zuge der Restauration massiv geforderten Haltung des „endlich einen Schlußstrich ziehen“ zum Opfer und gab bestenfalls noch Lehrstoff in den Schulen oder Material für melodramatische Hollywood-Schinken ab.

Fast gegen Ende der 60-iger Jahre trat eine gewisse Änderung ein. Die Ilkewang gegen den Krieg der USA in Vietnam stütze sich auch auf Aussagen des IMT. Die verstärkte Problematik der Verfolgung von NS-Verbrechen im Zuge der Verjährungsdebatten zeigte auch eine vermehrte Beschäftigung mit dem Nürnberger Prozeß und brachte gegen Ende der 70-iger Jahre eine Palette vor allem historisch orientierter Veröffentlichungen hervor.

Anlaß für das 40. Jahrestages des Prozesses hat sich nun auch der „Spiegel“ unter dem Titel „Revolution oder revolutionäres Theater?“ das Thema angenommen (Nr. 47/1985, S. 72 ff.), wobei der Autor sich alle Mühe gibt, in seiner Polemik keines der Argumente auszulassen, die seit 1945 zwecks Diffamierung des Nürnberger Prozesses ins Feld geführt worden sind. Daß das Verfahren von dem IMT kein Schauprozess der Besatzungsmächte war, bei dem „unqualifizierte und fanatisierte Besatzungsoffiziere“ willkürlich Neues Recht schufen und bestehendes beugten, soll im folgenden Überblick unter anderem gezeigt werden. (Da aber immer noch es auch von aktuellen Interesse sein. Den Impuls zu schreiben die von Nürnberg aus die Entwicklung des Völkerrechts beeinflussten, sowie deren nationale Umsetzung hier und in der DDR zu untersuchen. Das muß jedoch einem möglichen weiteren Artikel vorbehalten bleiben.)



Angeklagte Nazi-Verbrecher vor dem Nürnberger Militärgericht 1945

Schlechte Erfahrungen nach dem 1. Weltkrieg

Die Vorgeschichte des Nürnberger Prozesses beginnt schon nach dem 1. Weltkrieg. Darum verlangen die Siegermächte per 1919 den Verträgen des Versailler Vertrages die Auslieferung des deutschen Kaisers und 900 anderer Personen, um sie wegen begangener Kriegsverbrechen vor ein internationales Gericht zu stellen. Daraus wurde nichts, weil Deutschland — und im Falle Wilhelms II. Holland — die Auslieferung verweigerten. Später wurden dann von einem deutschen Gericht ganze vier untergeordnete Militärs wegen Kriegsverbrechen zu Bagatellstrafen verurteilt.

Im 2. Weltkrieg war die historische Situation eine andere. Nach dem Überfall Hitlers auf die SU hatte sich der Charakter des Krieges gewandelt, von einem reinen Umverteilungskrieg unter imperialistischen Großmächten konnte nicht mehr die Rede sein. Hauptkriegsopfer war jetzt ein Staat, der selbst keine Eroberungsambitionen imperialistischen Großmächten konnte nicht mehr die Rede sein. Hauptkriegsopfer war jetzt ein Staat, der selbst keine Eroberungsambitionen verfolgte und folglich ein anderes Interesse an der Verfolgung und Bestrafung der Kriegstreiber und Kriegsverbrecher besaß.

So gab es in der Anti-Hitler-Koalition durchaus unterschiedliche Vorstellungen, die auch die „militärische Lösung der Kriegsverbrecherfrage“ — sprich summarische Exekution — umfaßten (Churchill wird verschiedentlich damit in Verbindung gebracht). Es liegt auf der Hand, daß die kriegführenden kapitalistischen Staaten kein allzu großes Interesse daran haben konnten, die inneren Ursachen der faschistischen Verbrechen und die Rolle des Monopolkapitals dabei in einem langwierigen Prozeß aufzudecken. Auch sind Vorbehalte Großbritanniens gegenüber der Kennzeichnung des Angriffskrieges als internationales Verbrechen belegt. In der Erklärung von Moskau 1943, den Beschlüssen von Jalta und Potsdam 1945 und schließlich den Londoner Vereinbarungen über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher wurde jedoch festgelegt, daß die Nazi-Verbrecher vor ein internationales Gericht gestellt werden sollten.

Götterdämmerung in Nürnberg

Dem Londoner Abkommen, dem insgesamt 19 Staaten beigetreten sind, wurden in Form des Statuts des IMT die wichtigsten Rechtsnormen, die dem Verfahren zugrunde gelegt werden sollten, beigelegt. Das Tribunal selbst setzte sich aus vier Richtern zusammen, die die vier Großmächte entsandten. Chefankläger wurde der Amerikaner Robert T. Jackson, der auch einen wesentlichen Teil der Vorarbeiten zum Londoner Abkommen geleistet hatte.

Angeklagt waren ursprünglich 24 führende Personen des „Dritten Reiches“. Der „Reichsmarschall“ Hermann Göring und der „Stellvertreter des Führers“ Rudolf Heß hatten lange Jahre die zweite und dritte Stelle in der Reichsregierung eingenommen. Die Außenminister „Ribbentrop und v. Neurath“, letzterer später „Reichsprotektor von Böhmen und Mähren“, standen unter der Anklage, außenpolitisch den Krieg vorbereitet und zahlreiche Verbrechen ermöglicht zu haben. Die Militärs Raeder, Dönitz, Keitel und Jodl mußten sich für die Mitwirkung der Wehrmacht an nationalsozialistischen Verbrechen und Führung eines Angriffskrieges verantworten. Die Parteiführung und Verwaltungschefs Bormann, Ley, Rosenberg, Frick, v. Schacht und Sauckel, der Chef des Reichssicherheitshauptamts Kaltenbrunner, „Generalgouverneur“ Frank, die Wirtschaftsminister Funk und Schacht, Chef Hetzer Streicher und der Nazi-Statthalter in den Niederlanden Seyß-Inquart waren angeklagt in Planung und Ausführung an zahlreich Verbrechen beteiligt gewesen zu sein. Außerdem waren angeklagt der Totengräber der Weimarer Republik v. Papen, Rundfunk-Chefpropagandist Fritzsche und der Industrielle Gustav Krupp. Auf der Anklagebank fanden sich allerdings nur 21 der 24 Angeklagten ein. Ley hatte vor Beginn des Prozesses Selbstmord begangen, Krupp war verhandlungsunfähig und Bormann unauffindbar.

Ebenso wie die von den Verantwortlichen des „Dritten Reiches“ begangenen Verbrechen von bis dahin unvorstellbarem Ausmaß sich darstellen, sprengte auch der Prozeß den üblichen Rahmen. Über 5.000 Beweisdokumente wurden von Anklage und Verteidigung vorgelegt und 240 Zeugen vernommen; die Dokumentation des Prozesses füllte insgesamt 42 Bände. Das Urteil des IMT erkannte gegen Göring, v. Ribbentrop, Keitel, Kaltenbrunner, Rosenberg, Frank, Frick, Seyß-Inquart, Sauckel, Jodl und Bormann auf Tod durch den Strang. Zehn dieser Urteile wurden vollstreckt, Göring beging vorher Selbstmord. Schacht, v. Papen und Fritzsche wurden freigesprochen, der Rest zu lebenslangen und zeitigen Freiheitsstrafen verurteilt.

Zusätzlich wurden das Korps der politischen Leiter der NSDAP, die Gestapo, der SD und die SS zu verbrecherischen Organisationen erklärt, nicht jedoch die Reichsregierung, die SA sowie Oberkommando und Generalstab der Wehrmacht, wie von der Anklage gefordert worden war. Die dem Urteil zugrunde liegenden Grundsätze und unter dem Begriff „Nürnberger Prinzipien“ von der Völkerrechtskommission der UN später folgendermaßen zusammengefaßt worden:

— Jede Person, die ein völkerrechtliches Verbrechen begeht, ist dafür strafrechtlich verantwortlich.

— Auch wenn das Völkerrecht für ein derartiges Verbrechen keine Strafe androht, ist der Täter nach Völkerrecht strafbar.

— Auch Staatsoberhäupter und Regierungschefs sind für von ihnen begangene Verbrechen verantwortlich.

— Handeln auf höheren Befehl befreit nicht von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit, sofern der Täter auch hätte anders handeln können.

Jeder, der eines völkerrechtlichen Verbrechens angeklagt ist, hat einen Anspruch auf ein ordentliches Verfahren.

— Völkerrechtliche Verbrechen sind Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

— Auch die Verschwörung zur Begehung eines der genannten Verbrechen stellt ein Verbrechen dar.

Der Apparat des IMT wurde entgegen den ursprünglichen Absichten nicht noch einmal in Gang gesetzt, still ein Verbrechen dar.

Der Apparat des IMT wurde entgegen den ursprünglichen Absichten nicht noch einmal in Gang gesetzt. Stattdessen fanden zwölf von den USA im „internationalen Auftrag“ durchgeführte Nachfolgeprozesse in Nürnberg statt, deren Grundlage das am 20.12.1945 erlassene Kontrollratsgesetz Nr. 10 (KRG 10) bildete, das im wesentlichen den Bestimmungen des IMT Statuts entsprach. Dieses Gesetz galt auch für die Verfahren, die von den Alliierten in eigener Verantwortung durchgeführt wurden, sowie auch später — aufgrund spezieller Anwendungsmachtungen — für deutsche Gerichte, die Straftaten der Nazis gegen Deutsche abzuurteilen hatten.

Zunächst war man davon ausgegangen, daß gegen Hunderttausende von Mitgliedern der für verbrecherisch erklärten Organisationen verhandelt werden würde, angeklagt wurden im Rahmen der Nürnberger Nachfolgeprozesse nur 185 Personen, jeweils ausgewählt aus einer politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Führungsgruppe des Nazi-Systems. In diesen Verfahren wurden 24 Angeklagte zum Tode verurteilt, 35 wurden freigesprochen, die übrigen erhielten Freiheitsstrafen, die weit später durch Gnadenurteil des US-Hochkommissars zum meist drastisch herabgesetzt wurden.

Breite Ablehnungsfront

Sowohl die rechtlichen Grundlagen der Prozesse als auch deren Durchführung selbst stießen in Deutschland — wie zu erwarten — auf wenig Gegenliebe. War in der breiten Öffentlichkeit das Erscheinen eher groß, daß man sich überhaupt die Mühe machte, offensichtliche NS-Verbrecher in einem mühsamen Verfahren zu überführen und ihnen dabei weitestgehende Ver-

teidigungsmöglichkeiten einräumte, galten den Verteidigern speziell, aber mit ihnen auch der Mehrheit der deutschen Juristen, die eben noch willig den Staatapparat der Nazis in Gang gehalten hatten, die Nürnberger Urteile als „Willkür“ und „Ausnahmegericht“ und die Kompetenz des IMT als internationales Gericht als unangemessen, da es nicht weiter als ein Besatzungsgericht darstelle.

Die Zuständigkeit des IMT konnte nach dieser Auffassung schon deswegen nicht gegeben sein, weil Deutschland seiner Errichtung nicht zugestimmt habe. Dabei wurde geflüsterlich übersehen, daß nach der Zerschlagung des deutschen Reiches, also nach dem 8. Mai 1945, gar keine deutsche Regierungsgewalt mehr bestand. Die war von den vier Alliierten übernommen worden, deren Maßnahmen als für Deutschland verbindlich galten, ohne daß eine Zustimmung deutscher Stellen vorhanden war.

Auch waren die Grundsätze eines fairen Verfahrens keineswegs verletzt worden. Den Angeklagten stand ein Stab von 27 — in der Regel frei gewählten — Hauptverteidigern, 34 Assistenten und 67 Schreibkräften zur Verfügung. Die Verfahrensgarantien des IMT Statuts standen nicht nur auf dem Papier, sondern konnten auch intensiv genutzt werden. Die in den Polemiken gegen den Nürnberger Prozeß gebetsmühlenhaft wiederholte Behauptung von der Unterlegenheit der Verteidigung hält einer Überprüfung nicht stand. So waren die Verteidiger, wie der Ankläger Robert M. W. Kempner berichtete, sogar in der Lage, zusammen mit nichtangeklagten Funktionären des alten Staatsapparates einen funktionierenden Apparat zur „Betreuung“ der Zeugen zu installieren.

Verfahren ohne Rechtsgrundlage?

Hauptvorwurf der Verteidigung damals wie der entsprechenden Literatur bis heute war der, die Strafbestimmungen des IMT Statuts stellten eine verbundene rückwirkende Gesetzgebung dar, da bis dahin keine völkerrechtlich festgelegten „Kodifizierungen“ existierten.

Hinsichtlich der Verbrechenskategorien der Kriegsverbrechen im engeren Sinn und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit gab es zwischen Anklage und Verteidigung allerdings keine grundsätzlichen Differenzen. Deren Strafbarkeit war nach übereinstimmender Meinung schon vorher nach Völkergewohnheitsrecht und entsprechenden nationalen Normen strafbar, so daß sich die Frage der Rückwirkung allerhöchstens in einem formalen Sinn stellen konnte. Hauptstreitpunkt war vielmehr die Kategorie des Verbrechens gegen den Frieden, d.h. die Planung, Vorbereitung, Einleitung oder Durchführung eines Angriffskrieges. Diese Tatbestände seien 1939 keineswegs strafbar gewesen, trug die Verteidigung vor.

Diese Tatbestände seien 1939 keineswegs strafbar gewesen, trug die Verteidigung vor.

Dagegen wurde richtigerweise gehalten, daß der Angriffskrieg zu jener Zeit keineswegs erlaubt, sondern schon ausdrücklich verboten gewesen sei, was seinen Ausdruck etwa im Kriegssachverhaltspakt von 1928 (Briand-Kellogg-Pakt) gefunden habe, dem fast alle Staaten beigetreten waren. Die Strafbarkeit eines Verstoßes gegen dieses Verbot war damit allerdings noch nicht hergeleitet, hier ist die Londoner Konferenz im Sinne der Konkretisierung rechtsschöpferisch tätig gewesen — als „Sprachrohr des Völkerrechts konstituierendes Weltgewissen“ (Gellberg) — eine für das in ständiger Entwicklung sich befindende Völkerrecht keineswegs atypische Erscheinung. Daß die Kriminalisierung des Angriffskrieges allerdings für Ideologen imperialistischer Politik eine schwerlich zu akzeptierende Festlegung darstellte, belegen die diesbezüglich bis heute — siehe etwa den schon erwähnten Spiegel-Artikel — vorgebrachten Angriffe in Fachliteratur und politischer Publizistik.

Bezüglich des ebenfalls umstrittenen Tatbestandes des Organisationsverbrechens, durch den — mittels der Feststellung des verbrecherischen Charakters einer Gliederung des Nazi-Systems — die Beweislast für zukünftige Verfahren gegen einzelne Mitglieder dieser Gruppen erleichtert werden sollte, ist hier nur anzumerken, daß die westdeutschen Juristen ihre Vorbehalte gegenüber einer solchen Regelung weitgehend vergessen hatten, als es um die Einführung der „trotzrationalen Verurteilung“ ins SGB ging.

Ebenfalls heftig geteilt wurde um die im Rahmen der „Nürnberger Prinzipien“ festgeschriebene individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Täter eines völkerrechtlichen Verbrechens, unabhängig davon, ob dieser im Namen des Staates gehandelt hat. Niemand könne Straffreiheit deswegen erlangen, weil er aufgrund der Staatshoheit handelte, wenn der Staat Handlungen gutheißt, die sich außerhalb der Schranken des Völkerrechts bewegen, ließ es dazu im Urteil.

Ähnlich bekämpft wurde die Regelung des sog. Befehlsnotstandes durch das IMT. So wie durch die bisherige Rechtspraxis die Vorgesetzten gedeckt waren, weil ihre verbrecherischen Befehle als Staatsakte bezeichnet wurden, waren die Untergebenen dadurch gegen eine Haftung geschützt, daß sie nur auf höheren Befehl handelten. Das IMT lehnte die Straflosigkeit von Verbrechen, die auf Befehl begangen wurden, dagegen ab; allenfalls als Strafmilderungsgrund sollte dieser Gesichtspunkt gewertet werden können. Die Verteidigung versuchte dagegen den Beweis zu führen, daß innerhalb der Vernichtungsapparate des Nazi-Regimes die Befehlspflöge bei Gefahr für Leib und Leben gehalten waren, Befehle auch auszuführen, was eine Schuld ausschloß. Konsequenz durchgeföhrt hätte danach niemand wegen NS-Verbrechen bestraft werden können, denn die Hauptverbrecher Hitler und Himmler, auf deren Befehle sich jeder Bevolohigte letztlich hätte zurückziehen können, hatten sich ihrer Strafe ja bereits durch Selbstmord entzogen.

Das Nürnberger Urteil stellte demgegenüber darauf ab, daß gerade die in diesem Prozeß Angeklagten, die maßgeblich an der Errichtung der Nazi-Herrschaft beteiligt gewesen waren, sich jederzeit gefahrlos von der Bühne ihres Wirkens hätten zurückziehen können. Spätere Untersuchungen haben bewiesen, daß von einem generellen Befehlsnotstand im „Dritten Reich“ keine Rede sein konnte.

Die Verteidigung argumentierte im Prozeß zusätzlich mit dem Argument, daß auch von den Alliierten Kriegsverbrechen begangen worden seien, die ungesagt blieben. Dem ist berechtigterweise — neben dem Verweis darauf, daß der „totale Krieg“ keine Erlösung der Alliierten war und sich die systematisch geplanten und durchgeführten Ausrottungsfeldzüge der Nazis kaum gegen alliierte Kriegsverbrechen aufrechnen lassen — entgegengehalten worden, daß auch auf anderen Rechtsgebieten Rechtsgutverletzungen vorkommen, die ungeahndet bleiben, ohne daß deswegen aber die Rechtswirksamkeit solcher Handlungen infrage gestellt sei.

Nürnberg eher „kontraproduktiv“?

Keineswegs sollte die Ablehnung der Positionen der Verteidigung damals und der hiezulande bis heute vorherrschenden Polemik gegen die Nürnberger Prozesse dazu führen, jeden gegen diese Verfahren erhobenen Einwand heiselt zu wachen.



Albert Speer in Haft

So sind ernstzunehmende Zweifel daran geäußert worden, ob justizformige Verfahren wie das vor dem IMT überhaupt geeignete Mittel zur Zerschlagung des faschistischen Apparates sein konnten. Danach habe Nürnberg eher kanalisierende Wirkung gehabt und so die notwendige „revolutionäre Katharsis“ (Ridder) behindert. Auch der konkrete Ablauf des Verfahrens habe diesem Ziel mehr geschadet als genutzt.

Der erste genannte Einwand kann hier nicht erschöpfend diskutiert werden. Ob der Verlauf des Übergangs vom Faschismus zur bürgerlichen Demokratie wesentlich anders verlaufen wäre, ob ein radikalerer und konsequenter Bruch stattgefunden hätte, hätte man die Bestrafung der NS-Verbrecher „den Volksmassen“ überlassen, muß bezweifelt werden. Die Bedingungen, die einen revolutionären Umbruch von innen heraus in Deutschland verunmöglichen, hatten wohl auch ohne den Prozeß ihre Wirkung entfaltet.

Richtig ist aber auf jeden Fall, daß der Ablauf der Verfahren eine Reihe von Tragwunden aufwies, die den Glauben in die Ernsthaftigkeit der Bemühungen zur Fajnazifizierung nicht gerade erhöhten. Zurückzuführen sind diese Vorgänge auf die unterschiedlichen Positionen der beteiligten Mächte. So konnte man sich trotz des Drängens der SU nur mühsam darauf einigen, Vertreter des deutschen Kapitals auf die Lasse der Angeklagten zu setzen. Bezeichnenderweise tauchte auf ihr schiedlich lediglich der Name des schon senken Gustav Krupp auf, gegen den dann auch prompt wegen Krankheit nicht verhandelt werden konnte. Den Antrag, zusätzlich dessen Sohn Alfred Krupp anzuklagen, lehnte das Gericht ab. Ebenso war bei dem Bankier und früheren Reichsbankpräsidenten Schacht schon in einem frühen Stadium des Verfahrens klar, daß er — vor allem auf Druck des US-Außenministeriums, zu dem er auch im Krieg Kontakte gepflegt hatte, sowie britischer Bankiers — nicht verurteilt werden würde.

Der ursprüngliche Plan, nach dem Verfahren gegen die „Hauptkriegsverbrecher“ auch die führenden Industriellen und Kriegsgewinnler vor dem IMT anzuklagen, wurde auf Druck der USA, die inzwischen eine Politik der ökonomischen, politischen und militärischen Rekonstruktion Deutschlands (bzw. eines westlichen Teils) verfolgten, fallen gelassen. Stattdessen fanden kleinere Verfahren vor von den einzelnen Alliierten gestellten Gerichten statt, deren Urteile so milde ausfielen, daß — nimmt man die von später einsetzende Praxis der Amnestierung hinzu — von einer ernsthaften Strafverfolgung der eigentlichen Hintermänner und Nutznießer des faschistischen Systems kaum die Rede sein konnte. Auf diesem Gebiet jedenfalls hatte sich das „Kriehen-Prinzip“ ohne Ausnahme durchgesetzt.

Insgesamt betrachtet ist es eher erstaunlich, daß trotz der in der Anti-Hitler-Koalition angelegten Widersprüche die Prozesse überhaupt durchgeführt wurden. Ihr Zustandekommen wird wohl nicht zu Unrecht auf die spezielle historische Konstellation, vor allem auf den nach dem gewonnenen Krieg erheblich gewachsenen internationalen Einfluß der Sowjetunion sowie den von den ungeheuren Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands ausgehenden Druck der Weltmeinung zurückgeführt. Daß diese Bedingungen sich wenig später vollständig änderten, sollte nicht den Blick auf die historische Bedeutung des Nürnberger Prozesses verstellen.

A., Bremerhaven

Tod von Günter Sare: Verantwortliche spielen auf Zeit

Frankfurt. Zweieinhalb Monate nach dem Tod des antifaschistischen Demonstranten Günter Sare unter einem Wasserwerfer der Polizei gibt es noch immer keine amtliche Version der ermittelnden Staatsanwaltschaft, der Polizei, des hessischen Innenministers oder des von ihm erfragten „unabhängigen Untersuchungsbeauftragten“ Erkel zu den Verantwortlichkeiten für das Unglück.

Nach wie vor wird der Rechtsanwalt, der Mutter von Günter Sare die Einsicht in die Unterlagen der Staatsanwaltschaft verweigert, müssen sich ihre Ermittlungen also auf die Vernehmung gutwilliger Zeugen beschränken. Die Vernehmung der Tatzeugen und Beteiligten, von der anderen Seite, der Polizei, des Innenministers, des Verfassungsschutz, Polizeistrategen aus Präsidium und Ministerium bleibt für sie tabu. Dadurch gerät der Staatsapparat in einen kaum wettzumachenden Informationsvorsprung, können Spuren verweht, Aussagen stimmig und eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden.

Auch ein Antrag der Landtagsfraktion der Grünen auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses wurde mit den Stimmen aller übrigen Parteien abgelehnt. Aber damit nicht genug: Der Innenminister Winterstein verweigert seinen grünen Bündnispartnern die Beantwortung einer Vielzahl von Fragen, die diese im Innenausschuß der Hessischen Landtags gestellt hatten und verwies auf den für den 22. Januar '86 angekündigten Bericht seines sog. „unabhängigen Untersuchungsbeauftragten“, des ehemaligen Staatssekretärs im Bundesjustizministerium, Erkel.

Dies ist starker Tobak. Es soll ja gelegentlich vorkommen, daß Justiz und Verwaltung ihre Aufgaben miteinander ganz ordnungsgemäß erfüllen, wie wir alle noch aus dem Gemeinschaftskundeunterricht wissen. Dieser Vorbehalt ist bei der Aufklärung eines durch die Polizei zu verantwortenden Todesfalles mehr als angebracht. Für diesen Fall haben demnach auch Verfassungen (wie und wieder beim Gemeinschaftskundeunterricht) der Legitimation gleichfalls Untersuchungsmöglichkeiten eingeräumt, um die Arbeit der Verwaltung und der Justiz zu kontrollieren. In Frage kommen für die Politiker dabei Artfragen, Ausschlußberatungen, Landtagsdebatten und als schärfstes Mittel der parlamentarische Untersuchungsausschuß mit einem verbrieften Recht, Zeugen zu vernahmen, Akten einzusehen und Beweise zu erheben. Durch die Weigerung der großen Landtagskoalition von SPD, FDP und CDU, einen solchen Ausschuß zu installieren, durch die Weigerung des Innenministers Win-

terstein, die parlamentarischen Fragen zu beantworten, wird deutlich, daß gemauert werden soll. Der Verweis des Innenministers auf den Bericht von Erkel ist insofern eine Brückierung der parlamentarischen Untersuchungsrechte der grünen Fragesteller. So erklärt es auch die Grünen: „Die Beauftragung eines externen Untersuchungsführers entbehrt der Landesregierung nicht davon, dem Parlament Rede und Antwort zu stehen.“ Qui gebührt Löwe! Um direkt danach keinerlei Anlaß für irgendwelche Sanktionen gegen den großen Koalitionspartner SPD zu sehen.

Über die Beratungen im Innenausschuß wurde Vertraulichkeit vereinbart. Es darf vermutet werden, daß die SPD damit verhindern will, daß hier gelang unbedachte Äußerungen hoher Polizeifunktionäre, die im Widerspruch zu späteren „Ermittlungsergebnissen“ des Krisenstabsspezialisten Erkel stehen könnten, gar nicht erst an die Öffentlichkeit gelangen. Wir werden sehen.

Aber auch die Grünen selber dürften nur ein geringes Interesse an einer umfassenden Erörterung des gesamten Komplexes haben. Darin dürfte der Grund für die schnelle Akzeptanz Erkels durch die sozialpolitischen Wortführer der Landtagsgruppe liegen. In einer umfassenden Erörterung wurde ungewiss, auch für die Öffentlichkeit nachvollziehbar zur Sprache kommen, daß die Grünen im hessischen Landtag 1983 unter dem Titel 811 01 042 der Anschaffung zweier Wasserwerfer vom Typ Wawe 9 für 1,42 Mio. DM zustimmten, unter dem gleichen Titel weiterhin die Verpflichtungsermächtigung zum Ankauf zweier weiterer Wasserwerfer gleichen Typs für 1984 absegneten und 1984 wiederum unter dem Titel 811 01 042 ihr Placet für noch einen Wasserwerfer für 725.000 DM gaben. Kann man noch sagen, daß die Zustimmung zum Haushalt '83 rückwirkend für schon ausgegebene Mittel der Landesregierung erfolgte, so gilt für die Verpflichtungsermächtigungen und den Haushalt '84, daß die Grünen für zukünftige Anschaffungen gestimmt haben.

Grüne Würdenträger haben explizite Stellungnahmen auf diesen Vorwurf bisher umgangen, dafür aber jeden, der ihn erhob, der „Leichflederei“ bezichtigt. Julia Dufurth soll auf dem grünen Bundespartentag aus dem Bundesvorstand abgesetzt werden, wegen der Erhebung dieser sachlich berechtigten Vorwürfe. Handelt es sich bei diesem Vorgehen um die Anerkennung des „staatlichen Gewaltmonopols“? Dann gute Nacht!

KB/Gruppe Frankfurt

NPD kommt wieder — NSDAP-Verbot 'aufgehoben'?

Wenige Wochen nach dem Tode von Günter Sare wollte die NPD es erneut wissen. Wieder bemühte sie sich in Frankfurt am öffentlichen Räume der städtischen „Saalbau GmbH“. Diese versagte der NPD ihre Einrichtungen, woraufhin die Rechtsparität vors Verwaltungsgericht zog. In einem Beschluß wies das Verwaltungsgericht die NPD ab, mit einer in der Geschichte der BRD bisher wohl einmaligen Begründung. Dabei blieb es nicht lange, in der nächsten Instanz, dem Verwaltungsgerichtshof Kassel, bekam die NPD dann doch Recht. Der regenteile Kasseler Beschluß ist nicht weniger aufsehenerregend.

Auf Anweisung von CDU-OB Wallmann hatte die unter städtischer Regie stehende Saalbau GmbH der NPD in den vergangenen Jahren schon wiederholt die Nutzung ihrer Räumlichkeiten versagt. Das zuständige Verwaltungsgericht hob bisher diese Versagung regelmäßig wieder auf, da auf Wallmanns Weisung das Saalverbot gegen die NPD lediglich mit einer „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ durch Gegendemonstrationen, keineswegs jedoch mit dem rechtsradikalen Charakter der Veranstaltungen selber begründet worden war. Wallmann stellte also in seiner Begründung auf Argumente aus dem Bereich Gefahrenabwehr / Polizeirecht ab, anstatt auf die Verfassungswidrigkeit des Auftretens der Neonazis. Genauso verfuhr er auch bei den von ihm verfügten Versammlungsverboten gegen die NPD.

Nun gehört es zum kleinen Einmaleins des Verwaltungsrechts, daß nicht gegen den Angegriffenen, mag er auch Verursacher sein, sondern gegen den sogenannten „Störer“ vorgegangen werden muß, um die Gefahr abzuwehren. Das weiß Wallmann, der Ex-Richter, genau und natürlich erst recht seine Amtsjuristen. Deshalb war es auch verlogen, wenn Wallmann sich, die Träne im Knopfloch, in der Öffentlichkeit regelmäßig hinstellte und erklärte: „Ich habe das Auftreten der NPD ja immer verboten, aber die Richter haben meine Entscheidung immer aufgehoben.“ Nach vierzehn derartigen „Niederlagen“ wurde seit einem Magistratsbeschluß im September 1984 der NPD überhaupt nicht mehr entgegengetreten.

Nach dem Tod von Günter Sare Ende September änderte sich das wieder. Die NPD wollte in verschiedenen Bürgerhäusern Räumlichkeiten anmieten, u.a. zur Abhaltung sog. „Weihnachtsfeiern“. Wannmann wies die Saalbau GmbH an, die Mietverträge wieder mit der üblichen Begründung zu verweigern.

Doch diesmal erzielte die NPD vor dem angerufenen Verwaltungsgericht eine Abfuhr: Das Gericht verweigerte den Neo-Nazis den Erlass einer „einstweiligen Anordnung“ nicht aus Gründen der Sicherheit und Ordnung, sondern weil die geplante Veranstaltung gegen bestehende Gesetze verstoße. Das Gesetz Nr. 5 der Militär-Regierung Deutschland Kontrollgebiet des Obersten Befehlshabers (Alliiertes Kontrollratsgesetz), habe die NSDAP einschließlich der von ihr betriebenen, aufgebauten und kontrollierten Organisationen aufgelöst und verboten. In Ziffer 4 dieses Gesetzes heißt es: „Jede Tätigkeit seitens der von der Militärregierung aufgelöst oder geschlossenen Organisationen, deren Offiziere oder Mitglieder, und irgendwelche Handlungen zwecks Fortsetzung oder Erneuerung solcher Tätigkeit in irgendeiner Form sind verboten.“

Nach Artikel 139 Grundgesetz (GG) werden die zur Befreiung des Deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften von den Bestimmungen des GG nicht berührt. Das gelte nach Ansicht der Frankfurter Verwaltungsrichter insbesondere auch für das sogenannte Parteienprivileg des Art. 21 Abs. 2 GG. Der deutsche Verfassungsgeber habe mit der Aufnahme des Art. 139 in Grundgesetz die Bestimmungen, wie sie im Kontrollratsgesetz Nr. 5 enthalten sind, ausdrücklich gebilligt und zwar auch für den Fall, daß sie mit anderen Bestimmungen des GG kollidieren.

Art. 139 Grundgesetz
Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

Diese Ausnahme vom allgemeinen Diskriminierungsverbot sei historisch gewollt gewesen und solle die Überwindung des Nationalsozialismus auf Dauer erleichtern. Mit der im Art. 139 GG wie auch in Art. 158 Hessische Verfassung zum Ausdruck gebrachten Entscheidung

Art. 158 Hessische Verfassung
Die verfassungsmäßigen Freiheiten und Rechte können nicht den Bestimmungen entgegengehalten werden, die erlassen sind oder vor dem 1. Januar 1949 noch erlassen werden, um den Nationalsozialismus und den Militarismus zu überwinden und das von ihm verschuldete Unrecht widergutzumachen.

segne der Gesetzgeber die antinazistischen Gesetze der Besatzungsmächte mit seinem eigenen Willen ab und habe ihnen verfassungsrechtliche und eigene innerstaatliche Legitimität verliehen. Nicht nur, daß sich die Frankfurter Verwaltungsrichter erstmals der Existenz des Artikels 139 im Grundgesetz erinnerten (und sich damit in Gegenstand zu dem sog. verfassungsrechtlichen „Standardkommentar“ Maunz-Düring-Herzog wendeten, der diesen Artikel als „obsolet“ disqualifiziert), sie wandten das Kontrollratsgesetz Nr. 5 auch auf die NPD an! Es gebe Anhaltspunkte, befanden die Richter, daß die Tätigkeit dieser Partei als Erneuerung der verbotenen nationalsozialistischen Tätigkeit anzusehen sei. Dies lasse einerseits die Befürchtung der städtischen „Saalbau GmbH“ wegen Verstößen gegen die öffentliche Sicherheit als berechtigt erscheinen. Das Ansinnen der NPD scheiterte aber auch wegen des Verstoßes gegen die geltenden Gesetze. Die NPD orientiere sich an der im Nationalsozialismus schon einmal verwirklichten Idee. Dies schlossen die Richter (anhand von Verfassungsschutzberichten) aus der Volksgemeinschaftsideologie, dem Bekenntnis zur Ungleichheit der Völker und den rassistischen und repressiven Aussagen der NPD. Auch am Stil der NPD lasse sich zumindest eine nahe Verwandtschaft mit dem Nationalsozialismus erkennen. Abgerundet wird die Qualifizierung der NPD mit Zitaten zur „Propagandakampagne der deutschen Kriegsschuld“. Sauber, Euer Ehren!

Bei aller Anerkennung der antifaschistischen Argumentation des Gerichts muß mensch sich doch fragen, warum die Kammer in der 15. Sitzung dieser Art plötzlich ihre neuen Erkenntnisse darlegt. Liegt es daran, daß nach Jahren „vor allem durch das Wirken der VVN-Bund der Antifaschisten, der Verfassungsschutz“-Artikel 139 gegen die Verschleierrungsmaßnahmen der Behörden ins öffentliche Bewußtsein gerückt werden konnte? („DVZ“ / die lat“, 29.11.85)? Oder liegt es an „der neuen Qualität unserer Offensive“, wie Frankfurter Autonome gerne annehmen?

Fortsetzung nächste Seite

Frankfurter Stahlhelmfraktion



28.9.1985. Der Demonstrant Günter Sare wird von einem Wasserwerfer der Polizei überrollt und getötet. Ein besonders widerwärtiges Cocktail stimmte die unweit vom Tütor (Ecke Hufnagel-Kirchhof/Frankfurter) hausende Gallus-Adressat (CDU) in ihrem Blättchen „Gallus Echo“ an.

Unter der Überschrift „Randalisierender Mob“ heißt es in der Oktober-Ausgabe: „Der Staat ist das Ziel der Zerstörung. Auch dem schlichsten Antifaschisten muß inzwischen klar geworden sein, daß Faschismus, Apartheid, Sturzhahn West u.ä. nur Vehikel sind, um den Staat — das heißt unsere parlamentarisch-demokratische Gesellschaftsordnung — zu treffen. Dies ist auch unschwer zu erkennen an den Slogans, die die rot-grünen Faschisten in den letzten September-Oktoberjahren auf Frankfurts Straßen skandalierten. „Faschismus und Flamme für diesen Staat“.

Weitere Kostprobe: „Hurzerkrieg in einer Demokratie: ein größerer gesellschaftspolitischer Widerstand ist kaum denkbar. Zumindest in einem Staat, der zunehmend vor der Gewalt zurückweicht und den Bürger sich selbst überläßt.“ „Wenigstens einige Bürger stehen ohne Wenn und Aber hinter ihrer Polizei.“ „Die Politiker lassen die Polizei für durch Medien-Kritik verurteilten Regierungen stehen. Wie können sie es dem Amt zu schürferer Gesetzgebung fehlt und zweitens das Stiefvermögen, auch mal zu erklären, daß sich links-verdrehte Demonstrationen gesetzwidrig, inhuman, ja handstehhaft gegenüber Polizei und Bevölkerung verhalten haben. Es ist mehr als merkwürdig, daß eine Woche nach dem Unglücksfall noch kein Politiker ein anerkennendes Wort für die Polizei gefunden hat. Stattdessen wird die Benutzung des Wasserwerfers nicht nur verhört wie bei einem Dienststrafverfahren, sondern auch Untersuchungen auf eidestattlicher Ebene angestellt.“

Nach dem Motto „Nicht kloekern, sondern kloeken“ geht's braun munter weiter. „Eine Polizeitruppe im Einsatz“.

Wasserwerfers nicht nur verhört wie bei einem Dienststrafverfahren, sondern auch Untersuchungen auf eidestattlicher Ebene angestellt.

Nach dem Motto „Nicht kloekern, sondern kloeken“ geht's braun munter weiter. „Eine Polizeitruppe im Einsatz“ kann es sich nicht leisten, ihre Handlungen politisch abzuwaschen oder gar die Geschwindigkeit ihrer Fahrzeuge auf den Rhythmus von Bürgerkriegsspielen einzustellen.

Und: „Es ist nunmal die Aufgabe der Polizei, die friedliche Bürgerschaft vor Unruhe zu bewahren. Die Ordnungshüter haben bei ihrer Pflichterfüllung keine Rücksicht zu nehmen auf vorübergehende Konventionen in Westdeutschland.“

Noch klarer: „Die totale Demokratie taugt nicht für viele Deutsche. Sie führt zur Anarchie.“

Auf breiten Protest stießen die Provokationen; selbst die „FR“ sprach von einem rechtsradikalen Pamphlet. Allerdings, Der Vorsitzende der CDU-Stadtvorordnetenfraktion im Römer, Wenderoth, hat sich nicht nur nicht distanziert, sondern gab ausdrücklich seinen Segen und erklärte, er könne das braune Geklotz sogar „Wort für Wort unterschreiben“.

Anschließend auch dadurch ernannt, teilte die November-Ausgabe des „Gallus Echo“ frühlich: „Wir bleiben dabei“.

Die Oktoberausgabe der Stadtzeitung habe noch „wesentlich zurückhaltender kommentiert, als viele Bürger im Gallus ihre Meinung bei Gesprächen zum Ausdruck brachten.“ „Es ist interessant, wie empfindlich linke Gruppen und deren Steigbügelhalter auf den Inhalt des Artikels „Randalisierender Mob“ reagieren. Während viele der Empfindlichen vor Empörung aufschrien, überschütteten sie gleichzeitig die CDU-Gallus mit abfälliger Kritik, die selbstverständlich noch dankend aufgenommen werden soll. Vorstand und Mitglieder des CDU-Ortsverbandes stießen Wort für Wort hinter dem, was Gerhard Wenderoth anlässlich seiner Pressekonferenz erklärte. Dabei nehmen wir keine Rücksicht auf das Geschreibsel eines Kommentators der Frankfurter Rundschau, der unser Blättchen ein „rechtes Kampfbüchlein“ nennt. In guter linker Manier werden uns gleich noch deutlich erkennbare reaktionäre Tendenzen vorgeworfen.“

Im Übrigen haben inzwischen heftige Auseinandersetzungen stattgefunden, auch Eier wurden dabei geschleut. Im alten Frankfurter Arbeiterviertel Gallus ist der Ausländeranteil mit 40% besonders hoch. Es verwundert nicht, daß die Weizsäcker-Partei 1984 hier einen deutschnationalen kommunalen Wahlkampf betreiben hat. Die neue, und keineswegs weibewegende, hessische Ausländerpolitik wurde im „Gallus Echo“ so kommentiert: „Und das bedeutet Jugendliche Mörder Tod“.

Daß die Weizsäcker-Partei 1984 hier einen deutschnationalen kommunalen Wahlkampf betreiben hat. Die neue, und keineswegs weibewegende, hessische Ausländerpolitik wurde im „Gallus Echo“ so kommentiert: „Und das bedeutet: Jugendliche Mörder, Tod, Schlächter, Vergewaltiger, Erpresser, Schlächter dürfen nicht, wie das Bundesgesetz es vorsieht, von den Ausländerbehörden ausgewiesen werden.“ (Wendepolitiker Wenderoth) Allerdings reichten die Stimmen für keine CDU-Mehrheit im Ortsbeirat, die besitzten SPD und Grüne.

Wachsamkeit ist angesagt. So tauchte an Gallus Mauern der Spruch auf: „Günter Sare war Jude“. Man braucht nicht lange zu überlegen, wie der Satz gemeint ist.

O., ffm.

Uni Hohenheim-Stuttgart:

Ein Platz für Rassisten?

Das Asia-Mitglied Anke Righers wird vom Uni-Präsidenten mit Strafen bedroht, weil sie gegen einen rassistischen Vortrag protestiert hatte.

Dies ist die unruhigste Geschichte, die schon im Sommer 85 der Universität Hohenheim (Stuttgart) und ihrem Alleinherrscher Turner eine zweifelhafte Aufmerksamkeit von Presse, Rundfunk und Fernsehen bescherte.

Was war damals vorgefallen?

Im Sommersemester 85 war der Soziologe Hepp (Osnabrück) zu einem Gastvortrag im Rahmen des Studiums Generale eingeladen worden. Sein Thema: „Aufstieg in die Dekadenz — die Verdrängung der bevölkerungspolitischen Probleme der BRD“.

Forschungen von studentischer Seite ergaben, daß Prof. Hepp u.a. in einer Broschüre „Deutschland ohne Deutsche“ — gedruckt und vertrieben über den Schutzband für das Deutsche Volk“ und erschienen im Grabert Verlag, Tübingen — veröffentlicht hatte, in der er u.a. schreibt: „Dekadente Nationen haben immer Nachbarn von frischerer Lebenskraft, die auf ihren Gebieten kein Auskommen finden. Immer mehr Immigranten überschreiten daher die Grenzen, überschwemmen das Land, unterwandern zuerst die unteren Schichten des Gesellschafts, bis sie nach und nach die ursprüngliche „ethnische Masse“ ersetzen.“ Und: „Unfruchtbare Emanzen können kinderreiche Ausländerfamilien betreiben, katholische Bischöfe können sich in der Pose Nathans der Weisen üben und Staatsanwälte haben nach dem Aussterben der Weltkriegsgefahr endlich wieder Gelegenheit, bedürftige Deutsche wegen „Volksverhetzung“ und „Aufstachelung zum Rassenhaß“ zu verfolgen.“

Nachfragen an der Universität Osnabrück ergaben weiterhin, daß Prof. Hepp dort seit langem umstritten ist. Unter anderem auf Initiative der IG Metall war seine Lehrbefugnis durch den NRW Wissenschaftsminister Casens geprüft und — natürlich — nicht entzogen worden. Die Äußerungen Hepps seien durch die Wissenschaftsfreiheit gedeckt. Bereits im April 85 forderten deshalb die studentischen Senatsmitglieder unter Wortführung von Anke Righers Unipräsident Turner auf, Hepp wieder auszuladen und wollten diesen Antrag auch ganz formell in der Großen Senatsitzung am 8. Mai (!) diskutieren und zur Abstimmung vorlegen. Doch bereits die Aufnahme des Antrags in die Tagesordnung wurde von der Mehrheit mit 12 : 12 Stimmen

auf, Hepp wieder auszuladen und wollten diesen Antrag auch ganz formell in der Großen Senatsitzung am 8. Mai (!) diskutieren und zur Abstimmung vorlegen. Doch bereits die Aufnahme des Antrags in die Tagesordnung wurde von der Mehrheit mit 12 : 12 Stimmen abgelehnt.

Viele Gruppierungen aus einem breiten politischen Spektrum wandten sich daraufhin an Prof. Turner mit der Aufforderung, die Einladung an Hepp rückgängig zu machen, darunter SPD, Grüne, DGB, Interessengemeinschaft ausländischer Mitbürger, zahlreiche Frauengruppen, VVN/BdA, Auslan-

der Ausschuß der Stadt Stuttgart, ASien der Uni Marburg, Frankfurt, Göttingen, Dortmund, Osnabrück. Das Konzeil der Universität Osnabrück verabschiedete am 5. Juni eine Resolution, in der sich 137 Wissenschaftler von Hepps Thesen distanzieren. Diese Resolution wurde auch an den Hohenheimer Unipräsidenten geschickt. Doch Turner hielt an der Einladung fest, obwohl nur noch die NPD den Vortrag Hepps unterstützte.

Der 8. Juli 85

Am 8. Juli kam Hepp nach Hohenheim — und mit ihm ca. 1.000 Menschen, die in der überwiegenden Mehrheit der Meinung waren, daß die unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit vorgenommene Verbreitung von rassistischem und faschistischem Gedankengut verhindert werden soll. So wurde das Podium des Hörsaals spontan von über 100 Personen besetzt, unter ihnen auch Anke Righers. Nach tumultartigen Szenen — die Presse sprach später vom „Hexenkessel“ — und unter den Rufen „Nazis raus“ mußte Hepp unverrichteter Dinge wieder abziehen. Präz. Turner erklärte noch an Ort und Stelle, daß er den Soziologen nicht wieder einladen würde — der „Aufwand“ sei zu groß. Die Aktion war ein voller Erfolg für den demokratischen Protest gewesen.

Nachspiel zum Fall Hepp

Uni-Präsident beschimpft Politiker

„Das geht Sie einen Dreck an.“ Mit dieser Äußerung des Präsidenten der Universität Hohenheim, George Turner, hat nach Berichten von Teilnehmern gestern Abend ein Gespräch zwischen den Beschäftigten von Hohenheim und Pleniaren und Vertretern der Universität Hohenheim geendet. Nach einem zweistündigen Gespräch hatten sich Grüne und SPD bei Turner für jene Studenten ausgesprochen, denen wegen des Falles Hepp ein Ordnungsverfahren droht. Turner hat auf die Äußerungen der Politiker sehr heftig reagiert und damit gefährdet, das Gespräch abbrechen. Diese Reaktion war für mich völlig unverständlich, kommentiert Stadtrat Dr. Rainer Kuhnau: „Der Vorgang Grüne und SPD verließen unter Protest den Saal.“

„Stuttgarter Zeitung“, 27.11.85

Ein Sieg für die Demokratie! Nicht ganz

Denn Mitte Oktober wurde bekannt, daß gegen Anke Righers ein von der Universität eingeleitetes Ordnungsver-

Ein Sieg für die Demokratie! Nicht ganz

Denn Mitte Oktober wurde bekannt, daß gegen Anke Righers ein von der Universität eingeleitetes Ordnungsver-

fahren läuft. Das Ordnungsverfahren stützt sich auf das Universitätsgesetz, das in BaWo gleichzeitig mit der Verabschiedung des Landeshochschulgesetzes und der Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft eingeführt wurde.

Es steht vor, daß eine sogenannte „Einleitungsbehörde“, deren Leiter

der Stuttgarter Staatsanwalt Dr. Schick ist, angeblich unabhängig von der Universität ermittelt und dessen Ermittlungsergebnis dann dem Unipräsidenten mitteilt. Dieser kann dann in alleiniger Entscheidungsbefugnis eine Ordnungsmaßnahme „ausprechen“, z.B. Hörsaalverbot, Rauswurf aus Grenzen, bis hin zur Exmatrikulation. Bemerkenswert an diesem Fall ist, daß sich vor allem Turner in diesem Verfahren gleichzeitig als Ankläger, Zeuge und Richter betätigt — eine Unmöglichkeit in einem „normalen“ Strafverfahren.

Der Antrag des Staatsanwaltes ging an der Uni am 22.11.85 ein. Er fordert gegen Anke den Ausschuß aus den universitären Gremien (d.h. Senat und Fakultätsrat) für die Dauer von zwei Semestern, Anke, die bis zum 3.12. Zeit hatte, dazu eine Erklärung abzugeben, ließ über ihren Rechtsanwalt Thomas Fischer verlauten, daß sie gegen jede Maßnahme vor dem Verwaltungsgericht klagen wird, da sie schon die Einleitung des Ordnungsverfahrens als Ungerechtheit und Diffamierung von politisch aktiven Studenten insgesamt einschätzt. Das Ordnungsrecht ist eine Methode, alle Studenten, die unter den besonders in BaWo restriktiven Bedingungen an den Hochschulen noch aktive Politik betreiben, einzuschüchtern. Dies ist in der Vergangenheit auch immer wieder gelungen. Erinnerung sei hier nur an die massenhaften Exmatrikulationen in Heidelberg.

Es ist allerdings auch immer wieder gelungen, auf der Grundlage einer persönlichen Betroffenheit von vielen Studenten einen breiten Widerstand gegen Ordnungsverfahren zu organisieren und Turner so unter Druck zu setzen, daß eine harte Bestrafung des „Übeltäters“ ihm politisch nicht mehr opportun erschien. Dies war z.B. 1977 der Fall, als gegen drei ASIA-Mitglieder in Hohenheim Ordnungsverfahren liefen. Daß Turner auf Druck sensibel reagiert, belegt der gegen abgedruckte Zeitungsausschnitt auf ausdrucksvoller Weise.

Zur Zeit steht seine endgültige Entscheidung noch aus. Man muß nun abwarten, ob die Berichterstatter in Presse, Rundfunk, Fernsehen, die Intervention der SPD im Landtag und nicht zuletzt die Aktionen an der Uni selbst ihr Ziel erreicht haben. Die aktuellste Aktion: Am Mittwoch, den 4.12., sollten 1338 Protest-

Unterschriften Herrn Turner übergeben werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn beg werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die demnach sein Büro betreten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein

Wie man eine „terroristische Vereinigung“ macht, demonstrierten Bundesanwaltschaft und Ermittlungsbehörden exemplarisch in Hannover.

Seit am 1. Juni vor dem Verwaltungsgebäude der Messe-AG ein „Attentäter von einer Bombe zerfetzt“ wurde (Presselogos), ermittelt man hier nach §129a nach einer vermeintlichen „terroristischen Vereinigung Wirtschaftswunderkinder“. Fünf durchgeführte bzw. geplante Anschläge mündeten die Bundesanwaltschaft mittlerweile den fünf der Mitgliedschaft oder Unterstützung Beschuldigten zuordnen. Obwohl von denen — nach der Haftaussetzung für Horst Monnecke im September und der Einstellung der Ermittlungen gegen einen Beschuldigten — nur noch Isabel Jacob in Untersuchungshaft sitzt, wurde der Haftbefehl gegen sie ausgeweitet. Gesucht wird außerdem nach weiteren „unbekannten Personen“.

Keine Erziehungshaft für den Zeugen Albrecht W.: Aussetzung des Haftbefehls für Horst Monnecke — diese beiden erfreulichen Nachrichten erreichten Ende September die von den 129a Ermittlungen Betroffenen.

Von Albrecht, einem ehemaligen Mitbewohner Isabel Jacobs, die als Hauptbeschuldigte seit Anfang Juni in Untersuchungshaft sitzt, hatte die Bundesanwaltschaft vor allen Dingen etwas über Isabels politische Einstellung zum Staat und zur Gewalt wissen wollen. Nachdem Albrecht trotz Androhung von Beugehaft mehrmals eine Aussage zu diesem Punkt vor der Bundesanwaltschaft verweigert hatte, mußte er am 19.9. vor Ermittlungsrichter Gollwitzer am BOH erscheinen. Wider Erwarten beschränkten sich die Fragen auf die Vorfälle am 2. Juni, zu denen Albrecht bereits öffentlich erklärt hatte, nichts aussagen zu können. Er war aus der gemeinsamen Wohnung mit Isabel schon längere Zeit vorher ausgezogen.

Daß die sachlich ungerechtfertigte und zudem ergebnislose Vernehmung trotzdem durchgeführt wurde, diente offensichtlich der Bundesanwaltschaft dazu, ihr Gesicht zu wahren. Noch überraschender kam die Aussetzung des Haftbefehls gegen Horst Monnecke. Nach mehr als drei Monaten Untersuchungshaft konnte Horst am 24.9. die Braunschweiger Justizanstalt verlassen. Er war wenige Tage nach der Explosion am Messengelände zunächst unter der Beschuldigung der Unterstützung, später der Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ verhaftet worden. Über die vorliegenden „Beweise“ für die Untersuchungshaft waren ebenso dürftige und widersprüchliche Angaben gemacht worden, wie über die Gründe zur Haftaussetzung. Sie sei „nach dem Stand der Ermittlungen zu verantworten“, heißt es dazu im Entlassungsbescheid. Die Entlassung selbst war durch einen Anruf beim Anwalt von der BAW initiiert worden. Zudem wurde dem Anwalt von Horst unter der Hand mitgeteilt, daß die Ermittlungen wahrscheinlich Anfang Dezember abgeschlossen seien.

Die 'Wirtschaftswunderkinder' aus Hannover oder »Die Terroristen sind nicht vom Himmel gefallen«

(Dregger im Bundestag, 1977)

Einschätzungen allerdings, nach denen „die Haftentlassung von Horst als indirektes Eingeständnis der BAW, daß ihre Konstruktion auf tönernen Füßen steht“ zu werten sind und damit verbundene Hoffnungen erwiesen sich als trügerisch. Nach der Freilassung von Horst wurde von Isabel und ihrem Anwalt ein außerordentlicher Haftprüfungsantrag beantragt. Er fand am 5.11. statt und endete mit einer Erweiterung des Haftbefehls wegen unerlaubtem Waffenbesitz und wegen eines Sprengstoffanschlags am 10. Mai vor dem Gebäude des Einzelhandels in Hannover. Seit Anfang Juli waren die Ermittlungen auf diesen Anschlag mit ausgedehnt worden. Ein Sprengkörper der Bundeswehr war angeblich im Keller von Isabels Wohnung gefunden worden. Allerdings war dieser Keller bereits am 3. Juni durchsucht worden. Warum der Sprengkörper erst jetzt, fünf Monate später, auftaucht, ist erstaunlich.

Bemerkenswert ist die Erweiterung des Haftbefehls auf den Anschlag am Einzelhandel, der sich auf ein Gutachten über die verwendete Bombe sowie auf einen Vergleich der Bekenntsschreiben zum Einzelhandel (unterschieden „die Unausstehlichen“) und der angeblich in 138 Exemplaren gefundenen Erklärung der Wirtschaftswunderkinder stützt. Wie aus einem an die Aussageverweigernden Zeugen gerichteten Schreiben und den Anträgen inzwischen überlieferten Akten hervorgeht, möchte die Bundesanwaltschaft den „Wirtschaftswunderkinder“ fünf durchgeführte bzw. geplante Anschläge zuordnen — Anschlag am 10.5. am Einzelhandelsgebäude in Hannover. Verwendet wurde eine sogenannte Kordelbombe. Ein Bekenntnisbrief, unterzeichnet „die Unausstehlichen“, wurde an die Presse verschickt.

Anschlag am 1.3. am Verwaltungsgebäude der Messe-AG, bei dem Jürgen Pemöller starb, mit einer Feuerlöschbombe. Zugeordnet wird diesem Anschlag die im Keller „gefundene“ Erklärung der Wirtschaftswunderkinder. Außerdem sei am Messengelände ein präparierter Wecker entdeckt worden, den die BAW — einer Kordelbombe zuordnen möchte, die laut besagtem Bekenntnisbrief am Wirtschaftswunderkinder in derselben Nacht explodieren sollte. Diese Kordelbombe wurde nicht gefunden. Dieser Punkt wird von der BAW u.a. als Beweis dafür herangezogen, daß es weitere Mitglieder der „Wirtschaftswunderkinder“ geben müßte. Derselben Nacht explodierten sonst diese Kordelbombe wurde nicht gefunden. Dieser Punkt wird von der BAW u.a. als Beweis dafür herangezogen, daß es weitere Mitglieder der „Wirtschaftswunderkinder“ geben müßte.

Desweiteren wird aus den „Keller gefunden“ einer „vorbereitete Kordelbombe“ genannt — genauer: ein Karton, in dem sich eine Plastiktüte mit Sprengstoff befunden hätte; der Karton sei noch nicht mit „Kordeln“ umwickelt gewesen und ein aufgebohrter Feuerlöscher der aus einem Ungeheuer gestohlen worden sei, in dem Isabel gearbeitet hatte.

Alle diese Behauptungen stützen sich im wesentlichen nur auf die „Fundel“, die man in Isabels Keller gemacht haben will (und bei dessen Durchsu-



chung unseres Wissens kein unabhängiger Zeuge dabei war). Laut Gutachten konnten die gefundenen Gegenstände bislang keinem der Beschuldigten zugeordnet werden. Einziges konkretes Ermittlungsergebnis war ein Fingerabdruck von Isabel auf einer Broschüre und die Entdeckung, daß Schaltvorrichtungen an zwei Bomben mit einem Fälschreiber derselben Sorte gemacht wurden. Erhärtet werden konnte auch eine Beteiligung Isabels an der Messexplosion nicht. Eine Gegenüberstellung mit dem Kleingärtner, aufgrund dessen Beobachtungen damals die bundesweite Fahndung gegen sie u.a. ausgelöst wurde, hat bis heute nicht stattgefunden. Weitere Zeugenangaben aus der Umgebung des Messengeländes liegen nicht vor. Vor diesem Hintergrund stützt sich die Beweisführung der Bundesanwaltschaft für die Existenz einer „terroristischen Vereinigung“ vorwiegend auf die politische Auswertung von Texten, die ebenfalls im Keller gefunden worden sein sollen. „Dieses (das Bekenntnisschreiben der Wirtschaftswunderkinder) und anderes sicherstelltes Schriftgut deutet darauf hin, daß sich nicht der tödlich verunglückte Jürgen Pemöller und die Beschuldigte Jacob hinter der Bezeichnung Wirtschaftswunderkinder verbergen, sondern daß sich zusammen mit ihnen noch weitere Personen zu einer Vereinigung zusammengeschlossen hätten, die einen revolutionären Umsturz herbeiführen wollten“ (aus dem Antrag an den Strafsenat bezüglich der Aussageverweigernden Zeugen). Angeführt werden Texte wie: „Konzept der Kaderguerilla“ oder Zitate wie „Zerschlagung des Systems“.

Aus der Beweisführung abgeleitet: Aussageverweigernden Zeugen) Angeführt werden Texte wie: „Konzept der Kaderguerilla“ oder Zitate wie „Zerschlagung des Systems“.

Ob diese Beweisführung ausreicht, die dritte „terroristische Vereinigung“ der BRD (bislang gibt es nur RAF und 2. Juni) aus der Taufe zu heben, bleibt abzuwarten. Abgesichert werden soll damit auf jeden Fall eine abschreckend hohe Verurteilung von Isabel.

Über Hannover hinaus weist auch das Vorgehen der Bundesanwaltschaft gegen die Zeugen, die Anfang Juli die Aussage verweigerten. Diejenigen, die Widerspruch gegen das gegen sie erhobene Ordnungsgeld erhoben hatten, erhielten im November eine fünfzehnstündige Siedlungnahme der BAW (anstelle

eines Dreizehners, der angesichts der Rechtslage zur Durchsetzung der Ordnungsgelder vollends genügt hätte). Neben einer ausführlichen Beschreibung des Ermittlungsstandes gegen die Wirtschaftswunderkinder enthält das Papier den Vorwurf des kollektiven Aktes der Zeugenverweigerung — dessen politischer Hintergrund mit einem langen Zitat aus einem Zeugenflugblatt nahegelegt wird — sowie eine genaue Auflistung der Fragen, die an die Zeugen gestellt werden sollten.

„Im einzelnen sollten die Zeugen danach befragt werden, ob sie einzelne oder alle Beschuldigten kennen, wann sie die Beschuldigten zum letzten Mal gesehen hatten, ob sie anwesend waren, als die Beschuldigten über Themen wie Terrorismus, Revolution, gewaltsame Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung, militante Anschläge und anderes gesprochen haben, ob sie aus eigenem Wissen sagen konnten, wie die Beschuldigten militante Aktionen gegenüberstanden, ob sie bei einem Besuch in den Wohnungen der Beschuldigten Gegenstände bemerkt hätten, die mit der Herstellung von Sprengkörpern im Zusammenhang stehen und ob sie weitere ergänzende Angaben zu den persönlichen Verhältnissen der Beschuldigten machen könnten“.

Anwalt verteidete das angeführte Zitat aus einem BVG-Urteil (es liegt nicht im Ermessen des Zeugen, die Aussage zu verweigern) als „Wink mit dem Zaunpfahl“, für diese offensichtliche Art von Ausforschungen ein Präzedenzfall zu fallen.

Soweit zur Bundesanwaltschaft. Die Erforschung der Szene setzt derweil die Sonderermittlungskommission der Polizei fort. Schon kurz nach der Entlassung von Horst kam es zu einer neuen Welle von Vorladungen, überwiegend in seinem Bekanntenkreis. Betroffen u.a. waren Mitglieder der Naturfreundejugend, bei denen Horst 1981 Mitglied war. Damit nicht genug, erschien die Polizei im Büro der Naturfreunde und verlangte Einmütigkeit in die Mitgliederkartei. Ohne Erfolg allerdings. Die illegalen Datenbanker wurden abgewiesen.

Vorläufiges Fazit

Ein wesentlicher Punkt unterscheidet das hannoversche Ermittlungsverfahren bisher von den 129a-Prozessen gegen Claudia Wannerdorfer und gegen vier Rüsselsheimer. In Hannover wurde offiziell darauf verzichtet, Bezüge zur RAF herzustellen und auf der Konstruktion der „Wirtschaftswunderkinder“ als einer politisch und praktisch eigenständig agierenden Gruppe beharrt.

Seit der Einführung des §129a 1977 sind gerichtsamtlich nur zwei Gruppen „anerkannt“ worden: RAF und 2. Juni. Alle seitdem erfolgten Verurteilungen nach 129a stützen sich auf behauptete Mitgliedschaft, Unterstützung oder Werbung für eine dieser beiden Gruppen, meint der RAF. Der Begriff Mitgliedschaft wurde dabei inzwischen soweit ausgelegt, daß allein die angebliche Zugehörigkeit zu einer „terroristischen Vereinigung“ zur Verurteilung ausreicht. Ein konkreter Tatnachweis muß nicht mehr geführt werden. Ausgeweitet wurde aber auch der Begriff der Unterstützung. Zuletzt beim Anklagevorwurf gegen Claudia Wannerdorfer. Weil der kollektive Hungerstreik der RAF-Häftlinge eine „Fortsetzung des terroristischen Kampfes mit anderen Mitteln“ sei, sei eine Unterstützung des Hungerstreiks auch zugleich Unterstützung der RAF — und die ist strafbar.

Es liegt auf der Hand, daß derzeit an den Haaren herbeigezogene Begründungen auf Dauer nicht haltbar sind. Zwar hat es schon früher Versuche gegeben, neue „terroristische Vereinigungen“ gerichtlich feststellen zu lassen — die Aburteilung der Revolutionären Zellen scheiterte mangels Beweisen — allerdings scheinen die zahlreichen kleineren Anschläge während und nach dem Hungerstreik der RAF-Häftlinge um die Jahreswende der Suche nach neuen Wegen Auftrieb gegeben zu haben.

In Rüsselsheim wird denn auch die „Werbung“ für die RAF (Beschuldigte sollen beim Maken von RAF-Parolen beobachtet worden sein) mehr Hilfskonstruktion für den Fall zu sein, daß sich die Hauptbeschuldigung „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ in Rüsselsheim nicht durchsetzen sollte.

In Hannover wird gänzlich darauf verzichtet, offiziell Bezüge zur RAF herzustellen. Außerdem wird neben den Ermittlungen gegen die Beschuldigten über das Vorgehen gegen die Zeugen, denen die kollektive, sprich: politische Aussageverweigerung vorgeworfen wird, Neugier an einem „terroristischen Umfeld“ gebastelt.

Sollte sich die BAW mit dieser Konstruktion durchsetzen, so ist nicht nur eine neues Experimentierfeld zur Kriminalisierung einer örtlichen linken und radikaldemokratischen Szene eröffnet, sondern auch ein Präzedenzfall geschaffen, der bundesweite Wirkung haben würde.

KB Hannover

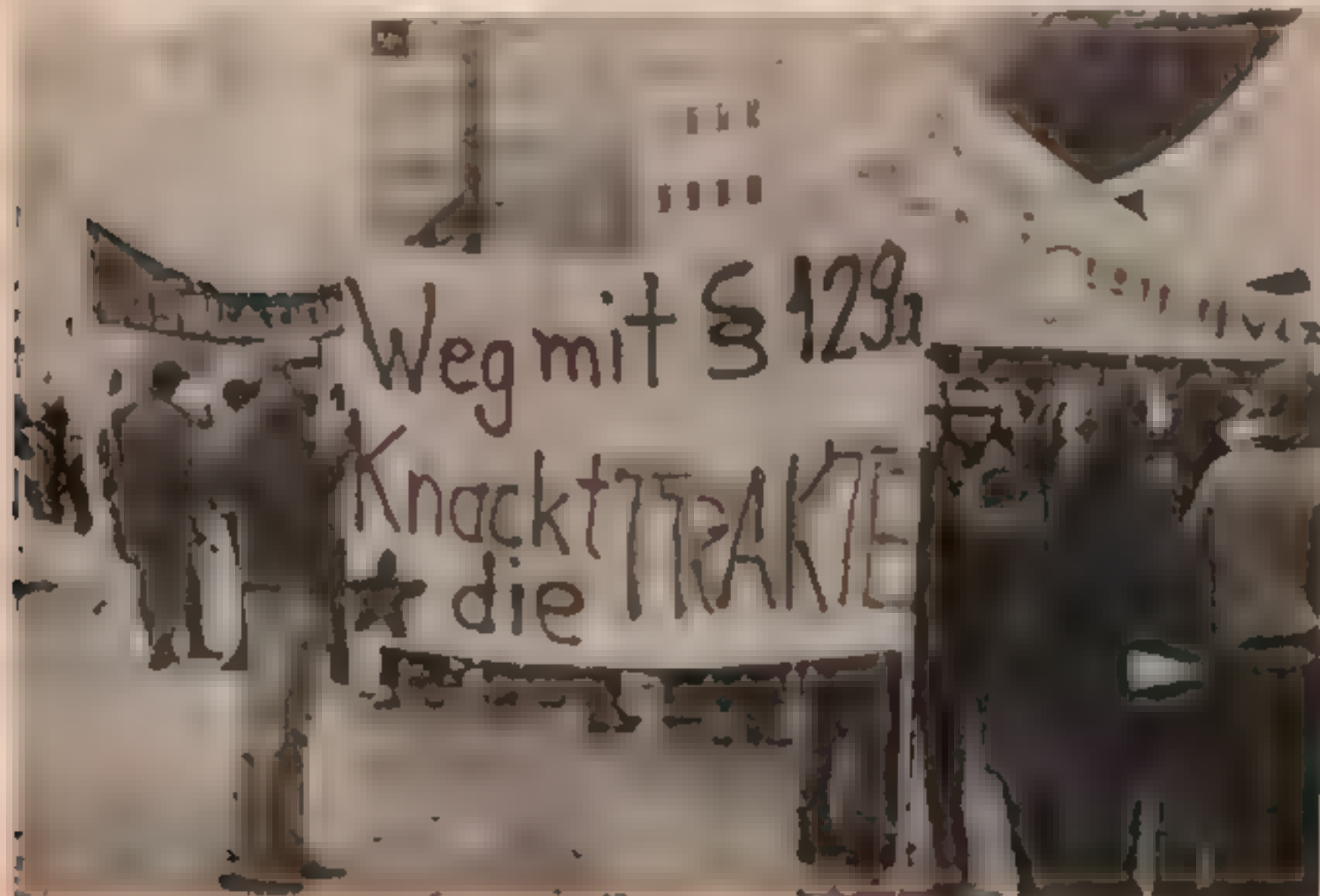
Keine Ruhe für die Zeugen ...

Nach Albrecht wurde nun Sabine T. als nächste vor Ermittlungsrichter Gollwitzer in Karlsruhe vorgeführt.

Sabine war eine der vier Zeugen gewesen, die bereits im Juli in Karlsruhe geladen waren. Allerdings war dann das gegen sie verfügte Ordnungsgeld zurückgezogen worden, obwohl sie fragten, die sich auf andere Zeugen und persönliche politische Verhältnisse bezogen, nicht beantwortet hatte. Als S. Anfang Oktober wegen einer Verkehrsordnungswidrigkeit eine zweiteilige Erziehungshaft in der selben Vollzugsanstalt verbringen mußte, in der auch Isabel einsitzt, genügt die von der Anwalt bestimmte Zellennachbarschaft und gemeinsamer Hofgang für den Einsatz der Sonderermittlungskommission. In einer großangelegten Aktion wurde am Abend nach Haftende ihre Wohnung und die zweite Mitbewohner (ebenfalls Zeugen) durchsucht. Als Begründung gab Bundesanwalt Senge dem anzuwendenden Anwalt die Auskunft: Sabine sei der Mitbewohnerin der Wohnung, die am Abend nach Haftende ihre Wohnung und die zweite Mitbewohner (ebenfalls Zeugen) durchsucht. Als Begründung gab Bundesanwalt Senge dem anzuwendenden Anwalt die Auskunft: Sabine sei der Mitbewohnerin der Wohnung, die am Abend nach Haftende ihre Wohnung und die zweite Mitbewohner (ebenfalls Zeugen) durchsucht. Als Begründung gab Bundesanwalt Senge dem anzuwendenden Anwalt die Auskunft: Sabine sei der Mitbewohnerin der Wohnung, die am Abend nach Haftende ihre Wohnung und die zweite Mitbewohner (ebenfalls Zeugen) durchsucht.

„Daß man nichts sagt, nichts, was verwertbar wäre und Aufschlüsselung über Strukturen und Diskussionen innerhalb der linken liefert“, weiß, so die BAW darauf hin, daß die Zeugen „insbesondere über Kenntnisse zu den Verbindungen der Beschuldigten des vorliegenden Verfahrens untereinander verfügt“. Diese höchst kurzweilige Schlussfolgerung, die zwar viel über die Interessen der Ermittlungsbeamten, aber nichts über die „Aussagefähigkeiten“ von Sabine besagt, wird dann abgerundet, daß ihr „eine kritische Einstellung“ zu den Taten des vorliegenden Verfahrens „zugestanden“ wird — belegt mit einem weiteren Zitat. Deshalb könne sie daran nicht beteiligt gewesen sein und deshalb könne sie sich nicht darauf berufen, daß gegen sie ermittelt wird. Auf gut deutsch: Sie hat kein Recht, die Aussage zu verweigern.

Logik hin, Logik her — sicherheitslaster bestritt die BAW dann noch, jemals den Verdacht der Mitgliedschaft (Begründung für die Hausdurchsuchung) erhoben zu haben. Der Anwalt, der dies bezeugt hatte, wurde der Lüge beschuldigt. Für ihr Nichterscheinen vor Ermittlungsrichter Gollwitzer wurde Sabine ein Ordnungsgeld von 300,- DM auferlegt.





Staatsschutz contra linke Stadtzeitung

Über die letzten vierzig Jahre haben die Herren des Morgengrauens gegen Abend am 3. Dezember war es soweit. So schnell wie nie zuvor hatte das OLG Stuttgart einen Beschluss ausgehängt nach dem der Artikel 'Südafrika: Erklärung der Revolutionären Zellen' einen Straftatbestand nach § 129 a StGB darstelle und somit zu beschlagnahmen sei.

Aktuell

Die Herren des Morgengrauens kamen gegen Abend am 3. Dezember war es soweit. So schnell wie nie zuvor hatte das OLG Stuttgart einen Beschluss ausgehängt nach dem der Artikel 'Südafrika: Erklärung der Revolutionären Zellen' einen Straftatbestand nach § 129 a StGB darstelle und somit zu beschlagnahmen sei.

Erste Mai in dem nun neunzigjährigen Bestehen des „Blättle“, daß der Verkauf einer Ausgabe direkt verhindert werden soll. Nach allen bisher verpufften Vorstößen, auf prozeduralem Weg einzelne herauszugreifen, nach dem alljährlichen Durchsuchungsritual Mitte Oktober und dem Versuch, uns durch die Kriminalisierung der Druckerei den Boden zu entziehen, ist damit eine neue Qualität des Angriffs erreicht. Die Vorgehensweise ist direkt gegen unsere materielle Existenz gerichtet. Sie steht in voller Linie mit der Liquidierung der revolutionären französischen Zeitung „L'International“ und der Berliner „Radikal“ vor genau einem Jahr. Von „L'International“ hatten sie gleich die ganze Redaktion gefangen genommen.

Eine Zeitung, die nicht verbreitet werden kann, ist keine Zeitung mehr! Deshalb brauchen wir eure Solidarität. Abonniert das Blättle massenhaft! Kontonummer 24 24 60 - 703 beim Postgroszamt Stuttgart (BL 2 600 100 70) Halbjahresabo: 18,- DM Jahresabo: 36,- DM Redaktion und V.i.S.d.P. Hendrik v. Straten, Böblingerstr. 59, 7000 Stuttgart 1 (aus der Erklärung vom „Blättle“)

Chronologie der Staatsschutzangriffe auf „Blättle“

22.10.81
Die Räume des Blättle, der Fantasia-Druckerei, Emmaus e.V. und die Wohngemeinschaften und Wohnungen der Eltern zweier presserechtlich Verantwortlichen werden von ca. 150-200 Bullen durchsucht. Den Betroffenen wird fast ausnahmslos die Benachrichtigung von Anwälten verweigert, sie werden z.T. nach Waffen durchsucht, eine Frau muß sich nackt ausziehen.

Grund der Durchsuchung sind zwei Artikel: ein Bericht von einem Solidaritätskonzert vor dem Stammheimer Knaat während des Hungerstreiks '81 und ein Nachdruck der B1ar Hungerstreikerklärung aus dem Odenburger „Nordwind“.

Zur Erläuterung: das Blättle konnte sich zunächst wegen inhaltlicher Schwierigkeiten nicht dazu entschließen, die HS-Erklärung abzufragen. Nachdem sie aber im „Nordwind“ erschienen und dort kriminalisiert worden war, wurde der Artikel aus Solidarität dann doch noch veröffentlicht.

Erneute Durchsuchung des Blättle und der Fantasia-Druckerei wegen der gleichen Artikel wie oben.

Juli '82
Drei Leute aus dem Blättle-Kollektiv erhalten in Zusammenhang mit den beiden Durchsuchungen eine Anklageschrift, in der sie der „Verunglimpfung des Staates“ (§ 129 a) bezichtigt werden.

Parallel dazu wird ermittelt wegen eines Artikels aus der Ausgabe vom Mai '82. Dabei geht es um eine Stellungnahme der Angehörigen der politischen Gefangenen. Der Vorwurf, der bei diesem Verfahren erhoben wird, ist die „Verunglimpfung des Staates“ (§ 90 a).

Januar '83
Das OLG Stuttgart teilt den drei wegen § 129 a Angeklagten mit, daß ihre Verfahren mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft gegen Geldbußen von je 500,- DM eingestellt werden können. Die Betroffenen gehen — trotz politischer Bedenken — auf diesen Handel ein.

28.9.83
In einem Bericht des „Spiegel“ dieses Datums deutet sich die kommende Offensive an: „Was Autonome und Antimperialisten wollen, wird in umfangreichen Strategiepapieren, anonymen Theorie-Broschüren und in zahlreichen Szenen-Blättern diskutiert. Zum „praktischen Widerstand“ und zum „massenhaften Rechtsbruch“ wird in Schriften aufgerufen, in denen „Bilanzen und Perspektiven zum Widerstand gegen Atomanlagen“ aufgezogen werden oder in denen wie etwa in „Zoff“, „Vitamin“ und „Ramba Zamba“ auch gleich zu Terroranschlägen animiert wird. Vor allem der Kommunikation untereinander dienen Druckerzeugnisse wie „Radikal“ aus Berlin, die „Hamburger Große Freiheit“, das „Stuttgarter Blättle“ und der „Odenburger Nordwind“, wo auch schon mal Bekennerbriefe von „Terroristengruppen“ abgedruckt werden.“

(Anmerkung: Von den vier erwähnten „Druckerzeugnissen“ existiert heute nur noch das Blättle.)

10.10.83
Durchsuchung der Blättle-Räumlichkeiten, der Fantasia-Druckerei und der Wohnung des presserechtlich Verantwortlichen der Nr. Juli/August '83.

Ermittelt wird wieder mit den Gummiparagrafen 129 a und 90 a. Anlaß zu diesen Vorwürfen gibt der Artikel „Nachtrag zum EG-Gipfel“. Inhaltlich setzt sich dieser Artikel mit dem in Stuttgart vom 17.10.83 stattgefundenen EG-Gipfel auseinander. Darin wird eine Darstellung der „handelnden anti-

Betrifft BND-Spende: Erinnerungen an Stammheim

Insgesamt 840.000 DM, davon 400.000 DM direkt von Privatunternehmen, fließen der Privat-Detektive Maus im August 1979 durch Vermittlung des BND als Sonderleistung für Sonderaufgaben im Zuge der „Terrorismusaufklärung“ zu.

Im letzten „Arbeiterkampf“ berichteten wir darüber und stellten die Frage: „Die BND-Spende als Rache für Schleier?“ Wurde mit dieser ungewöhnlich hohen „Spende“ ein ungewöhnlicher Auftrag im Nachhinein honoriert — die während der Schleier-Entführung öffentlich erdörte Verschleppung oder gar Liquidation der Stammheimer Gefangenen? Bekräftigt die jetzt öffentlich erwiesene Vergabe von solchen enormen Summen für undurchsichtige private „Sonderaufträge“ nicht die bisher immer abgesturzte Möglichkeit, daß die Stammheimer Gefangenen durch illegalen privaten „Sonderinsatz“ beschützt wurden?

Wie wir inzwischen den Bundestagsprotokollen entnehmen, sind nicht nur wir auf diesen Verdacht gekommen: In der Sitzung des Bundestages vom 15.11. stellte der Abgeordnete der GRÜNEN, C. Ströbele, die Frage, ob es glaubhaft sei, „daß für einen Vertrag, bei dem kein Erfolg zu verzeichnen war, also für den bloßen Auftrag, eine Summe von 850.000 DM gezahlt wurden? Meinen Sie

nicht auch, daß das unglaublich ist, daß das auch bei solchen Verträgen ein Detektivbüro nicht üblich ist und daß das die Vermutung nahelegt, daß das Geld für ganz andere Zwecke gezahlt wurde?“

Den SPDler Einmüch, der sich lautstark gegen die illegalen Methoden bei der Verfolgung dieser Licker wandte, fragte er, ob er bereit sei, „dabei mitzuwirken festzustellen, was diese enormen Zahlungen der Privatwirtschaft an den Geheimdienst mit den toten Gefangenen in Stuttgart-Stammheim 1977 zu tun hatten?“

„Bedauerlicherweise“ mußte Ströbele mitnehmen, wie sein Vorstoß glatt vom „Komitee der Demokraten“ überbügelt wurde, in dem die Koalitionsparteien wie auch die SPD während der Debatte die angebliche existenzielle Bedrohung der Demokratie durch den Terrorismus in den Jahren 76 und folgende wieder heraufbeschworen.

Sein „kollegialer“ Schutz war für Ströbele in dieser Frage auch nicht gerade eine Hilfe. Sich beschuldigen zu lassen — ganz im Stile der Einmüchlichkeit vor der SPD — anzumerken, „bei allem Verständnis für die Bedrohungssituation“ sei das, nämlich die Illegalität der Zahlung, der falsche Weg.

Hier gehen die Meinungen offenbar auseinander.

Bombe auf US-Einkaufszentrum nicht von der RAF gelegt?

Am Sonntag, 23.11., detonierte eine Autobombe auf dem Gelände des US-Militärkaufhauses „PX“ in Frankfurt. 35 Menschen, darunter mehrere Kinder, wurden verletzt.

Die Bundesanwaltschaft stellte Verbindungen zum Anschlag auf die US-Airbase in Frankfurt vor zwei Monaten her, bei der zwei Menschen getötet und der US-Soldat Pimental erschossen worden war. Zu diesem Anschlag, einschließlich der Erschießung des GIs, hatte sich die RAF bekannt. Inzwischen hat sie dies Bekenntnis durch ein Interview in der Stadtzeitung „Blättle“ noch einmal ausdrücklich bekräftigt.

Mit Datum vom 10.12. ging der Redaktion des „Arbeiterkampf“ jetzt ein anonymes Schreiben zu, in dem eine nach eigenen Angaben der RAF nahestehende Gruppe stellvertretend für die RAF erklärt: „Wir denken, daß der Geheimdienst des faschistischen Anschlag auf die PX gemacht hat.“ Dafür sprächen die „Zielvorgabe des Anschlags“ und die Tatsache, daß die Bundesanwaltschaft mehr als befähigt sei, einen Zusammenhang zum Air-Base-Anschlag herzustellen. Außerdem habe sich keine Gruppe für den

Anschlag verantwortlich erklärt.

Das Schreiben distanziert sich zugleich von einer Reihe ähnlicher unidentifizierter Anschläge, wie das auf den Frankfurter Zivilflughafen im Sommer dieses Jahres, den „Counteranschlag“ in Brüssel auf Bayer-Leverkusen von einer sog. „peace-conquerer-Gruppe“, die sich in ihrer faschistischen Erklärung mit diesem Anschlag solidarisierte, von dem Bombenanschlag auf ein indisches Flugzeug, das dabei mit über 300 Menschen über irischem Gewässer abstürzte. Schließlich wird noch einmal an die Dortmunder Kaufhaus-Bombe erinnert, von der die RAF sich eindeutig distanziert habe.

Eine Bewertung des Schreibens fällt schwer. Abgesehen davon, daß es anonym bleibt, werden außer allgemeinen Ableitungen über die Interessen der Geheimdienste kaum harte Fakten als Beweis für die Urheberchaft „des Geheimdienstes“ gebracht. Mit der gleichen Beweiskraft könnte man behaupten, der Anschlag auf die US-Airbase sei ein solcher faschistischer Anschlag von Geheimdienstseite. Die Unsicherheit bleibt.

F.

imperialistischen Front“ gegeben und zur „Solidarität mit allen gefangenen Revolutionären in Irland, Italien, Türkei, Spanien“ aufgerufen sowie die Zusammenlegung aller politischen Gefangenen gefordert.

17.10.84
Durchsuchung der Räume des Blättle und der UWS-Druckerei wegen eines Artikels in der Ausgabe vom Juli '84. Darin wurde ein Bekennerbrief zum Anschlag auf eine NATO-Pipeline abgedruckt.

Die Begründung der Durchsuchung enthält nicht einer gewissen Kuriosität in dem Beschluß des OLG Stuttgart heißt es:

„Soweit das s. Blättle-Kollektiv erneut eine Durchsuchung über sich ergoßen lassen muß hat es dies seiner eigenen Unbelehrbarkeit zuzuschreiben.“

Die an diesem Abend anwesenden zehn Personen werden im LKA erkenntnisdienlich behandelt und gegen sie werden 129a-Verfahren eingeleitet.

Nach einer Woche werden neun von zehn, nach einer weiteren Woche wird auch das 10. Verfahren wieder eingestellt.

Januar '85
Während einer Endredaktion wird das Blättle-Büro von Bullenfahrzeugen umstellt.

8.3.85
Vor dem Amtsgericht Stuttgart werden zwei inzwischen zum Presserechtle-

likt heruntergestufte Verfahren gegen zwei presserechtliche Verantwortliche der Nummer Januar '84 — Erklärung der Roten Zora — und Mai '84 — Interview mit den Angehörigen der politischen Gefangenen — verhandelt.

Ersteres Verfahren endet mit Freispruch, letzteres wird vertagt, nachdem die Untersuchung von Akten seitens der Staatsanwaltschaft festgelegt wird.

3.7.85
Fortsetzung des Prozesses vom 6.3. wegen § 90 a in Verbindung mit Landespressesgesetz. Freispruch, die Staatsanwaltschaft legt aber Berufung ein.

25.11.85
Das Regierungspräsidium Stuttgart droht den Verkaufsstellen (Buchläden, Kioske u.a.) des Blättle eine Geldbuße von bis zu 10.000,- DM an. Der Verkauf stelle eine Ordnungswidrigkeit dar, da das Impressum des Blättle angeblich nicht vollständig sei.

3.12.85
Mit Beschluß vom selben Tag wird die Dezember-Ausgabe bei allen Verkaufsstellen beschlagnahmt.

18.12.85
Fortsetzung des Prozesses vom 3.7. vor dem Landgericht. (Urteil bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt).

Birgit

s'Blättle

Vorgeschichte

Nicht nur London, sondern vor allem Dublin beobachten seit einigen Jahren mit Sorgen ein politisches Erstarken von Sinn Féin, dem politischen Flügel der IRA.

1982 wurde erstmals wieder seit vielen Jahren ein nordirisches Regionalparlament gewählt. Die „assembly“ galt als Herzstück eines umfassenden politischen Plans der Regierung in London, der auf „rolling devolution“, d.h. die schrittweise Rückgabe der Selbstverwaltung an die Provinz, abzielte. Von den Wahlen erhoffte man sich die Herausbildung und Etablierung einer „interkonfessionellen“, politisch-gemäßigten „Mitte“ als Träger des Prozesses der „rolling devolution“ und der Neuordnung der Provinz an das europäische und internationale System. Noch vor den Wahlen hatte Thatcher Verhandlungen mit der IRA abgelehnt, mit der Behauptung, die IRA repräsentiere ohnehin lediglich eine verschwindende Minderheit der nationalistischen Population. Um das Gegenteil zu beweisen, möge sie sich doch erst einmal an die Wahlurne begeben.

Ermutigt durch die Wahlerfolge von IRA Hungerstreikern und Kandidaten der Anti-H Block Bewegung in den Jahren 1980 und 1981, beschloß Sinn Féin die vorläufige Suspendierung der Extradition des Wahlboykotts und kandidierte zur neuen nordirischen „assembly“. Im britischen und süd-irischen Establishment löste das Wahlergebnis einen regelrechten politischen Schock aus. Sinn Féin gelang es wider Erwarten auf Anhieb, obgleich die Partei längst nicht in allen Wahlkreisen antrat, 1/3 der katholischen Wählerstimmen auf sich zu vereinigen. Damit mußte der Plan der „rolling devolution“ ad acta gesetzt werden.

Als 1983 zur Wahl des britischen Unterhauses aufgerufen wurde, fand der Trend zugunsten von Sinn Féin seine Fortsetzung. In West Belfast, dem größten katholischen Arbeitsviertel von Nordirland und einem Wahlbezirk von hoher politisch-symbolischer Bedeutung, überlieferte Sinn Féin die gemächte Konkurrenz aus der eigenen „community“. Gerry Adams wurde mit deutlichem Vorsprung zum Westminster Abgeordneten des britischen Unterhauses gewählt. Im Landesdurchschnitt vollierten ca. 40% der katholischen Bevölkerung für den politischen Arm der IRA.

Letzte Etappe in diesem Prozeß der Schwächung des „konstitutionellen Nationalismus“ waren auf parlamentarischer Ebene, seinem „ureigensten Feld“, die Kommunalwahlen vom Frühjahr dieses Jahres. Allen Wahlbehinderungen und einer Änderung des Wahlprozesses zum Trotz, die insbesondere potentielle Sinn Féin-Wähler tangierte, gelang es Sinn Féin, den radikalrepublikanischen Stimmenanteil zu konsolidieren. In Belfast wurde Sinn Féin stärkste Partei im Lager der Nationalisten (7 Sinn Féin-Sidrate, 6 SDLP Stadrate). In zwei der großen nordirischen Städte, Fermanagh und Omagh, avancierte Sinn Féin zur stärksten Partei überhaupt.

Die Wahlerfolge Sinn Féins dokumentierten eindrucksvoll den Grad der Entfremdung der nationalistischen Minderheit vom unionistischen Separatismus und seinen Sicherheitsorganen. Und sie signalisierten die relative Schwäche des „konstitutionellen Nationalismus“, verkörpert durch die gemächte SDLP, sowie der süd-irischen Regierung in der Nordirlandfrage. Meinungsforscher konstatierten gar, daß auch noch 40% der SDLP-Unterstützer die IRA als „patriotische“ und „idealistische“ Kraft betrachten würden und 46% der SDLP-Wähler äußerten, daß sie sich bei fortgesetzter Unbeweglichkeit der britischen Regierung und einem weiteren Verfall der sozialen Strukturen in den katholischen Ghettos vorstellen könnten, bei nächster Gelegenheit in Richtung Sinn Féin zu konvertieren („MORI“-Umfrage vom Juli 1984).

Für London, aber insbesondere Dublin und den „gezügten Nationalismus“ im „Norden“, hatte sich vom „das Problem“ ergeben, daß ein nicht unerheblicher Teil der nationalistischen Population und ehemaliger SDLP-Wähler sehr bewußt die reale Machtlosigkeit von Dublin und der SDLP in der Nordirlandfrage registrierten. Mitteilungslos konnte dies nicht ohne Auswirkungen auf den „Süden“ bleiben. Eine Regierung, die in Sachen Nordirland gegenüber Großbritannien nichts zu bewegen vermag, muß nicht nur in den Augen der nordirischen Nationalisten, sondern auch im Bewußtsein der Nationalisten im „Republik“ an Autorität einbüßen. Der Autoritätsverlust der SDLP und der Dubliner Regierung bei der Minderheit im „Norden“ und die wachsende Zustimmung

Das britisch-irische Abkommen:

Der Weg zum gemeinsamen Polizei- und Militärstaat

15. November 1985. In dem kleinen hübschen nordirischen Dorf Hillsborough unterzeichnen Garret Fitzgerald, Premier der Republik Irland, und Margaret Thatcher, Premierministerin Großbritanniens und damit „Hausherrin“ im Nordosten der irischen Insel, ein Abkommen von „historischer Tragweite“. Die feierliche Zeremonie muß auf Fahnen-schmuck verzichten. Denn zum Zeitpunkt des irisch-britischen Gipfels ist das Heusen der irischen Tricolore noch gesetzlich verboten. Lediglich Margaret Thatcher wagt die ohnehin aufgegebenen Loyalisten durch das Aufheben der irischen Fahne auf nordirischem Boden unnötig provozieren will, noch ihren Gast und Vertragspartner aus der „Republik“ durch das alleinige zur Schau stellen der britischen Fahne zu braskieren gedenkt, verzichten Frau und Mann auf das ansonsten bei derartigen Anlässen übliche Brimborium von Flaggen und Emblemen.

„Ulster's new beginning“ etikettiert der „Observer“ die Premiere. Zum ersten Mal einigten sich die Regierungen in Dublin und London in Form eines Vertragswerkes auf eine gemeinsame Nordirlandstrategie. Während alle Welt das Abkommen euphorisch begrüßt und das Ende des blutigen Krieges auf der „grünen Insel“ herannahen sieht, bereiten sich die Loyalisten auf eine neue Runde Bürgerkrieg vor. Und die Regierungen in London und Dublin auf einen „großen militärischen Schlag“ gegen die radikalrepublikanische Bewegung. Was ist dran am Abkommen von Hillsborough?

Für Sinn Féin und die IRA, bzw. deren Strategie der Kombination von militärischer Kampagne und politisch-parlamentarischem Agieren, sind letztendlich Resultat des evidenten Scheiterns des „konstitutionellen Nationalismus“. Die SDLP ist im Vergleich zu Sinn Féin, den besseren Wahlergebnissen zum Trotz, eine schwache Partei. Sie verfügt nicht über eine mit Sinn Féin vergleichbare Aktivitätsbasis und vor allem nicht über einen militärischen Arm, der ihren politischen Forderungen militärisch Nachdruck verleihen könnte. In der politischen Landschaft und Kultur Nordirlands ist jedoch ein derartiger militärischer Arm für eine politische Strömung von existentieller Bedeutung. Die loyalistischen Parteien sind mehr oder weniger eng verquickt mit den loyalistischen Paramilitärs „Ulster Defence Association“ und „Ulster Volunteer Force“, ganz abgesehen davon, daß jeder loyalistische Politiker ohnehin über seine bewaffnete Leibgarde verfügt. Zudem unterhalten sie beste Verbindungen zu den offiziellen, domestischen „Sicherheitskräften“ (Royal Ulster Constabulary = Polizei, Ulster Defence Regiment = Parapolizei), die zu über 90% aus Protestanten/Loyalisten bestehen und deren Mitglieder z.T. einer Doppelmilitärschicht bei den offiziellen „Sicherheitskräften“ und den Paramilitärs frönen. Sinn Féin wiederum weiß die IRA an ihrer Seite, nur die SDLP und die kleine „Alliance“ Partei können sich nicht der Unterstützung ihrer Politik durch eine bewaffnete Macht erfreuen. Dies bedeutet, daß die SDLP im extrem hohen Maße auf Zugeständnisse der britischen Regierung angewiesen ist. Nicht anders geht es der formell souveränen Regierung in Dublin, da sie nichts mehr fürchtet, als ein „Überschwappen“ des Konflikts aus dem „Norden“ in den „Süden“, als eine Destabilisierung der Verhältnisse im „Süden“ in Folge der Polarisierung im „Norden“ und der Schwächung „konstitutioneller Politik“, ist sie in den Augen Londons erpressbar. Ob in Dublin arbeitslose Jugendliche Autos kapern und in Brand stecken, oder in der Nähe zur Grenze mit dem „Norden“ ein IRA Trainingscamp entdeckt wird, steht bestimmt das Dubliner Establishment im Falle einer irischen Verhältnisse im Süden. Letztlich ist der Zustand des Zusammenbruchs der öffentlichen Ordnung, die „Republik“ soll „ordentlich“ bleiben und zugleich „modern“, „kontinental“ werden, auch nahtlos an das westeuropäische System anpassen, alle irischen „Besonderheiten“ — und dazu zählt an allererster Stelle der radikale Republikanismus — über Bord zu werfen. Dieses Ansinnen des süd-irischen Establishments findet in einer nur scheinbar widersprüchlichen Politik seinen Ausdruck. Ein wenig Säkularisierung des bislang stark von der katholischen Hierarchie und ihrer Ideologie geprägten Staatswesens und gesellschaftlichen Lebens, um mit den Unionisten und Briten besser ins Geschäft zu kommen. Legalisierung der Ehescheidung und ein bißchen Legalisierung der Abtreibung, das gehört heute zum modernen, nach kontinentalen Maßstäben ausgerichteten kapitalistischen Staat. Dieser partiellen und kontrollierten „Liberalisierung“ des

„kulturellen“ Bereichs steht gegenüber der massive Ausbau des staatlichen Gewaltapparates und der massive Abbau des demokratischen Rechtsstaats. Die „Republik“ kann heute getrost, abgesehen vom „Norden“ der irischen Insel, als der repräsentative Staat Westeuropas bezeichnet werden. Ein Innenminister Zimmermann bekommt feuchte Augen, wenn er sieht, was bereits heute in der „Republik Irland“ alles möglich ist.

Um diesen „Modernisierungs-“ und „Neuanpassungsprozeß“ jedoch durchführen zu können, bedarf es einer Abschwächung der gesellschaftspolitischen „Polarisierung“ im „Norden“ — sowie einer „ Eindämmung“ und geographischen Begrenzung des nordirischen Krieges. Die „Sicherheit“, die Dublin bezüglich seines „Modernisierungs“-modells wünscht und benötigt, diese „Sicherheit“ kann es jedoch nur mit und nicht gegen London geben. Margaret Thatcher und ihr Kabinett wissen um die Notwendigkeit des süd-irischen Establishments und machen sich diese fast schon in schamlos anmutender Weise zunutze. So stimmt es denn auch nicht verwunderlich, daß „security“ — Sicherheit — der hauptsächlichste Gegenstand des britisch-irischen Abkommens ist. Kooperation bei der Bekämpfung der IRA steht im Mittelpunkt.

Ende 1984 unterbreiteten die Dubliner Regierung und die SDLP Thatcher einen sogenannten „Forum-Report“, der Vorschläge zur Lösung der „nordirischen Krise“ enthielt. Die Vorschläge waren recht moderat gehalten und signalisierten bereits ein Abbrechen der Dubliner Regierung vom Modell des „irischen Einheitsstaates“ und dem im Artikel 2 der süd-irischen Verfassung niedergelegten Anspruch auf das gesamte irische Inselterritorium. U.S. wurde eine gemeinsame Verwaltung des „Nordens“ durch Dublin und London vorgeschlagen oder eine irisch-irische Konföderation. Es ist schwer zu sagen, inwieweit Dublin und die SDLP seinerzeit tatsächlich geglaubt haben, die Vorschläge könnten für Thatcher eine akzeptable Diskussionsgrundlage

darstellen, jedenfalls kommentierte die „Iron Lady“ den „Forum Report“ und seine drei Lösungsmodelle mit den schlichten Worten „Out, out, out“ und wies den Dubliner Emissären barock die Tür. Die Medien konstatierten eine der peinlichsten außenpolitischen Schlappen, die eine süd-irische Regierung je erlitten hatte. Die Abkehr von der Idee des irischen Einheitsstaates (der zwar formell, als dritte Lösung, erwähnt wurde, jedoch nicht den Kerngedanken des „Reports“ darstellte) war Thatcher nicht genug, ein Dubliner Misereieren im „Norden“ zu viel. Die Dubliner Regierung wußte somit, was sie von der „Iron Lady“ zu erwarten hatte. Diese hatte selbst wiederholt klargestellt, daß ihr Hauptinteresse der Effektivierung des Kampfes gegen den „Terrorismus“ gelte. Und in den ungleichen Beziehungen zwischen London und Dublin bestimmt noch immer die ehemalige Kolonialmacht, was Gegenstand irisch-britischer Gespräche und Abkommen ist, und was nicht. Das Abkommen von Hillsborough ist hierfür ein weiteres Indiz. Bevor wir uns dem Inhalt dieses Abkommens widmen, sollten noch kurz die unterschiedlichen Ausgangspunkte abgeklärt werden. Das Interesse der Dubliner Regierung und der SDLP am Zustandekommen eines Abkommens war — im Gegensatz zum Interesse Londons — „existenzieller Art“. Die Regierung in London benötigt nicht unbedingt ein Abkommen, sie dürfte mit der existierenden Situation auch noch einige weitere Jahre „dehnen“ können. Aber die SDLP und Dublin benötigten einen Erfolg, in Form irgendeiner Art von Abkommen, das ihnen eine Autorität in Sachen „Nordirland“ seitens Londons attestierte, daß ihr stark angegriffenes Ansehen bei der nationalistischen Minorität im „Norden“ und der Bevölkerung im „Süden“ aufpolierte. Ansonsten müßte eine weiter anhaltende Schwächung „konstitutioneller Politik“ im „Norden“ wie im „Süden“ befürchtet werden. Man benötigte etwas, mit dem man vor die nationalistische Population treten konnte, um zu sagen: „Seht her, London hat uns — und nicht die IRA — als Gesprächspartner in Sachen Nordirland und als legitime Vertreter eurer Interessen anerkannt. Und wir haben — durch unsere „konstitutionelle Strategie“ — auch bereits etwas erreicht. Aber wenn ihr wollt, daß weitere Verbesserungen eurer Lage erfolgen und der Konflikt ein Ende nimmt, dann müßt ihr der IRA — den Zerstörern Irlands — absagen, um Euch unserer Politik zuzuwenden. Und ihr müßt das politische System in Nordirland, so wie es existiert, zunächst einmal anerkennen, um dann innerhalb dieses Systems für positive Veränderungen einzutreten“.

Die Anerkennung als Repräsentant der Interessen der nationalistischen Minorität im „Norden“ durch London ist für Dublin nicht ohne Bedeutung. Dublin muß fürchten, daß bei einem weiteren Erstarken Sinn Féins und der IRA die radikalrepublikanische Bewegung zum „natürlichen Gesprächspartner“ für London avanciert, aufgrund der Tatsache, daß nicht Dublin und nicht die SDLP (als „verlängerter Arm“ Dublins) im Lager der Minorität das Sagen haben und deren Denken und Handeln bestimmen, sondern Sinn Féin IRA. Dies würde jedoch die Autorität der Dubliner Regierung — auch im eigenen Lande — noch weiter unterminieren.

Die Anerkennung als Repräsentant der Interessen der nationalistischen Minorität im „Norden“ durch London ist für Dublin nicht ohne Bedeutung. Dublin muß fürchten, daß bei einem weiteren Erstarken Sinn Féins und der IRA die radikalrepublikanische Bewegung zum „natürlichen Gesprächspartner“ für London avanciert, aufgrund der Tatsache, daß nicht Dublin und nicht die SDLP (als „verlängerter Arm“ Dublins) im Lager der Minorität das Sagen haben und deren Denken und Handeln bestimmen, sondern Sinn Féin IRA. Dies würde jedoch die Autorität der Dubliner Regierung — auch im eigenen Lande — noch weiter unterminieren.

Das Abkommen von Hillsborough: „No authority — but much security“

Der „historische“ und „bahnbrechende“ Charakter des Abkommens von

Hillsborough wird im allgemeinen damit begründet, daß die Verwaltung der nordirischen Provinz in Zukunft durch London und Dublin erfolgen würde. Von einer Mitverwaltung Nordirlands durch Dublin kann jedoch überhaupt nicht die Rede sein. Die Direktregierung verbleibt weiterhin ausschließlich in den Händen Londons, die britische Souveränität über diesen Teil der irischen Insel wird durch das Abkommen nicht angetastet. Der Dubliner Regierung wurde lediglich das Recht zugesprochen, in Zukunft zu Fragen der Situation in Nordirland betreffend eigene Vorschläge zu unterbreiten (was erst einmal jede souveräne Regierung tun oder lassen kann), die dann in einer gemeinsamen irisch-britischen Kommission erörtert werden können („consultative role“). Diese eher symbolische Zugeständnis wird dem Spielraum der Dubliner Regierung in Sachen Nordirland gegenüber London eher einengen: Dublin wird in Zukunft von London für alles, was in der Provinz geschieht, mitverantwortlich gemacht werden können, ohne selbst die Autorität zu besitzen, über das, was geschieht, mitentscheiden zu können. Heiße Vorhältnisse in Nordirland? So eingebunden in die britische Nordirlandpolitik wird es Dublin in Zukunft kaum mehr möglich sein, sich von allzu unpopulären Aktionen der loyalistischen „Sicherheitskräfte“ und der britischen Armee abzusetzen und Profil gegenüber der britischen Regierung zu demonstrieren. Dublin bleibt natürlich theoretisch die Möglichkeit, an einem bestimmten Punkt — wenn London das Abkommen überstrapaziert — auszustiegen. Aber dies müßte zur Zerstörung jener „einzigartigen“ Beziehungen mit Großbritannien führen, denen sich das süd-irische Establishment mit Haut und Haaren verschrieben hat und die es als Voraussetzung für „Sicherheit“, Modernisierung und Neuanpassung an das westeuropäische System betrachtet. So wird das süd-irische Establishment zum Gefangenen der eigenen Logik.

Auch aus der Auflösung des sektiererischen „Ulster Defence Regiment“ (UDR), der Parapolizei, die eng mit den loyalistischen Paramilitärs und Terrorgruppen verquickt ist, und — wie auch die offizielle nordirische Polizei (RUC) — „tenens der Minderheit nicht als „Sicherheitskraft“ akzeptiert wird, wird nichts werden. Die Auflösung des UDR wird von Jahren selbst von den gemäßigten Nationalisten und der SDLP gefordert, sie ist das größte Hindernis auf dem Weg zur Identifikation der Minderheit mit dem nordirischen/unionistischen Staat. Stattdessen soll sich eine gemeinsame Kommission mit Vorschlägen die Reform der „Sicherheitskräfte“ betreffend befassen. Am Ende wird voraussichtlich ein weiterer „Report“ über das Problem der „Sicherheitskräfte“ und der „Entfremdung“ der nationalistischen Minorität gegenüber diesen stehen. Ein Reformvorschlag lautet, daß die irische UDR und RUC auf einen

sichlich ein weiterer „Report“ über das Problem der „Sicherheitskräfte“ und der „Entfremdung“ der nationalistischen Minorität gegenüber diesen stehen. Ein Reformvorschlag lautet, daß das sektiererische UDR auf seinen Parcourillen in Zukunft von der etwas weniger sektiererischen RUC begleitet werden soll. Daß eine „Reform“ der „Sicherheitskräfte“ ungeeignet ist, das viel „grundsätzlichere Problem von UDR und RUC zu lösen, zeigt das Beispiel der Auflösung der berüchtigten „B-Specials“. Diese sektiererische Parapolizei wurde Anfang der 70er Jahre, nach Vorlage eines Untersuchungsberichtes des von der Regierung eingesetzten „Hunt Committee“, ausgedient und durch eben jenes „Ulster Defence Regiment“, das heute als Inbegriff einer sektiererischen „Sicherheitskraft“ und Symbol eines sektiererischen staatlichen Gewaltapparates gilt, ersetzt.

Ein Zugeständnis von geringer Substanz und ausschließlich symbolischem Wert ist die beabsichtigte Abschaffung eines Gesetzes, das bislang das Aufheben der irischen Tricolore auf nordirischem Boden unterlag (s.o.). Dieses völlig anachronistische Gesetz hatte in der Vergangenheit wiederholt zu peinlichen Situationen geführt, die dem internationalen Ansehen Londons nicht gerade zuträglich waren und zudem den überaus reaktionären Charakter britischer Nordirlandpolitik enthielten. Wenn in Belfast eine Kommission der EG tagte, durfte die Fahne des EG-Mitgliedsstaates Republik Irland nicht gehißt werden. Dies wäre jedoch einem quasi symbolischen Ausschuß der „Republik“ gleichgekommen. Ergo verzichtete man weit auf eine Demonstration nationalstaatlicher Symbolik.

Has standes das Abkommen ist „Security“ und diesbezüglich bleiben die Vertragsparteien durchaus nicht bei Symbolik stehen. Thatcher hat immer betont, daß bevor sie mit einem irischen Premier über die politische und soziale Si-



Premier Margaret Thatcher, Kollege Fitzgerald

Fortsetzung nächste Seite

Frauen in der Produktion oder:

Gibt der Imperialismus den nicaraguanischen Frauen die Möglichkeit zur Befreiung vom Machismo?

Die Unterdrückung der Frau in der sog. Dritten Welt ist dreifacher Art. Sie ist betroffen durch die Ausbeutung der abhängigen Länder durch den Imperialismus, der Bevölkung durch die jeweils herrschende Klasse und ihre direkte Unterdrückung durch den Mann. Die mit der nicaraguanischen Revolution in Gang gesetzten Gesellschaftsformationen bieten Ansatzpunkte, diese dreifache Unterdrückung aufzubrechen.

Die Frauen wollen in der gegenwärtigen Situation von Krieg und Wirtschaftskrise verstärkte Integration in den Produktionsprozess, jedoch unter Veränderungen der bestehenden Strukturen und Arbeitsbedingungen. Damit wollen die nicaraguanischen Frauen sowohl auf der wirtschaftlichen Ebene die Einflußmöglichkeiten erkämpfen, die ihrer wichtigen Rolle, die sie real in der Wirtschaft spielen, entsprechen, als auch auf politisch-ideologischer Ebene das in der machistischen Gesellschaft vorherrschende Frauenbild nachhaltig verändern.

Frauen in die Produktion!
Verteidigt die Revolution!

„Manche dachten, daß Traktorfahren zu schwer und nichts für Frauen ist, daß es Männerarbeit ist. Wir aber sagten, daß der Krieg zunahm, daß immer mehr Männer in der militärischen Verteidigung aktiv werden mußten. Und wir Frauen haben immer schwere Arbeiten ausgeführt: Aussaat, Insekten bekämpfung, Ernte, alles halt.“ So begründete Victoria Torres ihre neue Tätigkeit als Traktoristin im Kriegsgebiet von Jalapa. (1) In diesen Worten spiegelt sich eine allgemeine Problematik der nicaraguanischen Kriegswirtschaft: 53.000 Arbeiter sind gegenwärtig für die militärische Verteidigung mobilisiert (2), was sich auf die ohnehin durch Wirtschaftskrise, Blockade und

Wirtschaftskrise anwachsende Produktion negativ auswirkt. Als eine der dringenden Aufgaben nannte die FSLN am 1. Mai in ihrer Botschaft an die Arbeiter: „Wir müssen die Ausbildung und Integration der nicaraguanischen Frau in den produktiven Aufgaben fördern, damit diese die Plätze der Männer einnehmen können, die in den Kampf ziehen.“ (3) Damit gaffen sie eine Forderung auf, die bereits in der Abschlussresolution der IV. Nationalen Gewerkschaftsversammlung im Januar dieses Jahres formuliert war, nämlich: „die produktive Integration und eine größere gewerkschaftliche Organisation der Frau anzuregen.“ (4)

Im Zuge ihres achten Jahrestages hat die Frauenorganisation AMNLAE im September einen breiten Diskussionsprozess initiiert, um die bei der Umsetzung dieser Forderungen aufgetretenen Schwierigkeiten, aber auch erste Erfolge zu analysieren.

Auf ihrer II. Nationalen Versammlung war AMNLAE auch Forum für einen Erfahrungsaustausch für Frauen vom Land, die gleichberechtigt als Bäuerinnen in UNAG (oder als Landarbeiterinnen in ATC) (5) organisiert sind. Auf zuvor regional durchgeführten Versammlungen kamen die Bäuerinnen zu dem Schluß: „Wir sind zwar UNAG, aber gleichzeitig haben wir Arbeitsprobleme, die die Männer nicht haben, und die wir Frauen gemeinsam abheben müssen.“ (6) Die Integration der Frau in die Produktion, besonders im landwirtschaftlichen Bereich ist nicht neu. Traditionell mußten die Frauen zum Lebensunterhalt der Familie beitragen, sowohl im Subsistenzbereich, wie auch als billige, jederzeit zur Verfügung stehende Reserve-Arbeitskraft. Oft wurde ihr der Lohn noch nicht einmal direkt ausgezahlt, da sie auf den Lohnlisten unter dem Namen ihres Mannes geführt wurde. Seit 1979 nahm der Anteil der lohnabhängigen Frauen ständig zu. Besonders stark in den letzten drei Jahren. (7)

Der schwierige Weg nach oben!

Nach sechs Jahren Revolution ist die Mehrheit der Frauen immer noch an Arbeitsplätzen beschäftigt, die wenig Verantwortung erfordern. Die Frauen haben kaum Zugang zu Leitungs-, Organisations- und Arbeitskontrollfunktionen. (8) Vor allem auf dem Land verschieben die Frauen immer noch die am schlechtesten bezahlten Arbeiten, die wenig Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Die historische Begründung dafür — die fehlende Grundausbildung der Frauen — trifft teilweise nicht mehr zu. Seit der Alphabetisierungskampagne können alle Frauen lesen und schreiben und stellen nun den größten Anteil in den laufenden Erwachsenenbildungsprogrammen. (9) Bildung und wenig Frauen in den Be-

reich der beruflichen und technischen Ausbildung vorgezogen, bzw. man hat ihnen nicht die Möglichkeiten dazu gegeben. Eine Studie, die der Staat momentan durchführt, zeigt, daß die Mehrheit der Frauen wegen zu geringer oder fehlender Ausbildung niedrig bezahlte Arbeitsplätze haben, oder, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen aus dem produktiven in den informellen Sektor drängen. Die gleiche Studie beweist, daß die Ausbildungszentren immer noch Männer als am geeignetsten für die meisten Berufe erachten. Sogar das staatliche Fortbildungsinstitut SINAFORP fordert jedes Mal, wenn ein neuer Kurs beginnt, männliche Kandidaten an. (10)

Jedoch ist das Ausbildungsproblem nicht das einzige Problem. Frauen, die um bessere Arbeitsplätze kämpfen, sind mit vielfältigen gesellschaftlichen Problemen konfrontiert. Frauen, die um bessere Arbeitsplätze kämpfen, sind mit vielfältigen gesellschaftlichen Vorurteilen konfrontiert. „Die immer noch tief verwurzelte Vorstellung, daß die Frau ‚zerbrechlicher‘, ‚schwächer‘ ist und ‚nicht zum Befehlen tauglich‘, hat ihren Zugang zu technisierten oder mechanisierten und besser bezahlten Arbeiten, sowie zu Leitungsaufgaben beschränkt.“ (11)

Größtes Handicap:
Die Hausarbeit

Obwohl die Mehrheit der nicaraguanischen Frauen ihre Familien ernähren muß bzw. in irgendeiner Form Lohn erwirtschaften muß, bedeutet dies nicht, daß sie die Hausarbeit vergessen könnten. Im Gegenteil: Diese bleibt ihre exklusive und ihnen gesellschaftlich traditionell zugewiesene Aufgabe. Das gleiche gilt für die Versorgung und Erziehung der Kinder. So nannte AMNLAE auf ihrer Nationalen Versammlung im September des Jahres als eines der vordringlichsten Probleme das Fehlen von Unterstützungsstrukturen, die die Belastung der Frau durch Haushalt und Kinder vermindern können. (12)

Die Konsequenzen der Doppelbelastung und häufiger Schwangerschaften, Geburten und Stillperioden führen zu zunehmender und anhaltender Erschöpfung der Frau.

Politische Organisierung
ist nol

Die extrem schwierigen Bedingungen, unter denen die Frauen einer Lohnarbeit nachgehen müssen, erfordern eigentlich einen besonders hohen Organisationsgrad in den Gewerkschaften. Neben der fehlenden Zeit und Kraft wird die Frau — will sie sich gewerkschaftlich betätigen — noch konfrontiert mit den Männern zu Hause (Ehemann oder Vater), die meinen, gewerkschaftliche Arbeit sei nichts für Frauen, und den Männern in der Gewerkschaft selbst, die frauenspezifische Probleme nicht auf die Tagesordnung setzen. Ähnlich wie im Produktionsprozess sind auch in der Gewerkschaft die Frauen in den Leitungsinstanzen erheblich unterrepräsentiert. Die Frauen werden bei der Auswahl für gewerkschaftliche Fortbildungskurse selten berücksichtigt, mit dem Ergebnis, daß, obwohl die Arbeiterinnen großen Hindernissen gegenüberstehen, um die Verantwortung als Leitungskadetten zu übernehmen, außerdem ist es nicht sehr häufig, daß sie dafür vorgeschlagen werden.“ (13) Mittlerweile stellen die Frauen einen beträchtlichen Anteil der Mitgliedschaft in ATC, UNAG, CST etc. und beteiligen sich an den gewerkschaftlichen Aktivitäten. In den Gewerkschaftsversammlungen selber melden sich die Frauen jedoch selten zu Wort in der Annahme, ihre Probleme betreffen nicht alle Arbeiter. Darauf

versucht nun AMNLAE eine Antwort zu finden. AMNLAE propagiert nicht in erster Linie die massive Integration der Frau in ihre Reihen. Ihr Ziel ist es vielmehr, möglichst viele Frauen in den übrigen politischen und Massenorganisationen zu organisieren und deren Einfluß dort durch politische Schulung und organisatorische Rückendeckung zu vergrößern. Darüberhinaus besteht AMNLAE jedoch auch auf der Notwendigkeit einer eigenständigen Frauenorganisation. Konzept dieser realistischen Politik ist, die politische Arbeit mit den Frauen in den Bereichen zu suchen, wo sie mit ihren unmittelbaren täglichen Problemen konfrontiert sind, und darüber auch allmählich fortschrittliche Inhalte einer Frauenpolitik in der Basis zu verankern. (14)

Diese Verknüpfung der beiden Arbeitsbereiche der Frau — in Produktion und Reproduktion — in der Politik von AMNLAE findet sich auch in den Gewerkschaften wie z.B. ATC wieder.

„Wir können die Arbeit der Männer machen“

In der Goldmine El Limón Als die Goldmine vor 1979 noch in der Hand der Yankees war, arbeiteten dort nur wenige Frauen (als Sekretärinnen oder Putzfrauen). Heute tragen mehr als 100 Frauen in den verschiedenen

MIDINRA die gute Führung durch weibliches Personal und schlägt vor, diese Aufgaben in Zukunft auf allen UPEs ausschließlich Frauen zu übertragen. Dieser Vorschlag rief unter den Arbeitern anderer UPEs heftigen Widerstand hervor.

In den Baumwollfeldern

In der Region II werden 90,5% der nationalen Baumwollproduktion erwirtschaftet, ein Relikt aus der Somozazeit. (19) Der saisonbedingte Baumwollanbau traf u.a. die Frauen. Während die Männer außerhalb der Erntezeit als Tagelöhner durchs Land ziehen mußten, waren die Frauen, zuständig für die Kinderaufzucht, dazu gezwungen, die miesesten und schlechtesten Arbeiten anzunehmen, um den Unterhalt der Familie zu gewährleisten. Als Reservearmee billiger Arbeitskräfte und weit entfernt von jeglichen Ausbildungsmöglichkeiten, begann die aktive Beteiligung der Landarbeitenden — schon lange vor dem Sieg der Revolution — bei Landbesetzungen, die sie in Frauenkomitees mitorganisierten. Heute hat sich vieles geändert: Die Frauen erhalten den gleichen Lohn wie die Männer und sind ihnen rechtlich gleichgestellt. Sie haben sich alphabetisiert und kommen in den Genuss von verschiedenen sozialen Dienstleistungen (Versicherung, Gesundheitsversorgung, Kindertagesstätte etc.).



Funktionen zur Goldproduktion in der Mine El Limón bei. Die Goldminen erwirtschaften einen nicht unwichtigen Teil am nicaraguanischen Devisenaufkommen, 45 dieser Frauen erfüllen Aufgaben, die bis vor wenigen Monaten nur Männern vorbehalten waren. „Als die Nationale Leitung uns Frauen am 1. Mai dazu aufrief, uns auszubilden und in die Produktion zu integrieren, haben wir uns hier vorgenommen, das in Angriff zu nehmen.“ (15)

Diese Integration war ein hartes Stück Arbeit, das AMNLAE, FSLN und die Gewerkschaft gemeinsam leisteten. „Es gibt immer noch Leute, die der Meinung sind, Frauen sind für solche Arbeiten nicht tauglich.“ (16) Bezeichnenderweise war der Widerstand größer bei den Verantwortlichen, als bei den Arbeitern selber.

In der Viehzucht

Auf den UPEs (17), die Viehzucht betreiben, verrichtet die Mehrheit der Frauen traditionell niedrig bezahlte Arbeiten, wie z.B. Aussaat und Jäten beim Grünfütteranbau, was kaum Aufstiegsmöglichkeiten bietet. Vor kurzem führte MIDINRA (18) auf zwei ausgewählten UPEs in der Region II einen Versuch durch mit positivem Ergebnis: Im Amarian und San Judas übernahmen Frauen die traditionelle Männerarbeit der Rinderaufzucht. In einer vergleichenden Studie stellt MIDINRA fest, daß die Rindersterblichkeit auf einer herkömmlichen UPE (El Triunfo) 12,8% betrug, auf San Judas jedoch nur 2,7%. Als Grund nennt

Für die Frauen stellt dieses Problem eine historische Chance dar. Entscheidend für die Weiterentwicklung des Integrationsprozesses der Frau ist, daß nicht nur ein politischer Wille besteht, sondern daß dieser politische Wille übereinstimmt mit den Erfordernissen einer konkreten gesellschaftlichen Situation: Die Integration der Frau ist ein Überlebensfaktor für die nicaraguanische Wirtschaft. Diese Entwicklung verläuft nicht geradlinig und reibungslos. Die ökonomische Notwendigkeit gerät in Widerspruch zu der traditionellen Rolle der Frau in der nicaraguanischen Gesellschaft. Damit wird der Machismo, der ideologisch noch nicht allgemein von der Revolution angegriffen wird, zu einem objektiv reaktionären Element.

Auch ist die ökonomische Notwendigkeit in sich widersprüchlich. Der Krieg, der auf der einen Seite den Arbeitskräftemangel in der Produktion verursacht, verhindert auf der anderen Seite die völlige Integration der Frau, da er wichtige materielle Voraussetzungen — vor allem Einrichtungen zur Kinderbetreuung — dafür blockiert.

AMNLAE geht es in dieser Situation nicht nur darum, das größte verfügbare Arbeitskräftepotential „Frau“ — gemäß der Regierungspolitik — in Aktion zu setzen, sondern auch einen entscheidenden Schritt vorwärts zu tun in Sachen Befreiung der Frau. Dabei orientiert sich AMNLAE an dem Konzept, daß gleichzeitig für die Entwicklung neuer Wirtschaftsstrukturen zugunsten der Frau gekämpft werden muß, daß gleichzeitig für die Entwicklung neuer Wirtschaftsstrukturen zugunsten der Frau gekämpft werden muß.

Die FSLN will in der neuen nicaraguanischen Verfassung die Aufhebung der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen verankern. Diese Forderung schließt logischerweise die Beendigung der Frauenausbeutung und Unterdrückung ein. Dies wird jedoch von der FSLN im Verfassungsentwurf nicht ausdrücklich benannt, was laut AMNLAE jedoch notwendig ist, um der besonderen Situation der Frau als doppelt Unterdrückter Rechnung zu tragen. AMNLAE ist mittlerweile, wie viele andere politische und Massenorganisationen zum Verfassungsentwurf angehört worden. Die Frauen fordern nun eine Verfassung „zugunsten der Frau“. Darunter verstehen sie nicht einfach nur Gleichheit und Gleichberechtigung der Geschlechter, sondern Privilegierung und Bevorzugung der Frauen. Konkret bedeutet dies u.a. Vorrang von Frauen bei der Vergabe von Arbeitsplätzen und Verpflichtung des Staates und der Unternehmer, die Ausbildung und Qualifizierung der Frauen so zu fördern, daß sie technische und Leitungsaufgaben übernehmen können und in diesen den Anteil stellen, der proportional zu ihrer Gesamtpräsenz im jeweiligen Arbeitssektor ist. (23)

Korrespondenz aus Nicaragua

Anmerkungen:

1. Hacia la 25.9.85 Barr.
2. Barr. 30.9.85
3. Barr. 30.9.85
4. ebd.
5. UNAG = Union Nacional de Agricultores y Ganaderos (Kleinbauernverband); ATC = Asociación de Trabajadores del Campo (Landarbeitergewerkschaft)
6. Barr. 20.9.85
7. Barr. 5.10.85
8. 22.9.85
9. Früher begründeten die Männer ihre Kontrollfunktion mit ihrem Bildungsvorsprung
10. SINAFORP = Sistema Nacional de Formación Profesional (Nationales Berufsbildungssystem) Barr. 21.10.85
11. Barr. 5.10.85
12. Barr. 24.9.85
13. Barr. 5.10.85
14. Die Vorgängerorganisation AMPRONAC, die vor dem Sieg der Revolution eine nicht unbedeutende Rolle spielte, war hauptsächlich zusammengesetzt aus fortschrittlichen Frauen des Mittelstandes und des Bürgertums
15. Barr. 30.9.85
16. ebd.
17. UPE = Unidad de Producción Estatal (staatliche Produktionsseinheit = staatliche Farm)
18. MIDINRA = Agrarministerium
19. Während des sog. Baumwollbooms in den 50er Jahren zu den Kleinbauern massiv von ihnen Lande an den vertrieben, damit die Somozas und Yankeeherren den monokulturellen Baumwollanbau extensiv betreiben konnten
20. Barr. 30.9.85
21. Verano, Barricada cultural, 28.9.85
22. ebd., 18.9.85
23. Barr. 22.9.85

Die ökonomische
Notwendigkeit als historische
Chance nutzen

Wir haben gesehen. Die ökonomischen Schwierigkeiten, mit denen Nicaragua im Moment fertig werden muß, und die vor allem ihren Ursprung in dem von außen aufgezwungenen Krieg haben, haben u.a. durch die hohe Anzahl der mobilisierten Arbeiter einen zunehmenden Mangel an qualifizierter Arbeitskraft im gesamten Produktionssektor zur Folge.

„Wohlwollende Assimilierung“

Die neue Geschichtsschreibung des da- mals amtierenden US-Präsidenten McKinley wählte ein Szenario des Herrn der Götter. „Die Philippinen sind für immer unser. Hinter den Philippinen liegen die nicht unterworfenen Weiten des Pazifiks.“ Die Philippinen: Sprung- brett einer imperialen und kolonialen Politik Ost- und Südasiens.

Kehrseite der Medaille: Die „reinen“ Philippinen verweigerten sich dem Diktat des „Wohlwollens“. Das in der Region größte Kolonialmassaker nahm seinen Lauf.

„Befriedung“

„Pacification“ („Befriedung“) wurde zum Schlüsselbegriff. Die Bevölkerung wurde buchstäblich dezimiert. Über 120.000 amerikanische Soldaten schlugen den neu erworbenen Pazifik Besitz in Bluttat. Das war tödlich zu nehmen. Hier praktizierte die US-Soldateska jene „Aufgibtaktik“ (Counterinsurgency) — wie Basse Denial, Handlung (Strategy) wie Waco (1972), Zoon (1972) — Durchkämmen ganzer Wälder u.ä. —, die den Briten in Malaya (1948-60) als Vorbild diente. In Vietnam erfüllten diese Taktiken — flankiert von B52-Flak — vorbildhaft bis hin zur geophysikalischen Kriegsführung (Erzeugung künstlicher Regen) — ihre „Verfeinerung“.

... im „Rambo-Zambo“-Stil

Auf der ostphilippinischen Insel Samar beispielsweise wutete der US-Haudegen Jacob H. Smith. Folgender Tagesbefehl dieses Aushängeschildes des Terrors ist überliefert: „Ihr sollt töten, plündern und niederbrennen“, teilte Smith seine Untergebenen an. „Je mehr ihr das tut, umso größer wird mein Wohlgefallen sein.“ Die amerikanische Presse schnupperte gierig die Blaupause „hervor- boss“ ab. Frontkommentare fanden mühelos ihren Weg in den Blätterwald, die „Rambo“ im machtvollen als schüchternen Samariter mit Schellen- kappe erscheinen lassen.

Schwarzen Samariter mit Schellen- kappe erscheinen lassen

Flaggenunabhängigkeit

Sommer 1946. Nach kurzem japani- schen Herrschafts-Intermezzo (Dezem- ber 1941 — Anfang 1945) und der Rückkehr der Amerikaner unter Gene- ral Douglas MacArthur wurden in der Hauptstadt Manila die Nationalflaggen gehißt. Noch am Tag der Flaggenunab- hängigkeit ist mit Washington ein Bun- del bilateraler Verträge ausgehandelt, die — auf den Punkt gebracht — den Amerikanern in den Philippinen diesel- ben Rechte wie den Filipinos in den USA zugestehen (sog. Gleichheitsklausel).

Erfolgreiche Konterrevolution

Unter Federführung des CIA-Mannes Oberst Edward G. Lansdale war die- sem Programm — also auf Bürgerkrieg- getrimmte Zuckerbrot-Häppchen wie Verteilung von Lebensmittel-Rationen, Umsiedlungen und Landzuteilungen an Huk-Deserteure — Erfolg besche- den. In Vietnam schlug die Kopie des „philippinischen Erfolgs“ fehl.

Gegenteile verpönt

1969. Stadt und Land werden von ei- ner Protestwelle gegen die Politik des, 1966 antretenden Präsidenten Fer- dinand Marcos und seiner betont- amerikanischen Position erfaßt. Ende März erfolgt die Gründung der Neuen Volksarmee (NPA). Aufnahme des Guerilla-Kampfes.

Im amerikanischen Repräsentanten- Haus kommt der unter Vorsitz von Senator Symington erstellte Bericht

von Rainer Werning

Die Philippinen 1898 - 1985:

Etappen einer vergessenen Intervention

Das fernöstliche Inselreich hatte das unagliche Pech, Amerikas einstige und einzige Kolonie in Asien zu sein. 1898 entstand in den Philippinen Asiens erste, freilich kurzlebige Republik. Die 300jährige spanische Kolonialherrschaft — von Filipinos sarkastisch als Zeit im „Madri- der Konventikel“ bezeichnet — hatte ein Ende gefunden. Für 20 Mio. US-Dollar kungelte Washington den Archipel den Spaniern ab — ein Kolonial- schacher par excellence.

(sog. Symington Report) über die US-„Verpflichtungen“ in Übersee. „Die Vereinigten Staaten (durch die JUSMAG, Vereinigte US-Militärberater-Gruppe; R.W.) unter- stützen also die philippinischen Streit- kräfte (AFP) gegen die Filipinos, die die Amerikaner immer weniger mögen.“

Die Situation wird brenzlig. Vietnam bereits absehbar — droht aus dem US-Machtbereich herauszukippen. Die Philippinen aber dürfen nicht wanken. Sie stellen die militärische Infrastruk- tur und Logistik für das „Abenteuer Indochina“.

Von Clark-Luftwaffenstützpunkt setzen sich die B52-Bombertgeschwader gegen Indochina in Bewegung. Subic- Bay war und ist der Stützpunkt der 7. US-Flotte. Und, deren Opera- tionsgebiet schließt sich in weitem Bo- gen vom Pazifik über das Südchinesi- sche Meer, den Indischen Ozean und Persischen Golf bis hin zum Roten Meer.

Kriegsrecht: Die „Unnormalität“

1972. Im Herbst verhängt Marcos das Kriegsrecht. 1974 würden die Gleich- heitsklauseln auslaufen. Eine US-Kongressdelegation stattete den Inseln und Südkorea Ende des Jahres einen Besuch ab. Fazit ihres im Februar 1973 publizierten Reports: „Eine uns wohl- gesonnene Regierung (d.h. das Marcos-Regime; R.W.) und die Auf- rechterhaltung unserer dort installier- ten Militärbasen sind wichtiger denn die Wahrung demokratischer Institu- tionen.“

Washington stockt seine Militärhilfe drastisch auf. Zug um Zug mauert sich unter seiner Ägide das philippini- sche Militär (1972 = 62.000 Mann; heute = ca. 300.000 Mann exklusive paramilitärischer Einheiten/Banden) zum Frankenstein-Monster. Mit beto- renden Worten ist dieser „Unge-“ nicht mehr zurück in die Flasche zu bannen.

... wird „normal“

1981. Aufhebung des Kriegsrechts im Januar — pro forma. Die „unnormal- e“ Situation wird kurzerhand zur „Normalität“ erklärt. Die Militärie- rung erhält einen neuen Drall. Um die Zahl politischer Gefangener rechne- risch gen Null zu drücken, wird das Salvaging in Anschlag gebracht. Ein schier prototypisch zu nennender Zy- nismus, der schauerlich Wort und Tat zusammenfallen läßt. Dem Salvaging (wörtl. „Rettung/Bergung von in (See)Not Geratenen“) sind seitdem Tausende zum Opfer gefallen.

Im Klartext: Leute „verschwinden“ durch „unsichtbare“ Soldatenhand, um — sofern überhaupt — irgendwo in unwegsamem Gelände notdürftig verscharrt aufgefunden zu werden. Onkel Sam zeigt Verständnis. Im Juli 1981 lobt der angereiste Reagan-Vize George Bush Marcos über den grünen Klee — vor allem dessen „unerschüt- terliches Festhalten an demokratischen Traditionen“.

Von der Polarisierung ...

1983. Der bürgerliche Oppositionspoli- tiker Aquino wird bei seiner Rückkehr aus 3-jährigem Selbstexil in den USA buchstäblich auf Manilas Flughafen „umgarnet“. Das lange Zeit auf ei- nen friedlichen Wandel erpichte Bür- gerium ist aufgeschreckt. Die Phase schroffer gesellschaftlicher Polarisie- rung schlägt um in einen Prozeß zu- nehmender Isolierung des Regimes. Die Legitimation staatlicher Autorität und Reputation ist in den Orkus ge- raten. Schuldennormativen — Kapi- talflucht — harte Außenpolitik der IMF-Weltbank-Gruppe — Massen- streiks. Die Zahnpasta ist nicht mehr länger zurück in die Tube zu pressen. Aus Repräsentanten des US-Schwarzmarktes, der CIA, internationalen

Glaubigerbanken, des Weißen Hauses, von Pentagon und State Department entsteht die sog. Intergovernmental Task Force on the Philippines. Dieser behördenübergreifenden Arbeitsgrup- pe obliegt die Formulierung einer stromlinienförmigen — zumindest mit- telfristig verbindlichen — US-Politik vis-à-vis Manila. Danach ist Marcos strategisch „out“, Ersatz — im Sinne eines Post-Marcos-Szenarios — nach



Trauerzug zur Beerdigung des angeblichen Attentäters Galman, Ga-man Sohn „Er war unschuldig“

Washingtons Gusto — soll eine Allianz aus bürgerlichen Oppositionspolitikern und „effizienten“ Ministern um der in West-Point geschulten Generalstabs- chef Fidel Ramos mit dem in interna- tionalen Geschäfts- und Bankkreisen geschätzten Premier und Finanzmini- ster Cesar Virata als Bindeglied schaf- fen.

— zur Isolierung des Regimes

1983. Wer in Washington Rang und Namen hat, wird neuerlich in Manila vorstellt. CIA-Chef William Casey und Sonderemissar Reagans, Senator Laxalt, drängen Marcos im Mai bzw. Oktober zu vorgezogenen Präsiden- tialschaftswahlen. Der Geheimdienstaus- schuß des US-Senats unter Vorsitz De-

vid Duranbergers zeigt sich nervös. Sollte das alte Regime in allherge- brachter Weise weitermachen, so sei binnen drei Jahren „die Karte im Dreck“. Die „weltweit schnellstwach- sende“ NPA-Guerilla zähle bald 30.000 Mitglieder und lauge verstärkte sich ihr Zulauf.

Anfang dieses Monats. Der Frei- spruch des Ex-Generalstabschefs und Marcos-Chauffeur-Leibwächter- Inimus, General Fabian C. Vera, im Aquino-Mordprozeß beschleunigt den Bankrott des Regimes.

Für Anfang Februar 1986 werden vorgezogene Präsidentschaftswah- len anberaumt. Fest steht: das Damokles- schwert einer direkten militärischen US-Intervention senkt sich. Auf den Basen Clark und Subic sind bereits US-Flotteinheiten — die Special Operations Forces (SOF) — angeland. Philippinisch-amerikanische Manöver haben in der Vergangenheit stets die Grundannahme „niederzuschlagender innerer Unruhen“ einkalkuliert.

Südostasien — seit Vietnam das un- geliebte, schmutzige Kellerkind der internationalistischen Linken hat un- nimmer eingeholt. Es gilt Position zu beziehen — hier und bald.

Bonn hat das bereits getan. Noch im Oktober erteilte Bundesminister Dr. Jürgen Warnke dem Marcos-Regime die Aufstockung bundesdeutscher Ent- wicklungshilfe zu ... während Wash- ington zur „Stimme seiner Herrn“ bereits langsam auf Distanz geht.

Auch das hat — gleichwohl kurzere — Tradition: um die Jahreswende 1982/83 überreichte ein Ministerpräsi- dent aus Bayern seinem Gastgeber Marcos als Präsent einen Revolver. Zum Russischen Roulette — wie wohl- meinende Zyniker dereinst urteilen — ist das Scheitern nun wahrlich nicht verwandt worden.

Literaturhinweise

- 1) Rainer Werning, Zur Geschichte des philippinischen Befreiungskamp- fes: 1930-1973, Bonn 1973, 145 S.
- 2) Aktionsgruppe Philippinen/medico international (Hg.), Die gestutzten Flügel der Frei- heit — Menschenrechte und Militari- sierung in den Philippinen, Münster 1983, 72 S.
- 3) R. K. König, Der blühende Bambus — Gesundheit und Befreiung in den Phi- lippinen, hg. von medico international, Ffm. 1985, ca. 180 S.

Alle Schriften sind zu beziehen über Aktionsgruppe Philippinen (agph) Postfach 32 / 5444 Polk.

Philippinen: Philippinen: Marcos deckt seine Kumpane

Präsident Ferdinand Marcos, der durch Korruption und Vetterwirtschaft seinen Familien-Clan zu einem der reichsten der Welt machte, kämpft nach 20 Jahren der unumschränkten Herrschaft um sein politisches Überle- ben. Heute muß Marcos zu immer bru- taleren Repressionen gegen das philip- pinische Volk greifen, um seine Herr- schaft aufrecht erhalten zu können. Dies belegen die jüngsten Ereignisse auf den Philippinen.

13 Jahre Kriegsrecht auf den Philippinen

Am 21. September war der 13. Jahres- tag der Verhängung des Kriegsrechts durch Präsident Ferdinand Marcos. Während die Regierung diesen Tag als nationalen Feiertag begeht, wird das 1981 formal aufgehobene Kriegsrecht dennoch nach wie vor angewandt.

Mit der Ermordung des philippini- schen Ex-Senators Benigno Aquino wurde auf den Philippinen eine neue Phase des Widerstands gegen Marcos eingeleitet. Zum ersten Mal beteiligten sich auch massenhaft die städtisch- bürgerlichen Schichten, vor allem in Manila, an den Protesten gegen Mar- cos. Aquino, der als Repräsentations- figur dieses Teils der Opposition seine Rückkehr aus dem Exil mit einem Auf- ruf zum „Nationalen Versöhnungspro- gramm“ zwischen der Marcos-Diktatur und anderen politischen Parteien verbunden hatte, wurde bei seiner An- kunft auf dem Flughafen von Manila rücklings erschossen. Seitdem ebbt die Welle der politischen Unruhen auf den Philippinen nicht mehr ab. Zu offen- sichtlich war, daß Marcos sich eines potentiellen Konkurrenten nur durch Ermordung entledigen konnte. Mit- lerweile sind alle Angeklagten, die be- schuldigt waren, an dem Attentat be- teiligt zu sein, freigesprochen, unter ih- nen auch der beurlaubte Generalstabs- chef Ver, der engste Vertraute von

Marcos. Obwohl eine unabhängige Untersuchungskommission beträch- tliche Beweise für eine Beteiligung der Militärs an der Ermordung Aquinos beigebracht hatte und Marcos' Ver- schwörungstheorie, nach der ein Mit- glied der kommunistischen Partei Aquino ermordet haben soll, widerlegt hatte, folgte das von Marcos einge- setzte Sondergericht diesen Beweisen nicht. Wen wundert's, sitzt doch der Drahtzieher des Attentats im Präsiden- tepalast.

Die Ermordung Aquinos leitete aber auch eine härtere Gangart gegen die

Opposition ein. Vor der Aufhebung des Kriegsrechts im Jahr 1981 hatte es die Opposition vor allem mit Verur- teilungen zu tun. Seither sind noch ande- re Formen der Repression hinzu ge- kommen. Schwester Mariam Dimara- nan von der philippinischen Men- schenrechtsorganisation „Task Force Detainees“ (TFD) nennt neben Ver- handlungen unter Anwendung der „Pre- ventive Detention Action“ (PDA) — jeder kann solange inhaftiert werden, bis Marcos die Entlassung anordnet — vor allem das „Hamleting“ (die

Fortsetzung nächste Seite

NEUERSCHEINUNG! Rainer Werning

Indonesien 1965 - 85 Lange Schatten des Terrors

ISBN 3-921881-14-1 (6,50)

Im September/Oktober 1965 scheiterte der Putschversuch linker Offiziere der indonesischen Streitkräfte. Präsident Sukarno mußte von der Bühne abtreten, es folgte die bittere Rache der Sieger. Die Massaker kosteten 1 Million Menschen das Leben.

Daß 10 Jahre nach Vietnam ein Film aus „Killing Fields“ der Botschaft der Reaktion — eine Abnabelung von Onkel Sam führt schwarze Tränen ins Inferno — cineastisch freit, hat System. Gleichsam entspricht es Regimes, daß dieselbe Reaktion bis heute Imagepflege eines Regimes betreibt, dessen „New Order“ auf systematischem Terror basiert.

WURF Verlag
Norbert Eilinghoff
Hammer Str. 71
D-4400 Münster

Fortsetzung von vorheriger Seite

zwangsweise Umsiedlung von Menschen in Wehrdörfern. Minderheiten sollen aber 500.000 Menschen von ihren Wohngebieten in solche strategischen Wehrdörfer, eine Art Konzentrationslager, umgesiedelt worden sein. Weiterhin gab es zahlreiche Massaker, bei denen Menschen auf offener Straße erschossen wurden. Nach Angaben von ILO soll es allein 1984 518 solcher Fälle gegeben haben. Hinzu kommt noch eine steigende Zahl von Verschwundenen.

Zahlreiche Aktionen gegen Marcos

Die philippinische Opposition nutzte den 13. Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechts zu zahlreichen Aktionen gegen die Herrschaft von Präsident Marcos. Schätzungsweise 350.000 Menschen beteiligten sich landesweit an den Protesten. Diese konzentrierten sich allerdings auf die Städte. Allein in Manila nahmen über 50.000 Menschen an einer Demonstration teil, die direkt zum Präsidentenpalast führte. Dort stießen die Demonstranten auf Polizei und Militär, die mit Schlagstöcken versuchten, die Demonstranten auseinander zu treiben. Die Demonstration wurde von dem neuen, national demokratisch ausgerichteten Bandos „Bayan“ (Volk) organisiert, zu dem etwa 500 Organisationen gehören. Bayan ist die größte legale Oppositionskraft auf den Philippinen.

Zuvor hatte das gemäßigte Bündnis „Bandila“ (Fahne), das sich aus sozialdemokratischen und liberalen Kräften zusammensetzt, ein „Volksgericht“ gegen Marcos organisiert. Dem Präsidenten und seiner Frau Imelda wurde eine massive Minderheitsregierung vorgeworfen, die die Menschenrechte verstoßen, die Wirtschaft des Landes ruiniert und sich selbst bereichert zu haben. Marcos wurde in allen sechs Punkten für schuldig befunden und „zur Strafe des Landes verwiesen“.

Nach dem Ende der Sitzung des Volksgerichts zogen die Teilnehmer zum Sitz des militärischen Oberbefehlshabers General Fidel Ramos, um ihm symbolisch das Urteil des Volkes zu überreichen. Teile der Bandila-Demonstration vereinigten sich später mit der Bayan-Demonstration, wo viele Mitglieder von Bandila zum ersten Mal mit der Schlagwut konfrontiert wurden.

In den Provinzstädten gipfelten die Aktionen in sogenannten „Welgang Bayan“ (eine Art Generalstreik verbunden mit Straßenhaktaden) und anderen Formen des Protests, die von den örtlichen Ableitungen von Bayan organisiert worden waren. Die abgehalften Welgang Bayan u.a. in Davao-City, Butuan-City und Cagayan an die Oro-City führten den gesamten Handel und den Verkehr. Bei dem Welgang Bayan in Cebu, wo 60% aller wirtschaftlichen Aktivitäten in der Stadt vollzogen werden, wurden 179 Menschen von Militär verhaftet. Hauptstützen der Kämpfe auf dem Lande sind die Gewerkschaftsgruppen in Bayan unter der Führung der Kilalang Mayo Uno (Bewegung des ersten Mai) und der National Peasant Union.

Das Massaker von Escalante

Auch auf der Insel Negros war der Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechts Anlaß zu zahlreichen Aktionen gegen das Marcos-Regime. Für die Menschen auf Negros geht es in erster Linie darum, für bessere Lebensbedingungen zu kämpfen. Hunger, der tägliche Kampf ums Überleben und militärische Gewalt sind leidvolle Alltagserfahrung der Bevölkerung.

Die katastrophale Lage der Menschen von Negros ist das Ergebnis der verfehlten und korrupten Politik von Marcos und seiner Kumpane. Einer von Marcos' Günstlingen ist Roberto Benedicto, Chef der staatlichen Zuckerbehörde „Philucom“. Die Philucom hat das Monopol für den Ankauf der Zuckerrüben und den Export ins Ausland. Doch Benedicto nutzt diese Position zur persönlichen Bereicherung. Unter anderem wird ihm vorgeworfen, ausländischen Zucker ins



Gefängnis auf Mindanao: Folter gehört zum Alltag

Land geschmuggelt zu haben, wo er dann zu gestützten Preisen verkauft wurde. Während der Weltmarktpreis derzeit bei 3 Cent je Pfund liegt, zahlen die USA den Philippinen 21 Cent. In einem anderen Fall wird ihm vorgeworfen, verdorbenen Zucker billig an sich selbst verkauft und später zu normalen Preisen abgesetzt zu haben, eine Operation, die ihm innerhalb 15 Millionen Dollar eingebracht haben soll. Weil Benedicto in der Hochzeit, als der Zuckerpreis bei 67 Cent je Pfund lag, den amerikanischen Markt vernachlässigte, um im asiatischen Raum kurzfristig noch bessere Geschäfte zu machen, ist die Ausfuhrmenge in die USA heute beschränkt. Die USA gewähren den Philippinen zur Zeit nur eine Quote von 100.000 Tonnen. Für viele Ha-

cenderos, die sich früher stolz Zuckerbarone nennen durften, bedeutet das, daß sie ihre Ernte nicht mehr absetzen können. Sie reagieren mit einer rapiden Senkung der Anbaufläche. Letztendlich sind die Zuckerarbeiter. Während die Löhne immer neue Tiefstände erreichen, sie liegen beträchtlich unter dem offiziellen Mindestlohn des Arbeitsministeriums in Manila für Agrararbeiter, steigen die Akkordvorgaben der Hacendados ständig an. Auch bisher waren die Arbeitsvorgaben schon so bemessen, daß Frauen und Kinder mitarbeiten mußten. Die Landarbeiter und ihre Familien sind quasi Eigentum der Hacendados. Doch diesen Arbeitern geht es noch vergleichsweise gut, denn über 300.000 Zuckerarbeiter auf Negros sind arbeitslos, ohne Aussicht

auf Arbeit und ohne jede finanzielle Absicherung. Die Folge ist Hunger, Hunger über den Zuckerarbeitern: Siebenjährige Kinder sollen nur wie Zweijährige 67% der Kinder von Zuckerarbeitern und bereits alarmierend fehl und ungenügend Betende kaufen sich, wonach sich ganze Familien nur noch von Zuckerrohr und Wurzeln ernähren.

Da die Hilfsprogramme der Regierung und der Kirchen nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind, fordern die Menschen, das weihnachtliche Fest mit Reis und Gemüse anbauen zu dürfen. Dies war auch der Anlaß für eine Demonstration in Escalante, einer Stadtchen nördlich der Provinzhauptstadt Bacolod City. Am Vorabend des Jahrestages der Verhängung des Kriegsrechts versammelten sich 7.000 Menschen, um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen. Die Demonstranten wurden jedoch völlig unerwartet und ohne Vorwarnung von Wasserwerfern des Militärs angegriffen und mit Tränengas bombardiert. Die Demonstranten stürzten zu Boden, lachten sich unter und versuchten den Angriff stand zu halten. Als ein Demonstrant eine Tränengasbombe zu den Soldaten warf, gingen Gewehrfeuer aus den Maschinenpistolen los. Das Militär feuerte 15 Minuten in die Menge. Ein Beteiligter kommentierte die Ereignisse folgendermaßen: „Wir riefen nach Reis und sie antworteten uns mit Kugeln.“ Das Massaker von Escalante forderte viele Menschenleben. 17 starben an Ort und Stelle, 10 andere erlitten Stunden später im Krankenhaus ihren Verletzungen. Darüber hinaus werden seit der Militäration noch knapp 200 Personen vermisst. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß noch weitere Tote in den Zuckerrohrfeldern gefunden werden, wohn auch zahlreiche Verwundete gefoltert werden hatten.

Brigadegeneral Guzman, der die Truppen in Escalante befehligte, behauptet, daß das Militär in Nothwehr gehandelt hat. In Wirklichkeit waren die Demonstranten dem Militär wehrlos ausgeliefert. Die meisten Opfer wurden im Kopf bzw. im Rücken getroffen, was darauf hindeutet, daß sie entweder auf dem Boden lagen oder sich auf der Flucht befanden.

Das Massaker von Escalante forderte den höchsten Blutzoll bei einer einzelnen Protestaktion seit der Machtergreifung von Präsident Marcos vor 20 Jahre. Das Massaker von Escalante ist kein Einzelfall, am 11. Oktober wurden wiederum bei einer friedlichen Demonstration in Manila zwei Menschen erschossen und 11 weitere Demonstranten verletzt, als die Polizei aus dem Auto heraus das Feuer eröffnete. Auch bei dieser Demonstration bestand ein großer Teil der Teilnehmer aus Landarbeitern. Gerade dieser Teil der Bevölkerung, der aufgrund seiner sozialen Lage den Kampf gegen Marcos am konsequentesten führt, ist immer stärker von der Repression betroffen. In Zentral-Luzon sind 90% der Opfer der militärischen Aggressionen Bauern oder Landarbeiter.

Nach Berichten der Menschenrechtsorganisation TFD sollen in der Zeit von 1972-1983 65-70.000 Philippinos aus politischen Gründen verhaftet und ins Gefängnis geworfen worden sein. Viele von ihnen seien gefoltert und mehr als 2.200 ermordet worden.

Quellen:
Tagesspiegel September, Oktober 1985
Liberation, 4/1985
ACPHI Rundbrief Oktober 1985

Ks., Internationalismus-Kommunion

Betr.: AK 264 „Schwierigkeiten mit der Solidaritätsarbeit?“

oder der Kampf gegen ANC und SWAPO in der Bundesrepublik

In dem Artikel setze ich mich u. a. mit einem von Akafrik Münster/Vereine Rosenke formulierten Flugblatt auseinander, in dem gefordert wird: „Der ausdrückliche Wille aller Teile der süd afrikanischen schwarzen Bevölkerung muß für die Solidaritätsbewegung vorrangig sein.“ Ich habe daher Vereine vorgeworfen, zu fordern, „der Wille von allen dunkelhäutigen Personen, also auch von Angestellten des Regimes wie Polizisten, den Homeland Farmers Prinz Buthelesi, Kaiser Mantanzama, Hauptling Mangope sowie den angeblich eine Mili in Mitgliedern der Inkaba vollen Leinshour unserer Politik sein.“ Ich wollte, daß sie dieses trotz ihrer Worte nicht fördern wollte und bitte für die Anführung der Beispiele um Entschuldigung.

Wolff

Wolff Geisler:

Premierminister Pieter Botha ungeeignet zur Erhaltung des Apartheidsystems

Die bundesdeutsche Unterstützung der Apartheid ist nicht wirtschaftlich

Wären Überzeugungen, wie Rohstoffe und Arbeitskräfte Südafrikas und Afrikas am intensivsten genutzt werden können, Grundlage der Südafrika-Politik der Bundesregierung, so würde sie entweder mit Vertretern der Mehrheit in Südafrika oder z. B. den 100 Millionen Personen starken hiesigen gemeinsamen Ausbeutungsmechanismen zu verwickeln suchen. Ausgerechnet aber stärker als mit allen anderen Führungsgruppen afrikanischer Länder mit der todgeweihten rassistischen Minderheitsregierung Südafrikas zu sühnen zu arbeiten, zeigt einen Glauben an die besondere Effektivität der weißen Herren. Und der Wohlstand Südafrikas, das industrielle, landwirtschaftliche und Infrastruktur Potential, ruhen nicht nur auf der Ausbeutung dunkelhäutiger Bewohner. Denn auch in den anderen Ländern Afrikas werden Menschen ausgebeutet. Aber an kein Land werden soviel Kredite gegeben, werden derart moderne Fabrikanlagen geliefert, derart viele und moderne Waffen geliefert wie an Apartheid-Südafrika. Auch der korrupte und brutale dunkelhäutige Potestual — z. B. Mobutu — ist nicht so kreditwürdig wie der todgeweihte Rassist. Trotz der Erfahrungen in Guinea Bissau, Angola, Mosambik, Simbabwe, in denen PAIGC, MPLA, Frelimo und Zanu die rassistische Herrschaft weißer Kolonialisten überwand, ...

Das Apartheid-System hängt vom Ausland ab

Das Apartheid-System ist nur mit Investitionen, Maschinen, Kontrollinstrumenten, Material aus dem Ausland lebensfähig. Bisher haben die USA, die BRD, Großbritannien die unveränderte Beibehaltung des rassistischen Systems gewollt. Eine Änderung könnten und können sie sehr schnell durch Kreditstop und Nichtbelieferung haben.

Zur Zeit wollen sie tatsächlich eine Änderung der Führungsplätze, nämlich

die Ablösung von Ministerpräsident Botha; und sie werden sie bekommen

Apartheid-Chef Botha soll verschwinden

Über Jahre wurde der gewalttätige, reaktionäre ehemalige Verteidigungsminister als „Reformer“ in den hiesigen Zeitungen ausgegeben, der sich gegen über der zögernden Nationalen Partei und den Wähler/innen mit seinen fortschrittlichen Ideen durchsetzen mußte. Die Änderung der Verfassung vom letzten Jahr mit der Festsetzung der Rechte der schwarzen Südafrikaner/innen und beschränkten Teilrechte für die sogenannten In der/innen und sogenannten Mischlinge wurde von Regierung in Bonn, Washington, London als Schritt in die richtige Richtung bezeichnet. Seit ca. Mitte dieses Jahres wird Botha persönlich aber nicht mehr als (bühnendargestellte) die Geschehnisse Südafrikas zu führen

Anti-Apartheid Demonstrationen in den USA von der Regierung gefördert

Dieses Datum zeichnete sich bereits ab, als im November 1984 in den USA die Demonstrationen vor der südafrikanischen Botschaft begannen und bereits damals hiesige Zeitungen schrieben, daß sie sich steigend bis Mai 85 andauern würden. Diese Demonstrationen wurden weder durch entsprechende großräumige Absperren verhindert noch wurden die permanenten Gesetzesbrecher/innen je bestraft. Jeder bekam seine 50 Dollar Strafe zu rück. Die Demonstrationen wurden also von der US-Regierung gefördert. Die Prominentenbeteiligung daran und das große Presseecho sowie der Besuch Kennedys in Südafrika sollten also der US-Bevölkerung oder der hellhäutigen südafrikanischen Minderheit oder sogar der unterdrückten dunkelhäutigen Mehrheit oder dem Ausland etwas demonstrieren. Seit Mai 85 wird Botha als unfähig hingestellt. Es ist nun werden auch Daumenschrauben angelegt

Industrielle und Presse spielen antirassistische Ungeduld vor

Unmißverständlich war die Vermutung, wenn nicht gar Einstellung der Kreditvergabe durch die meisten bisherigen Geberländer an den Apartheid-Staat. Als Folge dieser veränderten Politik mußte Pretoria bereits bis Ende 85 seine Zahlungsfähigkeit einstellen. Die EG diskutierte plötzlich die Möglichkeit von Sanktionen. Der Verkauf von Krugerrand soll u. a. eingestellt werden. Vor allem aber wurde mit Berichten über den ANC die Alternative zur jetzigen Regierung dargestellt. Und die Besuche südafrikanischer Großkapitalisten beim verbotenen ANC im Exil in Sandvliet zeigen ebenfalls deren Bedürfnis, sich ändern darzustellen als die National Partei. Als Botha mit einem Stop der Chromlieferungen drohte, sagte ein Vertreter der führenden bundesdeutschen Einfuhrfirma Metallgesellschaft im Fernsehen, daß diese Maßnahme keine Auswirkung auf die BRD-Wirtschaft hätte. Bisher hatte die Bundesregierung verbieten lassen, dann gäbe es drei Millionen zusätzliche Arbeitslose.

Bonner Regierung hält am Rassismus fest

Die Regierung in Bonn signalisiert allerdings, daß am System des Rassismus nicht gerüttelt werden soll. Bundeskanzler Kohl wird am 21. 9. 85 in der SZ zitiert, daß gleiches Wahlrecht für alle in Südafrika nicht in Frage komme bei der Kündigung des kulturellen Abkommens im September 85 gab die Bundesregierung gleichzeitig bekannt, ein neues Abkommen mit verstärkten Beziehungen auch zur herrschenden rassistischen hellhäutigen Gruppe abzuschließen zu wollen. Durch die dramatisch dargestellte Auseinandersetzung Strauß-Genscher werden die rassistischen Argumentationen von Strauß als diskutabel wirkungsvoll verbreitet. Und als mit den Berichten über die Hinrichtung Benjamin Molouses, eines bis dahin fast unbekannten Mannes die bisher unbekannte Mordpraxis des Regimes in diesem Fall kritisiert und

Botha wegen dieses einen Mordes als trotzig, stur, dargestellt wurde, da signalisierten wohl im Auftrag ihrer Suchwortgeber in der Bundesregierung Kommentator/innen in vielen Zeitungen, daß Botha persönlich nicht befähigt sei, das prinzipiell richtige Apartheid-System zu erhalten.

Wird Botha der südafrikanischen Mehrheit oder dem Ausland zuliebe geopfert?

Was ist der Anlaß für die geplante Absetzung Bothas? War es nur die Änderung seiner Innenpolitik, so könnte man ihn ohne Aufhebens mit Kreditstop, Einstellung staatlicher Garantien für Lieferungen, erneute Besteuerung der bundesdeutschen Investitionen in Südafrika wie bis 1975 auch in der BRD usw., zu diesen Änderungen veranlassen. Möglicherweise geht's aber um die Person Botha, die zu einer Belastung für die südafrikanische Regierung gemacht werden soll. Botha persönlich nicht als Unterzeichner der Abkommen Südafrikas mit Angola und den USA vom Februar 1984 und des Abkommens Südafrikas mit Mosambik vom März 1984 zur Disposition. Denn im geheimgehaltenen Abkommen mit Angola garantieren die USA u. a. durch ihre Teilnahme an der gemeinsamen Überwachungskommission die Sperrung Sudangolas für SWAPO-Kämpfer und für erneute südafrikanische Besetzungen. Pretoria ist von der Regierung Angolas bei der Verletzung dieses Abkommens enttäuscht worden. Genau das Gleiche geschah in Mosambik, wo bei der Eroberung des Hauptquartiers der Rebellenbande MNR der mosambikanischen Regierung das Tegebuch der MNR-Präsidenten mit Details über fortwährende militärische Unterstützung aus Südafrika in die Hände fiel. Durch diese Nachweise sind außenpolitische Ziele der USA gefährdet. Mit der Ablösung Bothas und dem Versprechen, daß das zu selbständige südafrikanische Militär zurückgepfiffen wird, versuchen die USA möglicherweise den Schaden zu begrenzen.

200.000 Exemplare der Fibel „Kinder aus aller Welt“ eingestampft

1982 erschien die aus dem Norwegischen überetzte Kinderfibel „Ein Bilderbuch zum Mitdenken“ (3). Diese Kinderfibel, die vor allem für Kinder garten und Grundschulen gedacht war, benannte nicht nur die Ursachen der Armut an konkreten Beispielen (Kaffee-/Kakaobau), sondern verglich auch, wie die wichtigsten Grundbedürfnisse in Industrie- und Entwicklungsländern erfüllt (bzw. nicht erfüllt) werden.

Die Fibel wurde kurzzeitig eingestampft und die schwarz-weiße Kontrastfarbkomposition in einem eigenen Entwurf in die Schule, in dem betreffenden Teil „Von Kindern in fernen Ländern“ 91.000 mal vertrieben. „Reimer“ bereits 1984 verschickt worden, so der Leiter im Referat für Informations- und entwicklungspolitische Bildung, Dr. H. Lindhardt. In 18 bunten Bildfeldern wird dem komfortablen Leben in Europa das „primitive“ Leben der Schwarzen in Afrika gegenübergestellt (Schmitten, Fendstriebe, die Kleider werden auf den Dächern getrocknet, Kinder schauen mit großen kulleraugen traurig und hungrig in die Welt. Alles fließt auf die Unfähigkeit, Ungleichheit der Schwarzen und angeblich naturgegebene Ursachen zu rückgeführt. Die Schwarzen können erst „selbst satt werden“, wenn sie das aus der BRD geführte „Handwerkzeug“ benutzen: „Lustwagen, Autos und Maschinen, die sie bei uns kaufen, brauchen die Entwicklungsländer, um Schulen zu bauen, Ärzte in weitgelegene Dörfer zu bringen oder um in Fabriken Handwerkszeug herzustellen. Mit dem Handwerkszeug können die Bauern mehr Brotgetreide anbauen. Damit sie selbst satt werden. Dann können sie auch Früchte erzeugen und an uns verkaufen. Früchte, die hier nicht wachsen ...“ Da staunt der Lese- und der Nachmann wundert sich. Die Schwarzen werden in bekannter rassistischer Manier dargestellt: Große weiße Kulleraugen, Krümellocken und große Münder mit wulstigen Lippen. Wenn sich die Kinder mit Unterstützung ihrer Lehrer diese Bildtafel reingezogen haben, wissen sie über Afrika folgendes: „Häuten stehen ohne festen Untergrund im Schlamm. Ihr Boden wird feucht. Dabei müssen Kleider und Lebensmittel ja verschimmeln.“ Und weil die Familien „nicht genug Korn ern“ müssen sie hungern und die Hühner legen auch nicht genug Eier, „weil sie nicht genug Futter bekommen“. Der Vorwurf der Unfähigkeit oder eigenen Schuld — zumindest Mischuld — der Schwarzen an ihrer eigenen Situation wird den bundesdeutschen Kindern über lustige bunte Bilder ebenso ständig suggeriert, wie die Überlegenheit westlicher Kulturwerte und Technik. Man könnte es so ausdrücken: Und die Moral von der Geschichte, folgst du den Weißen, leidest du nicht. Natürlich werden die Kinder nach solcher Lektüre kaum Verständnis für den Widerstandskampf der Schwarzen gegen Rassismus haben, mildern die uns doch eigentlich dankbar sein: „Überlegt mal miteinander“, so unser Menschenfreund W., „an wievielen Stellen auf diesem Bild ihr Dinge sehr, die aus der Bundesrepublik stammen können. Merkt auch die Zahl. Vergleicht sie mit der Zahl der Dinge aus Entwicklungsländern, die ihr zum Beispiel im nächsten Supermarkt entdeckt.“

„Dritte Welt“ und die „Führungskräfte“ von morgen

Das „Institut für Sozialforschung“ untersuchte bereits 1970 und später in einer aktualisierten Auflage 120 Schulbücher aus einem Zeitraum von 1958/60 und 1968/70 bezüglich ihrer Darstellung der „Dritten Welt“. 1977 erschien die Untersuchung „Dritte Welt in den Medien der Schule“ (4) die die Ergebnisse der o.g. Studien ebenso bestätigt. Ergänzt wurden diese Ergebnisse von 7 Erdkundebüchern und 5 Geschichtsbüchern, die täglich in den Schulen im Unterricht benutzt werden (5). Die benannten Untersuchungen stellen fest, dass sich die Darstellung der „Dritten Welt“ von einer eher kolonialistischen zu einer technokratischen verändert hat.

1. Schulbücher spiegeln, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung, gesellschaftliche Interessen und ihren Wandel wider. Konkret seit zunehmend mehr ehemalige Kolonien in die Unabhängigkeit „entlassen“ wurden, seit das Interesse der Imperialisten eher über die Schiene wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe (60er Jahre) abgewendet wird, wurde in den Schulbüchern von der alten kolonialistischen Darstellung (Eroberer, Entdecker, Lettow Vorbeck, „Auf fruchtbare Germanen“, Albert Schweitzer

»Die Europäer haben ... die Eingeborenen gelehrt«

Abendländische Kulturüberheblichkeit und Rassismus in Kinder- und Jugendmedien

„Lesen — Schreiben — Rechnen. Auch Kinder in Afrika können es kaum erwarten, bis sie in die Schule gehen dürfen. Doch nicht überall gibt es Schulen. Und schon gar nicht sind es wie bei uns schöne Gebäude mit Pausenhallen und mit Gong. Aber auch unter einem Dach mit Stroh oder Palmwedel kann man viel lernen.“ (1) Dieses Zitat stammt aus einer Bildtafel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, gedacht für Kindergärten und Grundschulen. Ein Beispiel für imperialistische Kulturüberheblichkeit, ideologische Rechtfertigung für Ausbeutung und Unterdrückung der Länder der „Dritten Welt“ — Grundlage auf der Rassismus blüht und gedeiht. Hat sich die „Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei“, als „allererste an Erziehung“ (2) — 40 Jahre nach der Niederlage des Hitlerfaschismus — weder in der offiziellen Schulliteratur, noch in der Kinder- und Jugendbuchliteratur niederschlagen? In Südafrika werden schwarze Kinder und Jugendliche auf der Straße erschossen, in Gefängnisse geworfen, weil sie gegen das Apartheid-Regime protestieren. Die Bundesregierung hat kein Interesse, wirksame Sanktionen — wie man sich ja aus anderen politischen Zusammenhängen kennt — gegen die RSA zu verhängen. Bundesdeutsche Firmen unterstützen dieses Regime militärisch, wirtschaftlich, finanziell und ziehen auch noch ihren Profit aus der Aufrechterhaltung des Apartheid-Regimes, der auf aufrechter militärischer Herrschaft beruht.

Hierzulande regt sich kaum großer Protest gegen Apartheid und die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit.

Vielleicht auch ein Ergebnis imperialistischer Kulturüberheblichkeit — hierzulande fester Bestandteil hungerlicher Erziehung, wenn es um die Länder der „Dritten Welt“, die dort lebenden Menschen und ihre Kulturen geht. Wie sich dies in den offiziellen Schulbüchern sowie Kinder- und Jugendbüchern niederschlägt, soll im folgenden dargestellt werden.



Textbeispiel aus der „Kinderfibel“

Trotzdem essen dort die Kinder kaum Schokolade. Auch die Großen bekommen keine, obwohl sie doch den Kakao anbauen, bearbeiten und ernten. Ist das nicht seltsam? Am Steuer des Schokoladen-Lasters könnte genauso gut einer aus dem Kakao-Land sitzen. Auch der Schokoladenhändler könnte aus dem Kakao-Land sein. Dann gäbe es überall für alle Kinder Schokolade. Und sie würde bestimmt genauso gut schmecken wie bisher.

Textbeispiel aus der „Kinderfibel“

Trotzdem essen dort die Kinder kaum Schokolade. Auch die Großen bekommen keine, obwohl sie doch den Kakao anbauen, bearbeiten und ernten. Ist das nicht seltsam? Am Steuer des Schokoladen-Lasters könnte genauso gut einer aus dem Kakao-Land sitzen. Auch der Schokoladenhändler könnte aus dem Kakao-Land sein. Dann gäbe es überall für alle Kinder Schokolade. Und sie würde bestimmt genauso gut schmecken wie bisher.

zer) hin zu einem modernen technokratischen Weltbild orientiert.
2. Es konnten entscheidende Differenzen nachgewiesen werden zwischen Büchern, die sich an die zukünftig gesellschaftlich Herrschenden (Gymnasialisten) richteten, denen eine Darstellung aus der „Vogelperspektive“ vermittelt wird, im Gegensatz zu den wohl auch zukünftig Beherrschten (Haupt- und Realschüler), denen die Erde und die Geschichte aus der „Froschperspektive“ vermittelt wird. Die Haupt- und Realschüler erfahren ein von künftigen Arbeitern und Angestellten erwünschtes Verhalten und Wissen — „Afrika verdankt seine erstaunliche wirtschaftliche Entwicklung dem Fleiß und der Tatkraft der Europäer, was freilich ohne die Mitwirkung der Eingeborenen nicht möglich gewesen wäre“ (6).

Die Gymnasialisten erfahren das potentiellen „Führungskräfte“ angemessene Bewußtsein — „Unreflektiert und instinktiv — im scharfen Gegensatz zum reflektierenden und moralisierenden Kontinent Europas — freut sich der Afrikaner seines „Schwarzen-Mensch-Seins““ (7).

3. Die in Schulbüchern gängigen Weltbilder wiederholen sich täglich in allen Medien — an Orten und Gelegenheiten, die weit größeren Einfluß auf das Bewußtsein haben als gerade Schulbücher (Videos, Film, Zeitschriften, Feinschön, ...). Die aber umgekehrt die in Schulbüchern produzierten Weltbilder und Vorurteile bewußt verinnerlicht werden. Das, was im alltäglichen Leben ständig erfahren wird, bekommt durch die Schule seine Autorität.

4. Erdkundebücher haben sich von der deskriptiven Länderkunde völlig abgewandt und unternehmen heute primär wirtschaftsgeographische und andere „saumrelevante“ Faktoren. Es wird vor allem eine „Inwertsetzung von Räumen“ — näherliegend oder fernliegend — betont. Solche Ansätze auf die Länder der „Dritten Welt“ übertragen führen schnell zu neokolonialistischen Sichtweisen und Einstellungen, auf die unsere zukünftigen Herrscher ja auch vorbereitet werden sollen, um die imperialistischen Interessen an diesen Ländern frühzeitig zu erkennen und zu vertreten.

In den Geschichtsbüchern hat sich zwar teilweise ein Wandel in Richtung sozialer und wirtschaftsgeschichtlicher Ansätze entwickelt, praktisch wird allerdings die „Dritte Welt“ nach wie vor aus dem Blickwinkel imperialistischer Interessen gesehen.

„Naturmensch“

Die untersuchten Erdkundebücher verwenden im wesentlichen ein „rassistisches“ Menschenbild. Der „Naturmensch“ wird durch eine fast steckbriefähnliche Darstellung dingfest gemacht durch „artenmäßige Merkmalsbeschreibung“ — „der leicht erregbare Bantu“ — „der vulkanische Kubaner“.

Aus einer solchen Darstellung ergibt sich „ganz natürlich“, daß der „Naturmensch“ dem vergleichsweise „rationaleren Kulturmenschen“ unterlegen sein und von diesem erstmalig erzogen werden muß (Kulturmenschen = weißer Europäer). Der „Naturmensch“ ist „grundsätzlich kulturlos“. Ob und wie weit ihm das gelingt, hängt vor allem davon ab, welches Interesse die Imperialisten an ihm haben: „Primitive“, „Eingeborene“, „Nachläufer von Hochkulturen“ oder nützliche Sozialpartner.

„Die Europäer haben sich in den Lebensräumen der Afrikaner festgesetzt und sie wirtschaftlich ausgenutzt. Sie haben die Eingeborenen aber auch als Helfer und Lehmeister gelehrt, ihre Felder besser zu bebauen. Sie haben ihnen ferner handwerkliche und andere technische Fähigkeiten beigebracht, für ihren Lebensunterhalt gesorgt und dabei ihre Lebensverhältnisse verbessert. Dadurch wuchs der Wohlstand der Eingeborenen und auch ihre Zahl. Es wuchs aber auch ihr Selbstbewußtsein. Sie verlangten mehr Rechte und Unabhängigkeit.“ (8).

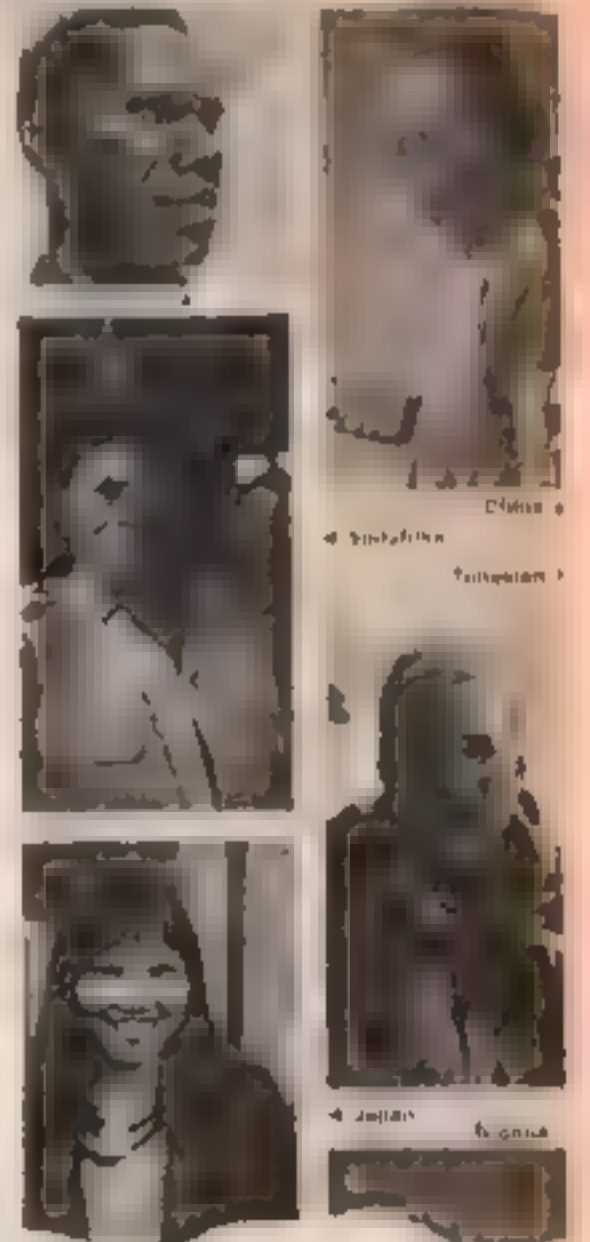
Politische, wirtschaftliche, historische Abhängigkeitsverhältnisse als Ursachen der Armut, Ausbeutung und Unterdrückung, Rassismus, Apartheid werden kaum näher untersucht, selten dargestellt bzw. verschwiegen oder beiseite gelassen. Sie verlangten mehr Rechte und Unabhängigkeit“ (8).

Politische, wirtschaftliche, historische Abhängigkeitsverhältnisse als Ursachen der Armut, Ausbeutung und Unterdrückung, Rassismus, Apartheid werden kaum näher untersucht, selten dargestellt bzw. verschwiegen oder beiseite gelassen.

„Die Bantu haben außerdem einen viel zu großen Viehbestand, denn sie schätzen nur die Größe ihrer Herden, nicht deren Qualität ... Die südafrikanische Regierung ist bemüht, die Landwirtschaft der Bantu zu verbessern, wertvolles Vieh einzuführen und die Herden an Zahl zu verringern.“ (9). Die Welt wird in „Länder und Völker“ aufgeteilt, Kapitalinteressen und die „Terms of trade“ gibt es natürlich nicht. Z.B. daß die imperialistischen Länder die Preise für die Rohstoffe aus den Ländern der „Dritten Welt“ diktieren und diese damit in Abhängigkeit halten, ganz im Gegenteil wird mit dem „Lügenkreislauf der Armut“ — „Wesensmerkmale der Menschen“, zu „heutigen Kerna“, zu „wenig Kapital“, zu „viele heilige Kühe“, zu „marken Familienbindungen“ Armut und soziales Elend erklärt und die ideologische Rechtfertigung für die imperialistischen Interessen geliefert; „Ganze Völker sind in diesem Bannkreis der Armut gefangen. Sie können sich nicht

aus eigener Kraft befreien“. Brechen Konflikte aus, sind es stets der „Staat“ oder der „Westen“ oder „internationale Organisationen“, die mittels überlegener Einsicht und technisch-militärischem Know-how, planender Vorausschau die „Verantwortung für die Krisenlage übernehmen“. In „Problemlösungsversuche“ von Diktaturen greift man nicht ein. Revolutionäre Bewegungen, sich auflösende Bevölkerungsgruppen gegen koloniale Gewalt werden pauschal als „illegitim“ verurteilt.

„Der innere Friede der Republik Südafrika ist in zunehmendem Maße durch den Anspruch der schwarzen Bevölkerung auf politische Mitbestimmung gefährdet.“



Sowohl eine Australier, Chinesin, Japanerin aus. Rassen-Stechbriefe aus dem Schulbuch „Terra - 7/8 Geographie“

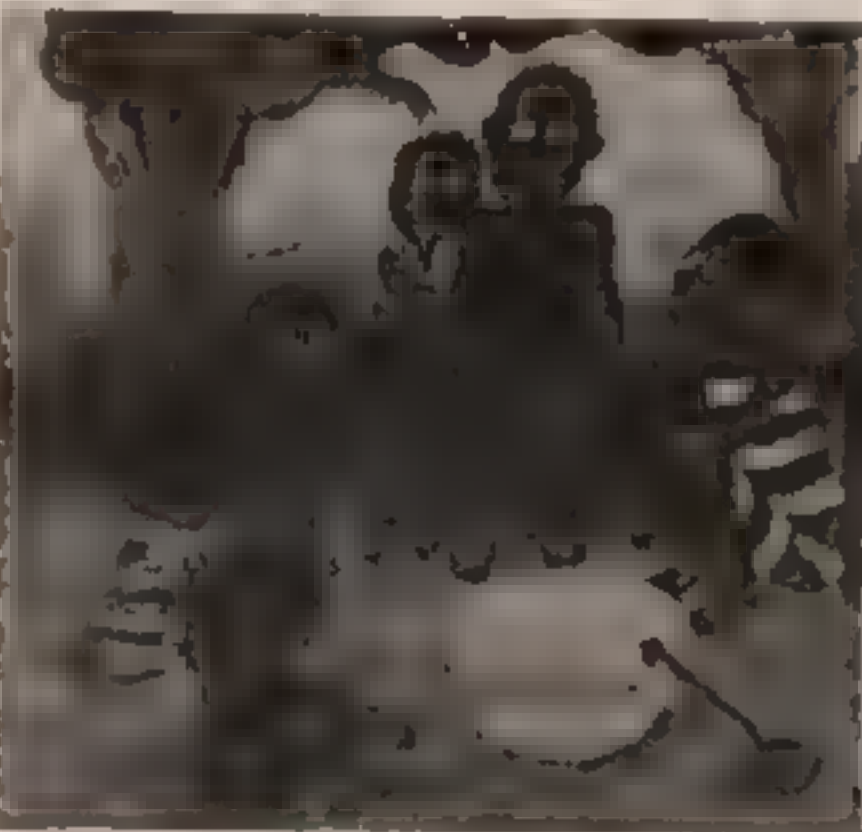
Geschichtsbücher

Geschichte erscheint in diesen Büchern als ein unverbundenes nach- oder nebeneinander: früher-heute, sowohl-als-auch, entweder-oder: „... nachdem auch die weißen Flecken in Afrika beseitigt waren ...“ (10), oder „Der dunkle Erdteil tritt immer mehr ins helle Licht der Weltwirtschaftspolitik“ (11), „Überall im schwarzen Erdteil

als ein unverbundenes nach- oder nebeneinander: früher-heute, sowohl-als-auch, entweder-oder: „... nachdem auch die weißen Flecken in Afrika beseitigt waren ...“ (10), oder „Der dunkle Erdteil tritt immer mehr ins helle Licht der Weltwirtschaftspolitik“ (11), „Überall im schwarzen Erdteil bricht heute die neue Zeit in das Leben der Afrikaner ein“ (12). Auch Geschichte wird ausnahmslos durch die Brille imperialistischer Interessen gesehen. „Aufteilung Afrikas“, „Entstehung und Probleme der Dritten Welt“ (Kapitelüberschriften). Kolonialistische Interessen der Weltmächte gab es nicht. Da ist die Rede vom „Wettlauf um herrschaftslose Gebiete“, oder „Cecil Rhodes (13) erwarb Südafrika“.

„Geographen und Forschungsreisende wie Henry M. Stanley oder Heinrich Barth unternahmen kühne Entdeckungszüge ins Landesinnere. Christliche Missionare wie David Livingstone wollten den Schwarzen die „Heilslehre“ bringen. Kaufleute und Vertreter von Handelsgesellschaften sicherten sich die Lieferung von Palmöl, Erdnüssen und anderen Rohstoffen“. Aber nicht alle, nur „manche Politiker und Militärs strebten nach bloßer Herrschaft über Land und Leute“.

Fortsatzung nächste Seite



Rassistische Darstellung in der „Bildmappe“ Kulleraugen und Wulstlippen. Dagegen Jettas Freunde aus „Jetta und seine Familie“



Mutter und behindertes Kind

Zur Forderung nach dem »Recht« auf ein behindertes Kind (AK 263)

„Für das ‚Recht‘ auf ein behindertes Kind“ volleren At. und C. Frauenzelle Hamburg-Barmbek, im AK 263 illustrativ unterfützt wird diese per Artikelüberschrift bekanntgegebene Forderung mit dem Foto eines kahlenden, entgangenschädigten Kindes sowie dem Foto von einer glücklichen Mutter, die mit ihrem zwar behinderten aber nicht minder glücklichen Kind herunterspielt. Zusammenklang von Titel und Bild legen zumindest die Annahme nahe, daß es sich um Mutter und Kind handelt. Tatsächlich aber entstammt die Abbildung einer Hochglanzbrochure der Abtendorfer Anstalten in Hamburg (eine Forderung für psychische Kranke, geistig und körperlich behinderte), und die Bildunterschrift, von den Ak-Autorinnen bedauerlicherweise nicht mitgeliefert, läßt keinen Raum mehr für die Illusion vom Mutterglück mit einem behinderten Kind: „Der große Kreislauf dreht sich schnell, wird langsamer, nicht still. In seiner Mitte liegen Karin, 27, und Johann, 12, eng aneinander gekuschelt. Jean in Juwelen vor Freude, ihre sonst starrte Körperhaltung ist entspannt. Dieser Spaß ist Teil der krankengymnastischen Behandlung des mehrfach behinderten Mädchens (...)“

Diese ausgebliebene Information zum Bildinhalt könnte durchaus als nur einem Versuch resultierend gewertet werden, wenn es hier nicht (wiewohl den Autorinnen bewußte Absicht nicht unterstellt werden soll) dem Gesamtcharakter des Artikels so genau entsprechen würde. Geringachtung bis Herunterspielen der tatsächlichen Problematik von Behinderten wie der der Eltern, insbesondere der Mutter, ein behindertes Kind zu bekommen und mit ihm zu leben. „Die Angst vieler Frauen, ein behindertes Kind zu bekommen, hat verschiedene Gründe“, schreiben At. und C. Und qualifizieren „Zur Teil verständlich“. Es soll, Derbleiben wie diese mal beiseite gelassen, den Autorinnen nicht vorgeworfen werden, daß sie die Probleme eines behinderten Kindes und des Lebens mit ihm nicht benannt hätten. Aber es bleibt beim Benennen, kurzen Anreißern, sodaß die Forderung „Für das ‚Recht‘ auf ein behindertes Kind“ nicht nur nicht auf konkrete Untersuchungen gestützt wird, als message des Artikels wird vielmehr überbracht,

daß das Leben mit einem behinderten Kind so heavy ja gar nicht sei.

Dies zum einen. Zum anderen: Reflektieren die Autorinnen die Lage der Mutter eines behinderten Kindes nur oberflächlich. In beiden sie völlig aus das bei werdenden Müttern ein großer Bedarf an möglichst frühzeitiger Diagnostik besteht. (Eine Umfrage bei 272 Schwangeren in Münster ergab, daß 72 Prozent der Frauen ein früher Ergebnis begrüßen würden). Und zum dritten: Heißt die Forderung nach einem „Recht“ auf ein behindertes Kind? Ich möchte gern ein behindertes Kind haben? Das wäre kaum ein Problem, die Anstalten sind voller Kinder, die adoptiert werden könnten. Was heißt diese Forderung dann? Läuft die Ablehnung bestimmter Untersuchungsmethoden, wie sie von At. und C. propagiert wird, nicht darauf hinaus, daß die Frau sich dem „Schicksal“ überantwortet?

Eine Kollegin, die seit vier Jahren, die längste Zeit davon in den Abtendorfer Anstalten, mit Behinderten arbeitet, hat eine sehr umfangreiche Kritik des Artikels von At. und C. verfaßt, aus der im folgenden die Passagen wiedergegeben werden, die das Leben, insbesondere der Mutter, mit einem Behinderten zum Inhalt haben.

In dem Artikel fehlt jede Erklärung, was überhaupt unter „behindert“ verstanden wird, wieweit ein Mensch durch die Gesellschaft behindert (gemacht) wird, und es fehlt ebenso die unverzichtbare Information, daß es bei der Grundbehinderung nicht bleibt, daß es vielmehr zu organischen und sozial bedingten Folgebehinderungen kommt. „Teilweise geht die Angst vor Behinderungen weiter“, schreiben die Verfasserinnen, „daß Frau meint, wenn eine schwangere Frau es psychisch nicht verkraftet, daß das Kind mit einer Blasenschwarte auf die Welt kommen würde, die Frau das Recht

haben muß, sich aus diesem Grund, wenn es sich feststellen läßt, das Embryo abzutreiben.“ Mit der „Blasenschwarte“ wird hier ein Papokamerad aufgeführt, da diese Forderung heute einfach zu belegen ist. Für diese „Entscheidung“ galt aber früher, was heute noch für die schwerere Form dieser Behinderung, die Lippen-Kiefer-Gaumenspalte („Wolfhänchen“) gilt. Die unumkehrbare, die Grundbehinderung in eine Schädigung des Sprachvermögens, die mittelbaren, also Folgebehinderungen und Lernbehinderungen aufgrund des reduzierten Sprachvermögens und Folgen sozialer Art wie Verhaltensstörungen aufgrund der Reaktionen der lieben Mitmenschen auf die Forderung. So wie die Behinderung durch eine Lippen-Kiefer-Gaumenspalte nicht auch jede andere Behinderung Folgebehinderungen nach sich zieht (wie dies anders ist aufgrund der Intervention meines Kollegen, sehr verknüpft dargestellt, da er meint, ein Diskussionsbeitrag müsse nicht unbedingt alle die Fragen beantworten, die in dem Artikel unzureichend beantwortet oder nicht einmal gestellt worden sind).

Es fehlt jedoch in dem Artikel nicht nur die Erklärung dessen, was Behinderung ist, wie die Folgebehinderungen aussehen. Es fehlt auch die — unter der ausgegebenen Parole unverzichtbare — konkrete Darlegung, wie es denn für eine Mutter mit einem behinderten Kind aussieht.

Ich arbeite acht Stunden am Tag (Wochenende frei und Urlaub) mit Behinderten, danach habe ich Feierabend. Die Mutter eines behinderten Kindes hat nie Feierabend oder Urlaub.

Wie läuft es, wenn eine Frau ein behindertes Kind bekommt? Häufig weiß sie es erst einmal gar nicht, da Blindheit, Taubheit, geistige Behinderung, Epilepsie, Wahrnehmungsstörungen etc. beim Kleinkind nicht (sofort) zu sehen sind. Was meist folgt ist (in

Kurzfassung) ein immerwährender Schock, Identifizieren sich mit dem Kind, der Mutter mit dem Kind inkompetente Ärzte, Verdächtigungen gegenseitige Schuldzuweisungen bei den Eltern, geistliche Leiden, dann der Eltern wie des Kindes, erhebliche Beziehungs- bzw. Eltern-Was-ist-ist am Anfang der Mutter aufgetreten. Diese Situation immerwährender Angst für das Kind haben, „nach behinderungsgrad“ bei einem geringen bis zu behinderten und (als Folgebehinderung) Verhaltensstörungen Kind und die Mutter es vor Autoaggressionen bewahren, da das Kind sich selbst beißt, schlägt, kratzt, den Kopf an die Wand oder auf den Fußboden haut. Die Mutter muß ständig darauf achten, ob ihr behindertes Kind aggressiv oder in Intensivstation der eigenen Kraft „zu“ ist, bis es zu seinen Gewohnheiten ist.

In Kind wird alter. Bei einem „normalen“ Kind heißt das, es wird selbstständiger, die Mutter wird entlastet. Für die Mutter eines behinderten Kindes aber wird — und dies scheint bei der Forderung nach dem „Recht“ auf ein behindertes Kind“ völlig übersehen worden zu sein — die Pflege häufig schwerer und schwerer.

Ich will das an ein paar noch ganz einfachen Sachen klarmachen. A., der in einer Einrichtung für behinderte Kinder lebt, hat eine Spastik. Seine Eltern wohnen mit ihm in einem Haus im vierten Stock. Seine Mutter hat einen Rückenschaden und kann A., was nötig ist, nicht die Treppen aufschleppen. Eine andere Wohnung war nicht zu bekommen, A. mußte ins Heim.

Das Heben eines Vierjährigen ist für jemanden, der einen heißen Rücken hat, kein Problem. Aber wie sieht es aus, wenn das Kind mit zehn Jahren dreißig Kilo wiegt, mit fünfzehn Jahren fünfundsiebzehn oder mehr? Ein Kind, das wie gesagt wächst, schwerer, alter wird, das stark körperbehindert ist bzw. durch eine starke geistige Be-

hinderung nicht laufen gelernt hat, muß morgens vom Bett in den Rollstuhl gehoben werden, vom Rollstuhl in die Badewanne, von der Badewanne in den Rollstuhl, vom Rollstuhl auf den Rollstuhl gehoben werden, und von dem Rollstuhl auf die Toilette von der Toilette auf den Rollstuhl, der keine Kontrolle über seine Bewegungen hat, so wird kuratzt, verstört, kann aber nicht das An- und Ausziehen des Hosenknopfes und kräfteaufwendende Aktion sein. Obwohl in einer Anstalt meist mehrere Betreuer/innen da sind für schwere Hebearbeiten, fürs Anziehen und dergleichen, sind dennoch gerade Rücken schaden bei den Kolleg/innen sehr verbreitet.

Dies aber sind allein die ganz alltäglichen Probleme (sicher noch viele weitere zu nennen wären), denen die Mutter eines behinderten Kindes zuhause ausgesetzt ist. Hinzu kommen die Anmachungen von Nachbarn, achtsame Blicke und verletzende, behindernde Sprüche auf der Straße: „Hau man doch gleich umbringen sollen, unsere Steuergelder, Zuzahlung ... Und es kommt hinzu die finanzielle Seite insbesondere bei alleinverdienenden Müttern. Kann sie sich überhaupt ein behindertes Kind leisten? Oder ist stillschweigend abgemacht, daß sie sich und ihr Kind, da sie nicht arbeiten gehen kann, vom Sozialhaushalt unterhält?

Alles in allem ist unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen in aller Regel für zumindest die Mutter die Pflege eines schwerer behinderten Kindes der soziale Tod, wenn sie es zuhause pflegen will, sofern und solange sie es überhaupt zuhause pflegen kann.

Ein „Recht“ auf ein behindertes Kind“ fordern? In Abgrenzung zu Vorhaben der Ausmerzung „unwerten Lebens“, zur Betonung des vollen Lebensrechts Behindertener unbedingt! Ansonsten aber und in der Hauptsache kann die Forderung nur lauten: Schaffung medizinischer und gesellschaftlicher Bedingungen, damit Kinder so wenig behindert wie möglich auf die Welt kommen — damit die Kinder die Welt erobern können, damit den Müttern nicht die Welt genommen wird.

B. und K., Hamburg

Für die Abschaffung der humangenetischen Beratungsstellen

In der ersten Stellungnahme zum Artikel „Für das ‚Recht‘ auf ein behindertes Kind“ verwahrte sich E. in AK 263 dagegen, daß ein Ziel der Diskussion über pränatale Diagnostik der Rückgang der Anzahl gemachter Abtreibungen und Chorionbiopsien sein sollte. Ich meine, in der Tat wäre dieses eine begrüßenswerte Nebenerscheinung einer überfälligen Diskussion im AK.

Seit der Diskussion über Gen- und Reproduktionstechnologien ist das Thema „Behinderung“ auch für die links=gerichtete Szene brandaktuell geworden. Bei der Frage „Wie heißt Du’s mit einem behinderten Kind?“ verliert die Diskussion um die Vor- und Nachteile der Gen- und Reproduktionstechnologien ihren zukunftsweisenden Charakter und wird unangenehm konkret. Denn gerade die pränatale Diagnostik und Therapie ist durch die gentechnologische Entwicklung sowohl quantitativ als auch qualitativ erweitert worden, bzw. wird in nächster Zukunft ein einiger — bereits im experimentellen Stadium „funktionierende“ — Verfahrensweg erweitert werden.

Einen sehr guten Überblick dazu gibt das bereits im letzten AK zitierte Buch „Gen-Technologie — Die neue soziale Waffe“, hrsg. von R. Köhler, F. Haneke.

Es soll hier nicht im einzelnen auf die jeweiligen Verfahrenswegweisen der Analyse und Therapie eingegangen werden, diese fachlich zu beurteilen wäre sicherlich eine lohnenswerte Aufgabe für „Sachkundige“. Festgehalten werden sollte aber immer mehr krankheits- und Behinderungsbilder werden entdeckt und können, wenn auch mit zweifelhafter Zuverlässigkeit, vorhergesagt werden. „Die Geschwindigkeit der Entwicklung der diagnostischen Möglichkeiten übersteigt bei weitem die der Präventions- oder Therapiemöglichkeiten. Im weitesten Sinn ‚produziert‘ diese Art von Diagnostik Krankheiten, für die in vielen Fällen kaum eine Heilungschance besteht.“ (1)

In dieser Entwicklung nehmen die humangenetischen Beratungsstellen (HB), die erstmals 1972 in Marburg der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden und seitdem in ihrer Anzahl sprunghaft angestiegen sind (2), eine

wichtige Funktion ein; Ihr erklärtes Ziel ist es, den so „beklagenswerten“ Rückgang der „deutschen“ Geburten „optimal zu betreuen“ (3) d.h. die „Geburt behinderter Kinder zu verhindern“ (4). Über die humangenetischen Beratungsstellen werden die neuesten Erkenntnisse in der pränatalen Diagnostik bevölkerungspolitisch umgesetzt bzw. ausgetestet, wobei die Praktiker selbst feststellen, daß dieses Ziel mangels flächendeckenden Zugriffs auf die Bevölkerung noch bei weitem nicht erreicht ist. (5)

„Ich kann mich doch immer noch frei entscheiden, ob ich ein behindertes Kind will oder nicht!“

Populistisch verkauft sich die HB als „individuelle Aufklärung“ (6) oder in „individuelle Hilfestellung für die individuelle Familienplanung, um sich so von den unangenehmen Vorläufern, den rassehygienischen Instituten des Nationalsozialismus, abzugrenzen. (6) Genau wie bei der Reproduktionstechnologie geschieht hier natürlich alles nur zum Wohle der Menschheit. Will man hier kinderlosen Frauen Mutterglück bescheren, soll dort „Unglück verhütet“ werden, wie es z.B. in einem Informationsblatt der HB Hamburg-Barmbek heißt.

Auch in der Frauenbewegung, so wurde auf dem Gentechnologiekongress in Bonn deutlich, wird die HB — wie die pränatale Diagnostik insgesamt — als neutrale Entscheidungshilfe für eine selbstbestimmte Entscheidung gesehen.

In der Tat ist es ja zunächst einmal nur eine Information, die den Ratsuchenden mit auf den Weg gegeben wird, die auch das Recht auf Informationsfreiheit haben.

Fräglich ist aber bereits, wozu dieses Mehr an Information, und wie es gegeben wird. Angeknüpft wird doch erst einmal an der weiblichen bestehenden Angst vor Behinderung, und — worauf ja auch E. hinweist — daran, daß viele Frauen noch nicht einmal die gesellschaftlichen Voraussetzungen als gegeben sehen, überhaupt ein Kind zu haben, geschweige denn, ein behindertes.

Und das wissen die Humangenetiker nur zu gut: Die Entscheidung der Frau

wird durch die gesellschaftliche Umgebungsweise mit Behinderung vorstrukturiert.

D.h. aber (7) die Diskussion um humangenetische Beratung, es kann nur eine gesamtgesellschaftliche Betrachtungsweise der Problematik geben.

Dazu gehört zum einen die Frage, wie das Behinderen und heute aussieht. Sie läßt sich kurz beantworten mit: Aussonderung aus allen gesellschaftlich relevanten Bereichen, Isolierung ihrer Familien, besonders der Mütter. Hinzu kommt die finanzielle Not wegen des erhöhten pflegerischen Bedarfs, der Kampf mit dem Sozialamt usw.

Vor dem Hintergrund der bereits seit Jahren andauernden sozialen Sparmaßnahmen und „Kostendämpfungen“ und dem dazugehörigen Background-Geschrei um einen angeblichen „Mißbrauch von Sozialleistungen“ erscheinen nur noch zwei parallele Entwicklungen erwähnenswert. Wie schon im letzten AK angedeutet, wurde vor vier Jahren, durch den Prozeß gegen den Privatkliniker Appel, bekannt, daß behinderte Säuglinge auf bundesdeutschen Säuglingsstationen „liegend gelassen“ werden, d.h. sie bleiben unversorgt, bis sie sterben. Ungeliebt zur gleichen Zeit haften sich Pressemeldungen just zu dem Thema, ob behinderte Kinder „wider die Natur“ am Leben erhalten werden sollten. (7) Die (Presse-)Meinung war nahezuhin: Das behinderte Kind wurde für die Belastung der Familie verantwortlich gemacht, und daß behindertes Leben „trautes Leben“ bedeutet, daran gab es keinen Zweifel.

Es fügte sich ausgezeichnet, daß gleichzeitig, mit Hackethals medienwirksamer Euthanasie-Aktion, die Diskussion um „Sterbehilfe“ wieder in Gang kam und sich seither auch nicht wieder legte.

Hier würde mensch schon deutlicher in der Diskussion. So ist eine Hauptthese Jo Fomans — Autorin des 1983 erschienenen Buches „Freiwillig aus dem Leben. Ein Dokument“ —, daß Verantwortung für sein Leben zu übernehmen auch heißt, Verantwortung für die physische, psychische und finanzielle Belastung zu übernehmen, die man seinen Verwandten und der Gesellschaft als Sterbenskrankheit auf

bürde. Die zweite Entwicklung, auf die ich aufmerksam machen möchte, sind zwei Entscheidungen des Bundesgerichtshofes, in denen die Haftung des behandelnden Arztes für den Unterhalt bzw. Mehraufwand eines — aufgrund unzulänglicher Beratung nicht abgetriebenen — behinderten Kindes verhandelt wurde. (8)

Seit diesen Entscheidungen des BGH stellt nun ein nicht abgetriebenes behindertes Kind für die Eltern einen zivilrechtlichen Schaden dar.

Für die HB, aber auch für die übliche Schwangerschaftsbehandlung durch den/die Arzt/Ärztin, lassen sich daraus entsprechende Prognosen für zukünftige Beratungen stellen: „Bei Risikoschwangerschaften kann nicht eindringlich genug gewarnt werden!“, lautet m.E. die Warnung an die Ärzte, die von diesen Urteilen ausgeht.

Die Vorstellung von einer Beratung, die auch ein Leben mit einem behinderten Kind vorstellbar macht, rückt damit — einmal den good-will der Berater/innen unterstellt — in utopische Ferne.

Und wer weiß heute schon, was morgen bereits als Krankheit oder Behinderung definiert wird?

Mit der Entwicklung der gentechnologischen Analyse und Diagnostik sowie der Verfeinerung biochemischer Testmethoden sind die Möglichkeiten zur Feststellung bestimmter genetischer oder biochemischer Leiden, die von Zellen unglaublich gestiegen. (9)

Die genetische Basis für immer mehr „Erkrankheiten“ wurden auf diese Weise entschlüsselt. Diese Art von Entdeckung und Entschlüsselung schreitet sprunghaft voran. „Molekular- und Humangenetiker sagen, daß in wenigen Jahren eine Restriktionskarte menschlicher Chromosomen vorliegen wird, sodaß sämtliche genetische Krankheiten bzw. die vererbaren Anteile multifaktorieller Erkrankungen auf der DNS-Ebene identifizierbar werden. Es ist also zu erwarten, daß auf diese Weise Abweichungen von einem genetischen ‚Normalzustand‘ definiert werden können, die bis heute unauffällig geblieben sind.“ (10)

In der Ultraschall-Diagnostik zeichnen sich ebenso „gewaltige Fortschritte

“ ab: In der Universitätsfrauenklinik Bonn, wo man „neben den großen Zentren in San Francisco und King's College in London über die größten Erfahrungen mit der Ultraschall-Diagnostik verfügt“, hat man sich „auf die Erkennung von Mißbildungen spezialisiert“. Die dort in den letzten Jahren „gesammelten Erfahrungen haben ergeben, daß immerhin bei 88% der mit Ultraschall festgestellten Anomalien diese später als richtig bestätigt wurden“. Mit den dortigen „leistungs-fähigen Ultraschallgeräten kann (...) die Erfassung der wichtigsten Organsysteme, etwa des Hirns, des Herzens oder der Bauchorgane verfolgt werden. Auch die Stellung und Beweglichkeit der Extremitäten von Händen und Füßen lassen sich so genau ermitteln, daß fast immer zuverlässige Angaben über ihre Form und Funktion möglich sind.“ (11) Leider, so beklagt man dort, könnten nur gut ein Drittel der Fälle innerhalb der legalen 24.14. Zeitgrenze „entdeckt“ werden. Die Zahl „früher Diagnosen“ nimmt jedoch laut Prof. Dr. Hannemann (Lini-klinik Bonn) stetig zu und dürfte bald 50% erreichen. (11)

Läßt sich also auf der einen Seite ein ungläubliches Anwachsen an „entdeckten“ Krankheiten und Behinderungen feststellen, so nimmt auf der anderen Seite die medizinische und gesellschaftliche Akzeptanz von Behinderung ebenso rasant ab. Mit pseudowissenschaftlichen „Theorien“, werden bereits kleinste Abweichungen zu Risikofaktoren erklärt. So besitzen nach Aussagen einer Mainz-Heinrichs-Heilbildung im Bereich der Hände einen sehr hohen Stellenwert. „Sie würden nicht nur erste Anzeichen für weitere körperliche oder geistige Leiden sein, sondern die zwei hemisphärische Kommunikation schwer beeinträchtigen.“ (12)

In die gleiche Kerbe haut ein „Kongress der Humangenetik“, der sich erst in jüngerer Zeit (vor allen Dingen zur Freude der Chemie- und Industriebiologen) entwickelt hat. Die Ökogenetik, Sie basiert auf der Erkenntnis, daß es Menschen mit krankheitsdisponierenden Faktoren gegenüber bestimmten

Fortsetzung nächste Seite

Buchbesprechung: »Irrren ist menschlich«

Bereits im letzten Jahr erschien eine Neubearbeitung von „Irrren ist menschlich — Lehrbuch der Psychiatrie/Psychotherapie“. Von der ersten Auflage wurden 100.000 Exemplare im Jahr 1978 verkauft. Die Autoren, Klaus Dörner, lange Zeit Arzt an der psychiatrischen Klinik Hamburg und Dozent für medizinische Soziologie, heute Leiter des Landeskrankenhauses Gütersloh; Ursula Plog war ebenfalls an der Hamburger Uniklinik tätig, heute arbeitet sie in einer psychosozialen Beratungsstelle bei der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen, Westberlin.

Der Psychiatrie-Verlag, der 1978 mit Erscheinen des Buches gegründet wurde, wird von vier psychosozialen Verbänden getragene Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DGSP), Dachverband psychosozialer Hilfsvereinigungen sowie zwei Hilfsvereine an Krankenhäusern. Das knapp über 600seitige Buch soll „den psychiatrisch tätigen Leser, egal ob als Arzt, Sozialarbeiter, Krankenschwester, Psychologe, Werktherapeut, Ökothropologe oder Bewegungstherapeut/Krankengymnast befähigen, seine Alltagsarbeit nachdenklicher, mit mehr Verständnis für sich und andere, vollständiger, wahrhaftiger, leichter und mit mehr Freude zu tun.“ Es soll aber auch „für Eltern, Patienten und Angehörige lesbar sein, damit die Psychiatrie aufhört, eine Geheimwissenschaft zu sein und in ihren Möglichkeiten einleuchtend und kontrollierbar wird.“

Während mit der ersten Auflage die Aufmerksamkeit sozusagen nach innen, auf „die bisher wissenschaftlich vernachlässigte Subjektivität der Menschen“ gelenkt wurde, ist in der zweiten von den Autoren der Versuch gemacht worden, den Menschen „in seiner Landschaft“ zu sehen, das heißt im Zusammenhang mit seinen Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen.

„Weil die zahlreichen (...) kritischen Leseräußerungen uns dazu drängten, und weil wir es bei zunehmender Bürokratisierung, ungleicher Verteilung der Arbeit und sozialen Sicherheit, rational begründeter tödlicher Ausbeutung der Natur und äußerster, auch atomarer Bedrohung des Menschen durch den Menschen für erforderlich halten, den Irrsinn zu kennzeichnen, den Menschen sich antun, und von den Problemlösungen zu berichten, die wir für wissenschaftlich be-

gründet und für gesund halten.“ („Absichten des Buches“, Seite 7)

In der BRD sind über eine Million Menschen in psychiatrischer bzw. psychotherapeutischer Behandlung. Allerdings, müßten entsprechende Fragebogen von jeder und jedem ausgefüllt werden, wären es, so Dörner, 90% der Gesamtbevölkerung. In psychiatrischen Einrichtungen stehen die Patienten mit der — im übrigen nicht viel ausagenden — Diagnose einer Schizophrenie an zweiter Stelle der Erstaufnahmen mit 20 bis 25%. Gleichzeitig und mehr als die Hälfte der chronisch hospitalisierten Patienten solche, die ursprünglich mal die Diagnose einer „Schizophrenie“ erhalten haben. Unter der erwachsenen Bevölkerung der BRD erkranken an „Schizophrenie“ etwa 0,25% der Bevölkerung pro Jahr. Im Durchschnitt sind jeweils 0,3% der Bevölkerung mit dieser Diagnose in Behandlung, und etwa 1 bis 2% (also 600.000 Menschen) kommen aus diesem Anlaß einmal im Leben in Kontakt mit der Psychiatrie.

1971 sind 12.838 Menschen infolge eines Selbstmordversuchs gestorben. Die Suizidrate ist seit 1951 von 18,3 pro 100.000 Einwohner auf 21,0 im Jahre 1971 gestiegen. Die Zahl der Suizidversuche beträgt allerdings das zehnfache, also 100.000 jährlich. Überhaupt: Suizid ist die dritthäufigste Todesursache im Alter von 15 bis 45 Jahren.

3 bis 5% aller Kinder in der BRD kommen in eine längerfristige psychiatrische Behandlung — 10 bis 17% aller Kinder suchen Erziehungsberatungsstellen und psychiatrische Dienste auf. 1,2 bis 1,5 Millionen Bundesbürger sind Alkoholabhängige; mit den Familienangehörigen zusammen leiden insgesamt 4 Millionen Menschen unter der Alkoholsucht. Als alkoholgefährdet gelten 7% der Gesamtbevölkerung. Löten im Altertum bestimmte „kranke“ Handlungswesen alternativ Vererbung oder Entsetzen aus, fielen am Ausgang des Mittelalters viele psychisch Kranke als „Besessene“ oder „Hexen“ der Inquisition zum Opfer. Im 15. und 16. Jahrhundert, im Zeitalter der Renaissance, wurden die als störend Angesehenen in Zellen der Stadtmauern oder in Türmen („Narrentürme“) untergebracht bzw. in abgelegenen Gegenden ausgesetzt.

In den zwei folgenden Jahrhunderten

wurden erstmals sogenannte Umerziehungslager gegründet: in England „workhouses“, in Frankreich „hospices généraux“, in Deutschland Zucht-, Arbeits-, Korrekptions-, Toll-, Versorgungs- oder Verwahrungshäuser genannt. Eingesperrt wurden Bettler, Vagabunden, Besitz-, Arbeits- und Beruflose, sogenannte „Asoziale“, „Unmoralische“, Prostituierte, politische Aufrehrer, religiöse Ketzer, entjungfernte Töchter, mißliebige Ehefrauen, Alkoholiker, Sonderlinge, eben die „Irren“.

Eine eigenständige Psychiatrie entstand in England ab 1750, in Frankreich im Zusammenhang mit der Revolution von 1789 und in Deutschland zwischen 1800 und 1850. In Frankreich wurde die Befreiung der „Irren“ von ihren Ketten als Akt der Revolution gefeiert — allerdings wurden sie als Alibi für alle Eingesperrten davon befreit.

Im 19. Jahrhundert wurden die Kranken teilweise terroristischen Torturen ausgesetzt. Patienten wurden in Zuber mit lebenden Aalen gesteckt, mit Drehmaschinen wurden sie bewußlos gemacht. Kurzum: Man versuchte, sie um jeden Preis zur allgemein herrschenden Vernunft zu quälen. Erste umfangreiche Familienforschungen wurden betrieben, wobei die Entdeckung der Erbfaktoren schnell dazu verführte, beispielsweise Psychosen zu „Erbkrankheiten“ zu erklären. Aus ähnlichen Gedanken heraus wurde auch die „Theorie“ des „physiologischen Schwachsinn des Weibes“ entwickelt. Daraus wurden ebenso schnell rassistische und antisemitische Theorien, die die Vernichtung von allen „unnützen Balastexistenzen“, d.h. von „lebensunwertem Leben“ forderten.

Viel zu stark in Vergessenheit geraten ist die Tatsache, daß das erste systematische Massenverbrechen der Nazis das psychiatrische Töten gewesen ist — als Test für das allgemeine Vernichtungsprogramm. Gleich nach der Machtergreifung „33 begann das „Programm der Zwangssterilisation zur Begrenzung der Abschaffung seelischer Krankheiten“. 300.000 Menschen und jener „Gemeinschaftsfremdegesetz“ zum Opfer gefallen. Etwa 1000 sind dabei gestorben. Gleich nach dem Einmarsch im September '39 töteten die nachrückenden Nazi-Einsatzkommandos — öffentlich — die Patienten der



psychiatrischen Krankenhäuser in Polen.

Später war es teilweise das Personal der psychiatrischen Versorgungseinrichtungen, das die Umrüstung der KZs in Vernichtungszentren betrieb. Auschwitz wurde zunächst im psychiatrischen Krankenhaus Sonnenstein entworfen und studiert. Insgesamt, zusammen mit der Ermordung psychisch Kranker in Polen und in der Sowjetunion, sind etwa 200.000 Menschen auf diese Weise umgebracht worden. Erst heute, nach 40 Jahren, können die noch lebenden Opfer auf Antrag — mit Attest — beim Bundesfinanzministerium eine pauschale „Entschädigung“ erhalten in Höhe von ... 3000 DM! Hierzu soll im übrigen 1986 eine Kampagne stattfinden: Veranstaltungen und ein Kongress sind geplant, u.a. auch von der DGSP getragen.

Dörner und Plog's Ziel ist es, eine demokratische Gemeindepsychiatrie zu verwirklichen. Das bedeutet einerseits die Schaffung neuer Einrichtungen in jeder Gemeinde, andererseits die Aktivierung jeder Form von Selbsthilfe, so daß die heutigen psychiatrischen Einrichtungen langfristig überflüssig werden.

Das Buch besteht aus 18 Kapiteln. Die zehn ersten behandeln die verschiedenen Krankheitsmöglichkeiten Schwachsinn, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Sexualitätsschwierigkeiten, Schizophrenie Erkrankungen, Manie, Depression, Abhängigkeit und Sucht, Neurose, Selbst- und Fremdtötung, körperbedingte Psychosyndrome und die Gerontopsychiatrie, d.h. die Problematiken des alten Menschen. Sechs weitere Kapitel behandeln die heutige Situation der Psychiatrie mit einem kurzen geschichtlichen Überblick, die existierende Gesetzgebung und schließlich die verschiedenen sozial-, körper- und psychotherapeutischen Techniken.

„Ein psychisch Kranker“, schreiben die beiden Autoren, „ist ein Mensch,

der bei der Lösung einer altersgemäßen Lebensaufgabe in eine Sackgasse geraten ist. Das Ergebnis nennen wir Krankheit, Kränkung, Störung, Leiden, Abweichung.“ Und: „Es sind grundsätzlich „allgemein-menschliche Möglichkeiten“. Das heißt, sie sind für uns alle unter bestimmten inneren oder äußeren Kontextbedingungen Ausdruckformen der Situation. So geht es nicht weiter. Daher sind sie grundsätzlich uns allen innerlich zugänglich und bekannt.“ (S. 13)

Jedes Kapitel beginnt mit einer sog. Landschaftsbeschreibung im oben gemeinten Sinne, d.h. im Rahmen der „familiären, kommunalen und gesellschaftlichen Konstellationen und im Zusammenhang mit der inneren und äußeren Natur des Menschen.“ (S. 16) Der zweite Abschnitt betrifft die Frage der Symptom-Diagnose, der dritte die Begegnung zwischen Patient, Angehörigen und psychiatrisch Tätigen, der vierte die Therapiemöglichkeiten, wobei auch Sinn und Unsinn der jeweiligen pharmazeutischen, d.h. medikamentösen Behandlung mit präziser Schilderung von Wirkungen und Nebenwirkungen ausführlich geschildert wird. Schließlich beendet ein Abschnitt zu Möglichkeiten der Prävention und zum Stand der Verbreitung jedes Kapitel.

Gerade weil das Thema Psychiatrie nach wie vor mit viel Dunklen, Geheimem, Tabuisiertem behaftet ist, und auch weil so viele Menschen direkt und indirekt mit ihr in Berührung kommen, ist die Existenz dieses Buches nur zu begrüßen und eine äußerst empfehlenswerte Hilfe, sich in entsprechenden Situationen besser zurecht zu finden.

E. S.

Irrren ist menschlich — Lehrbuch der Psychiatrie/Psychotherapie
Klaus Dörner, Ursula Plog
Psychiatrie-Verlag, 1984
32 DM

Fortsetzung von vorheriger Seite

Arbeitsstoffen gibt. D.h. es gibt beispielsweise Arbeiter/innen, die aufgrund genetischer Dispositionen anfälliger für bestimmte krankmachende Gifte oder Bedingungen am Arbeitsplatz sind.

Über die Zuverlässigkeit dieser Erkenntnis wird noch gestritten (13). Unklar ist beispielsweise, ab welcher Konzentrationschwelle die angebliche Disposition zum Tragen kommt (14), oder inwieweit andere Faktoren, wie frühere Gifteinwirkungen, besonders belastete Wohngegend, Medikamenteneinnahme usw. (15) zu erhöhter Anfälligkeit führen. Trotz dieser Unsicherheiten, wird eifrig an dieser diagnostischen Methode geforscht. (16)

Dieser Zweig der Arbeitsmedizin eröffnet phantastische Möglichkeiten der Profitmaximierung bei gleichzeitiger „Lösung“ der latenten Diskussion um Gesundheit am Arbeitsplatz oder gar Umweltvergiftung. Mit dem genetischen Screening (wie das Verfahren zur Feststellung besessener Disposition genannt wird) können „labile Arbeiter/innen“ ausgesondert, sprich: entlassen, werden; die Belastungsschwelle am Arbeitsplatz kann mit den verbleibenden „resistenten“ Arbeiter/innen angehoben werden. Mit dem gegenwärtigen Reservoir an Arbeitslosen wird es dabei vermutlich keine großen Widerstände seitens der Arbeiterschaft geben.

Und für die Gesundheit am Arbeitsplatz gilt: „Wozu noch Risikofaktor im Umfeld neuer und alter Technologien betreiben, wenn ein Verfahren angeboten wird, das verspricht, künftig solche Risikofaktoren gebührend im menschlichen Genom identifizieren zu können. So tritt diese Art von ökonomischen Tests im Gegensatz zu der wichtigen Forderung nach Reduzierung der Schadstoffbelastung am Arbeitsplatz für alle Beschäftigten.“ (15)

Die betroffenen Beschäftigten werden diskriminiert und als krank, „mit schlechtem Genom“ ausgestattet, stigmatisiert.

Auch hier ist die Tendenz wieder eindeutig: Die Betroffenen werden für

ihre Anfälligkeit verantwortlich gemacht. Soziale- oder Umweltbedingungen werden aus dem Blickwinkel verdrängt, was bei der Ökogenetik perverse Ausmaße annimmt, indem tatsächlich nachweisbare Ursachen, nämlich die äußeren Arbeitsbedingungen, völlig verschleiert werden.

Selbstbestimmung (für wen?)

Wie vor diesem Hintergrund ein Recht auf freie Selbstbestimmung der Frau, das z.B. ja auch ein Recht auf Nichtwissen einschließen würde, gesichert werden soll, bleibt unklar. Das Beispiel der Ökogenetik zeigt überdeutlich, daß ein Mehr an Information zum Nachteil und gerade nicht zur freien Selbstbestimmung der/des Betroffenen geraten kann. (Selbst wenn es durchsetzbar wäre, daß dem Arbeiter/der Arbeiterin das Recht zustünde, eine eventuelle genetische Disposition dem Arbeitgeber nicht mitzuteilen, bleibt das Verfahren nach wie vor fragwürdig, da es nur einen Zweck haben kann: zu selektieren.)

Abgesehen davon ist die gegenwärtige Beratungspraxis alles andere als neutral.

Der Fall Stoeckenius (17), auf den bereits E. in AK 263 hinwies, ist nur die Spitze eines Eisbergs, der Bevölkerungskontrolle heißt. So wird in der bereits zitierten Studie (18) von 15% der Ratsuchenden ein eindeutiges Verhalten verlangt „auf eigene Kinder zu verzichten.“ (18)

Und wenn eine Frau nicht so ganz spürt, gibt es noch andere Methoden, wo „uns eine Humangenetik nicht will: ... und wenn es in einzelnen Fällen notwendig ist, führen wir die Mutter in eine Abteilung unseres Krankenhauses, wo sie mongoloide, geistig zurückgebliebene Kinder und solche mit genetisch bedingten Abnormalitäten sehen kann.“ (19)

Eine Beratung muß nicht immer so deutlich manipulativ ablaufen. Es geht auch subtiler. „Nun gut, dagegen kann ich mich wehren“, könnte Frau jetzt denken.

Wir haben es in Frankfurt versucht, und uns mit mehreren Frauen sehr ei-

ner Beratung unterzogen. Hatten wir eindeutig nichts Vererbbares vorzuweisen, war die Beratung relativ höflich, neutral. Sobald aber Risiken auftraten, wie z.B. vererbbare Faktoren, wurde es sehr schwer, sich der Kontrolle (die bis zur „dokumentarischen Photographie“ an Handinnen- und -außenfläche, ebenso die Füße — bei einer Sehbehinderung! — ging), zu entziehen.

Das eindeutige Interesse der Humangenetik an Verhinderung der Geburt Behinderter wird außer mit eugenischen, „volksgesundheitlichen“ und teilweise auch sozialhygienischen (20) Beweggründen auch mit volkswirtschaftlichen Bedürfnissen begründet, und derlei Interessen sind bekanntlich hartnäckig.

Sp verkündete Humangenetiker Schoob in Radio Bremen am 22.11.83: „Es sind Berechnungen vor einigen Jahren vom Bremer Gesundheitsamt durchgeführt worden. Nach diesen Berechnungen muß man davon ausgehen, daß ein behinderter Mensch an zusätzlichen Aufwendungen Kosten in der Größenordnung von 1,5 Millionen und mehr verursacht. Hier wären wir also darauf angewiesen, eine langfristige Politik zu haben, die Kosten bedeutet, über die Parteigrenzen hinweg.“

Derartige Zitate könnte mensch lieblich viele bringen. U.a. gibt es dazu bereits eine wissenschaftswissenschaftliche Dissertation: „Probleme der Erfolgskontrolle präventiv-medizinischer Programme, dargestellt am Beispiel einer Effektivitäts- und Effizienzanalyse genetischer Beratung“, H.H. Freiherr von Stackelberg, 1980. Der Autor schließt detailliert die möglichen volkswirtschaftlichen „Einsparungen durch mehr HB auf.“

Das sind im groben die Zusammenhänge, in denen die HB und pränatale Diagnostik diskutiert werden müssen. Zum Schluß noch einige Anmerkungen zum „individuellen Schlagabtausch“ E. verwarft sich dagegen, „falsche Fronten aufzubauen“ und „Frauen, die kein behindertes Kind wollen, zu unterstellen, behindertes Leben quasi als „unwertes Leben“ zu betrachten.“

In dieser Platte haben das aber weder A. und C. behauptet, noch würde ich es tun. Allerdings wächst mir der Anzahl der Diskussionen, die ich hierzu führe, mein Mißtrauen gegen die Beteuerung, die bei diesen Verwarungen immer mitschwingt, daß diese ganze Debatte frei jeder Behindertenfeindlichkeit sei.

Wer selbst betroffen ist, weiß, daß auch in der links/feministischen/alternativen Szene massive Behindertenfeindlichkeit herrscht.

Deutlich wird das an Diskussionen wie z.B. der um Auflösung aller Sondereinrichtungen für Behinderte. Ob unter linken Gewerkschaftern, GRÜNEN, demokratischen Sozialisten oder teilweise auch bei uns: überall gibt es ein hartnäckiges Festhalten an der Vorstellung, daß für bestimmte Behinderte Ghettos notwendig seien. Da geht es nicht nur um Nichtwissen und Ängste, womit sich hierzulande wohl ein Hauptteil der Behindertenfeindlichkeit erklären läßt. Es geht um die Frage der Akzeptanz der Andersartigkeit, der Abweichung, der Frage, wieweit Gleichberechtigung wirklich reicht.

Aber das nur als Beispiel, es soll hier nicht diskutiert werden und vor allen Dingen nicht auf dem Rücken der Frauen ausgetragen werden.

Vor allen Dingen — das möchte ich noch einmal betonen — soll hier nicht an unserer uralten §218-Forderung, nach absolutem Selbstbestimmungsrecht der Frau, gerüttelt werden. Zu fordern ist aber eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema „Behinderung“.

M.E. legen sich die Frauen mit dem unreflektierten „run“ auf die HB selbst eine Verantwortung auf, die sie nicht zu tragen haben, sondern die eine gesellschaftliche Verantwortung ist, und die auch einer gesellschaftlichen Lösung bedarf.

Frauen wird unter dem Deckmantel der „Informationsfreiheit“ die Verantwortung für die Qualitätskontrolle des Nachwuchses auferlegt. Mit der zunehmenden Grenzverwischung zwischen Krankheit, Behinderung und Gesundheit wird es den ratsuchenden

Frauen (und Männern) auferlegt, Fragen zu entscheiden, die zwangsläufig zu eugenischen Denkanstößen verführen: „Wenn ist eine Behinderung aufgrund eines genetischen Defekts so schwer, daß ein solches Leben unter den gegebenen Bedingungen nicht mehr lebenswert erscheint? Was ist erträglich, was sind gute, was sind schlechte Gene, welches Ausmaß an Behinderung ist gesellschaftlich noch zugelassen?“ (20)

Diese Verantwortungshaltung von Frauen ist gleichzeitig Vorbedingung für das sich abzeichnende Schuldprinzip: „Heute muß keine Frau mehr ein behindertes Kind gebären.“

Gekennzeichnet verweist sich die Stigmatisierung von Behinderung als etwas Statistisches, ein von sozialen, psychosozialen und ökonomischen Bedingungen unabhängiges Lebensphänomen.

Thr. Ffm

Anmerkungen:

1. R. Koller, F. Hansen: Gen-Technologie, Die neue soziale Welt, 1985, S. 18
2. U. Bierck, M. Radtke: Die Wohltäter-Mafia, Juni 1984
3. siehe Anm. 1 S. 34
4. Genetische Beratung: ein Modellversuch der Bundesregierung in Frankfurt und Marburg, 1979, S. 92, 98, 118
5. ebd., S. 100
6. FR, 18.2.84
7. vgl. Emma 7/84
8. NJW 83 1379, NJW 84 858
9. vgl. dazu Deutsches Ärzteblatt Nr. 51
10. Hoffmeier siehe Anm. 1 S. 59
11. FAZ 2.12.83
12. siehe Anm. 2 S. 58
13. Stellungnahme des DGB zum Fragebogen der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie des Bundeslages für die öffentliche Anhörung zum Thema Genetische Analyse bei Arbeitnehmern“ am 19.9.85
14. ebd.
15. Hansen siehe Anm. 1 S. 40
16. So beschäftigt sich bereits Bayer Leverkusen Arbeitsmediziner damit, siehe Anm. 15. Auch die Stellungnahme des Höchstes Arbeitsmedizinischen Beirats enthält die o.g. Anordnung, 1981 gleiche Forschungsarbeiten durchzuführen
17. siehe Anm. 2 S. 107 ff
18. siehe Anm. 4 S. 91
19. Adamson: Die der Wissenschaft 9/1978
20. Hoffmeier siehe Anm. 1 S. 60

Ohlele, Ohlala — Gegen Rassismus sind wir da!

Im Juni '85, auf dem Pariser Platz de la Concorde, waren es 300.000. Jetzt, am 7. Dezember, demonstrieren unter einem vergnügten Himmel 40.000 Anhänger von SOS-Racisme, vor allem Jugendliche, von acht Jahren aufwärts. Mit Prominenz wie Jack Lang oder Jane Birkin oder dem Ehepaar Fabius, mit Luftballons: „Ich liebe, wen ich will“, „Ich bewege mich, wie es mir paßt“ und Parolen wie „Ohlele, ohlala, contre le racisme, on est toujours là“. Abends fand ein Fest mit 15.000 Matt, u. a. sang auch Moustaki, und der Film von Mehdi Charef „Tee im Harem von Archimedes“ wurde gezeigt. Wie schon im Juni das Konzert, wurde das Fest finanziell großzügig vom Kulturministerium unterstützt.

Augerufen hatte auch eine ganze Reihe jüdischer Organisationen wie Bnei Brith, UEJF (Jüdischer Studentenverband Frankreich), die Fédération française des Juifs: „Wir sind uns darüber bewußt, daß das Ansteigen von Rassismus und extremer Rechte die Einheit aller demokratischen Kräfte und aller Gemeinden nötig macht. Weil die jüdische Gemeinde unter dem Rassismus in seiner besonderen Erscheinung des Antisemitismus gelitten hat, rufen die unterzeichnenden jüdischen Organisationen zur Demonstration am 7.12. auf“ („Libération“, 6.12.).

Nicht aufgerufen hatten die „beurs“ (ein Semo-Anagramm auf arabes, ähnlich heißt es für jüdische, „seufs“), das heißt die zahlreichen autonomen anti-rassistischen Gruppen der jungen „Immigrés“, genauso wie die traditionellen Organisationen der

des ersten antirassistischen Marsches geboren wurde, existiert eine breite autonome Bewegung. Die größte Organisation heißt JAI B (Junge Araber aus Lyon und Umgebung). Während in Paris demonstriert wurde, besetzten 100 Jugendliche das Gericht in zwei Tage zuvor waren sie anlässlich des Prozesses gegen den Mörder eines der ihnen, Ahmed Bouelha, von der Polizei aus dem Gerichtssaal geknuppelt worden... Der in Frankreich durch seinen Hungerstreik gegen Rassismus 1983 berühmt gewordene Priester Christian Delorme erklärt: „Es ist so ganz nett, so'n Fest, so'n große Bewegung zu machen, um zu erklären, daß wir alle Brüder sind, daß wir uns alle lieben — aber gleichzeitig laufen die Zwischenfälle zwischen Justiz, Polizei und jungen Ausländern weiter, ohne daß versucht wird, darauf zu antworten“ („Libé“, 6.12.). Das Mißtrauen gegenüber SOS hat schon ältere Ursachen. So wählte SOS im vergangenen Juni in Lyon ein Konzert arrangieren auch mit dem Ziel der Gründung einer lokalen Gruppe; keine einzige der vor Ort seit Jahren arbeitenden Gruppen wurde auch nur konsultiert. Von solchen hallopp Hauruck-Praktiken hört mensch aus allen Orten Frankreichs.

Inblick in Teile der aktuellen Auseinandersetzung gibt ein in Libération erschienenes Interview zwischen Julien Dray, Mitbegründer von SOS, früher LCR (IV. Internationale), heute PS, und Mejd Daboussi Ammar, Journalist bei „Sans frontières“, d.h. der traditionellen Immigrantengruppe zu zurechnen. Julien Dray ist jüdischer, Mejd Ammar arabischer Herkunft. Im übrigen demonstrierten beide am 5. Juli in ... Bitburg!

Zur Vorstellung:

M.D.A.: Ich bin tunesischer Herkunft

christlicher, Akzeptanz und Integration ermöglicht — aber zu welchem Preis?

J.D.: Ich kann nicht im Namen der jüdischen Gemeinde reden. 1965 kam ich nach Frankreich. 10 Jahre wurde ich ausgeschlossen — von den anderen Rückwanderern, weil selber viel später gekommen, und von der französischen Gesellschaft, weil Jude. Gleichzeitig stand ich an einer Kreuzung zwischen verschiedenen Orten und Wurzeln. Eine ganze Menge anderer befand sich in ähnlicher Situation. Wir bestanden selber aus einer heterogenen Mischung, und die gleiche Frage warf sich uns allen auf: Wie ist eine moderne Gesellschaft in die Wege zu bringen, wo Gemeinden (Gemeinde ist im Interview auch im Sinne von Gemeinschaft zu verstehen, Anm. AK) mit unterschiedlicher Geschichte, unterschiedlichen Wurzeln, aber auch mit Gemeinsamkeiten und gemeinsamen Geschichtsabschnitten koexistieren? Ammar und ich haben Gemeinsamkeiten. Wir haben eine unterschiedliche Vergangenheit, aber eine gemeinsame Zukunft.

M.D.A.: Seien wir nicht allen optimistisch. Man sollte nicht vergessen, daß nach wie vor hunderte von Menschen ihren Namen ändern lassen, von Faïma in Françoise, von Mohamed in Maurice. Weil sie isoliert sind, weil sie die Bürde ihres Vornamens nicht tragen können. Ähnlich wie bei vielen Juden in den 30er Jahren. Du, Julien, behauptest, dich im bunten Miteinander, im Zusammensein wohler zu fühlen, und ich, ich wünschte, das Gleiche sagen zu können. Nur komme ich von einer niedergedrückten Gemeinde, die nie das Rederecht erhalten hat. Ich kann mir diesen Luxus nicht leisten. Du kannst es, weil du eine organisierte Gemeinde hinter dir hast, die dich wehrt.

J.D.: Ich würde es anders ausdrücken. Die einzige ihnen angebotene Perspektive, die heute viele Jugendliche sehen,

J.D.: Ich würde es anders ausdrücken. Die einzige ihnen angebotene Perspektive, die heute viele Jugendliche sehen, ist der Verlust von irgendetwas, von ihrer Geschichte, von ihrer Kultur.

M.D.A.: Die Debatte wird eben immer in einer negativen Form geführt. Bourdieu (frz. Ethnologe) rief bei eutem Treffen SOS-Intellos (Versuch von SOS-Racisme, Intellektuelle zu mobilisieren) aus: „Genug der Moral, Talent!“ Daran fehlt es entschieden. Beispiel: Wieso hat Mitterrand nie jemanden aus unserer Gemeinschaft auf einen symbolischen Posten befördert? An positiven Beispielen mangelt es furchtbar. Es gibt nichts, es ist die reine Wüste; das ist glücklicherweise bei der jüdischen Gemeinschaft anders. Und so gesehen ist es schade, daß SOS-Racisme an diesem Zustand nichts geändert hat. Es ist schade, daß es bei euch keine Beispiele, keine Persönlichkeiten, keine Symbole gibt, wo mal Positionen der Politiker gebrochen wird.

J.D.: Wir haben anfangs vielleicht Fehler gemacht, indem wir die Geschichte, die Sensibilität, die Empfindsamkeit dieser Gemeinde nicht zur Kenntnis nahmen. Gleichzeit mußten wir in der ersten Etappe schockieren, uns gegen ängstliche, wenn nicht gar offen rassistische Verhaltensweisen wehren. Mit SOS ist auch Schaden angerichtet worden. Dennoch ist gleichzeitig aus dieser Bewegung eine Generation entstanden, die das Wort ergreifen hat, die immer lauter innerhalb der französischen Gesellschaft werden wird. Bei SOS gibt es Dutzende von beurs, die hier wie Fische im Wasser schwimmen, und nichts an eigener Geschichte geopfert haben.

M.D.A.: Nun doch etwas Geschichte. Diese Entwicklung hat doch viel früher begonnen. Mit dem Hungerstreik von Christian Delorme und mit dem anschließenden Marsch der beurs 1983. Es ist klar, Julien, daß ihr die Würde einer Gemeinschaft verletzt habt.

Frage: Seid ihr immer noch der Meinung, eine antirassistische Bewegung könne ausgehend von diesen zwei Gemeinschaften entwickelt werden?

M.D.A.: Die antirassistische Bewegung in Frankreich muß sich ausgehend von unserer gemeinsamen Zukunft entwickeln. Der Rassismusverbreitungsmechanismus ist aber auch klar: daß der Nahost-

Konflikt uns entzweit. Die einzige Lösung ist also, ihn außen vor zu lassen. Wir alle sind bezogen auf den Nahostkonflikt Zuseher. In Frankreich aber sind wir selbst die Akteure. Im Rahmen einer antirassistischen Bewegung müssen wir völlig gleichberechtigte Akteure sein. Ich würde sogar sagen, mehr als gleichberechtigt, denn wir sind die unterprivilegierteste Gemeinschaft.

J.D.: Völlig einverstanden, was die jüdisch-arabische Ausrüstung betrifft. Bei SOS setzen wir auf die Karte der Vermischung. Wir haben das Tragen des Keffiys (Fridayn Tsch, Anm. AK) durchgesetzt, wo man um die Tagewende die Bedeutung jenseits der Juden mehr weiß. Diese Mischung ist ein unteuherer Fortschritt. Es ist dadurch möglich geworden, daß heute in der französischen Gesellschaft eine neue Generation von Jugendlichen, Juden, Arabern, Antillanern etc., dazu steht.

M.D.A.: Diese Gemischtheit findet aber im Kontext der Ungleichheit der Gemeinden statt. Das besorge ich noch.



mals. Es ist ein Luxus, den ich mir nicht leisten kann. Bevor wir zur Gemischtheit, zur Multikultur übergehen, muß erstmal eine bestimmte Gleichheit hergestellt werden.

J.D.: Das ist ein globaler Prozeß. Mit SOS und auch anderswo haben einige Araber sich ein Stück ihrer Geschichte wieder angeeignet. Symbolhaft zu wer-

J.D.: Das ist ein globaler Prozeß. Mit SOS und auch anderswo haben einige Araber sich ein Stück ihrer Geschichte wieder angeeignet. Symbolhaft zu werden, ist äußerst wichtig, denn ein Problem der arabischen Gemeinde liegt darin, positive Symbole zu finden, mit denen sie sich behaupten kann.

Frage: Beide scheint ihr die Nichtexistenz von symbolhaften Bezugspersonen zu beklagen...

J.D.: Ja. Ich gehe noch weiter. Es muß eine Elite geben (17 AK). Das würde die Spirale von wegen „alles Diebe, Verbrecher“ stoppen und die kolonialistischen Vorurteile zerschmettern.

Frage: Wie denn?

J.D.: Seien wir doch ein wenig provozierend. Der arabischen Gemeinschaft wird es gelingen, wenn sie sich engagiert. Hierbei stehen wir noch völlig in der Entwicklung. Sie muß den Kontakt mit der französischen Gesellschaft suchen (daß derartige Sprüche nur als Zynismus aufgefaßt werden, kann man sich denken. Im Sudanien Frankreichs wird praktisch jede Woche ein Jugendlicher verletzt oder ermordet, Anm. AK). Und genauso viel fordern, wie alle anderen auch (s.o., Anm. AK). Denn es gibt kein Entkommen. Entweder verschwindet sie oder sie findet zu einem Rückgrat, das stärker denn je ist. Wir befinden uns noch mitten in diesem Prozeß, nichts ist entschieden.

Frage: Und wie würdet ihr die gegenwärtige Situation kennzeichnen?

J.D.: In Generationsbegriffen. Ich glaube, es gibt zwei Bewegungen in der französischen Gesellschaft. Die eine Bewegung ist Trägerin einer Dynamik, die vieles weggeben kann. Ein Beispiel für einen 14-jährigen ist es überhaupt kein Problem, daß ein Mohamed in seiner Klasse sitzt, er ist ein kleiner Franzose wie jeder andere auch. Das wird in der französischen Gesellschaft nicht akzeptiert. Die andere Bewegung ist die der Eltern, der vergangenen Traditionen. Zwischen der Welt der Erwachsenen und der Welt der Jugend besteht ein wirklicher Konflikt. Wie es ihren Gewohnheiten entspricht, haben die Politiker die falsche Seite gewählt. Immer noch halten sie die Rede: „Ach, diese braven Araber. Die müssen wir besser behandeln.“

M.D.A.: Ich würde es nuancieren. Die

Krise ruft auch unter Jugendlichen Konkurrenz hervor. Aber in allem habe ich Angst vor der Zukunft. Denn ich habe eine andere Ausgangssituation. Alles, was das Verhältnis zwischen den beiden Gemeinschaften betrifft, führt, weil dies auch einen Teil der Jugend erreicht hat. Außerdem und die jungen Maghrebiner verwundet, verletzelt und entwirrt. Darum muß geschlichtet werden.

J.D.: Es gibt heute eine gefährliche Stimmung, die der Assimilation zu sammentraßt wird dort vertreten. Wir haben die Grenzen dazu gemacht, es gibt vier Millionen Ausländer, jetzt müssen wir die vorbauen. Ja ist gefährlich, weil es nicht nützlich ist. Das einzige, was dabei herauskommt, ist eine Zweigenerationen-Gesellschaft, in der Chelios und mit Ausgeschlossenen.

M.D.A.: Klar ist, daß es zwei Arten von Logiken gibt. Die eine ist die Apartheid Logik, die andere die multikulturelle Logik. Von daher ist es notwendig, daß sich die arabischen Ge-

meinschaft Instrumente, Verbündete, Brücken schafft und eine Identität gibt, die nicht auf der Vergangenheit gründet, sondern im Kontext der französischen Gesellschaft entwickelt wird.

J.D.: Und sie muß sich eigene Symbole setzen. Und dabei kann es auch ein Lernen von der jüdischen Gemeinschaft geben.

J.D.: Und sie muß sich eigene Symbole setzen. Und dabei kann es auch ein Lernen von der jüdischen Gemeinschaft geben.

M.D.A.: Exakt. Heute kann aber keiner sagen, unter welchem Label die arabischen Gemeinde sich strukturieren wird. Islamisch? Maghrebinisch? Arabisch? (Leicht gekürzt aus „Libération“, 6.12.85).

Frankreich-Kommission

CHINA SONDERHEFT

der
Arbeiterstimme
Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis
15 Jg. / Heft 70/71 10 Seiten
DM 3,- (incl. Versand)

• Langer Marsch in den Kapitalismus
• Die historische Dimension der Entwicklung
• Die politische Kehrtwende
• Die Umwälzung der Produktionsweise in der Landwirtschaft
• Der entscheidende Schritt zur „Modernisierung“
• Die Politik der Kooperation mit dem Westen
• Die Kriegenakturen der sozialistischen Länder im Monat
• Der China
• Die 1. und 2. Phase, der KP China
• Revolutionäre oder schöpferische Anwendung des Marxismus
• Schlußworte im Überbau
• Deng's zu großer Sprung nach rechts

E. Hansel
Postfach 910307/73 Nürnberg 91
Probeheft „Arbeiterstimme“ kostenlos

CHINA



Ausländer in Frankreich wie z.B. die „ASTI“ (Association der ausländischen Werktätigen). Der Konflikt zwischen SOS-Racisme und der autonomen und traditionellen antirassistischen Bewegung ist nicht neu. 1983 fand der Marsch der beurs auf Paris, 1984 der Marsch „Convergence 84“ statt. Dazwischen wurde SOS-Racisme, mit dem Segen und der materiellen Unterstützung der PS-Regierung, gegründet. SOS-Racisme begriff sich fogleich als der Sprecher der Bewegung bzw. der Betroffenen. Kurz zusammengefaßt lautet hingegen die Forderung der autonomen Gruppen und traditionellen Verbände: Die Opfer müssen nach vorne, kein Show Business, die Betroffenen selber müssen der Kopf der Bewegung sein, ihnen gehört das Wort. Die zahlreichen arabischen Vereine, beurs Gruppen und multikulturellen Assoziationen bringen als weitere Kritik vor, SOS arbeite für die PS. In dem Sinne, daß SOS jegliche Auseinandersetzung mit Regierung, Institutionen und Staatsapparatspolitik vermeidet. Ein weiterer Konfliktpunkt betrifft das Recht auf Mitgliedschaft bei SOS auf Organisationsebene, das erst aus jüdischen Verbänden eingebracht worden ist.

In Beispiel: In Lyon, wo die Idee

und lebe in Frankreich seit etwa 20 Jahren

J.D.: Bei mir ist es ziemlich kompliziert. Ich bin Jude, stamme von den pieds-noirs ab (Bezeichnung der französischen — Kolonialbevölkerung in Algerien, Anm. AK), und bin, per Erbe, Franzose. Meine Ahnen sind gewissermaßen Araber. Sie waren Berater des Kalifen von Alger.

M.D.A.: Man sieht es sofort. Zwei verschiedene Geschichten, zwei völlig verschiedene Sozialisationen und doch leben wir beide in Frankreich. Hinzufügen möchte ich, daß wir — die jüdische und die arabische Gemeinde — die beiden einzigen außer-christlichen Gemeinschaften in Frankreich sind. Dennoch unterscheidet sich unsere Situation. Ich nehme ein naheliegendes Beispiel. Am Montag hatte Libération eine Überschrift, die hieß: „Er ist Franzose und heißt Said“. Ein erstaunlicher Satz, der die Tragheit der Entwicklung zeigt, wie sehr nach wie vor der Ausgrenzungsmechanismus ist. Nach wie vor gilt als unmoralisch, daß sich ein Franzose Said nennt. Anders verhält es sich mit der jüdischen Gemeinde. Julien Dray ist Franzose, daran zweifelt kein einziger. Der Völkermord hat der jüdischen Gemeinde, als einzig nicht

Anmerkungen zur Ermordung eines ehemaligen PKK-Mitglieds

Zu der Ermordung eines ehemaligen führenden Mitglieds der kurdischen Organisation PKK Anfang November in Stockholm hat die PKK inzwischen öffentlich Stellung genommen. Von Freunden wurden uns Übersetzungen aus Veröffentlichungen der PKK zur Verfügung gestellt, die die Hintergründe der Auseinandersetzung beleuchten. Sympathisanten der PKK in Hamburg haben die AK-Redaktion aufgefordert nach dem kritischen Bericht im letzten AK nun ihre Stellungnahme zu publizieren.

Wie schon im Falle der Ermordung Enver Ates im Sommer 1984 in Uppsala wehrt sich die PKK gegen den Vorwurf, der Mord an Cetin Güngör sei im direkten Auftrag der Partei erfolgt. Gleichzeitig rechtfertigt die PKK die Morde als „Bestrafung von Verrätern“. Durch wüste Beschimpfungen gegen weitere „Provokateure“ und „Verräter“, die mit der Distanzierung von den Alleanzierten einhergehen, erhöhen sich die Vorwürfe, daß von seiten der PKK politische Auseinandersetzungen mit Gewalt bis hin zum Mord erledigt werden. Gegenüber einer Politik, die aus politischen Kritikern in den eigenen Reihen „Verräter“ macht, die liquidiert werden, kann es kein Deckmantelchen des Schweigens und erst recht keine Solidarität geben.

Eine Erklärung der Europavertretung der PKK vom November bezeichnet den Mord an Cetin Güngör, genannt Semir, am 2. November in Stockholm als Bestrafung eines Provokateurs durch einen Patrioten. Im türkischen Text der Erklärung heißt es, Semir sei ein bekannter Provokateur gewesen, der „gemeinsam mit der faschistischen türkischen Junta in den Zentren des Verrats Provokationen entwickeln wollte“. Als „Beweis“ für diese Behauptung werden Angaben der schwedischen Geheimpolizei zitiert, sie habe Semir vor seinem Tod mit falschen Ausweisen und mit Wohnungen versorgt.

In der PKK-Erklärung wie in Artikeln zum selben Thema in der Parteizeitung „Serawebun“ steht die Frage des Verrats im Mittelpunkt der Argumentation. In der kurdischen Geschichte habe Verrat eine große Rolle gespielt. Die PKK sei nun angetreten, mit dem Verrat gründlich abzurechnen und Verräter gnadenlos zu bestrafen. Die Hamburger Sympathisanten der

Jahre (Apo war einer ihrer Führer), aus der auch alle anderen nichtrevisionistischen linken Organisationen der Türkei entstanden. Während der kurzen Zeit bis zur Verhängung des Ausnahmezustands hatte die PKK in Kurdistan einen Zulauf, brach sie doch die Waffenruhe, die seit der Zerschlagung der letzten Kurdenaufstände Ende der 1960er Jahre geherrscht hatte. Allerdings war der Ton, den die PKK schon bei ihrer Gründung gegenüber

Die insgesamt eher verwerfliche Situation für den bewaffneten Befreiungskampf der PKK in Kurdistan, der von allen anderen kurdischen Organisationen abgelehnt wird und auch in der Region wenig Anklang findet, steht im krassen Mißverhältnis zur Selbstdarstellung der Partei. In den Stellungnahmen der PKK ist nur von einem „ständig steigenden Einfluß und dem steigenden Prestige der PKK und ihrer Führung in

„Die PKK, die genau weiß, daß man gegen den äußeren Despoten keinen Erfolg erzielen kann, wenn man nicht mit dem Verräter in den eigenen Reihen abgerechnet hat, ist eine Bewegung, die endlich das Dual von Verrat und ...

politisch Andersdenkenden ansieht, wenig ansprechend. In ihrer Gründungsdeklaration heißt es u.a.: „Eine andere Aufgabe, die die PKK realisieren muß, ist die: (...) die sozialchauvinistischen Ideologien und ihre Machenschaften müssen dringend vernichtet werden, was immer das auch kosten wird. Die PKK ist der Meinung, daß der Kampf gegen diese Kräfte mit Gewalt gehandhabt werden muß.“ Politische Morde an anderen Linken — als Konsequenz dieser Position — sind Teil der Geschichte der jungen „neuen Linken“ in der Türkei, durchaus nicht nur der der PKK.

Nach dem Militärputsch wurde von der PKK Selbstkritik geübt, „blinder Eifer (sei) an die Stelle der ideologischen Auseinandersetzung (getreten)“. Es wurde die Direktive ausgegeben, in den Beziehungen zu anderen Gruppen und Organisationen, einschließlich der reformistischen Bourgeoisie, „nicht von der Linie der ideologischen Kampfes abzuweichen, sondern vielmehr die politische Freundschaft bzw. Bündnistätigkeit zu entwickeln.“ Diese Selbstkritik des Jahres 1981 fiel in eine Zeit, in der die PKK unter anderem mit der türkischen Organisation Devrimci Yol ein Bündnis einging.

Die Anhänger der PKK waren und sind die am brutalsten verfolgten Gegner der herrschenden türkischen Militärs seit dem Putsch. Über 10.000 Menschen wurden unter dem Vorwurf der PKK-Mitgliedschaft inhaftiert und vor Gericht gestellt. Die Zustände in den Gefängnissen in Diyarbakir und an anderen Orten des türkischen Kurdistan sind geprägt von Folter und unmenschlichen Lebensbedingungen.

Für die türkischen Militärs ist Kurdistan Aufmarschgebiet Nr. 1, nach dem Putsch wurden zwei Drittel der türkischen Streitkräfte in den Osten Anatoliens stationiert, um mögliche neue Unruhen von vornherein auszuschließen. Unter diesen Bedingungen begann die PKK im August 1984 mit etwa 100 be-

den Massen“ die Rede.

Weil die Aktionen der PKK so erfolgreich sind — so die Argumentation — ist die Kampagne gegen die PKK international organisiert ein Versuch, den erfolgreichen Aufschwung der Partei zu behindern. In die Reihe der Gegner werden umstandslos sämtliche kurdischen und türkischen linken Organisationen in ein Komplott mit den türkischen faschistischen Militärs projiziert und so eine umfassende Verschwörungstheorie gebildet. Diese Argumentation macht aus Kritikern in der Partei gefühlvolle Verräter und aus Kritikern

... Strafe gleichmäßig verfolgt. Es ist die Bewegung jener, die entschlossen sind, die Realität von Strafe, wo immer sich Verrat zeigt, leben zu lassen und diesen großen kurdischen Verrat am Boden zu zerstören. Und es ist ...

der Strafaktionen ebenfalls Kollaborateure des faschistischen türkischen Regimes. „All diese Kräfte und Kreise bemühen sich, mit der Angst und der Aggression, die sie gegenüber uns, ein Nationalen Befreiungskampf versprechen, eine neue Angriffs-, Lügen-, Demagogie- und Verleumdungskampagne zu starten und auf dieser Grundlage neue Komplottpläne gegen unser Volk und unsere Partei aufzustellen. In dem sie die Bestrafung eines unserer Volk und der revolutionär-demokratischen Öffentlichkeit gut bekannten Provokateurs von Seiten eines Patrioten am 2. November 1985 in der Hauptstadt Schwedens, Stockholm, und wiederum den Tod einer uns unbekannten Person in Dänemark, dessen Gründe uns ebenfalls nicht bekannt sind, als Vorwand dafür verwenden“.

heißt es in der Erklärung der Europavertretung der PKK zu dem Mord an Cetin Güngör.

Lautstark wird nach Beweisen für die Zusammenhänge zwischen den Morden und der PKK gefragt während nur einige Sätze darauf die Bestrafung von Verrätern und Provokateuren verteidigt wird. Dieses Verfahren wurde schon nach dem Mord an Enver Ates im Sommer 1984 praktiziert. Damals wurde ein konkreter Zusammenhang mit dem Mörder bestritten, gleichzeitig jedoch kräftig gegen „Verräter“ zu Felle gezogen: „Diese Verräter, die Mustafa Kemal zum Diener und Sklaven wurden, sind derart erniedrigt, daß sie türkischer als ein Türke, dieses Mal unter der Maske der „Demokratie“, schwedischer als ein Schwede benehmen und — sich selbst entfremdet — als neuer „Kurden“-Typus unserem Volk gegenüber stehen. Während die Unternehmungen, den Unabhängigkeits- und Freiheitskampf aus seiner Bahn zu lenken, durch den Widerstandsgest unserer Partei scheitern, sind ihre wahren Gesichter als Kollaborateure, Diener und Köder der Polizei entlarvt worden.“ Die Aufforderung: „Rechnet mit denjenigen ab, die die auf die Liquidation des Kampfes und der Organisation zielenden Provokateure schützen“ liest sich im Zusammenhang nicht wie eine Aufforderung zur Diskussion sondern eher als Anstachelung für weitere Gewalttaten. Es wird sicher nicht darum gehen können, als Beweis für die Urheberschaft der Morde schriftliche Urteile des ZK der PKK vorzulegen, einzige Zeugen für die Existenz derartiger ZK-Beschlüsse sind die abtrünnigen ehemaligen Mitglieder des Zentralkomitees der Partei. Aus der PKK-Presse jedoch kann man die unverhüllten Drohungen gegen die Dissidenten entnehmen. Semir z.B. wurde u.a. so charakterisiert: „Er ist im Kern ein Kernalist im opportunistischen Gewand. Er ist

ein Blutsauger, ein Drakula, der das Blut des Volkes saugen will.“ Und: „Dieser Verräter wird den Preis für das, was er getan hat, ganz sicher zahlen.“ kündigte die PKK im Sommer 1984 in „Serawebun“ an. Nach seinem Tod sind nun weitere Kritiker bedroht, unter ihnen das ehemals führende PKK-Mitglied Baki Karaer. Baki Karaer ist Gründungsmitglied der PKK und langjähriges ZK-Mitglied. Seit 1982 ist er bedroht, zur Zeit lebt er versteckt. Über ihn heißt es im türkischen Text der Erklärung der PKK Europavertretung zum Tod von Semir: „Ein konkretes Beispiel (für einen Verräter und Provokateur, Ann. AK) ist Baki Karaer, ein wilder Chauvinist und Kurdenfeind, bekannt mit dem Codenamen „Suleyman“, dessen eingekaufte Provokateur-Identität von unserer Partei und unserem Volk aufgedeckt worden ist.“ Im weiteren wird Baki Karaer als „Mörder“ und „Konterrevolutionär“ bezeichnet. Beweise werden nicht gegeben. Der politische Charakter der Vorwürfe wird in mehr als gemelter Form in Artikeln der Parteizeitung „Serawebun“ deutlich. Aus „Verrätern“ und „Provokateuren“ wird die „liquidatorische Linke“ also Menschen, die über den kurdischen und türkischen Befreiungskampf andere Ansichten als die offizielle PKK-Linie vertreten. „Die liquidatorische Linke hat sich ein weiteres Mal in ihrer Geschichte zum Reflektoren der herrschenden Klassen gemacht. Das ist der Grund, warum wir sie verdammten

die ganze Debatte über die Verbindung der PKK zu den Morden an bekannten Führungsmitgliedern ihrer Organisationen in dem Sinn schädlich für PKK-Mitglieder im Ausland, daß ihre Verfolgung durch die Polizei der jeweiligen Länder begünstigt wird. Die Verantwortung hierfür trifft jedoch in erster Linie die PKK selbst, die mit den Aufforderungen, „Verräter“ zu bestrafen und mit ihrer Hetzkampagne gegen die Abtrünnigen überhaupt erst den Anlaß für die öffentliche Auseinandersetzung liefert. Einerseits die politischen Morde in der Parteipresse anzustreben und zu verteidigen, mit den ausführenden Personen aber nichts zu tun haben zu wollen, ist nicht nur im höchsten Maße unglaubwürdig, sondern fordert darüber hinaus zu einer öffentlichen Auseinandersetzung geradezu heraus.

Baki Karaers Motive, Aussagen gegenüber der schwedischen Polizei zu machen, kennen wir nicht. Seinen Aussagen zufolge gab es fünf Gründungsmitglieder der PKK, die ab 1980 Meinungsverschiedenheiten mit den anderen Mitgliedern des Zentralkomitees hatten. Von diesen fünf Menschen wurden bisher drei getötet, Resul Atunuk, Enver Ates und Cetin Güngör. Baki Karaer muß um sein Leben fürchten. Aussagen über Struktur, Ausbildungslager und Aktionen der PKK hat er gegenüber der schwedischen Polizei ausdrücklich nicht gemacht. Das Vorgehen der PKK, an die Stelle von konkreten Beweisen für den Verrat der Dissidenten wüste Beschimpfungen zu setzen läßt den Schluß nahelegen, daß es solche Beweise nicht gibt. Verrat wohlgeheimt als nachweisbares Handeln, das Aktionen und Kämpfe der Partei aussetzt oder Aktionen der Partei sabotiert. Die Vorwürfe gegenüber den „abtrünnigen“ ehemaligen ZK-Mitgliedern von seiten der PKK sind somit und besonders allgemein gehalten und zielen auf deren politische Haltung. Wenn politische Kritiker ermordet werden und Appelle an die Solidarität, wie sie von oben erwähnten Brief der Hamburger PKK-Sympathisanten wie in allen Stellungnahmen der PKK zu finden sind, sind heuchlerisch.

Seit der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes durch Einheiten der PKK ist die Forderung nach Solidarität Hauptargument gegen kritische Fragen zum Umgang der Partei mit Dissidenten. Nach dem Mord an Enver Ates wurde mit dem Verweis auf die in der Tat vorhandene Gefährdung der Auslandsgruppierungen der PKK und ihrer Mitglieder in Europa versucht, Kritiker mundtot zu machen. Die Soli-

... eine Kraft, die an die Notwendigkeit glaubt, dies zur lebenswichtigsten Besonderheit zu machen und einen

... eine Kraft, die an die Notwendigkeit glaubt, dies zur lebenswichtigsten Besonderheit zu machen und einen großen Haß und eine große Wut gegen den Verrat freizulassen.“ („Serawebun“, Nov. 85)

der kritischen Einleitung der im letzten AK dokumentierten Stellungnahme einer türkischen Fraktionierung besonderen Wert. Dem Arbeiterkampf wird mangelnde journalistische Sorgfaltspflicht vorgeworfen, wir seien von „dunklen Kreisen“ informiert, die auch vor der schwedischen Geheimpolizei ausgesagt hätten. Dieser Vorwurf stützt sich auf einen Bericht der türkischen Zeitung „Cumhuriyet“ vom 14. November, nach der Baki Karaer eine Erklärung über den Mord an Cetin Güngör in Stockholm abgegeben hat. Baki Karaer gab an, daß Semir der 21. sei, der von der PKK getötet worden wäre. Er machte Aussagen über die Entwicklung der Auseinandersetzung zwischen führenden Mitgliedern der PKK seit 1980 und gab sogar ein Datum an, wo die Todesurteile gegen die Abtrünnigen beschlossen worden wären. Von Baki Karaer stammen auch die Namen der 21 von der PKK getöteten „Abtrünnigen“. Zu dieser Namensliste heißt es in der Stellungnahme von PKK-Sympathisanten in der Hamburger Stadtzeitung „Schanzenleben“ und in der in den AK gerichteten Kritik, einige der aufgeführten Personen seien noch am Leben. Durch die Veröffentlichung ihrer Namen seien sie, da sie z.T. noch als Kämpfer in den Bergen Kurdistan leben oder in türkischen Gefängnissen seien, denunziert und gefährdet worden.

Was die Aussagen Baki Karaers gegenüber der schwedischen Polizei angeht, ist uns nichts bekannt, was darauf hindeutet, daß aufgrund seiner Aussagen einzelne PKK-Mitglieder verfolgt worden wären. Sicherlich ist

darüber gegen eine drohende Kriminalisierung der PKK in Europa wurde beschworen, ohne daß durch eine umfassende Information zu den toten ehemaligen PKK-Führern eine Grundlage dafür geliefert wurde. Heute steht die PKK weitgehend isoliert, nach dem Mord an Cetin Güngör haben zahlreiche türkische und kurdische Exilorganisationen der Partei die Zusammenarbeit aufgekündigt. Die offenen Drohungen gegen weitere Ex-Parteimitglieder und gegen führende Personen der türkischen Linken im Exil bedeuten eine reale Gefahr weiterer Attentate. Linke, die hertzulande dem Revolutionspathos der PKK gerne Glauben schenken möchten und deren Aktionen als einzig schätzbare Opposition in türkisch-kurdischen bejubeln, müssen sich überlegen, ob sie diese Haltung aufrechterhalten können, wenn der nächste Mordversuch anstatt in Schweden z.B. in Hamburg oder Westberlin stattfindet.

Auch ohne die politischen Aussagen der PKK oder ihrer Kritiker Inhaltlich bewerten zu wollen, auch wenn letztere zu Reformisten, Opportunisten oder gar Sozialdemokraten geworden sind — politischer Mord als Instrument des politisch-ideologischen Meinungskampfes ist in keiner Phase eines nationalen Befreiungskampfes tolerierbar. Darüberhinaus spricht nach Aufmerksamkeit Beobachtung der Entwicklung der PKK einiges dafür, daß in dieser Partei nicht nur halbbrecherische Politik sondern auch ein gehöriges Maß an Paranoia regiert.

S., Hamburg

gespielt. Die PKK sei nun angetreten, mit dem Verrat gründlich abzurechnen und Verräter gnadenlos zu bestrafen. Die Hamburger Sympathisanten der PKK formulieren in ihrer uns übergebenen Stellungnahme zu dem Recht der PKK gegenüber Verrätern und Liquidatoren revolutionäre Gewalt anzuwenden: „Das tun, wie ihr wissen solltet, alle nationalen Befreiungsbewegungen der Welt.“

Verrat und Provokation sind Vorwürfe, mit denen in der Geschichte der revolutionären und Arbeiterbewegung reichlich Schindluder getrieben wurde. Aufgrund dieser Erfahrungen nach Beweisen zu fragen, bevor jemand als Verräter bezeichnet und bestraft wird, ist mehr als legitim. Die Entwicklung der Auseinandersetzung in der PKK erhöht den Eindruck, daß politische Auseinandersetzungen gewaltsam unterdrückt werden sollen. In einem Gespräch mit der „ta“ erläuterte Semir kurz vor seiner Ermordung seine Kritik an der PKK. Mit seiner zentralen Aussage, der Befreiungskampf sei durch die Aktionen der PKK in der Bevölkerung völlig diskreditiert, steht er in den Augen der PKK als jemand da, der dem Kampf in den Rücken fällt, zur Kapitulation aufruft. Er wird zum „Verräter“, weil er grundsätzliche Kritik an Struktur und Politik der PKK anmeldet und damit an die Öffentlichkeit geht.

Die Unmöglichkeit sich aus der Führung der „revolutionären Avantgarde“ der Partei zu befreien wird in vielen Stellungnahmen der PKK aus den vergangenen Jahren deutlich. Ein kurzer Rückblick auf die Geschichte der Organisation mag verdeutlichen, daß dieser Führungsanspruch eher dem Wunschdenken der Führer der Organisation als der Realität in türkisch-kurdischen entspricht.

Die PKK wurde Ende der 70er Jahre von Abdullah Öcalan, genannt Apo, gegründet. Sie stammt aus der türkischen Studentenbewegung der 70er

liens stationiert, um mögliche neue Unruhen von vornherein auszuschließen. Unter diesen Bedingungen begann die PKK im August 1984 mit etwa 100 bewaffneten Kämpfern militärische Aktionen, die weit über das Gebiet hinaus Beachtung fanden. Ein Angriff auf die Begeisterung General Evrens sorgte für Sympathie über die Grenzen der Türkei hinaus.

Ob allerdings die Aufnahme des bewaffneten Kampfes über den Propagandaerfolg der ersten Aktionen, die die Verletzlichkeit des übermächtigen türkischen Militärs demonstrierten, von anhaltendem Erfolg und der Mobilisierung der kurdischen Bevölkerung nützt, ist zweifelhaft. Nachdem in diesem Jahr zusätzliche Probleme für die PKK im Verhältnis zu Barzani Demokratischen Partei Kurdistan (Irak) auftraten, die bis dahin der PKK das nötige Hinterland gab, ist die Lage der bewaffneten Kämpfer der PKK noch schwieriger geworden. Das türkische Militär hat die Ansätze des bewaffneten Widerstandes erbarmungslos verfolgt und mit ihrer Übermacht den Druck auf die Bevölkerung des Gebietes verstärkt.

Vor diesem Hintergrund muß die Propaganda der PKK gegen Verräter und Kollaborateure gesehen werden. In zahlreichen Artikeln wurden u.a. Semir und weitere Dissidenten der Partei der Zusammenarbeit mit den Militärs bezichtigt und als deren Handlanger in der Partei denunziert. Seit Beginn der bewaffneten Aktionen meldete z.B. der Kurdistan-Report neben Angriffen auf Militäreinrichtungen auch „Strafaktionen“ gegen „Verräter“, „Spitzel“ und „Denunzianten“ in der Bevölkerung türkisch-kurdischer. Die hohe Zahl dieser Fälle läßt die Befürchtung nahelegen, daß die Haltung „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ die gegenüber politischen Kritikern durchschlägt, auch die Haltung der PKK gegenüber der kurdischen Bevölkerung ausdrückt.

Diskussion um Fassbinders "Der Müll, die Stadt und der Tod"

Das Recht zu schreiben

Interview mit dem Knesset-Abgeordneten Prof. Schewach Weiss

Kanzler Kohl, versehen mit der „Gnade der späten Geburt“, auf Staatsvisite in Israel. Bei seinem Auftritt in der Knesset verlassen fünf Abgeordnete, sämtlich Überlebende des Holocaust, demonstrativ den Plenarsaal (1). Unter ihnen Prof. Schewach Weiss, Abgeordneter der Arbeiterpartei (Ma'arach), der jetzt im November, gemeinsam mit anderen Parlamentariern, in der Knesset gegen die Aufführung von Fassbinders „Der Müll, die Stadt und der Tod“ votierte. Wir sprachen mit Schewach Weiss, der 1985 erstmals deutschen Boden betreten hat, über die Motive seines Protestes.

Auf die Wiedergabe der Interview-Fragen haben wir verzichtet, da es sich bei den Ausführungen von Schewach Weiss eher um eine in sich geschlossene Darlegung handelt. Der Text ist in der vorliegenden Form für die Veröffentlichung im Arbeiterkampf aufbereitet.

Es stimmt, daß die Juden in bestimmten Epochen unter bestimmten geschichtlichen Voraussetzungen kein eigenes Land gehabt haben, weil man ihnen kein eigenes Land geben wollte, und dann die Rolle von Vermittlern von Boden, Vieh, Geld usw. hatten, wo sie manchmal eine sehr unsympathische Rolle einnahmen. Diese Verhältnisse aufzuheben war eines der Ziele der zionistischen Bewegung, was innerhalb des jüdischen Staates zum Teil Erfolg gehabt hat.

Die Antisemiten haben sich auf diesen Abschnitt jüdischer Geschichte gestützt, dieser Abschnitt hat ein ganzes Volk befeuchtet und hat die Herzen der nicht-jüdischen Menschen auf Auschwitz vorbereitet. Das ist ein Prozeß, der mit der Stigmatisierung der Juden begonnen hatte und in der „Endlösung“ gipfelte.

Und hier komme ich und sage: ein oder zwei Generationen nach Auschwitz und dann noch in Deutschland — ich betone: gerade in Deutschland — ich spreche nicht aus Haß sondern aus schrecklicher geschichtlicher Erfahrung.

Das erste Prinzip lautet, wenn ein Theaterstück aufgeführt werden soll, das die religiösen Gefühle der Menschen tief verletzt, nicht nur die religiösen Gefühle der Juden sondern aller Menschen (das ist ja gerade das schöne daran), wird die Zensureinrichtung dieses Stück verboten.

Das zweite Zensur-Prinzip hat einen direkten Zusammenhang mit unserem Thema und betrifft die besondere Empfindlichkeit gegenüber dem Thema Holocaust (3). Wenn jemand ein Stück bringen wollte, das den Holocaust rechtfertigt, würde es verboten werden, auch wenn es den armenischen Holocaust rechtfertigt, würde es verboten werden, auch wenn es den armenischen Holocaust betraf.

Die weiteren Zensur-Prinzipien sind für unser Thema irrelevant, es geht darum, nicht die äußeren Beziehungen Israels zu schädigen, um Pornografie usw.

Obwohl ich also das Theater als Raum totaler Freiheit ansehe, denke ich, daß sich die Gesellschaft zwei, drei Beschränkungen auferlegen kann. Und es ist zu wünschen, daß diese Beschränkungen nicht einem Zwang entstammen sondern der inneren Kultur der Gesellschaft. Ideal wäre es, wenn die Theaterleute z.B. von sich aus die zwei Prinzipien beachten würden.

Ich will mich jetzt mit dem Stück von Fassbinder auseinandersetzen — im Rahmen meines Rechts zu schreiben. Das Stück habe ich weder gelesen noch gesehen, ich beurteile es nicht als Theaterkritiker, ich führe eine moralische Kritik. Für mich reicht es, daß in dem Stück das Stereotyp von einem Juden gezeigt wird.

Was ich in der Knesset gesagt habe werde ich auch ihnen sagen: Ich bezweifle nicht, daß es in Frankfurt jüdische Bodenspekulanten gab — aber ist das typisch für Juden?

Ich stamme aus Borislaw (4). Ein Großvater von mir, der Vater meiner Mutter, Izig, er war ein jüdischer Proletarier, war Bauarbeiter. Ein großer Jude mit Muskeln und Händen voller Schwielen. Er hat Häuser gebaut auf Boden, mit dem „Volksdeutsche“, deutsch-polnische Familien, spekuliert haben. Mein anderer Großvater, Opa Hirsch, war Arbeiter bei der Ölförderung. Über unsere Gemeinde in Borislaw gibt es eine interessante soziologische Untersuchung: die meisten Juden waren Arbeiter bei der Ölförderung, Tischler, Schneider und Bauarbeiter. Es gab auch ein paar Bodenspekulanten unter den Juden.

Unter den Diaspora-Juden waren viele Werkhätige. Viele der Gründer der Trade Unions in den USA waren Juden. Juden waren Mitglieder sozialistisch-zionistischer Parteien wie Deut und Ha-Shomer ha-Za'ir (5), oder jüdischer sozialistischer Organisationen, die nicht zionistisch orientiert waren (6).

Schewach Weiss

Schewach Weiss wurde 1935 in damals polnischen Borislaw geboren. Vom Einmarsch der Nazis 1941 an bis 1945 lebte seine Familie mehrere Jahre im Keller versteckt. Von den sholem rund 2.000 jüdischen Familien in Borislaw hatten 1945 nur zwei den faschistischen Terror vollständig überlebt. S. Weiss kam 1948, nach der Staatsgründung, nach Israel. Er studierte ab 1956 Politikwissenschaften und Jura. In den sechziger und siebziger Jahren hatte er an der Universität Haifa eine Professur für Politikwissenschaften inne. Seine wichtigste wissenschaftliche Arbeit hat das israelische Parlament zum Gegenstand. In Zeitungen und Zeitschriften publiziert er häufig zu aktuellen politischen und kulturpolitischen Fragen. Seit 1981 ist er Abgeordneter der Arbeiterpartei, Ma'arach, in der Knesset.



Es ist meine Grundüberzeugung, daß der Mensch gut ist von Geburt her, und Locke (7) meint dazu, auch wenn diese Grundüberzeugung eine intellektuelle Fiktion sei, sei sie nötig für alle diejenigen, die nach einem gerechten demokratischen System streben.

Ich habe die gleichen moralischen Forderungen gegenüber der ganzen Menschheit, aber wenn es um Deutsche geht, nach dem was geschehen ist, da sind meine Forderungen noch entschiedener. Der Holocaust ist ein anderer Planet (8), ich messe ihn in Begriffen der KZ. Es gab nichts, was ähnlich war. Und wenn es sich um einen solchen anderen Planeten handelt, darf man mehr Behutsamkeit erwarten.

Auch die anderen Debatantenredner in der Knesset, Jair Zaban von Mapam (9) und Jitzchak Artzi von meiner Partei haben in gleicher Weise gespro-

chen. Matl Pelod von der Progressiven Liste (10) hat argumentiert wie ein Grüner: Sollen sie doch das Stück auführen — ja, ja, es gibt Juden, die Spekulanten sind. Rabbinder Waldmann von der Tcheia (11) hat das Stück sehr scharf verurteilt wie die anderen, aber er meinte, warum wundert man sich, wenn Sobol „Ghetto“ nach Deutschland exportiert — was hat man über Fassbinder zu schimpfen. Obwohl ich Sobol schätze konnte ich darauf nicht antworten, weil ich denke, daß auch Sobol Stereotypen benutzt. Obwohl er die schreckliche Situation in den Gettos darstellt, benutzt er Stereotypen.

Nebenbei bemerkt war das eine meiner gemäßigten Reden über Deutschland in der Knesset. Früher habe ich die Deutschen viel stereotyper beurteilt. Daß auch nicht-jüdische Deutsche gegen das Stück protestiert haben, das habe ich besonders betont, das ist ein gutes Zeichen dafür, daß es heute den typischen Deutschen nicht mehr gibt, der sich in typischer Weise auf den „typischen Juden“ bezieht.

Anmerkungen

1) Kohl war im Januar 1984 auf Einladung des israelischen Ministerpräsidenten Jitzchak Shamir in Israel. Das demonstrative Verlassen der Knesset beim dritten Auftritt Kohls bezog sich, sagte Schewach Weiss, „auf Kohls Äußerungen über die Wallenflüß, es bezog sich nicht auf die Person Kohls, es bezog sich nicht auf sein Amt.“

2) „Das Recht zu schreiben“ meint eine bestimmte Haltung von Prosa, auch außerhalb von „Regeln“. Der Begriff geht auf eine Äußerung des hebräischen Schriftstellers Josef Chaim Brenner (1881 - 1921), Mitglied der Poetie Zion, der Arbeiter Zions, zurück. Brenner, der beim ersten Versammlungstag der Histadrut kein Rederecht bekam, machte viele Zwischenrufe, wurde vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen. Brenner entgegnete: „Aber ich habe das Recht zu schreiben.“

3) Unter „Holocaust“ ist nicht, wie hierzulande recht verbreitet, allein die „Endlösung“ zu verstehen sondern der gesamte Zeitraum von 1933 - 1945. „The Holocaust“ started in Germany on Jan. 30, 1933, with the accession of the Nazis to power, and ended on May 8, 1945, with the unconditional surrender of Nazi Germany.“ (Encyclopaedia Hebraica)

4) Borislaw — kleiner Ort in Polen, jetzt zur Ukrainischen SSR gehörend

5) Ha-Shomer ha-Za'ir „Zionist-socialist pioneering youth movement whose aim is to educate Jewish youth for kibbutz life in Israel.“ Ha-Shomer ha-Za'ir sought to create a synthesis between Jewish culture and the rebuilding of a new Jewish culture, on the one hand, and universal cultural and philosophic values, on the other, and this was to become a characteristic aspect of the movement's ideology.“ (Encyclopaedia Hebraica)

6) Vor allem der BUND, Abk. für Allgemeine Jüdischer Arbeiter Bund in Lita, Poin in Russland (Jidd.) ist hier zu nennen, der „sharply opposed to zionism and other conceptions of a world-embracing Jewish national identity.“ (Encyclopaedia Hebraica)

7) John Locke (1632-1704), englischer Philosoph. Locke formulierte — in Abgrenzung zu Hobbes — den Grundgedanke der Volkssouveränität, auch in der Außenpolitik, und des Repräsentativsystems. Seine Gedanken hierzu wurden für die Theorie der englischen Demokratie klassisch, beeinflussten das europäische Denken und auch die amerikanische Unabhängigkeitserklärung.

8) Der polnisch-jüdische KZ-Häftling, der später unter dem Pseudonym Kazetnik publizierte, stellte seinem Buch über Auschwitz als Motto voran, er käme „von einem anderen Planeten“ (gemeint: Auschwitz).

9) Mapam, Abk. für Miflagot Poelim Meuchedet (hebr.), Vereinigte Arbeiterpartei. Linkssozialdemokratische Partei, zu ihr gehört als Kibbutz-Bewegung Ha-Shomer ha-Za'ir.

10) Die Progressive Liste kandidierte erstmals zu den Knesset-Wahlen 1984. Gemeinsame Liste arabischer und jüdischer Israelis, wird hauptsächlich von arabischen Israelis gewählt.

11) Tcheia, Renaissance-Partei, rechts-national, Partei der Siedler

Das Interview wurde geführt und bearbeitet von K. Hamburg — einer israelischen Freundin ist für die Hilfe bei der Übersetzung zu danken

Die Aufnahmen zeigen Prof. Schewach Weiss während des Interviews (Fotos: KM/AB)

TAZ: Lorbeerregen statt (Selbst)Kritik

Die taz hat es geschafft: Ihre Abo-Kampagne zum Jahresende 85 hob mit 700 neuen Abonnentinnen und Abonnenten den ABO-Stand der taz rasch über die 25 000er Grenze, die die tazler bei ihrem diesjährigen Hilfslauf an ihre Leser als Soll angegeben hatten, unter dem eine Weiterführung der taz nicht mehr möglich sei.

Es war nicht die erste Kampagne der taz in dieser Art. Nicht anders als bei anderen linken Zeitungsprodukten gehört der jährliche Hilfslauf bei der taz gewissermaßen zum Konzept:

1979, kein halbes Jahr nach Gründung der taz, wurde die erste Spendenkampagne gestartet, um die unhaltbare Selbstausbeutung des Gründungsteams einzudämmen. Im Dezember 1980 wurde ein „schwarzes Loch“ mit 200.000 DM Spendengeldern gestopft. 1982 startete die taz ihre große Abo-Kampagne, um ihr Erscheinen über den Spontanverkauf hin abzusichern. 1983 zog die taz-Geschäftscrew eine „Darlehenskampagne“ durch, bei der sich Leserinnen oder Leser durch Einkauf im Unternehmen taz zugleich das regelmäßige Erscheinen der Zeitung sichern konnten.

So gesehen lag der neue Aufruf ganz in der nunmehr sechsjährigen Tradition dieser Zeitung. Neu war allerdings, daß die taz — wie es ein Sprecher der Hamburger Redaktion bei der Solidaritätsveranstaltung zugunsten der taz nach dem Anschlag auf ihr Hamburger Büro ausdrückte — diesmal einen „Sterbebescheid“ gefaßt, für den Fall daß die für das Jahr 85 anvisierte Marge von 25 000 Abo nicht erreicht würde.

Nun ist es also erreicht. Die taz-PR-Promoter danken ihrer Leserschaft überschwänglich und setzen gleich neue Ziele: 30 000 Abo müßten bis

zum Sommer 86 erreicht werden, wenn die angekündigten redaktionellen und gestalterischen Verbesserungen der Zeitung Wirklichkeit werden sollen. Professionalisierung wird angestrebt. „Hauptziel für die nächsten Monate ist: Bessere Präsentation“, verspricht die Redaktion der Hamburger taz. Neue journalistische Konzepte werden diskutiert, um sich vom Geruch der grünen Hofberichterstattung zu befreien. Die taz soll sich mehr als bisher als „Austragungsort der wichtigen politischen Diskussionen des Landes“ verstehen, soll weniger angegründete Linienzeitung, mehr pluralistisches, über den linken Tabus stehendes Meinungsblatt werden u.ä.

Wir werden sehen, was da konzeptionell, redaktionell und bzgl. des outfits der Zeitung in nächster Zeit tatsächlich ausgeht. Interessant ist allemal der Blickwinkel der „FAZ“, dazu, die der taz-Entwicklung immerhin eine ganze Seite ihrer Feuilletons unter der Überschrift „Der Mut zu unbequemen Wahrheiten“ widmete. Sie schrieb u.a.: „Doch vermag dies von den Redakteuren auch Abschied zu nehmen von manch Liebgewordener Illusion. So hatten viele zu Anfang noch von der Ideologiekritik geredet, aber überaus langweiligen „Betroffenberichterstattung“ geschwätzt. Jeder linke Zirkel, jede sich sozial be-achtende Gruppierung sollte die eigenen Ideen oder Probleme selbst und ungefiltert dem Leser vortragen dürfen. Inzwischen weiß sich mehr und mehr das Ideal eines eher traditionellen, sorgfältig recherchierten und distanziert beurteilenden Journalismus durch. Mag sein, daß sich in der taz ein ähnlicher Prozess vollzieht wie — in größerem Maßstab — in der Partei der Grünen.“ An die Stelle der „Dogmatiker“ der Gründungszeit seien auf Grund hoher Fluktuation innerhalb des taz-teams „nun vor allem die Pragmatiker getreten;

das Ziel der meisten scheint heute nicht eine ganz andere, bessere Welt zu sein, sondern zunächst einmal eine andere, bessere Zeitung.“ Zwar könne auch heute kein „Zweifel an den „linken“ Grundsätzen der Gazette aufkommen, nur wird der früher so nachdrücklich betonte Zursicht „radikal“ nun immer leiser ausgesprochen.“

Ob sich solche Hoffnungen erfüllen, mag man der politischen Spekulation der „FAZ“ und Gleichgesinnten überlassen. Bedenklich stimmt allerdings schon, wenn gerade die Hamburger taz-Redaktion, der bis heute keine öffentlich bekanntgewordene selbstkritische Bewertung des nun schon fast zwei Monate zurückliegenden Lichte-taz-Konflikts gelang, ihren Jubel über die erfolgreiche Abo-Kampagne mit den Worten einkleitet: „Ohne die tatkräftige Unterstützung nach dem Anschlag auf uns, die neben den vielen Abo uns das ebenso wichtige Gefühl gab, daß wir bei aller notwendigen und richtigen Kritik interessiert bis enthusiastisch Rückhalt bei unserem Lesepublikum haben ...“

Auch wenn dann noch ein „selbstkritischer“ Hinweis folgt, „daß die wichtigen und teilweise hartnäckigen ideologischen Auseinandersetzungen über Ursachen und Wirkung des Anschlags journalistisch nicht so aufbereitet werden konnten, daß sie in die Zeitung kamen“, ändert das nichts an der Tatsache, daß der Lichte-taz-Konflikt für die Hamburger taz-Redaktion offenbar im Wesentlichen nur als public relation-Faktor für die taz-Abo-kampagne begriffen und auch entsprechend genutzt wurde. Die Zentral-Redaktion der taz schwieg sich über diesen Zusammenhang ganz aus.

Ob die aktuelle Abo-Steigerung auch von der Leserschaft her als Bonus für einen linken Journalismus zu verstehen ist, der sich im Gespräch mit den herrschenden Kräften des Landes hoffähig macht, wage ich nicht zu beurteilen. Zu befürchten ist es schon. F.

»Möge diese Übung gelingen«

Chinesische Meisterakrobaten in der BRD



„Als sich die feindlichen Schlachtreihen des Chu- und des Song-Reiches kampfbereit gegenüberstanden, lief Yi Liao plötzlich vor und begann mit seinen Kugeln zu jonglieren. Die Song-Soldaten schauten ihm so fasziniert zu, daß ihre Schlachtreihe in Unordnung geriet. Die Chu-Soldaten nutzten die Verwirrung aus und schlugen ihren Feind aus dem Feld.“



Und wenn diese Geschichte, gute zwei-einhalbtausend Jahre alt, vielleicht auch nicht wahr ist, so ist sie gut erfunden, entstand die chinesische Akrobatik doch dereinst in engem Zusammenhang mit Krieg und Jagd.

Nichts hiervon mehr, nicht von enger Zweckgebundenheit hat, was unter dem (mystifizierenden) Titel „Begnadete Körper“ derzeit in bundesdeutschen Großstädten zu sehen ist. Rund sechzig Akrobatinnen und Akrobaten der Schulen von Anhui und Peking bieten einem europäischen Publikum, was fast ungläubige Bewunderung wie große Begeisterung (worin der Wortteil „geist“ hier wichtig) auslöst.

Ein Zwölfjähriger hebt auf seine Schultern eine Achtjährige, die sechs Schalen auf dem Kopf jongliert und deshalb, die Schalen wackeln kaum, einen Handstand auf dem Kopf ihres Trägers macht. Da für eine Großmeisterin der Akrobatik diese Übung allerdings zu einfach ist, trägt sie im weiteren Verlaufe, immer noch im Handstand auf dem Kopf des Trägers ein Mädchen, das selbstverständlich ebenfalls sechs Schalen auf dem Kopf jongliert und nun ihrerseits auf den Schultern des ersten Mädchens in den Handstand geht. Alles verstanden? Nein? Das muß man auch gesehen haben!

„Möge diese Übung gelingen“ — diesen Wunsch stellte die Ansagerin der oben beschriebenen „Kopfbalance“, wie diese Darbietung in aller Schlichtheit heißt, voran — und dieser

Wunsch wird jeder weiteren „Übung“ vorangestellt. Weniges könnte knapper die Haltung der chinesischen Akrobatik gegenüber ihrer Kunst besser bezeichnen als dieser Begriff „Übung“. Er ist Ausdruck der Bescheidenheit, mit der die Akrobatinnen und Akrobaten auftreten; er besagt, daß eine Darbietung niemals als vollkommen angesehen wird, daß das Streben nach Vollkommenheit unendlich ist. Und der Begriff „Übung“ ist Ausdruck der expliziten Sensationslosigkeit der Darbietungen. Natürlich, die einzelnen Übungen enthalten eine Steigerung zu immer schwierigeren Figuren, aber Sensationen ... nein. Sorgsamst vermieden wird daher auch, daß die Künstler bei ihren Übungen zu Schaden kommen. Entweder stehen Fänger zur Seite, wo Sturzgefahr besteht oder die Akrobaten werden, wo dies nicht ausreichen würde, angeworfen. Das Spiel auf der Bühne hat unendliche Möglichkeiten, völlig ausgeschlossen aber ist das „Spiel“ mit dem Menschenleben. Ein ganz unbeschwertes, ein heiteres, ein erhebendes Erlebnis, zuschauender Gast dieser Übungen zu sein.

Nicht heiter und schon gar nicht erhebend ist indes, was André Heller, der laut Plakat, Programmhelfer und Presse die Akrobaten „ausgewählt“, die Vorführungen „eingereicht“ hat, über das Zustandekommen der Tournee in Wort und Schrift äußert.

Zu danken ist Heller allerdings, daß

er Sorge getragen hat, daß die Akrobaten in den alten Kostümen auftreten, daß die (laut Heller in China so beliebten) Cola-Flaschen als Requisiten nicht verwendet werden und daß die Übungen von einem kleinen Orchester auf den alten Instrumenten begleitet werden. Diese Leistung wird allerdings von Heller recht breitgetreten, sodaß die Wiener Theaterkritikerin Sigrid Löffler ihm entgegenhielt: „Sollen sich gefälligst hinter die Ohren schreiben, die Chinesen, wer ihren Artisten zu den begnadeten Körpern verholfen hat. Der liebe Gott war's jedenfalls nicht.“ (Spiegel, 11.11.85)

Pflichtübung scheint es ja zu sein, daß, wer drei Sätze über die VR China äußert, in zumindest einem Satz die Kulturrevolution verdammt. So auch Heller: „Die Kulturrevolution hat ihnen (den Chinesen) ihr Selbstbewusstsein von eigener Kultur zerstört. Wenn man mir dreißig Jahre lang erzählt ...“ (Szene Hamburg, Nov. 85) — dreißig Jahre? Diese Zeitangabe hat zwar nichts mit der Kulturrevolution zu tun, recht viel aber mit seit der Gründung der Volksrepublik China (1949) verstrichenen Zeitraum. Meint er das?

Liest man Hellers Darstellung seines Aufenthaltes in China, könnte man das fast annehmen: „Von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends wurde geprobt. Als Probe gilt unter Chinesen das sorgfältige Diskutieren von Vorgängen, die man eventuell eines Tages in die Tat umzusetzen beginnen könnte. An die-

sen Diskussionen nahmen in unserem Fall meistens ein Minister und zwei oder drei Vizeminister für kulturelle Angelegenheiten teil. Dazu kommen die Provinz- und Stadtdirektoren für Belange der Akrobatik, der erste und zweite Vorsitzende des örtlichen Kulturbüros, zwei Vertreter der Peking Agentur für internationale Gastspiele sowie die unmittelbar betroffenen Direktoren der Akrobatengruppen, Trainer der Akrobatengruppen und Funktionäre der Akrobaten selbst. Es gibt zu jedem Thema leidenschaftlich gegensätzliche Meinungen, die mit den teilweise absurdesten Argumenten vorgetragen werden.“ (Stern, 30.10.85)

Den Eindruck, ihm ginge es um den Fight gegen eine wuchernde Bürokratie, beschließt Heller dankenswerterweise selbst, wenn er schreibt, daß er „nicht das geringste von demokratischen Entscheidungen in Fragen der Kunst“ hätte, welchem Bekenntnis er jedoch sogleich folgen läßt, daß es um Demokratie sowieso nicht gegangen sei: „Ich habe sehr bald begriffen, daß durch die endlosen Diskussionen verhindert werden soll, daß es zu einer klaren Entscheidung kommt. Denn niemand will die Verantwortung für solche eine Entscheidung tragen.“ So ist das eben im Sozialismus.

Heller hat aber auch sonst, bei seiner Reise durch China, Tiefes heimgebracht. Eingangs schreibt er: „Immer wenn man glaubt, man hätte eine seiner Eigenschaften durchschaut, ver-

wandelt sich diese“. Hat aber achtzig Zeilen weiter den vollen Durchblick: „Mit den wechselnden Klimazonen verändern sich auch die Grade der Aufrichtigkeit. Man lernt, daß Kühle die Menschen genauer und Wärme sie verlogener macht.“

„Möge diese Übung gelingen.“ Auftreten die „Diabolomädchen von Anhui“. „Möge diese Übung gelingen“. Die „Schleudervirtuosen“ kommen. „Möge diese Übung gelingen“. Es folgt der „Löwentanz“ Heller? War da was? „Möge diese Übung gelingen“. Auf die Bühne getragen wird ein kleiner Tisch, vier Flaschen werden daraufgestellt und auf diese Flaschen ein Stuhl, auf den eine Akrobatin steigt, sich einen zweiten Stuhl reichen läßt, den sie schräg auf den ersten aufsetzt, auf den eine zweite Akrobatin steigt, die sich einen dritten Stuhl reichen läßt, den sie schräg auf den zweiten aufsetzt. Auf dem Höhepunkt der Übung sind acht Stühle jeweils mit zwei Beinen schräg aufeinander gestützt und sieben Akrobatinnen machen auf den Lehnen einen einarmigen Handstand. Das kann mensch sich so nicht vorstellen? Nein? Das muß mensch eben, sagte ich schon mal, gesehen haben.

K., Hamburg

Aufbau-Literaturkalender

Im mittlerweile neunzehnten Jahrgang erfreut der Literatur-Kalender vom Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar, mit einem illustrierten Rundgang durch das Reich der Literatur vornehmlich dieses Jahrhunderts. Den Grafiken (Lithographien, Karikaturen), Gemälden, Fotografien, Plakaten, Buchillustrationen, Bühnenbildern und Figuren — rund die Hälfte der Abbildungen ist farbig — sind jeweils kurze Texte zugeordnet. Zu Conrad Felixmüllers Gedenkblatt für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (s. Abb.) ein Antikriegs-Text von Rosa; zum Gemälde von Moses Mendelssohn ein Auszug aus Heinz Knobloch's „Herr Moses in Berlin“; zur Fotografie von Jewtuschenko ein Gedicht von ihm; zum Pastell, das die siebzehnjährige Ulrike von Levetzow zeigt, ein Auszug aus Thomas Manns „Phantasie über Goethe“; neben einem Gemälde von Turgenjew ein Brief des Porträtierten an Tolstoi — viele kleine Happen aus der demokratischen und der sozialistischen Literatur, die Appetit machen (sollten).

Die Ausstattung ist solide wie stets, guter Druck, Spiralbindung, Schutzblatt. Und mit knappen zwölf Mark ist das Schmuckstück im Format 23 mal 31 Zentimeter äußerst preiswürdig. Wer sich jetzt beeilt, bekommt ihn noch in bestsortierten Buchhandlungen. Apropos: Linke kaufen selbstverständlich nur im linken Buchhandel!

K., Hamburg



Canto Generale

Der Flamingo aber, feucht wie eine Seerose, spannte seine rötlichen Kathedralenflügel auf und flog wie die Morgenröte weit fort vom drückend heißen Wald, dorthin, wo das Quetzalvögel Geschmeide hängt, der, plötzlich erweckt, sich regt, davonschlüpft und funkelt und aufsteht, läßt seine unberührte Glut.

(Aus: Pablo Neruda, Canto General, übertragen von Erich Arendt)

Was geschieht, wenn das Werk eines Poeten wie Pablo Neruda von einem Komponisten wie Mikis Theodorakis vertont, interpretiert wird von einem Chor wie dem Hamburger Sängerkolleg und Gesangsolisten wie der Finnin Arja Saijonmaa und dem Griechen Petros Pándis? Was dann geschieht, das ist Kunst. Das ist Mitleiden und ist Mitempfinden der Kämpfe der unterdrückten Völker der Welt. Und das ist Kampf. Kampf, der große Trauer zum Inhalt hat wie den großen Zorn und den Mut zum Widerstand.

Der Canto General, der große Gesang — 342 Gedichte zur Entstehungsgeschichte des Kontinents und zur Geschichte des leidenden und kämpfenden Amerikas — ist das Hauptwerk Pablo Nerudas. Die meisten Verse wurden auf der Flucht und im Untergrund geschrieben. Der Canto General, ließ es 1971 bei der Verleihung des Nobelpreises an Pablo Neruda, sei „das amerikanische Gedicht, das Schicksal und Träume eines Konti-

nents zum Leben erweckt“.

Mikis Theodorakis, von den griechischen Christen 1967 in ein Bergdorf verbannt, konnte 1970 aufgrund weltweiten Protestes Griechenland verlassen. Auf Einladung der Regierung Allende besuchte er 1971 Chile und begann mit den Kompositionen einiger Gedichte aus dem Canto General. Pablo Neruda bat ihn später, weitere Verse zu vertonen.

Nerudas wie Theodorakis' Absicht war es, das Gesamtwerk im September 1973 im Stadion von Santiago de Chile als Solidaritätskonzert für die Gegner der griechischen Militärjunta aufzuführen. Es kam anders: Im September 1973 putschten in Chile die Generäle; in Griechenland jedoch stürzte eine demokratische Massenbewegung die Militärdiktatur. Jetzt wurde der Canto General in den größten Städten Griechenlands zur Solidarität für die Verfolgten Chiles dargeboten.

In den Jahren 1984 und 1985 wurde der Canto General mehrfach in Hamburg aufgeführt. Der Mitschnitt des NDR ist jetzt als Doppelalbum — in vorzüglicher Tonqualität — erschienen.

K. Hamburg

Der Life-Mitschnitt vom NDR ist zu beziehen über den Verein zur Förderung demokratischer Kultur e.V., Irmgard Schleier, Haynstr. 9, 2000 Hamburg 20 (DM 33,- bei Vorauszahlung per Scheck, DM 35,- bei Bezug per Nachnahme — Verpackung, Porto, Gebühren jeweils eingeschlossen.)



Spendenaufwurf

5.000 neue Leser oder 40.000 Mark brauchen wir für das kommende Jahr, um die Existenz dieser Zeitung ein weiteres Jahr zu gewährleisten. Deshalb müssen wir uns auch in diesem Jahr wieder an unsere Leserinnen und Leser wenden mit der Bitte, durch eine Spende aus dem hoffentlich vorhandenen Weihnachtsgeld unsere notorische Finanznot zu lindern. Wie jedes linke Zeitungsprojekt in der BRD kann sich auch der AK nicht aus den Erlösen tragen, sondern wird von den Herausgebern — i.h. den Mitgliedern des KB regelmäßig bezuschußt. Diese Finanzmittel sind beschränkt, denn leider ist der Staat nicht gegenüber allen Organisationen und Parteien so großzügig wie gegenüber den staatstragenden. Soll heißen, daß eine Zeitung wie der ARBEITERKAMPF allein auf die Hilfe der Leser und Leserinnen angewiesen ist. Wenn wir nun zunächst um Spenden bitten, so soll dabei nicht übersehen werden, daß das eigentlich drückende Problem die zu geringe Leserzahl ist. 3.500 Exemplare werden monatlich verkauft, das ist wenig, und es stimmt uns auch nur bedingt tröstlich, daß alle anderen linken Zeitungsprojekte noch dieser Zahl liegen. Neben Spenden wäre es für uns deshalb die beste Unterstützung, wenn die Leser und Leserinnen selbst überlegen könnten, wie diese Zeitung eine größere Verbreitung finden könnte.

Vor uns steht die Aufgabe, ein weiteres Absinken der Auflage zu verhindern, was auch die Frage nach dem Konzept und der Aufmachung berühren wird. Auch zu dieser Diskussion laden wir alle Leserinnen und Leser herzlich ein. Wer Vorschläge hat, wie die Zeitung besser, interessanter und wirkungsvoller gemacht werden kann, rüber mit den Ideen.

Also: Bei den Weihnachtsturbulenzen daran denken, daß etwas für diese einzigartige Zeitung auf dem westdeutschen Pressemarkt übrig bleibt!

Spenden bitte nur auf folgendes Konto:

Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank

Bankleitzahl 200 800 00
Kontonummer 4 806 104 00

Spendenveröffentlichung von der Januarausgabe an

Inhalt

aktuell

Friedenbewegung: Neue gemeinsame Aktionen?	S. 2
Der Gipfel und die Genfer Faktoren	S. 4
Flick macht Kasse — Deutsche Bank Superstar	S. 5
Daimler-Benz-Fusionen: Deutsche Bank schmiedet Großkonzern	S. 6
Blohm + Voas kauft HDW-Hamburg	S. 6

Betrieb und Gewerkschaft

Luftkassensstreik: Ein tarifpolitisches Disaster	S. 8
Wochenarbeitsmodell im Norden	S. 9
Lange Gespräche kurzer Sinn: Ein Anti-Gewerkschaftsgesetz	S. 10

Kampf dem Faschismus

NPD kommt wieder — NSDAP-Verbot „aufgehoben“	S. 24
Uni Hohenheim-Stuttgart: Ein Platz für Rassisten?	S. 25
Frankfurter Stahlhelmfraktion	S. 25
Hamburg: Konservative Provokation in Polizeifestung	S. 26

Antimilitarismus

A. Meckertshiemer zur aktuellen Situation der Friedensbewegung	S. 19
NATO-Herbst 84 — Nachlese 85 oder Unterrichtsstunde in Klassenjustiz	S. 20
Mehr Schule der Nation — weniger Schule	S. 20
Absehbung im Dienste der NATO	S. 21
Niederlande: Polizei überfällt antimilitaristisches Untersuchungskollektiv	S. 21
Politische Plattform des Koordinationskreises für den Anti-NATO-Kongress	S. 22

Grüne und Alternativen

Grüne Koalitionsgegner fraktionieren und konspirieren	S. 13
Grüne Realpolitik auf dem flachen Land: Der Wänsener Bauskandal	S. 14
Vergeßt die GRÜNEN!	S. 14
Keine Macht den GRÜNEN!	S. 15
GRÜNE Niedersachsen: Schröder für Präsident!	S. 15

Klassenjustiz

Die „Wirtschaftswunderkinder“ aus Hannover	S. 27
Staat	
Tod von Günter Sare: Verantwortliche spielen auf Zeit	S. 24
Staatschutz contra linke Stadtzeitung	S. 28
Bombe auf US-Einkaufszentrum nicht von der RAF gelegt?	S. 28
Beiricht BND-Spende: Erinnerungen an Stammheim	S. 28

Europa

Europa	
Das britisch-irische Abkommen: Der Weg zum gemeinsamen Polizei und Militärstaat	S. 29
Afrika	
Wolff Geisler: Premierminister Pieter Botha zur Erhaltung des Apartheidsystems ungeeignet	S. 31
Asien	
Die Philippinen 1898 - 1985: Etappen einer vergessenen Intervention	S. 32
Philippinen: Marcos deckt seine Kumpare	S. 32

Lateinamerika

Frauen in der Produktion oder: Gibt der Imperialismus den nicaraguanischen Frauen die Möglichkeit zur Befreiung vom Machismo?	S. 31
---	-------

Kinder

Rassismus in Kinder- und Jugendmedien	S. 34
---------------------------------------	-------

Parteien

Zum SPD-Wirtschaftsprogramm (Entwurf)	S. 17
---------------------------------------	-------

Linke

Frankreich: Zur Diskussion in der SOS-Rassismobewegung	S. 38
Anmerkung zur Ermordung eines ehemaligen PKK-Mitglieds	S. 39

Westdeutsche Linke

Delegiertenkonferenz der GIM: „Aufbruchsstimmung“?	S. 40
TAZ: Lorbeerregen statt (Selbst)Kritik	S. 42

Diskussion

Mutter und behindertes Kind — Zur Forderung nach dem „Recht“ auf ein behindertes Kind (AK 263)	S. 36
Diskussion um Fassbinders „Der Maß, die Stadt und der Tod“	
Interview mit dem Knessetabgeordneten Prof. Schwach Weiss	S. 42

Geschichte

Der Nürnberg Prozeß — Ein notwendiger Rückblick	S. 23
---	-------

Ohne Rubrik

Für die Abschaffung der humangenetischen Beratungsstellen	S. 36
Buchbesprechung: „Iren ist menschlich“	S. 37
Aus dem Leben gegriffen: Das „Deutsche Denkmal“	S. 41

Arbeiterkampf

Absender:

An die
Hamburger Satz- und
Verlagskooperative
Lindenallee 4
Postfach 7685
2000 Hamburg 19

Bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

☐ Halbjahresabo DM 33,— ☐ Förderabo DM 50,—
☐ Jahresabo DM 60,— ☐ Förderabo DM 100,—

☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Postcheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203

☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsmächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum

Unterschrift

Einzugsmächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu lasten meines/unseres Girokontos.

*Nichtzutreffendes bitte streichen

Kto. Nr.
Kto.-Inhaber
bei der
mittels Lastschrift einzuziehen

BLZ

den

(Unterschrift)